



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Kompendium des BfV

Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und
Beobachtungsobjekte

Vorwort des Präsidenten

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stellt mit seinen vielfältigen Aufgabenbereichen eine der tragenden Säulen unserer wehrhaften Demokratie dar. Seine Tätigkeit weit im Vorfeld strafbarer Handlungen bewegt sich dabei stets im Spannungsbereich zwischen Freiheit und Sicherheit.



Die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) bleibt eine zentrale Herausforderung für unser Staatswesen. Das BfV arbeitet deshalb gemeinsam mit den anderen deutschen Sicherheitsbehörden daran, aktuelle Bedrohungen durch den politischen Extremismus oder Terrorismus zu identifizieren und zu bewerten. Aber nicht nur die erklärten Feinde unserer Verfassung bedrohen unsere höchsten Werteprinzipien. Zusätzlich schaden fremde Mächte der Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel durch Spionageaktivitäten.

Auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit gehört zu den Aufgaben des BfV. Denn erst wer informiert ist, kann in den offenen Dialog treten – die Basis für ein demokratisches Miteinander. Mit dem vorliegenden Kompendium möchten wir deshalb interessierten Bürgerinnen und Bürgern Denkanstöße sowie die Möglichkeit bieten, sich eingehend mit verfassungsschutzrelevanten Entwicklungen in Vergangenheit und Gegenwart auseinanderzusetzen.

A handwritten signature in blue ink, reading "Thomas Haldenwang". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Thomas Haldenwang
Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Inhaltsverzeichnis

Verfassungsschutz und Demokratie	7
Rechtsextremismus	21
„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“	63
Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates	71
Linksextremismus	77
Islamismus	109
Auslandsbezogener Extremismus	157
Spionage, Cyberangriffe, Proliferation und Prävention	185
„Scientology-Organisation“ (SO)	207
Abkürzungsverzeichnis	211
Register	221
Bildnachweis	251
Impressum	255

Verfassungsschutz und Demokratie

Ein Blick in die Geschichte: Das Scheitern der Weimarer Republik

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der damit verbundenen Abdankung der Monarchie stellte die Weimarer Republik (1918–1933) den engagierten Versuch dar, in Deutschland ein demokratisches Staatswesen nach westeuropäischem Vorbild zu etablieren. Die Weimarer Verfassung baute dabei auf die Demokratiemündigkeit der Bürger, erwartete Toleranz der politischen Gruppierungen untereinander und vertraute darauf, dass sich die parlamentarische Demokratie als stabiles politisches System durchsetzen würde. Diese erste demokratische Verfassung in Deutschland enthielt jedoch keinerlei Sperrvorschriften, welche die Beseitigung der Demokratie von innen heraus tatsächlich hätten verhindern können.



Zwar war bereits im Jahr 1920 die Institution eines „Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung“ (RKO) etabliert worden, doch diese dem Reichsministerium des Innern angeschlossene Einrichtung wurde bereits im Juli 1929 auf Weisung des sozialdemokratischen Innenministers Carl Severing wieder aufgelöst.

Damit wurde eine Beobachtung extremer politischer Strömungen jenseits der polizeilichen Ebene weiter erschwert. Die Weimarer Republik sah sich in der Folge dem zunehmend zersetzenden Agieren von Links- und Rechtsextremisten ausgesetzt, zumal auch die Kräfte der politischen Mitte auf Dauer nicht ernsthaft für ein Weiterbestehen des demokratischen Staatswesens eintraten.



Adolf Hitler hatte schon 1930 unverhohlen erklärt, gerade diese Schwäche der Weimarer Verfassung für sich ausnutzen zu wollen. Wohl verfügte die Weimarer Republik nach wie vor über eine politische Polizei zur Beobachtung und Verfolgung politisch motivierter Straftaten; sie war jedoch nicht in der Lage, mit der politischen Polarisierung und dem Straßenterror von Nationalsozialisten wie Kommunisten fertig zu werden. Hitlers Vorhersage trat schließlich ein: Die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die instabilen politischen Verhältnisse führten zu einer Stimmungslage in der Bevölkerung, die der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) zum Durchbruch als Massenpartei verhalf.



Das Ermächtigungsgesetz

Am 23. März 1933 lässt die Hitler-Regierung den Reichstag über eine Verfassungsänderung zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie abstimmen. Es wird eine Zweidrittelmehrheit benötigt. Die kommunistischen Abgeordneten sind bereits verhaftet oder geflohen. Der Sitzungssaal ist von SA-Leuten umstellt.

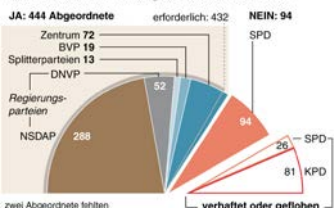
Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich

Art. 1
Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch von der Reichsregierung beschlossen werden. [...]

Art. 2
Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, [...]

Abstimmungsergebnis

über das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“



zwei Abgeordnete fehlten

dpa-18808

Quelle: bpb, Bayerische Staatsbibliothek

Hitler, der am 30. Januar 1933 als Reichskanzler vereidigt worden war, demonstrierte binnen eines Jahres, wie ein zu allem entschlossener Extremist eine mit nur unzureichenden Schutzmechanismen ausgestattete Demokratie regelrecht „aushebeln“ konnte: Am 28. Februar wurden durch die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ (auch bekannt als „Reichsbrandverordnung“) die politischen Grundrechte der Weimarer Verfassung aufgehoben; mit dem „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März erhielt die Reichsregierung sodann das Recht, ohne Rücksicht auf Parlament und Verfassung Gesetze zu erlassen; am 2. Mai wurden die Gewerkschaften zerschlagen; im Juni die politischen Parteien ausgeschaltet und am 6. Juli erklärte Hitler schließlich die „Nationalsozialistische Revolution“ für abgeschlossen.

Institutionelle Anfänge des Verfassungsschutzes

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und die damit verbundene alliierte Besetzung bildeten die Grundlagen für den Wiederaufbau Deutschlands und den politischen Neubeginn auf demokratischer Basis. Die Lehren aus den Erfahrungen



der Weimarer Zeit mit ihren nur schwach ausgebildeten inneren Abwehrkräften sowie aus der nationalsozialistischen (NS) Diktatur selbst führten schon bald zu entsprechenden Auswirkungen: Mit dem Kontrollratsgesetz Nummer 31 vom 1. Juli 1946 verboten die Besatzungsmächte jede Überwachung oder Kontrolle der politischen Betätigung durch deutsche Polizeistellen. Im sogenannten Polizeibrief an den Parlamentarischen Rat vom 14. April 1949 gestatteten die alliierten Militärgouverneure der künftigen Bundesregierung jedoch, eine eigene Stelle „zur Sammlung und Verbreitung von

Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten“ einzurichten. Gleichzeitig untersagten sie aber, dieser neuen Behörde auch Polizeibefugnisse einzuräumen.

Mit ihrem totalitären Anspruch und der Etablierung eines Überwachungsstaates unterdrückte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch die kommunistische Gewaltherrschaft in der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik (DDR) Millionen von Menschen.



Bei der Gründung der Bundesrepublik war man deshalb entschlossen, niemals wieder eine Diktatur – unabhängig ob von rechts oder links – zuzulassen und entschied sich folglich für die Etablierung einer „**streitbaren (wehrhaften) Demokratie**“. Die Konzeption dieser streitbaren Demokratie unterschied beziehungsweise unterscheidet sich noch heute von der wertneutralen und zugleich abwehrschwachen Weimarer Demokratie durch drei wesentliche Merkmale:

- ihre **Wertgebundenheit** (der demokratische Verfassungsstaat bekennt sich zu Werten, denen er eine besondere Bedeutung beimisst und die er nicht zur Disposition gestellt wissen will),

- ihre **Abwehrbereitschaft** (der Staat ist gewillt, diese wichtigsten Werte auch gegenüber extremistischen Positionen im Inneren des Gemeinwesens zu verteidigen) und
- die **Vorverlagerung des aktiven Schutzes der Verfassung** (der Staat behält sich vor, nicht erst dann zu reagieren, wenn Extremisten konkret gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen, sondern bereits im Vorfeld der eigentlichen Strafbarkeit).

Im Grundgesetz (GG) vom 23. Mai 1949 wurde daher in einer Reihe von Vorschriften ein komplexes System zum Schutz der Verfassung installiert:

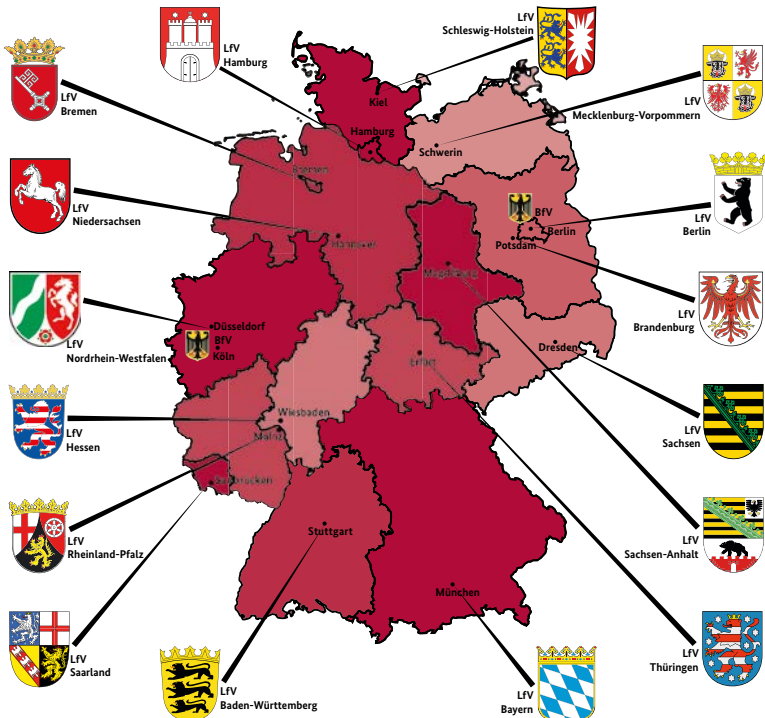
- Es kann zum Beispiel die Verwirkung bestimmter Grundrechte ausgesprochen werden, wenn diese zum Kampf gegen die fdGO missbraucht werden (Artikel 18 GG).
- Parteien und sonstige Vereinigungen können verboten werden, wenn sie darauf hinarbeiten, die fdGO zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen (Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 21 Absatz 2 GG).
- Artikel 79 Absatz 3 GG erklärt eine beabsichtigte Änderung des GG für unzulässig, mit der beispielsweise die Menschenrechte (Artikel 1 Absatz 2 GG) abgeschafft werden sollen.
- Verfassungsschutzbehörden sammeln Unterlagen über solche Bestrebungen, die sicherheitsgefährdend und gegen die fdGO gerichtet sind (Artikel 73 Nummer 10b, c und Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 GG).
- Straftaten, die sich gegen den Bestand des Staates oder gegen die Verfassung richten (sogenannte Staatsschutzdelikte), werden verfolgt.
- Es besteht eine Pflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur Verfassungstreue (Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 33 Absatz 5 GG in Verbindung mit beamtenrechtlichen Vorschriften).



Das Grundgesetz griff die Ermächtigung der alliierten Militärgouverneure konsequent auf und sah deshalb auch eine eigene „Zentralstelle zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes“ (Artikel 87 Absatz 1 GG) vor. Dem Bund wurde gleichzeitig die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der „Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ zugewiesen (Artikel 73 Nummer 10 GG). Auf der Grundlage dieser Vorschriften wurde am 28. September 1950 das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ (BVerfSchG) verkündet.

Der Verfassungsschutzverbund

Das BVerfSchG verpflichtete Bund und Länder, jeweils eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach.



Die Länder folgten alsbald: Einige von ihnen errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden, andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres jeweiligen Innenministeriums/-senats zu. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands sukzessive Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, sodass bis heute 16 eigenständige Landesbehörden für Verfassungsschutz (LfV) in Deutschland existieren.

Schutzobjekte des Verfassungsschutzes waren von Beginn an insbesondere die fdGO der Bundesrepublik Deutschland sowie der **Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines einzelnen Landes** (Legaldefinition in Artikel 73 Nummer 10b GG).

Der Begriff **fdGO** umfasst nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu den Verboten der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) von 1952 und der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) von 1956 – die auch in § 4 Absatz 2 BVerfSchG ihren Niederschlag gefunden haben – nicht die gesamte Verfassung, sondern lediglich deren als besonders schützenswert erachteten obersten Wertprinzipien.

Im Jahr 2017 nahm das BVerfG diesbezüglich einige weitere Konkretisierungen vor und hat die **Menschenwürde** und – daraus abgeleitet – das **Demokratie-**sowie das **Rechtsstaatsprinzip als Leitideen der fdGO** nunmehr prominent hervorgehoben.



Gesetzliche Grundlagen

Eine Reihe von Rechtsvorschriften regeln die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes. Hierzu gehören insbesondere

- das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (**BVerfSchG**),
- das Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (Kontrollgremiumgesetz – **PKGrG**),
- das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – **G 10**) sowie
- das Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – **SÜG**).

Befugnisse des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes

Den Vorbehalten des alliierten Polizeibriefes vom 14. April 1949 entsprechend wurde der Verfassungsschutz gemäß dem Vorbild des britischen MI5 (Security Service) als Nachrichtendienst ohne Zwangsbefugnisse konzipiert. Das bedeutet, er darf beispielsweise



- niemanden festnehmen,
- keine Hausdurchsuchungen durchführen,
- keine Gegenstände beschlagnehmen und
- keiner Polizeidienststelle angegliedert werden (§ 2 Absatz 1 Satz 3 BVerfSchG).

Die Aufklärungstätigkeit des BfV und der LfV findet – im Gegensatz zur Polizei – überwiegend im Vorfeld einer konkreten Gefahrensituation und der Verletzung von Strafbestimmungen statt. Die Verfassungsschutzbehörden orientieren sich bei ihrer Arbeit an rechtsstaatlichen Maßstäben und folgen dabei einem gesetzlichen Auftrag, in dessen Rahmen ihre Befugnisse klar geregelt und festgelegt sind. Das unterscheidet sie unverwechselbar von Geheimdiensten totalitärer Staaten mit ihrer teils unbegrenzten und unkontrollierten Machtfülle.

Allerdings verkörpern sowohl das BfV als auch die LfV einen Typus von Nachrichtendienst, der – um effektiv arbeiten zu können – einen Teil seiner Maßnahmen geheim halten muss: Denn Sicherheitsbehörden, die konspirativ arbeitende Extremisten, Terroristen und Agenten zu beobachten haben, wären praktisch wertlos, wenn sie ihre Arbeitsmethoden und alle gewonnenen Erkenntnisse ohne Einschränkung vor der Öffentlichkeit ausbreiten würden.

Ziel und Anspruch der Tätigkeit des BfV ist die schnelle und umfassende **Unterrichtung über Gefährdungen unserer Demokratie und der inneren Sicherheit unseres Landes**. Regelmäßig unterrichtet werden deshalb beispielsweise Bundes- und Landesregierungen, die mittels der gewonnenen Erkenntnisse Aufklärungs- oder Verbotsmaßnahmen einleiten können. Nachrichtendienstliches Wissen steht darüber hinaus partiell auch Polizei und Justiz zur Verfügung und trägt so zur Verhinderung geplanter Straftaten oder zur Erleichterung der Strafverfolgung bei.

Neben der Unterrichtung zählt aber auch das **Sammeln und Auswerten von relevanten Informationen** zu den Kernaufgaben des Bundesverfassungsschutzes. Gleichzeitig wirkt das BfV durch **Sicherheitsüberprüfungen** von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen arbeiten, im Bereich des Geheim- und Sabotageschutzes mit.

Zu den unterschiedlichen Berichtsformen des BfV zählen unter anderem

- aktuelle Entwicklungen und Hintergrundberichte auf der Webseite,
- Flyer und Broschüren zur Information der Öffentlichkeit,

- Lageberichte/Lagebilder,
- Gefährdungseinschätzungen,
- Einzelhinweise auf Anschlägsplanungen,
- Analysen zu sicherheitsrelevanten Themen,
- die regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) sowie
- die Beantwortung parlamentarischer Anfragen.



Das BfV als moderner Dienstleister für innere Sicherheit

- Als Inlandsnachrichtendienst ist das BfV dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) unterstellt. Es spielt eine zentrale Rolle, wenn es um die Frage der nationalen Sicherheit geht.
- Gemeinsam mit den 16 eigenständigen LfV obliegt ihm die Aufgabe, Gefahren für unsere Demokratie beziehungsweise für die Sicherheit unseres Landes möglichst frühzeitig zu erkennen, um diese umso effektiver bekämpfen zu können.
- Innerhalb des Verfassungsschutzverbundes kommt dem BfV eine Zentralstellenfunktion zu: Es unterstützt in dieser Funktion die LfV, koordiniert

die Zusammenarbeit und tritt vor allem in Fällen länderübergreifender Aktivitäten von Extremisten und Terroristen selbst in die Beobachtung ein.

- Auf internationaler Ebene unterhält das BfV Kontakte zu Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden sowie zu Gremien unterschiedlicher Zusammensetzung.



Alle Verfassungsschutzbehörden arbeiten mit den anderen Nachrichtendiensten des Bundes (Bundesnachrichtendienst – BND, Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst – BAMAD) sowie Polizei- und Strafverfolgungsbehörden auf gesetzlicher Grundlage eng zusammen.



Hierzu verfügt das BfV über folgende Plattformen, in denen die Zusammenarbeit mit anderen Behörden organisiert wird:

Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Das Ende 2004 in Berlin eingerichtete GTAZ ist keine eigenständige Behörde, sondern eine gemeinsame Kooperations- und Kommunikationsplattform von 40 nationalen Behörden aus dem Bereich der inneren Sicherheit. Die Vertreterinnen und Vertreter dieser Institutionen kooperieren dabei „auf Augenhöhe“.



Die Einrichtung des GTAZ erfolgte vor dem Hintergrund einer verstärkten Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Die durch „al-Qaida“ am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) verübten Terroranschläge stellten eine Zäsur dar, die sich erheblich auf die Sicherheitsstrukturen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft ausgewirkt hat.

Nachrichtendienstliche und Polizeiliche Informations- und Analysestellen (NIAS und PIAS)

Wesentlich für den Erfolg des GTAZ ist die Kooperation zwischen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Institutionen und Akteuren. Voraussetzung für deren Zusammenarbeit unter einem Dach war die Einrichtung von zwei getrennten Säulen in Form der Nachrichtendienstlichen und der Polizeilichen Informations- und Analysestellen (NIAS und PIAS). NIAS- und PIAS-Angehörige arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen eng zusammen, die unterschiedlichen Zwecken dienen: Neben der aktuellen Fallbearbeitung sowie der Gefahrenprognose werden auch mittel- beziehungsweise längerfristige Analysen erstellt.

Mehrere gemeinsam verhinderte Anschlagvorhaben in den letzten Jahren haben die Funktions- und Leistungsfähigkeit von GTAZ, NIAS und PIAS wiederholt unter Beweis gestellt.

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)



Das Internet hat sich zunehmend weltweit zum Schlüsselmedium der Kommunikation entwickelt. Extremisten nutzen es verstärkt als Propagandaplattform sowie als Informationspool (zum Beispiel für den Umgang mit bestimmten Waffensystemen oder die Herstellung improvisierter wie auch professioneller Sprengkörper). Darüber hinaus wird es als Kommunikationsmittel für islamistische und islamistisch-terroristische Netzwerke gebraucht. Daher wurde Anfang 2007 das GIZ nach dem Vorbild des GTAZ zur Beobachtung und Bewertung islamistischer Internetinhalte in Berlin eingerichtet.

Aufgabe der Vertreterinnen und Vertreter der am GIZ mitwirkenden Behörden ist die Beobachtung, Auswertung und Analyse von Veröffentlichungen mit islamistischen und jihadistischen Inhalten im Internet, um hierdurch frühzeitig extremistische und terroristische Strukturen beziehungsweise Aktivitäten im Internet zu identifizieren. Im GIZ einigen sie sich dann auf für mehrere Behörden relevante Beobachtungsobjekte und werten ihre Beobachtungen arbeitsteilig aus, um ihre entsendenden Behörden zu unterrichten. Dazu werden die jeweiligen sprachlichen, technischen und fachlichen Kompetenzen der beteiligten Ämter an einem Ort zusammengeführt, um eine übergreifende und einheitliche Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungstragenden im ministeriellen oder sicherheitsbehördlichen Umfeld zu garantieren.

Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)



Das GETZ nahm am 15. November 2012 seine Arbeit auf. Das ein Jahr zuvor etablierte sogenannte Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR) ging dabei im GETZ auf. Unter seinem Dach wird die Kooperation zwischen Polizei und Verfassungsschutz sowie zwischen Bund und Ländern in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus/-terrorismus, Linksextremismus/-terrorismus, auslandsbezogener Extremismus, Spionageabwehr und Proliferation gebündelt.

Das GETZ ist wie das GTAZ keine eigenständige Behörde, sondern die zeitgemäße Ausformung einer Informations- und Kommunikationsplattform. Seine Zielsetzung besteht darin, die Fachexpertise aller Beteiligten unmittelbar zu bündeln und einen möglichst lückenlosen und schnellen Informationsfluss sicherzustellen. Die gemeinsame Geschäftsführung obliegt dabei dem BfV und dem Bundeskriminalamt (BKA).

Die bisherigen Erfahrungen belegen, dass über eine derartige Kooperationsplattform ein deutlicher Mehrwert für die Arbeit aller Beteiligten zu erzielen ist.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich der

- Optimierung des Informationsflusses zwischen Polizei und Verfassungsschutz,
- optimierten Möglichkeiten des persönlichen Austausches,
- Bündelung von Phänomenexpertise,
- Stärkung der Analysekompetenz,
- Früherkennung möglicher Bedrohungen sowie der
- Erörterung operativer Maßnahmen.

Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte



Das BfV hat sich, wie andere Bundesbehörden und auch einige LfV, intensiv mit seiner eigenen Geschichte auseinandergesetzt. Ende 2007 wurde ein Konzept für die wissenschaftliche Erforschung der Gründungsgeschichte des BfV erstellt und 2010 öffentlich ausgeschrieben. Bis Ende 2014 erforschten dann zwei Professoren des Historischen Instituts der Ruhr-Universität Bochum die „Organisationsgeschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1950–1975 unter besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer

Mitarbeiter in der Gründungsphase“.

Ende Januar 2015 wurden die Erkenntnisse der Öffentlichkeit vorgestellt und im September auch in gedruckter Form unter dem Titel „Keine neue Gestapo. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit“ im Rowohlt Verlag publiziert.

Die Forscher stellten unter anderem fest, dass der Anteil früherer Gestapo- und SS-Angehöriger in den 1950er-Jahren unter den Bediensteten des BfV im Vergleich mit anderen Bundesbehörden sehr niedrig war. Hintergrund hierfür

war der Umstand, dass das BfV eine durch die Alliierten Hohen Kommissare initiierte Neugründung gewesen ist und somit nicht auf den Resten einer Vorläuferorganisation oder -behörde errichtet wurde.

Der Aufbau des BfV wurde in dessen Gründungsphase bis ins Detail von den westalliierten Besatzungsmächten gelenkt. Die Verhinderung einer neuen „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo) war dabei das vorherrschende Leitmotiv für die Entstehung des BfV. Allerdings wurde von den Alliierten stillschweigend akzeptiert, dass ab 1952 „freie Mitarbeiter“ wichtige Funktionen für das Amt in seinen damaligen Außenstellen übernahmen. Unter ihnen befand sich auch eine Anzahl von Beschäftigten, die zu jenem Personenkreis zählten, der eigentlich nicht im BfV hätte angestellt sein sollen. Nach dem Ende des Besatzungsstatuts und der alliierten Kontrolle im Jahr 1955 wurden diese „freien Mitarbeiter“ als offizielle Angestellte und Beamte in das Amt übernommen, darunter auch 16 Personen mit einer Vorgeschichte in einschlägigen NS-Organisationen.



2018 schrieb das BfV unter dem Arbeitstitel „Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Ministerium für Staatssicherheit und die Spionageabwehr im Kalten Krieg“ ein zweites Forschungsprojekt öffentlich aus. Zwischen 2019 und 2022 wurde dabei die Arbeit der Spionageabwehr des BfV gegenüber der Spionage des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf drei unterschiedlichen Ebenen wissenschaftlich untersucht und abschließend bilanziert. Im Oktober 2023 erschien im Ch. Links Verlag eine Publikation zu den Ergebnissen des Projektes unter dem Titel „Der Stasi-Mythos. DDR-Auslandsspionage und der Verfassungsschutz“.

Rechtsextremismus

Ideologie

Der Rechtsextremismus stellt in Deutschland kein ideologisch einheitliches Phänomen dar; vielmehr tritt er in verschiedenen Ausprägungen rassistischer, antisemitischer und chauvinistischer Ideologeelemente auf, woraus sich unterschiedliche Zielsetzungen ab- beziehungsweise herleiten.

Wesentliche Elemente rechtsextremistischer Überzeugung sind allerdings die **Ablehnung des Gleichheitsprinzips der Menschen** und die damit verknüpfte **Überbewertung von deren ethnischer Zuordnung**. Rechtsextremisten vertreten die Auffassung, dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“



aber auch die eigene kulturelle Herkunft maßgeblich über den „Wert“ eines Menschen entscheiden. Die Stilisierung der eigenen „deutschen“ Herkunft, die stets als höherrangig betrachtet wird, findet ihre Entsprechung in der reflexartigen Abwertung „nicht deutscher“ Individuen. Mit

der propagierten Minderwertigkeit aller vermeintlich „Fremden“ begründen Rechtsextremisten dann auch deren Ungleichbehandlung und gestehen ihnen deshalb weniger Rechte als „den Deutschen“ zu. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht aber in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Neben diesen vorherrschenden Ideologeelementen verbindet Rechtsextremisten in aller Regel ihr autoritäres und identitäres Staatsverständnis. Danach verschmelzen Staat und Volk im Sinne einer angeblich „natürlichen Ordnung“ zu einer Einheit. Diese Vorstellung von Staat, Nation und Gesellschaft basiert auf einem sogenannten **völkischen Kollektivismus**: Demgemäß hat das Individuum

mit seinen Rechten hinter den Belangen der Gemeinschaft zurückzustehen. Der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ und dem „Führerprinzip“ folgend handelt der politische Führer auf Regierungsebene quasi intuitiv nach dem vermeintlich einheitlichen Willen des Volkes. In einem rechtsextremistisch geprägten Staat würden somit wesentliche Kontrollelemente der fdGO entfallen, wie beispielsweise das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben oder aber das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

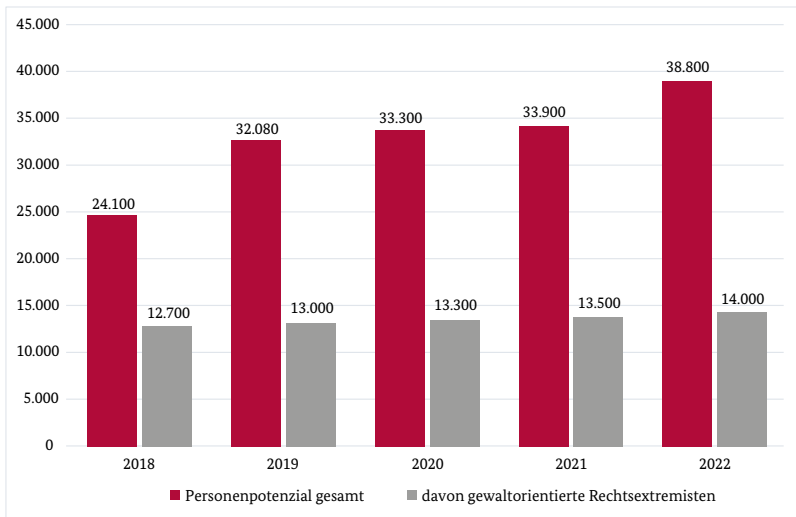
Neben der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gegenüber „Fremden“ im Allgemeinen bilden der – offen, unterstellend oder verbrämt geäußerte – **Antisemitismus** sowie der **Geschichtsrevisionismus** wichtige Ideologieelemente für die überwiegende Mehrheit deutscher Rechtsextremisten. Viele von ihnen verharmlosen oder verherrlichen gar den historischen Nationalsozialismus. Letzgenanntes gilt auf jeden Fall für Neonationalsozialisten (kurz „Neonazis“), die das NS-Regime in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gerne als Vorbild heranziehen.

Forschungsergebnisse der Sozialwissenschaften dokumentieren immer wieder, dass in Teilen der deutschen Bevölkerung mitunter hohe Zustimmungswerte zu einzelnen rassistischen Aussagen bestehen.¹ Diese Werte scheinen sich in einem Widerspruch zu dem von den Verfassungsschutzbehörden ausgewiesenen rechtsextremistischen Personenpotenzial zu befinden, allerdings erfasst des Verfassungsschutzes keine politischen Einstellungen und Überzeugungen in der Bevölkerung. Erst wenn Personen zum Beispiel durch Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Parteien nachdrücklich darauf hinarbeiten, Grundsätze der fdGO zu beseitigen, fallen sie in den Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes. Politisch motivierte Straftaten gelangen ebenfalls in den Fokus des Verfassungsschutzes, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass diese beziehungsweise die Täter darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze außer Kraft zu setzen und die Taten folglich als extremistisch zu bewerten sind.

1 Vergleiche zum Beispiel: „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21“, Andreas Zick/Beate Küpper (Herausgeber), Bonn 2021; „Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020“, Oliver Decker/Elmar Brähler (Herausgeber), Gießen 2020.

Gewaltorientierung

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der als gewaltorientiert eingestuften Rechtsextremisten stetig gestiegen (siehe Grafik). Das Gesamtpersonenpotenzial hat sich allerdings ebenfalls erhöht, weshalb der Anteil der gewaltorientierten Rechtsextremisten seit 2019 konstant bei um die 40 % liegt. Auch die rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten bewegen sich seit Jahren auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 20.967 rechtsextremistische Straftaten erfasst; Gewaltdelikte machten hierbei 4,8 % (1.016) aus.



Rechtsextremisten lehnen die Gleichheit aller Menschen und Völker grundsätzlich ab und sehen sich daher oftmals in einem permanenten Konkurrenz- und „Überlebenskampf“. Insbesondere eine vermeintliche „Überfremdung“ Deutschlands und die damit verbundene Imagination eines bevorstehenden „Volkstodes“ erfordern – aus Sicht von Rechtsextremisten – „geeignete Gegenmaßnahmen“. Dazu zählt notfalls auch die Anwendung von Gewalt.

Begriffe wie „Krieg“ und „Kampf“ sind somit zentrale Bestandteile rechtsextremistischer Diktion. Positive Bezugnahmen etwa auf die sogenannte Kampfzeit (die Phase der politischen und häufig gewaltsamen Auseinandersetzungen vor der nationalsozialistischen Regierungsübernahme 1933) oder die Bewunderung für Vorkämpfer der NS-Bewegung und bekannte NS-Protagonisten, die „im

Kampf für ihre nationalsozialistische Überzeugung ihr Leben ließen“, sind für Teile der rechtsextremistischen Szene identitätsstiftend. Die Mystifizierung des SA²-Sturmführers Horst Wessel oder auch die Verehrung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß (der bis zu seinem Tod unbelehrbarer Nationalsozialist blieb) als „Märtyrer“ sind hier nur zwei der bekanntesten Beispiele.



Das Gewaltpotenzial von Rechtsextremisten zeigt sich auch in ihrem Habitus, der oft von Militanz geprägt ist. Besonders im subkulturellen Rechtsextremismus und im neonazistischen Spektrum wird ein martiales Auftreten gepflegt – sei es bei Demonstrationen, in rechtsextremistischer Musik oder einfach durch die Verwendung einschlägiger Szenebekleidung. Nicht selten tragen Rechtsextremisten T-Shirts, die mit rassistischen Botschaften, Szenecodes, aggressiven Slogans oder – teils angedeuteten, teils offenen – Anklängen an das NS-Regime bedruckt sind.

Die Anwendung von Gewalt durch Rechtsextremisten erfolgt meist spontan und situationsbezogen. Sie ist dabei überwiegend von einer direkten Konfrontation mit den Opfern geprägt, weshalb der Schwerpunkt bei den Gewalttaten weiterhin bei Körperverletzungsdelikten liegt. Rechtsextremistische Gewalt dient der Einschüchterung von ausgemachten „Hassobjekten“ und kann insofern sogar als eigenes Kommunikationskonzept verstanden werden: Die Gewalt gegen einige wenige soll alle treffen. Ethnisch „Fremde“ beispielsweise sollen in Angst und Schrecken versetzt werden, damit sie das Land verlassen.

Auch wenn die Mehrheit der rechtsextremistischen Szene nicht auf einen gewaltsamen, revolutionären Umsturz hinarbeitet, so verüben (oder planen) doch Einzelpersonen beziehungsweise (Klein-)Gruppen immer wieder schwerste Gewaltstraftaten. Wenn ein „bewaffneter Kampf“ für politische Ziele durch die Verübung schwerer Straftaten an Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen geführt wird, wird damit auch die Grenze zum Terrorismus überschritten.

Die Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011 belegte wie kaum ein anderes Beispiel

2 Sturmabteilung, die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP.

das Gewaltpotenzial im Rechtsextremismus. Wie erst damit bekannt wurde, ermordete der NSU in der Zeit von 2000 bis 2007 neun Menschen aufgrund



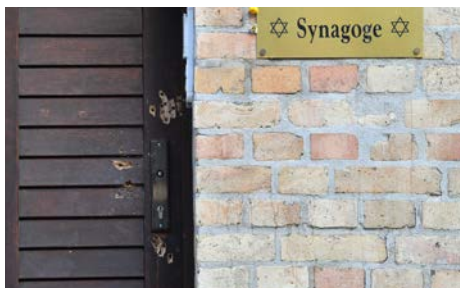
ihres Migrationshintergrundes sowie eine Polizistin. Struktur und Taten des NSU waren in der Geschichte des Rechtsterrorismus in ihrer Kombination ein Novum. Dies betraf etwa das Leben in der Illegalität über einen längeren Zeitraum, die gezielte und weitgehend planvolle Ermordung einzelner Personen mittels Schusswaffen sowie die fehlende Selbstbezeichnung der Täter zu den

Taten und den Tatmotiven bis kurz vor der Selbstenttarnung.

Motiviert durch das Migrationsgeschehen rund um das Jahr 2015 radikalisierte sich das rechtsextremistische Spektrum erheblich, und in der Folge kam es zu einem Anstieg politisch motivierter Gewalttaten gegen Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende. Während dieser Zeit bildeten sich auch eine Reihe rechtsterroristischer Gruppierungen. 2015 gelang es den Sicherheitsbehörden, mit der „Oldschool Society“ (OSS) eine derartige Gruppierung bereits in ihrer Entstehung zu zerschlagen. So konnte die Umsetzung ihrer Planungen, in kleinen Gruppen einen „bewaffneten Kampf gegen Salafisten“ zu führen und Anschläge gegen Moscheen zu verüben, aber auch „Aktionen“ gegen „Asylantenheime“ und „Antifa-Quartiere“ durchzuführen, erfolgreich verhindert werden. Die „Gruppe Freital“ hatte sich ebenfalls im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise gebildet. Ihre Mitglieder fanden sich im Sommer 2015 zusammen, um – radikalisiert und in unterschiedlichen Personenkonstellationen – Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sowie Wohnungen, Büros und Fahrzeuge der politischen Gegenseite zu verüben.

Bei der Bildung rechtsterroristischer Gruppierungen spielen Messengerdienste eine immer wichtigere Rolle. Dies zeigt sich beispielhaft bei der „Gruppe S.“: Sie hatte sich 2019 in einer Chatgruppe, in der Personen aus verschiedenen Regionen Deutschlands zusammenkamen, organisiert und Anschläge auf Moscheen sowie generell Menschen muslimischen Glaubens geplant. Hierzu soll sich die „Gruppe S.“ bereits um die Beschaffung von Schusswaffen bemüht haben.

Neben rechtsterroristischen Gruppierungen stellten in der jüngeren Vergangenheit vor allem sogenannte einzelagierende Täter eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Dieser Tätertypus radikalisiert sich meist über das Internet und hat entweder keine oder nur eine geringe Anbindung an etablierte rechtsextremistische Strukturen und Organisationen. Die Täter der rechtsterroristischen Anschläge in Halle (Sachsen-Anhalt) im Oktober 2019 und in Hanau (Hessen) im Februar 2020 entsprechen genau diesem Tätertypus.



Ein inzwischen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilter Rechtsextremist hatte am 9. Oktober 2019 versucht, in eine Synagoge in Halle zu gelangen, um die dort anlässlich des höchsten jüdischen Feiertags Jom Kippur anwesenden jüdischen Gläubigen zu töten. Nach-

dem er keinen Zutritt erlangen konnte, erschoss er zunächst vor der Synagoge eine zufällig vorbeikommende Passantin und ergriff dann die Flucht. Unterwegs tötete er eine weitere unbeteiligte Person und schoss auf einen Polizisten, bis er festgenommen werden konnte. Der Attentäter filmte den gesamten Tatverlauf mit einer Helmkamera und verbreitete ihn über einen Livestream im Internet. Wenige Minuten vor der Tat hatte er eine Erklärung zu seinem Vorhaben mit dem Titel „Kill all Jews“ auf einem Imageboard im Internet eingestellt.³

Am 19. Februar 2020 gab es in Hanau einen weiteren Anschlag eines einzelagierenden Täters. Dieser erschoss an mehreren Tatorten neun Menschen mit Migrationshintergrund und tötete im Anschluss seine Mutter und sich selbst. Der Attentäter betrieb eine Webseite, auf der er diverse Texte und Videos veröffentlicht hatte, darunter auch eine als Bekennerschreiben zu wertende „Botschaft an das gesamte deutsche Volk“. Die darin enthaltenen Ausführungen weisen sowohl auf eine psychische Erkrankung als auch auf ein Weltbild mit

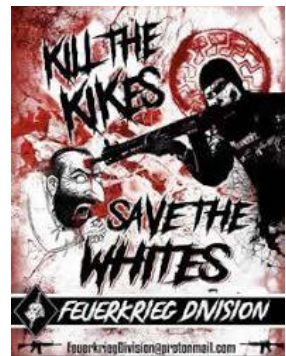
3 Er hatte offenbar in dem Attentat von Christchurch (Neuseeland) vom 15. März 2019 ein Vorbild für seine Tat gefunden: Auch dort veröffentlichte der Täter vor seinem Anschlag ein Pamphlet zu seiner politischen Motivation und übertrug das Tatgeschehen aus einer Ego-Shooter-Perspektive per Livestream.

rechtsextremistischen Zügen hin. Antisemitisch konnotierte, verschwörungs-ideologische Aspekte ziehen sich durch den gesamten Text.

Der erste rechtsextremistische Mord an einem Politiker in der Bundesrepublik Deutschland wurde bereits im Juni 2019 mit der Tötung des damaligen Kasseler Regierungspräsidenten ebenfalls in Hessen verübt. Dr. Walter Lübcke wurde am 2. Juni 2019 auf der Terrasse seines Wohnhauses bei Kassel erschossen. Auf einer Bürgerversammlung im Oktober 2015 hatte das spätere Opfer über die Unterbringung von Flüchtlingen informiert. Darin fand der Täter sein Motiv zum Mord: Ihm soll es vorrangig darum gegangen sein, das Opfer für dessen Haltung in der damaligen Flüchtlingspolitik zu bestrafen.

Die Sicherheitsbehörden beobachten schon seit längerem eine dynamische Internationalisierung des rechtsextremistischen Terrorismus – begünstigt und befördert durch das Internet. So gewinnt beispielsweise die in den USA entstandene „Siege“-⁴-Ideologie in Deutschland an Bedeutung. Sie propagiert Guerillaanschläge gegen Infrastruktur und politisch Verantwortliche, um unterstellte Spannungen zwischen der „weißen“ Mehrheitsgesellschaft und ethnischen Minderheiten in den westlichen Ländern zu verschärfen und damit einen Umsturz herbeizuführen. Vor allem über Chatgruppen im Internet finden Jugendliche und junge Erwachsene Zugang zur „Siege“-Ideologie, deren gewalttätiges Radikalisierungspotenzial auch in der Realität zutage treten kann.

Diese Chatgruppen können in Einzelfällen eine Organisationsstruktur aufweisen; oftmals handelt es sich aber um virtuelle Räume, in denen einzeln agierende Nutzerinnen und Nutzer typische Medieninhalte austauschen. Dadurch entwickeln sie sich zu sogenannten Echokammern und können so zu einer Radikalisierung von Personen führen. Aktivitäten im Kontext eines solchen rechtsextremistischen Akzelerationismus⁵ wie ihn die „Siege“-Bewegung vertritt treten in zunehmender Häufigkeit in Kombination



4 „Belagerung“.

5 Der rechtsextremistische Akzelerationismus (abgeleitet vom englischen „acceleration“: „Beschleunigung“) stellt eine Ideologie dar, die darauf abzielt, durch die Verschärfung der Gegensätze zwischen ethnischen Gruppen einen Bürger- und „Rassen“-Krieg zu provozieren. Dieser soll in der Konsequenz zum Untergang des verhassten „Systems“ führen.

mit Inhalten und Verhaltensmustern der sogenannten Attentäter-Fanszene auf. Diese in der Regel sehr jungen, männlichen Akteure verbinden ihre überhöhten Gewaltfantasien mit rechtsextremistischen Feindbildern und glorifizieren in diesem Zusammenhang bekannte rechtsextremistische Attentäter wie Anders Behring Breivik (Oslo/Utøya 2011), Brenton Tarrant (Christchurch 2019) sowie speziell im deutschen Raum David Sonboly (München 2016) und deren Taten. Insbesondere im Hinblick auf diese Szene zeigt sich, dass eine Radikalisierung von Einzelpersonen im virtuellen Raum häufig rasant und oftmals unbemerkt stattfindet. Dieser bietet somit einen besonders geeigneten Nährboden für sogenannte einzulagierende Täter.

Agitationsfelder

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen „Fremde“

Ein Ideologeelement, das nahezu alle Rechtsextremisten eint, ist die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen vermeintliche „Fremde“. Sie speist sich in der Regel aus

- einem übersteigerten Nationalismus (Chauvinismus) beziehungsweise
- der Angst vor ethnischer und kultureller „Überfremdung“.

Die eigene Nation wird von Rechtsextremisten per se als historisch gewachsene „Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft“ verstanden. Zu den Kriterien, die eine (Volks-)Zugehörigkeit begründen, zählen dabei insbesondere die gemeinsame Herkunft, Geschichte und Tradition. Jedes Individuum, das diese Kriterien nach rechtsextremistischer Auffassung nicht erfüllt, wird nicht nur konsequent ausgeschlossen, sondern oft auch als minderwertig angesehen.

Vertreter der sogenannten Neuen Rechten betonen hingegen, dass allen Völkern und Kulturen grundsätzlich eine gleiche Wertigkeit zustehe. Sie sehen ein Idealbild zwar in einer Völkervielfalt, allerdings mit ethnisch homogenen Staaten. Dieses als Ethnopluralismus bezeichnete Konzept wird als Gegenpol zum Multikulturalismus verstanden. Letztlich schreibt jedoch auch der Ethnopluralismus Individuen auf Grund ihrer Herkunft oder ihres Glaubens

unabänderliche Charakteristika zu und läuft damit im Extremfall auf die Ablehnung aller „Volksfremden“ hinaus.

In ihrer menschenfeindlichen Agitation bedienen sich Rechtsextremisten unter anderem folgender Argumentationsmuster:

- Verschiedene Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund werden – zum Teil unter expliziter Betonung ihrer Religionszugehörigkeit – pauschal als Kriminelle und damit als Bedrohung für „alle Deutschen“ diffamiert.
- 
- Über eine „Das Boot ist voll“-Rhetorik schüren Rechtsextremisten massiv Ängste vor einer möglichen „Überfremdung“ sowie die Furcht vor dem Verlust der eigenen „nationalen Identität“. Die „Massenzuwanderung“ führe, so die Argumentation, in den unvermeidlichen „Volkstod“.
 - Rechtsextremisten deuten Migration als gezielt eingesetztes Werkzeug zur strukturellen Substitution der – ihrer Ansicht nach – autochthonen (einheimischen) Bevölkerung Europas durch Zuwandernde aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Dieser von Rechtsextremisten als „Großer Austausch“ im Rahmen eines „Great Reset“⁶ deklarierte Prozess wird bisweilen als von politisch Verantwortlichen gesteuert, aber auch als Ergebnis demografischer Entwicklungen dargestellt. Oft geschieht dies auch mit verschwörungsideologischen und/oder antisemitischen Konnotationen.

Die Anti-Asyl-Agitation ist ein verbindendes Element zwischen den unterschiedlichen Strömungen des deutschen Rechtsextremismus und bietet darüber hinaus auch ein erfolgversprechendes Anknüpfungspotenzial an Teile der nicht extremistischen bürgerlichen Gesellschaft. Motiviert durch die steigende Zahl von Asylsuchenden und Geflüchteten um das Jahr 2015 herum intensivierten weite Teile der rechtsextremistischen Szene ihre menschenfeindliche Agitation.

6 Das Narrativ des „Great Reset“ behauptet, dass eine „globale Elite“ in Politik und Wirtschaft eine globalisierte Struktur anstrebe. Ursprünglich stammt die Formulierung „Great Reset“ von einer Initiative des Weltwirtschaftsforums, die insbesondere auf ökonomische Reformen für mehr Nachhaltigkeit und soziale Partizipation setzt.

Besondere Bedeutung kam dabei Aktionen „auf der Straße“ in Form von (Protest-)Kundgebungen aber auch der einschlägigen Propaganda im Internet zu. Mit der sinkenden Zahl Geflüchteter und einer damit einhergehenden abnehmenden Relevanz der Thematik im gesamtgesellschaftlichen Diskurs nahmen die diesbezüglichen Aktivitäten in der Folgezeit wieder ab.



Das Thema Migration entfaltet im rechtsextremistischen Spektrum dennoch auch weiterhin eine hohe Mobilisierungskraft, was sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung über Belarus ab Herbst 2021 gezeigt hat. Rechtsextremisten verstärkten ihre Anti-Asyl-Agitation im Internet zeitweise wieder und nahmen hierbei vielfach Bezug auf die sogenannte Flüchtlingskrise, indem sie vor einem „zweiten 2015“ warnten.

Zudem fanden in diesem Zusammenhang mehrere sogenannte Grenzgänge im deutsch-polnischen Grenzgebiet statt: Rechtsextremisten hatten sich zum Ziel gesetzt, illegal Migrierende an der Grenze aufzuspüren und den Behörden zu übergeben.



Antisemitismus

Zum komplexen und vielschichtigen Begriff des **Antisemitismus** existiert weder in der Wissenschaft noch im politischen Raum eine allgemein anerkannte Definition. Breite Anwendung findet jedoch die von der Bundesregierung empfohlene Begriffsbestimmung der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA – „Internationale Allianz zum Holocaustgedenken“):

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Die Bundesregierung nahm in ihrer im Jahr 2017 ausgesprochenen Empfehlung zudem folgenden Anschlussatz auf, der über die Konsensfassung der IHRA hinausgeht:

„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Antisemitisches Gedankengut ist in unterschiedlicher Ausprägung und verschiedenen Erscheinungsformen in allen Strömungen des Rechtsextremismus virulent. Das Spektrum der Äußerungen und Handlungen reicht dabei von subtilen Anspielungen bis hin zu expliziten Vernichtungsfantasien, offenen Gewaltandrohungen und Mordanschlägen, von vermeintlich sachlicher „Kritik“ an Israel bis hin zu völkisch-rassistischen Überzeugungen als Basis des Judenhasses.

In der Regel gilt: Je stärker die Orientierung am historischen Nationalsozialismus und an Gewalt ist, desto größer auch das Ausmaß des Antisemitismus – insbesondere in seiner rassistischen Ausprägung. Für die rechtsextremistische Szene erfüllt der Antisemitismus eine Reihe wichtiger interner und externer Funktionen:

■ Identitätsfunktion

Indem sich Rechtsextremisten von den als „fremd“ betrachteten Juden abgrenzen, können sie sich gleichzeitig mit der – als überlegen bewerteten – eigenen Gruppe stärker identifizieren und sich damit gleichsam selbst „aufwerten“.

■ Erklärungsfunktion

Scheinbar undurchschaubare politische und gesellschaftliche Entwicklungen oder Zusammenhänge erklären sich für Rechtsextremisten durch das angebliche Agieren „des Juden“ als bestimmende Macht im Hintergrund.

■ Legitimationsfunktion

Mit der Delegitimierung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung als angeblich „jüdisch“ wollen Rechtsextremisten sich selbst als die einzig rechtmäßigen politischen Repräsentanten des eigenen Landes darstellen und legitimieren.

■ Mobilisierungsfunktion

Nicht zuletzt geht es Rechtsextremisten darum, latent antisemitisch eingestellte Personen aus der Mehrheitsgesellschaft⁷ mit antisemitischer Rhetorik anzusprechen, um diese für sich zu gewinnen.

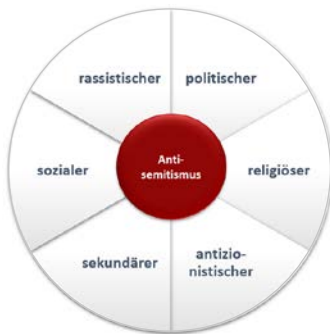
Antisemitismus präsentiert sich im rechtsextremistischen Umfeld nicht immer in offener, eindeutiger Form. Die Zurückhaltung im Hinblick auf unverhohlenen geäußerten Judenhass ist in erster Linie auf den gesamtgesellschaftlichen Konsens gegen Antisemitismus sowie die drohende Strafverfolgung in diesem Bereich zurückzuführen. Häufig ist ein verdeckter, oft auch codierter beziehungsweise chiffrierter Antisemitismus zu beobachten. Einschlägige Begriffe wie „US-Ostküste“, „internationale Hochfinanz“ oder „Hintergrundmächte“ werden von Rechtsextremisten regelmäßig genutzt, um ihre verschwörungs-ideologisch motivierten Anfeindungen zu verschleiern und trotzdem eine diffamierende Wirkung zu erzielen: Die genannten Begriffe stehen synonym für die angeblich die Welt beherrschenden „jüdischen Bankiers“. Diese Codes dienen rechtsextremistischen Kreisen dazu, ohne Überschreiten der Strafbarkeitsgrenze das historische Bild einer „jüdischen Weltverschwörung“ in der Öffentlichkeit zu platzieren.

Eine ebenfalls gängige Variante zur Verbreitung antisemitischer Ressentiments ist die Strategie, auf – vermeintlich oder tatsächlich – einflussreiche

⁷ Nach wissenschaftlichen Einschätzungen liegt das antisemitische Einstellungspotenzial in der Bevölkerung der Bundesrepublik bei bis zu 20 % (vergleiche „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, BMI (Herausgeber), Berlin 2011, Seite 21). Neuere Studien bestätigen diese Größenordnung (siehe auch Fußnote 1).

Personen wie die Unternehmer George Soros und Bill Gates zu verweisen, die als jüdisch bekannt sind oder die „den Juden“ zumindest zugeordnet werden. Mit der – zumeist lediglich stichwortartigen – Nennung dieser angeblichen „Strippenzieher“ wird versucht, das Narrativ einer „jüdischen Weltherrschaft“ plausibel zu machen.

Insgesamt lassen sich sechs idealtypische Ausprägungen des Antisemitismus identifizieren:



Die Anfänge des Antisemitismus in Europa finden sich im christlichen Antijudaismus. Diese Form des **religiösen Antisemitismus** basiert auf der Absolutsetzung der eigenen christlichen Glaubensauffassung und der damit einhergehenden Ablehnung und Herabwürdigung des Judentums. Im Christentum des hohen und späten Mittelalters galten Juden vielfach als Christusmörder. Außerdem grassierten Beschuldigungen wie zum Beispiel,

dass Juden christliche Kinder raubten und töteten, um deren Blut für rituelle Zwecke zu verwenden.

Der **soziale Antisemitismus** ist zumeist ökonomisch begründet und versammelt Vorstellungen wie die des unproduktiven, Wucher betreibenden und zugleich betrügerisch agierenden Juden. Diese Form des Antisemitismus hängt eng mit der Diskriminierung von Juden und ihrer Abdrängung insbesondere in die Berufszweige Handel und Geldwirtschaft zusammen. Damit wurden Vorstellungen von einem von „den Juden“ kontrollierten Bankensystem befeuert und im Weiteren angenommen, dass diese damit eine weitaus einflussreichere Position in der Welt besäßen als nicht jüdische Vertreter der Mehrheitsgesellschaft.

Im sich daran anschließenden **politischen Antisemitismus** steht die Vorstellung im Mittelpunkt, dass „die Juden“ eine Machtelite bilden, die zielgerichtet die Herrschaft in einem bestimmten Land (oder gar über die ganze Welt) anstrebe, indem sie die Wirtschaft, Finanzwelt und Medien beherrsche und durch Verschwörungen gezielt politische Krisen oder Umwälzungen herbeiführe. Damit

werden komplexe, sich teils global vollziehende politische und wirtschaftliche Entwicklungen und Ereignisse auf scheinbar einfache Ursachen zurückgeführt. Ganz in diesem Sinne wurde auch die Coronapandemie in den Mythos einer „jüdischen Weltverschwörung“ eingebettet: „Die Juden“ nutzten demnach die Pandemie als Vorwand, um eine sogenannte Neue Weltordnung („New World Order“ – NWO) nach ihren Vorstellungen und zum Nachteil aller Nichtjuden zu etablieren.

Der nicht zuletzt durch das NS-Regime propagierte **rassistische Antisemitismus** nutzt biologistische Argumentationsmuster und behauptet einen angeblich genetisch bedingten Minderwert „der Juden“ gegenüber der „arischen“, „weißen“ oder „nordischen Rasse“. Juden seien demnach aufgrund ihrer Physiognomie meist schon äußerlich als solche zu erkennen; sie seien triebhaft und abstoßend. In dieser Vorstellungswelt stehen sich „niedere“ und „höhere Rassen“ in einem sozialdarwinistisch verstandenen Kampf um das Dasein gegenüber, der lediglich Sieg oder Untergang kennt.

Der sogenannte **sekundäre Antisemitismus** stützt sich auf den Vorwurf, Juden nutzten den Holocaust als Mittel, um finanzielle und politische Interessen durchzusetzen. Juden werden als „Störenfriede“ angesehen, die durch die Erinnerung an die NS-Verbrechen einer „normalen“ politischen Identität der Deutschen im Wege stünden und daraus zudem finanziellen oder politischen Nutzen zögen. Diese Vorwürfe werden häufig mit Ausführungen verbunden, die den Holocaust relativieren oder sogar gänzlich abstreiten. In der Regel werden sie dabei in verschwörungsideologische Narrative eingebettet, nach denen die „Holocaust-Lüge“ lediglich ein Werkzeug der „jüdischen Weltverschwörung“ sei. Außerdem diene diese dazu, den Nationalsozialismus als politische Alternative zur Demokratie zu diskreditieren.

Der **antizionistische** oder auch antiisraelische beziehungsweise israelbezogene **Antisemitismus** zielt hingegen auf den – als jüdisches Kollektiv verstandenen – Staat Israel, der diffamiert und delegitimiert wird und dem damit letztlich seine Existenzberechtigung abgesprochen wird. Dies geschieht auch durch Gleichsetzung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern mit den NS-Verbrechen an den Juden. Dabei wird das Agieren der israelischen Regierung in aller Regel als Ausdruck des Willens der Gesamtheit „der Juden“ interpre-

tiert, so wie meistens ohnehin nicht zwischen „Juden“, „Zionisten“, „Israelis“ und dem Staat Israel differenziert wird. Mit dieser pauschalen Gleichsetzung werden Juden in ihrer Gesamtheit und ohne Bezug zur Realität einer monströsen Vernichtungspolitik beschuldigt und zugleich das NS-Regime und der Holocaust verharmlost.

Da antisemitische Stereotype und Ressentiments zumeist nicht isoliert auftreten, sondern vielmehr aufeinander Bezug nehmen und miteinander verschränkt sind, können antisemitische Äußerungen und Handlungen oft mehr als nur einer der zuvor genannten sechs Formen zugeordnet werden.

Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit ist für weite Teile des Rechtsextremismus mittlerweile ein bedeutendes Ideologeelement. Wenngleich es in diesem Kontext und im Vergleich zum Antisemitismus eher als ein jüngeres Phänomen einzustufen ist, reichen die Wurzeln der Islamfeindlichkeit doch auch bis ins christliche Mittelalter zurück. Rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Einzelpersonen versuchen, Ängste vor „Überfremdung“ und Vorurteile gegenüber der Religion des Islam beziehungsweise Menschen muslimischen Glaubens zu erzeugen oder entsprechende Vorbehalte zu schüren, um so die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Angehörigen des muslimischen Glaubens wird durch Rechtsextremisten aufgrund ihrer „Eigenschaft“ als Anhänger dieser Religion häufig die gesellschaftliche Gleichstellung streitig gemacht, sie werden von ihnen pauschal abgewertet und als nicht integrierbar dargestellt. Sie bedienen sich dabei des Konstrukts einer als homogen behaupteten Gruppe auf Basis einer tatsächlichen oder angenommenen religiösen Zugehörigkeit. Aufgrund der undifferenzierten Ablehnung des Islam und seiner Gläubigen fordern Rechtsextremisten beispielsweise, die Grundrechte (etwa den Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Artikel 3 GG oder die Religionsfreiheit gemäß Artikel 4 GG) für Musliminnen und Muslime einzuschränken oder ihnen diese gänzlich abzusprechen. Eine derartige Agitation überschreitet eine durch die Meinungsfreiheit gedeckte Kritik am Islam bei Weitem und richtet sich damit gegen zentrale Elemente der fdGO.

Aus ideologisch-taktischen Gründen differenzieren Rechtsextremisten zu-
meist nicht zwischen

- der Religion des Islam,
- dem Islamismus und
- dem islamistischen Terrorismus.



In Deutschland lebenden Menschen muslimischen Glaubens werden pauschal – und ohne individuelle Unterscheidungen vorzunehmen – negative Wesensmerkmale unterstellt, die wiederum zu einer Bedrohung für die innere Sicherheit Deutschlands und Europas stilisiert werden. Durch eine angebliche heimliche „Islamisierungsstrategie“ solle die Ersetzung europäisch-christlicher Traditionen und

Normen durch islamisch-orientalische betrieben werden. Gemäß rechtsextremistischer Einschätzung sei es letztlich das Ziel des „muslimischen Kollektivs“, in Deutschland und Europa einen islamischen Staat auf Basis des islamischen Rechtssystems (Scharia) zu errichten, womit zwangsläufig eine gesellschaftliche und politische Diskriminierung aller Nichtmusliminnen und -muslime verbunden sei.

Durch diese Anschuldigungen erfolgt eine pauschale Ausgrenzung und Abwertung von Menschen, wobei zugleich suggeriert wird, dass mit einer steigenden Zahl von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zwangsläufig auch die Terrorgefahr für die Bevölkerung wachse.

Um eine Anschlussfähigkeit an die Mehrheitsgesellschaft zu erzeugen, argumentieren die Protagonisten der rechtsextremistischen Islam- und Muslimfeindlichkeit häufig, sie selbst betrieben lediglich „Islamkritik“ gegenüber einem behaupteten weltlichen Herrschaftsanspruch der Religion des Islam. Dabei konstruieren sie eine vermeintlich unüberbrückbare Verschiedenheit zwischen Islam und muslimischen Gläubigen auf der einen und einem christlich-europäischen Wertesystem auf der anderen Seite. Dies umfasst

Bemühungen, Begrifflichkeiten wie „Kultur“, „Heimat“ oder „Traditionen“ in eine ethnopluralistische Lesart zu überführen, um diesen Begriffen eine abbeziehungsweise ausgrenzende Konnotation zu verleihen.

Geschichtsrevisionismus

Generell bezeichnet Revisionismus das Bestreben, allgemein bestehende und anerkannte Übereinkünfte – zum Beispiel zu Grenzverläufen oder wissenschaftlichen Erkenntnissen – zu hinterfragen, zu „überprüfen“ und gegebenenfalls entsprechend zu verändern. Ziel des rechtsextremistisch motivierten, auf die Darstellung der Vergangenheit bezogenen Geschichtsrevisionismus ist jedoch nicht die Erweiterung oder Berichtigung des bestehenden Wissens. Vielmehr stellt er eine ideologisch motivierte Umdeutung erwiesener historischer, politischer oder wissenschaftlicher Sachverhalte und Erkenntnisse dar, die bis zu deren vollständiger Leugnung reichen kann.

Ungeachtet dessen reklamieren rechtsextremistische Geschichtsrevisionisten für sich, bei der Aufklärung historischer Sachverhalte unvoreingenommen und wissenschaftlich korrekt vorzugehen. Sie versuchen, als kritische Forscher zu erscheinen, die auf Fehldarstellungen in der Geschichtsschreibung hinweisen und diese lediglich berichtigen möchten. Zugleich werden jedoch gezielt verschiedenste Techniken der Täuschung und Manipulation eingesetzt, um etwa zu dem Ergebnis zu gelangen, dass der Nationalsozialismus keine Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trage oder es einen Holocaust nie (oder zumindest nicht in der historisch gesicherten Form) gegeben habe. Stattdessen wird wahlweise Polen, Großbritannien, den USA und/oder „den Juden“ die Hauptschuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zugewiesen. Geschichtsrevisionisten versuchen, Hitlers Außenpolitik dabei als deeskalierend und nicht auf Krieg ausgerichtet darzustellen. Eine geschichtsrevisionistische und direkt an die NS-Propaganda anschließende Umdeutung des rassistischen Vernichtungs- und Eroberungsfeldzuges des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion als Präventivkrieg dient dazu, diesem seinen verbrecherischen Charakter zu nehmen und zugleich die deutsche Wehrmacht und deren Führung zu entlasten. Auch der Völkermord an etwa sechs Millionen Juden wird in diesem Zusammenhang wahlweise verharmlost, gänzlich bestritten oder in grob verfälschender Weise mit (angeblichen oder tatsächlichen) Kriegsverbrechen der Alliierten gleichgesetzt.

Rechtsextremistische Geschichtsrevisionisten manipulieren die geschichtliche Wahrnehmung, indem sie

- Ergebnisse der historischen Forschung und Inhalte von Quellen falsch wiedergeben,
- Quellen, die nationalsozialistische Untaten und Verbrechen belegen, unterschlagen, als Fälschungen oder als fragwürdig abtun,
- vermeintlich positiv zu bewertende Aspekte des Nationalsozialismus oder seiner Repräsentanten überbetonen und sich hierfür auf unzuverlässige Quellen beziehen beziehungsweise Quellen einseitig interpretieren oder
- durch eine Vielzahl von Pseudonymen und nicht vorhandene akademische Grade ihre Leserschaft täuschen und so versuchen, Vertrauenswürdigkeit und Seriosität zu vermitteln.

Ihre geschichtsrevisionistische Sichtweise versuchen sie entweder durch (insbesondere im Internet verbreitete und vertriebene) Schriften, Bücher, Vorträge, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Videos in die Mehrheitsgesellschaft einzubringen oder über Demonstrationen und Gedenkmärsche anlässlich szenerelevanter Jahrestage in die Öffentlichkeit zu transportieren. Geschichtsrevisionistische Literatur ist geprägt durch einen systematisch verzerrten, mit den Erkenntnissen der Wissenschaft nicht zu vereinbarenden Blick auf die Geschichte – voller Verharmlosungen, Verfälschungen und Manipulationen zugunsten des Nationalsozialismus.

An Jahrestagen von alliierten Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg wird das historische Ereignis bei Demonstrationen aus seinem Kontext herausgelöst und als „Bombenterror“ oder gar als „Bombenholocaust“ der späteren Siegermächte tituliert. So gilt Rechtsextremisten auch das Ende des Zweiten Weltkrieges nicht als Befreiung von Terror, Zwangsherrschaft und Beendigung eines verbrecherischen deutschen Angriffskrieges, sondern vielmehr als Beginn angeblich völkerrechtswidriger Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen durch die Alliierten.



Oftmals werden in Kombination mit diesem Geschichtsrevisionismus auch gebietsrevisionistische Auffassungen vertreten. Anhänger dieser Standpunkte erkennen die völkerrechtlich verbindlichen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Anrainerstaaten nicht an, sondern sind bestrebt, das deutsche Staatsgebiet zu erweitern. Dies drückt sich in Forderungen nach Eingliederung der früheren deutschen Ostgebiete beziehungsweise einer Wiederherstellung der Grenzverläufe des Deutschen Kaiserreiches oder des nationalsozialistischen Großdeutschlands aus.

Darstellung ausgewählter Beobachtungsobjekte

Rechtsextremistische Parteien und Verdachtsfälle

„Die Heimat“

(vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ – NPD)⁸

Allgemein

„Die Heimat“ (vormals NPD) verzeichnet seit Jahren einen anhaltenden Mitgliederschwund und hatte 2022 nur noch circa 3.000 Mitglieder (2012: 6.000). Die Partei gliedert sich in 16 Landesverbände und hielt im letzten Quartal 2021



⁸ Auf dem NPD-Bundesparteitag am 3. und 4. Juni 2023 stimmte eine Mehrheit der Delegierten für ein umfangreiches Reformpaket, welches unter anderem die Umbenennung der Partei in „Die Heimat“ vorsah. Seitdem tritt die Partei unter dem neuen Namen auf.

noch um die 125 Kommunalmandate. Bundesvorsitzender ist seit 2014 Frank Franz, der zuletzt im Mai 2022 in seinem Amt bestätigt wurde.

Gegen die Partei wurden in der Vergangenheit bereits zwei Parteiverbotsverfahren vor dem BVerfG verhandelt. Nachdem 2003 ein erstes Verfahren aus formalen Gründen gescheitert war, wies das BVerfG im Januar 2017 den Verbotsantrag auch in einem zweiten Verfahren zurück. In der Begründung wurde angeführt, dass keine konkreten Anhaltspunkte von Gewicht vorlägen, die eine Durchsetzung der politischen Ziele der Partei als möglich erscheinen ließen. Ungeachtet dessen seien ideologische Kernelemente des Parteiprogramms – wie etwa die Bezugnahme auf die ethnisch definierte „Volksgemeinschaft“ – aber als eindeutig gegen die fdGO ausgerichtet und damit verfassungsfeindlich einzustufen.

Ideologie

„Die Heimat“ vertritt ein geschlossenes rechts-extremistisches Weltbild, dessen ideologisches Kernelement die kompromisslos verfolgte Idee einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ ist. Ausgehend von dieser Zielvorstellung propagiert sie auch unverhohlenen rassistische Positionen. Antisemitische Standpunkte sind in der Ideologie der Partei ebenfalls tief verwurzelt und gehen nicht selten mit der positiven Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus und geschichtsrevisionistischen Forderungen einher. Das BVerfG attestierte der Partei deshalb, dass in ihrer Programmatik und ihren Aktivitäten eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zum Ausdruck komme.



Programmatische Ziele

Das ideologische Kernelement der ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ spiegelt sich auch in den programmatischen Zielen der Partei wider. Im Parteiprogramm wird zum Beispiel die ersatzlose Streichung des Rechts auf Asyl

aus dem Grundgesetz gefordert und Integration als „Völkermord“ bezeichnet. Daneben propagiert „Die Heimat“ mit der Forderung nach Wiederherstellung des nationalen und regionalen Selbstverwaltungsrechts die Abschaffung der Europäischen Union (EU). Das Grundziel der Partei bleibt dabei der fundamentale „Systemwechsel“ in Deutschland.

Aktivitäten

Der Niedergang der Partei in den letzten Jahren führte auch zu einem Strategiewechsel in der Außendarstellung und den Aktivitäten der Partei. Der amtierende Parteivorsitzende Franz gilt als Vertreter des „moderaten“ Parteiflügels und ist in seinem Auftreten um Seriosität bemüht. Als direkte



Reaktion auf die anhaltenden Misserfolge bei Wahlen sowie auf den Bedeutungsverlust in der rechtsextremistischen Szene wirbt der Parteichef dafür, in der Außendarstellung stärker als in der Vergangenheit auf ein möglichst positives Image der Partei hinzuarbeiten. Entsprechend versucht „Die Heimat“, sich in der Öffentlichkeit zu mäßigen und sich stärker auf eine Anschlussfähigkeit an das bürgerliche Spektrum zu konzentrieren. Dazu greift sie Themen aus dem gesellschaftlichen Diskurs auf und veröffentlicht entsprechend gemäßigte Verlautbarungen.

Darüber hinaus verfolgt „Die Heimat“ (ehemals NPD) zunehmend die Strategie einer politischen „Graswurzelarbeit“, indem sie etwa versucht, Bürgerinitiativen zu unterstützen. Um die Reichweite der eigenen Botschaften trotz nachlassender Bekanntheit und Bedeutung zu vergrößern, hat die Partei zudem ihre Medienarbeit verstärkt und modernisiert. Neben der grundlegenden Umgestaltung der parteieigenen Publikation „Deutsche Stimme“ wird nun vermehrt auf Videoproduktionen gesetzt, die zum einen durch den offiziellen YouTube-Kanal von „Die Heimat“ verbreitet werden, zum anderen über Kanäle, deren Zugehörigkeit zur Partei für Außenstehende nicht sofort erkennbar ist.

Der Wandel in der Außendarstellung darf jedoch nicht über die eigentlichen Ziele der Partei hinwegtäuschen. Die Wiederwahl des langjährig aktiven Neonazis Thorsten Heise als stellvertretender Parteivorsitzender im Mai 2022 zeigt deutlich die immer noch erkennbare Bedeutung völkisch-nationalistischer Positionen in der Partei. Eine inhaltliche Mäßigung ist daher mittelfristig unwahrscheinlich.

„Der III. Weg“

Allgemein

Die Partei „Der III. Weg“ wurde im September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg) gegründet. Die Funktionäre der Partei sind seit Jahren fest im rechtsextremistischen Spektrum verankert. Sie waren zuvor zum Teil in der NPD⁹ aktiv oder stammen aus der neonazistischen Szene, insbesondere aus dem 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“ (FNS), einem Netzwerk rechtsextremer Kameradschaften. Bis heute rekrutiert sich der Großteil der Mitglieder aus dem neonationalsozialistisch geprägten Rechtsextremismus. Die Partei gliedert sich in Landesverbände und direkt dem Bundesvorstand unterstehende Stützpunkte, die das Zentrum der Parteiaktivitäten bilden.



Ideologie

Die weltanschauliche Ausrichtung der Partei „Der III. Weg“ nimmt Bezug auf Elemente des 25-Punkte-Programms der NSDAP. Sie gründet auf einem biologistischen Volksbegriff, bei dem das als Abstammungsgemeinschaft begriffene deutsche Volk den Ankerpunkt bildet. Entsprechend fordert die Partei die „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ sowie die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die es vor „Überfremdung“ zu schützen gelte. Da dies aus Sicht der Partei unter den Bedingungen der fdGO nicht möglich sei, strebt die Partei eine „nationale Revolution“ an, um einen „Deutschen Sozialismus als gerechte soziale und völkische Ordnung“ zu schaffen. Organisiert werden soll der Staat nach dem „Führerprinzip“.

⁹ Im Juni 2023 umbenannt in „Die Heimat“, siehe Seite 39.

Programmatische Ziele

Der biologisch verstandene Fortbestand des deutschen Volkes steht für die Partei im Mittelpunkt und bestimmt daher auch die programmatische Ausrichtung und die politische Praxis. So lehnt sie jegliche Zuwanderung sowie das Recht auf Asyl ab und fordert die Ausweisung von „Nichtdeutschen“.

Durch die Fokussierung auf einen „Deutschen Sozialismus“ lehnt die sich als nationalrevolutionär verstehende Partei auch das kapitalistische Wirtschaftssystem ab und möchte sämtliche Schlüsselindustrien, Finanzinstitute und Betriebe der allgemeinen Daseinsfürsorge verstaatlichen. Darüber hinaus fordert die Partei eine Revision des europäischen Einigungsprozesses und eine Wiederherstellung „Gesamtdeutschlands“ unter Einbeziehung ehemals deutscher Gebiete.



Getragen werden die Bestrebungen der Partei von einem antisemitischen Konsens der Mitglieder und Anhänger. Regelmäßig agitiert „Der III. Weg“ gegen eine angebliche jüdische Fremdbestimmung Deutschlands und gegen den Zionismus als vermeintliches Mittel zur Errichtung einer jüdischen Welt Herrschaft. Der Staat Israel bildet ein wesentliches Feindbild für die Partei.

Aktivitäten

„Der III. Weg“ versteht sich als „völkische Weltanschauungspartei“ mit dem Ziel der „Erneuerung Deutschlands auf allen Ebenen“. Dieser Anspruch soll bereits in der täglichen Arbeit der Partei und im Leben der Mitglieder umgesetzt werden. Grundlage dafür bildet das „Drei-Säulen-Konzept“, das neben „politischem“ und „kulturellem Kampf“ auch den „Kampf um die Gemeinschaft“ umfasst:

- Zum „politischen Kampf“ gehören Demonstrationen, Kundgebungen, das Verteilen von Flugblättern und Propaganda im Internet. Der Antritt zu Wahlen wird als eine besondere Gelegenheit zur Werbung für die politischen Ziele der Partei gesehen.

- Der „kulturelle Kampf“ soll bewirken, dass „die Verwurzelung“ der Kultur „wieder ins Volk“ getragen wird. Hierzu dienen etwa regelmäßige Reminiszenzen an Ereignisse der deutschen Geschichte, Buchveröffentlichungen, kulturelle Veranstaltungen und Brauchtumspflege.
- Der „Kampf um die Gemeinschaft“ besteht darin, die angestrebte völkische Gemeinschaft bereits im Parteileben zu verwirklichen. Er umfasst alle gemeinschaftspflegenden Aktivitäten wie Ausflüge, Sport- und Musikveranstaltungen und soll auch das private Leben der Parteiangehörigen in allen Lebenslagen durchdringen.

Einen wichtigen Baustein bei der Umsetzung des „Drei-Säulen-Konzepts“ bilden Arbeitsgemeinschaften wie zum Beispiel „Feder & Schwert“, „Körper & Geist“ oder „Nationalrevolutionäre Jugend“. Diese mehr oder weniger fest nach Themenbereichen organisierten Zusammenschlüsse sollen entsprechend des ganzheitlichen Anspruchs der Ideologie alle Bereiche des Lebens der Parteimitglieder abdecken. Sie richten sich überdies zum Teil auch an Nichtmitglieder und bieten so eine Plattform für Verbindungen zu anderen Rechtsextremisten und für die Werbung neuer Mitglieder.

Als organisatorische Grundlage für die Aktivitäten der Partei dient die Einrichtung von Partei- und Bürgerbüros als regionale Anlaufpunkte für Parteiangehörige und die einheimische „deutsche“ Bevölkerung.

„DIE RECHTE“

Allgemein

Die Partei „DIE RECHTE“ wurde im Mai 2012 mehrheitlich durch ehemalige Mitglieder der „Deutschen Volksunion“ (DVU) auf Initiative des langjährig aktiven Neonazis Christian Worch in Hamburg gegründet. Die Partei gliedert sich in neun Landesverbände¹⁰, wobei die meisten lediglich auf dem Papier existieren. Ihren Aktivitätsschwerpunkt



¹⁰ Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Südwest (umfasst die Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz).

hat „DIE RECHTE“ im östlichen Ruhrgebiet, da der überwiegende Teil der Parteimitglieder aus der dortigen Neonazi-Szene stammt.

Ideologie

„DIE RECHTE“ vertritt ein dezidiert rechtsextremistisches Weltbild, einhergehend mit fremdenfeindlicher und rassistischer Agitation, geschichtsrevisionistischen Thesen und antisemitischen Positionen, die immer wieder öffentlichkeitswirksam propagiert werden. So nahmen Parteiaktivisten den im Frühjahr 2021 eskalierenden Nahostkonflikt zum Anlass, am 21. Mai 2021 in Braunschweig (Niedersachsen) auf einer Kundgebung des Kreisverbandes Braunschweig/Hildesheim Israel als „Terrorstaat“ zu diffamieren und die Parole „Nie wieder Israel!“ zu skandieren. Regelmäßig fällt „DIE RECHTE“ zudem durch positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und provokante Statements mit eindeutig neonazistischer Konnotation auf.

Programmatische Ziele

In ihrem Parteiprogramm bekennt sich „DIE RECHTE“ formal zur fdGO und vermeidet allzu radikale Positionen. Dieses Bekenntnis ist jedoch eher ein Vorwand als eine tatsächliche Leitlinie. So finden sich im Programm außerdem zahlreiche Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung. Forderungen und Ziele der Partei sind dabei unter anderem die Wahrung der „Deutschen Identität“ sowie die Zurückdrängung „übermäßige[r] fremde[r] Einflüsse, wie z. B. der Amerikanisierung“ zum angeblichen Schutze des „deutschen Staatsvolkes“. In diesem Sinne wird auch die „Eindämmung ungezügelter Zuwanderung“, die Aufhebung der Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden „Ausländern“ oder ein „Werbeverbot in ausländischen Sprachen“ gefordert. Insgesamt spielt das Programm als Handlungsgrundlage für die Funktionäre und Mitglieder nur eine untergeordnete Rolle: Das erklärte politische Ziel bleibt ein fundamentaler „Systemwechsel“ in Deutschland.

Aktivitäten

In der Öffentlichkeit verfolgt „DIE RECHTE“ eine Doppelstrategie aus Provokation und Einschüchterung. So versucht die Partei, öffentliche Aufmerksam-



keit durch Grenzüberschreitungen und Tabubrüche zu erzeugen. Beispielhaft für diese Strategie waren die Nominierung der bekannten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel als Spitzenkandidatin im Wahlkampf zur Europawahl 2019 oder das von der Partei in diesem Zusammenhang erstellte Wahlprogramm „25 Punkte für Europa“, das schon durch seinen Titel offensichtlich auf das „25-Punkte-Programm“ der historischen NSDAP anspielte.

Darüber hinaus ist „DIE RECHTE“ in ihrer Agitation darum bemüht, Kriminalität und Missbrauch von Sozialleistungen mit dem Thema Zuwanderung zu verknüpfen. Gleichzeitig werden demokratische Institutionen verächtlich gemacht, indem diesen die Schuld an Straftaten von Menschen mit (vermeintlichem) Migrationshintergrund angelastet wird.

Die Aktivitäten der Partei nehmen aufgrund von internen Querelen, Nachwuchsproblemen und des Rückzugs von Führungsfunktionären schon seit längerer Zeit kontinuierlich ab. Der Parteistatus wird faktisch nur aufrechterhalten, um unter dem Schutz des Parteienprivilegs Aktivitäten regionaler neonazistischer Szenen fortzuführen.

„Freie Sachsen“

Allgemein

Die rechtsextremistische Regionalpartei „Freie Sachsen“ wurde im Februar 2021 im sächsischen Schwarzenberg gegründet. Vorsitzender ist der Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann, Mitbegründer von und seit 2009 Stadtratsmitglied für die rechtsextremistische Wählervereinigung „Pro Chemnitz“. Stellvertretender Parteivorsitzender der „Freien Sachsen“ ist der langjährige NPD¹¹-Funktionär Stefan Hartung. Die Partei ist fast ausschließlich in Sachsen aktiv und versteht sich als Vernetzungsplattform des regionalen Protestgeschehens.



¹¹ Im Juni 2023 umbenannt in „Die Heimat“, siehe Seite 39.

Ideologie

Die Partei entstand vor dem Hintergrund der Coronapandemie, die sie – wie die Energie- und Wirtschaftskrise in Folge des Russland-Ukraine-Krieges – für ihre eigenen politischen Ziele ausnutzt. Die „Freien Sachsen“ verbreiten in diesem Zusammenhang das Narrativ einer abgehobenen, vom „normalen Volk“ entfremdeten politischen Elite. Dabei delegitimiert die Partei auch demokratische Institutionen und Prozesse und spricht von einer „Coronadiktatur“; sich selbst inszeniert sie dabei als Verfechterin von Freiheit und Recht. Insgesamt verzichten die „Freien Sachsen“ zugunsten der eigenen Anschlussfähigkeit an die Mehrheitsgesellschaft aber weitgehend auf ein ausgestaltetes ideologisches Fundament.



Programmatische Ziele

In ihrem Parteiprogramm fordern die „Freien Sachsen“ einen Autonomiestatus oder gar die Unabhängigkeit Sachsens von der Bundesrepublik Deutschland („Säxit“) sowie eine Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts. Die Partei vertritt zudem offen monarchistische Positionen. Im Parteiprogramm heißt es: „Das sächsische Königshaus ist bei der Gestaltung der Zukunft Sachsens angemessen einzubinden.“ Ein weiterer Programmpunkt ist die zwangsweise „Rückführung“ westdeutscher „Verwaltungsleute, Richter und Journalisten [...] in ihre Heimatländer“. Ebenso wie die ideologische Basis spielt das Parteiprogramm in der Praxis aber nur eine untergeordnete Rolle.

Aktivitäten

Die Partei betreibt mehrere Social-Media-Präsenzen, die sie zur Verbreitung der eigenen politischen Ansichten und zur Delegitimierung demokratischer Prozesse nutzt. So setzen die „Freien Sachsen“ unter anderem die sächsische Landesregierung und die Bundesregierung mit Diktaturen gleich („Kretschmer-Diktatur“, „Impfdiktatur“, „Ökodiktatur“). Immer wieder verbreiten sie zudem Inhalte des NPD¹²-Magazins „Deutsche Stimme“ und des rechtsextremistischen „COMPACT“-Magazins.

Die „Freien Sachsen“ treten auch bei Wahlen an. Der Partei gelang es bei den sächsischen Kommunalwahlen 2022 zwar nicht, ein Landrats- oder Bürgermeisteramt zu erringen, sie konnte aber vereinzelt lokale Achtungserfolge erzielen.

„Alternative für Deutschland“ (AfD, Verdachtsfall)

Die AfD wurde im Jahr 2013 ursprünglich als eurokritische Partei gegründet und fokussierte sich im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise in den Folgejahren zunehmend auf die Themen Migration und Asyl. Die Anhänger der damals als Verdachtsfall bearbeiteten innerparteilichen Sammlungsbewegung „Der Flügel“ gewannen in der Folgezeit an Einfluss und förderten die Etablierung völkisch-nationalistischer Deutungsmuster und Begrifflichkeiten innerhalb der AfD. Trotz der formalen Auflösung des „Flügels“ zum 30. April 2020 konnte in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche Stärkung parteiinterner extremistischer Strömungen festgestellt werden.



In Verlautbarungen der AfD und ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten kommt regelmäßig ein Volksverständnis zum Ausdruck, welches im Widerspruch zum offenen Staatsvolksverständnis des Grundgesetzes steht. Bereits im Grundsatzprogramm der AfD finden sich Anhaltspunkte, die für ein solches ethnisch-biologisches Volksverständnis sprechen. So heißt es beispielsweise: „Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.“ Hierbei handelt es sich um eine

¹² Im Juni 2023 umbenannt in „Die Heimat“, siehe Seite 39.

Entwicklung, die die Partei offenkundig ablehnt. Weiterhin offenbart die Unterscheidung zwischen Deutschen und „bloßen Passdeutschen“, die auch bei der „Jungen Alternative für Deutschland“ (JA) und dem „Flügel“ anzutreffen ist beziehungsweise war, ein ethnisches Volksverständnis. Ein „richtiger“ Deutscher sei demnach nur derjenige, der dem deutschen Volk im ethnischen Sinne angehört und nicht zugewandert ist.

Zudem vertritt die Partei islam- und muslimfeindliche Positionen, die in ihrer Gesamtschau eine systematische Verächtlichmachung von Zugewanderten belegen. Darüber hinaus enthalten zahlreiche Verlautbarungen der AfD Verunglimpfungen des Staates und seiner Vertreterinnen und Vertreter, die nicht eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel haben.

Im Rahmen ihrer Aktivitäten bedienen Mitglieder der AfD regelmäßig rechts-extremistische und verschwörungsideologische Narrative, indem sie beispielsweise vor einer geplanten „Umvolkung“ oder einem politisch gesteuerten „Großen Austausch“ warnen.

Auf allen Ebenen der Partei sind zudem gefestigte Verbindungen zu rechts-extremistischen Akteuren und Organisationen der Neuen Rechten feststellbar. Diese gehen über rein zufällige Überschneidungen hinaus und sind als strukturelle Verbindungen innerhalb eines strategisch agierenden Netzwerkes zu betrachten, die in wesentlichen Teilen von gemeinsamen – oder jedenfalls ähnlichen – politischen Überzeugungen getragen werden.

Rechtsextremistische Akteure der Neuen Rechten

Die Bezeichnung „Neue Rechte“ umfasst ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte mit dem Ziel zusammenwirken, anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Hierfür werden metapolitische Theoriebildung, (außer-)parlamentarische Bewegungen und Praxis (also die Einflussnahme auf den vorpolitischen Raum, die den Boden für die erfolgreiche

politische Verwirklichung dieser antidemokratischen Positionen bereiten soll) eng mit Protest- und Demonstrationsinitiativen verzahnt.

Die Akteure haben innerhalb dieses Netzwerks unterschiedliche und teils komplementäre Funktionen und Rollen, die dem gemeinsamen Ziel einer „Kulturrevolution von rechts“ dienen sollen und die sich jeweils an unterschiedliche Zielgruppen richten.

Verschiedene Gruppierungen innerhalb der Neuen Rechten werden als gesichert rechtsextremistische Bestrebungen eingestuft.

„Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)

Die 2012 gegründete IBD sieht sich selbst als „außerparlamentarische patriotische Jugendbewegung“ und ist mit regionalen Untergruppen bundesweit aktiv. Sie bekennt sich zum Konzept des Ethnopluralismus, das auf der Vorstellung einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in einem ethnisch und kulturell homogenen Staat basiert. Diese ethnokulturelle Identität sieht die IBD durch den sogenannten Multikulturalismus bedroht, der durch eine behauptete unkontrollierte Massenzuwanderung zu einer Heterogenisierung der Gesellschaft führe.



Die Aktionsformen der IBD sind dem Selbstverständnis als aktivistische Jugendbewegung entsprechend vielfältig. Zu nennen sind hier etwa

- Demonstrationen,
- Verteilung von Flugblättern,
- Banneraktionen,
- Störungen von Veranstaltungen des „politischen Gegners“,
- „Guerilla“-Aktionen (insbesondere symbolische Besetzungsaktionen),

- Stammtischtreffen und
- diverse Festivitäten.

Gerade in der Anfangszeit hat ihre Aktionsorientierung der IBD eine besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verschafft. Mit der Verbreitung von professionell aufbereiteten eigenen Berichten, Videos und Fotos ihrer Aktivitäten in den sozialen Medien bemüht sich die IBD auch offensiv darum. Aufgrund von Verstößen gegen die Nutzungsrichtlinien erfolgten 2020 jedoch verstärkt Sperrungen von IBD-Accounts durch die Anbieter großer, weltweit genutzter Social-Media-Plattformen. Die Reichweite der IBD hat sich hierdurch deutlich verringert. Zudem haben die Coronapandemie sowie abnehmende Mitgliederzahlen in den letzten Jahren zu einem Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktionen der IBD beigetragen.

In dem Ansinnen, die „Bewegung“ für Interessierte wieder attraktiver zu machen, konnte im Jahr 2021 eine taktische Neuausrichtung der IBD festgestellt werden. Bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen wird nunmehr durch eine Vermummung mit Schlauchschals die Anonymität der Aktivisten gewahrt sowie bisweilen der Bezug zur Organisation verschleiert.



In diesem Zuge sind auch diverse neue Profile in den sozialen Netzwerken aufgetaucht, die zwar zunächst keinen IBD-Bezug erkennen lassen, jedoch aufgrund von Verlinkungen und einschlägigen Beiträgen offenbar der IBD zuzurechnen sind.

„COMPACT-Magazin GmbH“

Die neurechte „COMPACT-Magazin GmbH“ wurde im Jahr 2010 gegründet. Mitgründer Jürgen Elsässer ist seit Anfang 2018 alleiniger Geschäftsführer und Chefredakteur des Magazins.



Bereits seit 2010 publiziert die Gesellschaft die Monatszeitschrift „COMPACT-Magazin“, von der nach eigenen Angaben etwa 40.000 Exemplare im Monat verkauft werden. Mittlerweile stellt „COMPACT“ ein multimediales Unternehmen dar: Inhalte von „COMPACT“ werden auf der eigenen Webseite, auf dem YouTube-Kanal „COMPACTTV“ sowie auf verschiedenen Präsenzen in den sozialen Medien verbreitet. Mit der seit September 2021 von Montag bis Freitag ausgestrahlten Nachrichtensendung „COMPACT.DerTag“ erfolgte eine weitere Ausweitung dieses umfangreichen Onlineangebotes.

Hauptmerkmal der Beiträge ist die Agitation gegen das politische System Deutschlands im Allgemeinen und die Bundesregierung im Speziellen. „COMPACT“ nutzt Verschwörungsideologien wie den „Great Reset“, um gegen staatstragende Institutionen und eine offene, pluralistische Gesellschaft zu agitieren. Dies geschieht unter Einsatz einer Widerstands- und Revolutionsrhetorik, wenn beispielsweise „die Erstürmung eines Parlaments durch Demonstranten zur Initiierung einer Revolution“ als erstrebenswert propagiert wird. „COMPACT“ trägt zudem Positionen und Aussagen in die Öffentlichkeit, die als völkisch-nationalistisch sowie minderheitenfeindlich zu bewerten sind.

Über die intensive publizistische Agitation hinaus beteiligt sich „COMPACT“ an Demonstrationen und führt eigene Aktionen und Kampagnen durch, die auch der Vernetzung mit anderen Akteuren im Spektrum der Neuen Rechten, dem rechtsextremistischen Parteienspektrum sowie Personen aus dem Phänomenbereich der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ dienen.

„Ein Prozent e. V.“

Die Gruppierung „Ein Prozent“ besteht seit Herbst 2015 und ist seit April 2016 im Vereinsregister eingetragen. Der Verein hat seinen offiziellen Sitz in Görlitz



(Sachsen) und ist bundesweit tätig. Er betreibt in intensiver materieller und ideeller Form die Unterstützung, Bewerbung und Förderung verschiedener Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen insbesondere der Neuen Rechten und vernetzt diese miteinander.

Konkret bietet der Verein Materialien, Publikationen und Unterstützung bei Marketingmaßnahmen an, offeriert Schulungen und Rechtsberatungen, startet Spendenaufrufe und entwickelt Projekte. „Ein Prozent“ fungiert damit sowohl als Dienstleister, Unterstützer und Finanzier als auch als Katalysator für eine Reihe von extremistischen Akteuren.

Das primäre Ziel von „Ein Prozent“ ist die Erringung der kulturellen Hegemonie im vorpolitischen Raum und damit einhergehend die Schaffung einer entsprechenden „Gegenkultur“. Darunter ist die Implementierung einer szenetypischen Kultur zu verstehen, die einer – aus Sicht des Vereins – „etablierten“ Kultur in Deutschland (insbesondere in Bezug auf vorherrschende Wertvorstellungen wie Pluralismus) diametral entgegengesetzt ist. Der Verein versucht, durch seine unterschiedlichen Formate auf gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen einzuwirken und mit Hilfe der Reichweite seines Onlineangebotes und seiner Kampagnen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs auszuüben.

„Institut für Staatspolitik“ (IfS)

Das IfS, das offiziell als „Verein für Staatspolitik e. V.“ organisiert ist, wurde im Jahr 2000 gegründet. Mitbegründer Götz Kubitschek ist der prominenteste Repräsentant des IfS. Sitz des Vereins ist der Ortsteil Schnellroda in der Gemeinde Steigra (Sachsen-Anhalt).



Das IfS sieht sich als prägender Ideen- und Impulsgeber der Neuen Rechten und publiziert neben der Zeitschrift „Sezession“ mehrere Buch- und Schriftenreihen. Eine gewisse Reichweite innerhalb der Neuen Rechten entfaltet insbesondere der Onlineblog „Sezession im Netz“. Darüber hinaus organisiert das IfS regelmäßig Veranstaltungen, insbesondere auch mehrtägige „Akademien“.

Als Kernthema des IfS gilt die „staatspolitische Ordnung“. Nach seinem Verständnis ist das demokratische Staatswesen Deutschlands schwach und instrumentalisiert von nicht näher spezifizierten Interessengruppen. Ohne eine „nationale Identität“ gäbe es aus Sicht des IfS für Deutschland keine Zukunft; entsprechend seien eine ablehnende Haltung zur sogenannten multikulturellen Gesellschaft und die geschichtspolitische Neubewertung der deutschen Vergangenheit von entscheidender Bedeutung.

Neonazistisches Spektrum

Als Neonazis werden die Anhänger einer ideologischen Ausrichtung des Rechts-
extremismus bezeichnet, die sich vorrangig an Gedanken und Vorstellungswelt
des historischen Nationalsozialismus orientiert. Dieser bildet zugleich Grund-
lage und feste Bezugsgröße der neonazistischen Weltanschauung, die von
Ideologiekernen des Rassismus, des Antisemitismus, eines übersteigerten
Nationalismus sowie von Antipluralismus geprägt ist. Neonazis streben einen
autoritären Staat nach dem „Führerprinzip“ an. Historische Tatsachen wie zum
Beispiel der Holocaust werden in revisionistischer Art und Weise umgedeutet
oder sogar geleugnet.

Eine zentrale Bedeutung kommt der angestrebten ethnisch homogenen „Volks-
gemeinschaft“ zu, in der sich das Individuum dem „Wohl und Willen der All-
gemeinheit“ unterzuordnen habe. Personen, die nach Einschätzung von
Neonazis nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehören, werden generell als minder-
wertig betrachtet, denn ethnische Vielfalt und eine pluralistische Gesellschaft
bedrohen aus ihrer Sicht die Existenz des eigenen Volkes. In diesem Zusam-
menhang nimmt die sogenannte „Volkstod“-Ideologie einen zentralen Stellen-
wert ein. Die neonazistische Weltanschauung steht in diametralem Gegensatz
zur fdGO, denn die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte werden
durch das Konzept einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ einem Teil
der Gesamtbevölkerung schlichtweg abgesprochen.



Neonazis lehnen den demokratischen Verfassungsstaat unverhohlen als „Be-
sitzerregime“ ab. Mit dem Ziel eines autoritären Führerstaates würden aber
das Recht des Volkes auf freie Wahlen, die Bindung der Gesetzgebung an die

verfassungsmäßige Ordnung, das Recht auf Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung sowie die Unabhängigkeit der Gerichte de facto außer Kraft gesetzt. In der Konsequenz könnte dies eine Gewalt- und Willkürherrschaft ähnlich der des Dritten Reiches bedeuten.

Das neonazistische Spektrum reicht von Gruppen mit subkulturellem Einschlag über eine zunehmende Zahl an Gruppierungen, die für ideologische Varianten des Nationalsozialismus aufgeschlossen sind, bis hin zu Zusammenschlüssen, die weiterhin eine vollständige Wiederherstellung des historischen Nationalsozialismus anstreben.

Nach zahlreichen Vereinsverboten Anfang der 1990er-Jahre setzte ein Strukturwandel innerhalb der neonazistischen Szene ein. Führende Köpfe erkannten, dass die zuvor strikt organisierten Vereine eine viel zu große Angriffsfläche für staatliche Abwehrmaßnahmen und Verbote bildeten. Als Folge entwickelte sich das „Kameradschaftsmodell“, das lokale Gruppierungen ohne formelle Funktionsträgerschaften vorsah. Weitere Vereinsverbote gegen neonazistische Gruppierungen seit dem Jahr 2012 führten erneut zu einem Strukturwandel innerhalb der Szene; denn auch das „Kameradschaftsmodell“ hatte sich inzwischen als untauglich erwiesen, um staatlichen Gegenmaßnahmen auf Dauer zu entgehen. Als Folge lösten sich vorhandene Strukturen weiter auf, und es entstanden daraus lose, netzwerkartige Personenzusammenschlüsse, die über soziale Netzwerke und Messengerdienste überregional verbunden sind.

Parallel zur fortschreitenden Strukturauflösung haben sich die Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ als Sammelbecken für Neonazis etabliert. Führungspersönlichkeiten dieser Parteien stammen aus der neonazistischen Szene und haben ihre Ideologie mit dem Eintritt in eine Partei keineswegs abgelegt. Unter dem Schutz des Parteienprivilegs verbreiten sie weiterhin eine zutiefst rassistische Weltanschauung.

Öffentlichkeitswirksam treten Neonazis vor allem durch Demonstrationen und Propagandaaktivitäten auf. Neben dem Themenfeld „Anti-Asyl“ werden bei neonazistischen Demonstrationen vorwiegend zeitgeschichtliche Ereignisse (wie beispielsweise die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg) oder tagespolitische Themen aufgegriffen.

Da die neonazistische Szene rassistische Positionen vertritt und sich primär am historischen Nationalsozialismus orientiert, kann von einer grundsätzlichen Gewaltorientierung ausgegangen werden. So pflegt ein Großteil der Szeneangehörigen eine deutliche Affinität zu Waffen, die im Rahmen von Durchsuchungen regelmäßig aufgefunden werden. Darüber hinaus gilt Kampfsport innerhalb der Szene als beliebtes Mittel zur körperlichen Ertüchtigung und zur Vorbereitung für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Aus taktischen Gründen rufen Neonazis zwar nicht offen zu Gewaltaktionen auf, ihnen können jedoch häufig geplante oder gezielt ausgeführte rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten zugerechnet werden. Verstärkt wird diese Tendenz durch die in der Szene verbreitete ideologische Festlegung von Feindbildern und das Propagieren ständiger Kampfbereitschaft. Dies kann einzelne Personen oder Kleinstgruppen im Extremfall dazu verleiten, sich als „Kämpfer für die nationale Sache“ zu verstehen, die ihre politischen Ziele auch durch den Einsatz physischer Gewalt verfolgen.

Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Eine Subkultur (die nicht zwingend politisch geprägt sein muss) zeichnet sich durch eigene Normen und einen eigenen Habitus aus, wodurch sich deren Angehörige bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen, ohne jedoch in eine vollständige Parallelstruktur abzugleiten.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten verfügen meist nicht über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, sondern werden von einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen beziehungsweise Argumentationsmustern beeinflusst und geprägt. Bei ihnen findet sich regelmäßig ein Weltbild mit rassistischen, Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer sowie Menschen mit Migrationshintergrund befürwortenden, antisemitischen und das demokratische System ablehnenden Ideologiebestandteilen.

Für subkulturell geprägte Rechtsextremisten stehen Aktivitäten mit Erlebnischarakter im Vordergrund. Sie nehmen regelmäßig an Demonstrationen, Kampfsport- und Musikveranstaltungen teil. Kontakte zwischen Szeneange-

hören werden – sowohl überregional als auch international – insbesondere bei Konzerten oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen, über Internetforen wie auch soziale Netzwerke geknüpft. Die mangelnde Bereitschaft zu politisch zielgerichteten Aktivitäten und zur Einbindung in feste organisatorische Strukturen sowie der fehlende ideologische Überbau sind charakteristische Merkmale subkulturell geprägter und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten.

Die wenigen realweltlichen Gruppierungen innerhalb dieser Szene haben in der Regel einen engen regionalen Bezug und bestehen aus einer eher losen Verbindung örtlich ansässiger, oft jugendlicher Personen. Zu den besonders hervorzuhebenden Gruppierungen gehörten bis zu deren jeweiligem Verbot die deutschen Ableger der Organisationen „Blood & Honour“ (B & H – „Blut & Ehre“) sowie „Combat 18“ (C18 – sinngemäß „Kampftruppe Adolf Hitler“).



Die Bewegung B & H wurde Ende der 1980er-Jahre von Ian Stuart Donaldson in England gegründet. Der deutsche Ableger „Blood & Honour Division Deutschland“ wurde aufgrund seiner Nähe zum Nationalsozialismus sowie einer aggressiv kämpferischen Verhaltensweise am 13. September 2000 durch das BMI verboten. Besonders relevant für das Verbot waren die zahlreichen gewaltpropagierenden und rassistischen Publikationen von B & H. Am 3. August 2022 verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) München neun Angeklagte wegen Nachfolgebestrebungen von „Blood & Honour Division Deutschland“ zu Geld- und Bewährungsstrafen.

C18 wurde als Saalschutz der „British National Party“ in Großbritannien gegründet und galt in einigen europäischen Ländern als bewaffneter Arm von B & H. Der hiesige Ableger „C18 Deutschland“ ist seit dem 6. Oktober 2020 aufgrund seiner Nähe zum Nationalsozialismus unanfechtbar verboten. Nach diesem Verbot ist die deutsche Sektion¹³ der weltweit agierenden „Hammerskins“ die letzte noch verbliebene größere Gruppierung aus dem Bereich des subkulturellen Rechtsextremismus in Deutschland. Die internationale „Hammerskin“-Bewegung, in den



13 Mit Wirkung vom 19. September 2023 hat das BMI die rechtsextremistische Vereinigung „Hammerskins Deutschland“ gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Vereinsgesetz (VereinsG) verboten. Das Verbot schließt die 13 einzelnen regionalen Chapter sowie die Teilorganisation „Crew 38“ mit ein.

1980er-Jahren in den USA gegründet und mittlerweile weltweit aktiv, agiert seitdem in einer internationalen Organisation namens „Hammerskin Nation“. Aktivitäten in Deutschland sind seit Anfang der 1990er-Jahre bekannt. Auch wenn sie stark klandestin agieren, sind sie ein Beispiel für eine nach außen hin zurückhaltend auftretende, intern gleichwohl organisierte subkulturelle rechtsextremistische Gruppierung mit rassistischer Ideologie.

Die Nutzung virtueller Räume gewinnt auch für Akteure des subkulturellen und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremismus zunehmend an Bedeutung. Die niedrige Zugangsschwelle zu diesen virtuellen Räumen spielt insbesondere bei der Radikalisierung solcher Personen eine große Rolle, die aus Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung zu Beginn realweltliche Aktivitäten scheuen und auf diesem Wege in vermeintlicher Anonymität ihrer Ideologie entsprechende Anschlusspositionen suchen und auch finden. In der Folge laufen sie Gefahr, durch bereits etablierte Akteure rekrutiert zu werden.

Die Nutzer agieren sowohl auf konventionellen als auch auf unkonventionellen Internetplattformen. Die Zusammenschlüsse dienen dabei hauptsächlich der Vernetzung gleichgesinnter Personen, dem ideologischen Austausch sowie dem Austausch rechtsextremistischer und gewaltverherrlichender Medien (unter anderem Bilder, Videos und Memes¹⁴). Im Rahmen der virtuellen Interaktion lässt sich eine zunehmende (verbale) Gewaltbereitschaft feststellen, von der oftmals ungewiss ist, inwiefern diese durch emotionalisierende Ereignisse in realweltliche Aktionen umschlägt. Neben der ungehinderten ideologischen Mobilisierung in diesen virtuellen Gruppen geht eine potenzielle abstrakte Gefährdung auch von Einzelpersonen und kleineren Personenzusammenschlüssen aus, die aus einer Radikalisierungsspirale heraus gewaltorientierte Aktivitäten entfalten.

Rechtsextremistische Musik

Die rechtsextremistische Musikszenen bildet den Schwerpunkt der subkulturell geprägten Rechtsextremisten. Sie besteht aus einer Vielzahl von Musikgruppen, Liedermachern und Solo-Interpreten sowie deren Umfeld und Anhängern.

¹⁴ Bei Memes handelt es sich um digitale Bilderwitze, Slogans oder Videos mit einfachen Bild-Text-Kombinationen. Rechtsextremisten nutzen diesen Weg, um Hassbotschaften und Ideologeme in einer zeitgemäßen Szene- und Jugendsprache im Internet zu verbreiten.

Hierzu zählen Personen, die einschlägige Internetangebote oder Fanzines¹⁵ betreiben, Musikveranstaltungen organisieren, entsprechende Musik und Szenebekleidung produzieren oder vertreiben sowie Besucher rechtsextremistischer Musikveranstaltungen.

Rechtsextremistische Musik und der Besuch einschlägiger Musikveranstaltungen dienen in erster Linie der Freizeitgestaltung. Gleichzeitig finden aber besonders jüngere „Neumitglieder“ hier erste Kontakte in die Szene. Darüber hinaus werden bestehende Verbindungen gepflegt und so das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Auch finanzielle Interessen spielen bei Konzertveranstaltern und Musikvertreibern eine nicht zu unterschätzende Rolle: So fließen die erwirtschafteten Einnahmen zum Teil wieder zurück in die Unterstützung von Szeneaktivitäten (zum Beispiel durch sogenannte Soli-CDs und -Konzerte, das Sponsoring von Veranstaltungen oder Spenden).



Obwohl der überwiegende Teil der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten kaum Interesse an einer langfristigen, zielgerichteten politischen Betätigung hat, versuchen Neonazis und rechtsextremistische Parteien – unter anderem durch Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen bei (Partei-)Veranstaltungen – dieses Klientel zu gewinnen und für eigene politische Interessen (insbesondere Demonstrationen) zu mobilisieren.

Die in der rechtsextremistischen Szene verbreiteten Ideologiefragmente und Feindbilder werden besonders durch einschlägige Musik offen aber auch unterschwellig vermittelt. Dies drückt sich in etlichen Liedtexten der dem subkulturell geprägten Rechtsextremismus zuzurechnenden Musikgruppen aus. Die Texte haben vielfach einen anstachelnden Charakter und befördern damit die in der Szene latent vorhandene Gewaltbereitschaft; die niedrige Hemmschwelle findet ihren Ausdruck in meist aus der Situation heraus begangenen Straf- und Gewalttaten. So kommt es auf Konzertveranstaltungen – angeheizt

15 Bei einem Fanzine handelt es sich um ein Magazin, das für Fans einer Person, einer Sache oder eines bestimmten Themas herausgegeben wird.

durch Musik mit aggressiven Texten und erhöhten Alkoholkonsum – nicht selten auch zu körperlichen Auseinandersetzungen untereinander.

Durch die Coronapandemie wurde der seit 2015 ansteigende Trend bei der Zahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen gestoppt. Trotz des Wegfalls der Coronaschutzmaßnahmen fanden seit 2019 keine Großkonzerte wie (mehrtägige) Open-Air-Veranstaltungen mehr statt. Hierzu haben auch die zuletzt verstärkten Maßnahmen unterschiedlicher Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden beigetragen: Umfassende Auflagen der Ordnungs- und Versammlungsbehörden (insbesondere die Beschränkung oder das Verbot des Alkoholausschanks und -konsums) sowie eine konsequente Umsetzung derartiger Auflagen durch die Polizei haben die Attraktivität von Großveranstaltungen vor allem für die erlebnisorientierte subkulturelle rechtsextremistische Szene erheblich geschmälert. Außerdem haben der Rückgang der Besucherzahlen sowie das Verbot des Alkoholverkaufs auch spürbare Einnahmeverluste bei den Organisatoren verursacht.

Seit einigen Jahren ist vielmehr ein Trend weg von größeren Konzerten hin zu kleineren Musikveranstaltungen sowie zu Liederabenden feststellbar. Diese sind logistisch und finanziell wesentlich einfacher zu organisieren als größere Konzerte beziehungsweise Musikgroßveranstaltungen wie Festivals.

Rechtsextremistischer Kampfsport

Neben der rechtsextremistischen Musik bildet auch Kampfsport zunehmend einen Teil der sogenannten rechtsextremistischen Erlebniskultur. Dabei stellt die Ausübung von Kampfsport, vor allem aber der Besuch von Kampfsportveranstaltungen – ähnlich dem Besuch von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen – ein stark verbindendes Element innerhalb des nahezu gesamten rechtsextremistischen Spektrums dar.

Bedingt durch die Verbote des größten europäischen rechtsextremistischen Kampfsportformats „Kampf der Nibelungen“ (KdN) in den Jahren 2019 und 2020 sowie einer im benachbarten europäischen Ausland als Ersatzveranstaltung gewerteten „National Fight Night“ im Jahr 2021 aber auch



durch die Einschränkungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie ist das öffentliche Veranstaltungsgeschehen im Kampfsport weitgehend zum Erliegen gekommen. Eine Ausnahme stellte in diesem Zusammenhang jedoch die KdN-Ersatzveranstaltung „European Fight Night“ in Ungarn am 6. Mai 2023 dar. Gelder, die bei der erfolgreichen Durchführung von Kampfsportturnieren wie dem KdN oder seinem sächsischen Pendant „TIWAZ – Kampf der freien Männer“ bis 2019 generiert wurden und in den Ausbau von rechtsextremistischen (Kampfsport-)Strukturen geflossen sind, werden aktuell nur noch über den Verkauf von Bekleidungsartikeln und Merchandise des Labels KdN sowie der Kampfsportlabels „Black Legion“ und „Greifvogel Wear“ generiert.

Nichtsdestoweniger wird Kampfsport mittlerweile in fast allen rechtsextremistischen Spektren (subkulturell geprägter Rechtsextremismus, Neonazis, Parteien, Neue Rechte, Mischszenen) trainiert. Innerhalb der in den verschiedenen Spektren bestehenden Strukturen und Personenzusammenschlüsse fanden im Jahr 2022 diverse Kampfsportveranstaltungen wie Turniere, Vorführungen, „Selbstverteidigungskurse“ oder gemeinsame Trainings statt, die ohne Außenwirkung und konkrete vorherige örtliche Ankündigung szeneeintern durchgeführt wurden.

Kampfsport ist insbesondere für jüngere sportaffine Männer attraktiv. Über ein entsprechendes Trainingsangebot wird versucht, politisch noch nicht gefestigte oder mit rechtsextremistischem Gedankengut sympathisierende junge Männer für rechtsextremistische Strukturen zu rekrutieren. Nicht wenige rechtsextremistische Gruppen verfügen mittlerweile über eigene Trainingsmöglichkeiten und im Kampfsport erfahrene Mitglieder zur Anleitung der Trainings.



Die Vermittlung von Kampfsport knüpft dabei auch an den historischen Nationalsozialismus an. Dies geschieht durch über das Training vermittelte Werte wie Disziplin, Härte, Ehre, Kampfgeist und Willen mit dem erklärten Ziel, „einen neuen Menschenschlag heranzüchten“ zu wollen – bei gleichzeitiger Ablehnung des politischen Systems. Im historischen Nationalsozialismus nahm der Boxsport nach der Regierungsübernahme der NSDAP 1933 zur Abhärtung der männlichen Jugend und zur Vorbereitung auf den Kampf „Mann gegen Mann“ einen neuen Schwerpunkt in der gleichgeschalteten sportlichen Erziehung ein und bereitete die Jugend gezielt auf den Zweiten Weltkrieg vor.



Neben der Förderung des Gemeinschaftsgefühls vermittelt Kampfsport im neonazistischen Spektrum über den vorgenannten Wertekodex das elitäre Selbstverständnis vieler Gruppierungen. Ein Beispiel dafür ist etwa die rechts-extremistische Kampfsportgruppierung „WARDON“, deren Mitglieder in besonderem Maße für einen „Straight Edge“-Lebensstil eintreten, bei dem der Verzicht auf Drogen jedweder Art sowie ein veganer Lebensstil propagiert wird.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

Ideologie

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit verschiedenen Begründungen die **Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen**, den **demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten die Legitimation absprechen** oder sich gar **in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend** definieren. Sie berufen sich dabei zum Beispiel auf spezielle Zeitabschnitte des historischen Deutschen Reiches, verschwörungsideologische Argumentationsmuster oder ein selbstdefiniertes Naturrecht.

„Reichsbürger“ lehnen die Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf ein – wie auch immer geartetes – „Deutsches Reich“ ab.

„Selbstverwalter“ hingegen fühlen sich dem Staat gänzlich nicht zugehörig. Sie behaupten, sie könnten durch eine Erklärung wirksam aus dem bundesrepublikanischen Staatsgefüge „austreten“ und seien deshalb nicht an dessen Gesetze gebunden. Oftmals berufen sie sich auf eine UN-Resolution, die es angeblich ermögliche, aus der Bundesrepublik Deutschland „aus-“ und in eine „Selbstverwaltung“ „einzutreten“. Manche „Selbstverwalter“ markieren ihre Wohnanwesen zum Beispiel durch fiktionale Grenzziehungen, Schilder und Wappen, um damit ihren angeblich souveränen Verwaltungsraum nach außen hin zu kennzeichnen.

Die Szene ist ideologisch heterogen. Während die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland alle „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ eint, treten verschiedene weitere Ideologeelemente wie

- Gebiets- und Geschichtsrevisionismus,
- völkisches und teilweise neonationalsozialistisches Gedankengut sowie

■ Antisemitismus

jeweils nur in Teilen der Szene und in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung auf.

Nur ein kleiner Teil der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist dem rechts-extremistischen Spektrum zuzuordnen. Allerdings weisen die vielfältigen Argumentationsmuster durchaus thematische Überschneidungen mit denen von Rechtsextremisten auf.



Teile der Szene behaupten etwa, das „Deutsche Reich“ bestehe fort. Dabei beziehen sich „Reichsbürger“ jedoch nicht immer auf dasselbe „Deutsche Reich“, sondern vielmehr auf unterschiedliche historische Staats- und

Herrschaftsformen sowie damit verbundene Grenzziehungen. Es finden sich zum Beispiel Verweise auf die Jahre 1871, 1919 oder 1937. Insbesondere das Infragestellen der deutschen Ostgrenzen beziehungsweise die Rückforderung der ehemaligen deutschen Ostgebiete bildet dabei einen deutlichen Berührungspunkt zum Rechtsextremismus.

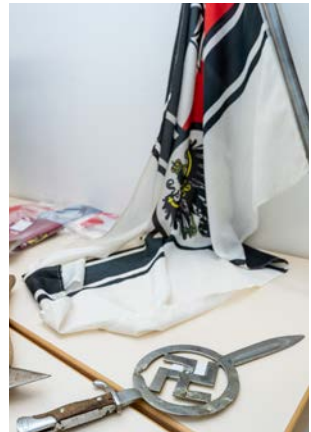
Einige Gruppierungen und Einzelpersonen des Spektrums machen eine Zugehörigkeit zum deutschen Volk allein von der ethnischen Abstammung abhängig; bisweilen verlangen sie daher einen Nachweis der Abstammung bis in die Zeit der Weimarer Republik. Zudem verbreiten Teile der Szene antisemitische Verschwörungserzählungen, die auch mithilfe von im Rechtsextremismus verbreiteten Codes und Chiffren transportiert werden.

Gewaltorientierung

Das in der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bestehende Gewaltpotenzial zeigt sich häufig im Rahmen des Widerstands gegen staatliche Maßnahmen. So fand am 9. September 2021 bei einem „Reichsbürger“ in Linden

(Hessen) wegen Betrugsverdachts eine Hausdurchsuchung statt. Im Zuge der Durchsuchungsmaßnahme schoss der Tatverdächtige mit einer Armbrust auf die Polizeikräfte. Die Propagierung von Gewalt und der Einsatz von Waffen sind häufige Phänomene innerhalb der Szene. Am 9. August 2021 wurde auf einem YouTube-Kanal ein Gespräch mit der zentralen Akteurin der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Vereinigung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt) und einem bekannten Szeneautor veröffentlicht. Darin stimmen beide überein, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland (BRD) um keinen legitimen Staat handele und somit jede Tätigkeit des „BRD-Systems“ sofort einzustellen sei. In diesem Kontext rechtfertigt der Szeneautor die Tötung von Politikerinnen und Politikern durch eine angebliche Pflicht zum Widerstand.

In der Szene besteht zudem eine hohe Affinität zu Waffen, die unter anderem durch regelmäßige Waffenfunde bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ belegt ist. So wurden im Rahmen von Exekutivmaßnahmen am 4. November 2021 in Duisburg bei zwei Szeneangehörigen 2.000 Schuss Munition, diverse zugriffsbereite Schusswaffen, eine unscharfe Handgranate sowie eine Vielzahl von Stichwaffen sichergestellt. Die beiden Beschuldigten hatten einen Einzelhändler im Internet mit dem Tod bedroht, nachdem dieser für sein Ladenlokal die 2G-Regel gerichtlich durchgesetzt hatte.



Um das von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ausgehende Gefährdungspotenzial zu senken, werden kontinuierliche und systematische Bemühungen zum Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse unternommen: Die Sicherheitsbehörden stellen den zuständigen Landesbehörden die dazu erforderlichen Informationen zur Verfügung. Von 2016 bis Ende 2022 wurden deutlich mehr als 1.000 „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ihre waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen.

Strategien

Die Szene nutzt verschiedene Vorgehensweisen, um ihre Ansichten zu verbreiten, eigene Interessen durchzusetzen und staatliches Handeln zu erschweren. Nachfolgend werden beispielhaft einige davon beschrieben:

Eine weitverbreitete Strategie stellt die „**Vielschreiberei**“ dar. Dabei versenden „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ oft ausufernde Schreiben an Behörden, die nur schwer nachvollziehbare Argumente und Behauptungen sowie abwegige Rechtsauffassungen beinhalten. Die Ausführungen reichen dabei von der einfachen Ablehnung behördlichen Handelns bis hin zu Erpressungen, Beleidigungen oder Nötigungen, die teilweise auch mit Gewaltandrohungen versehen sind.

In der Szene weit verbreitet sind zudem die **Herstellung und der Vertrieb von Fantasiedokumenten** (zum Beispiel „Staatsangehörigkeitsausweise“ oder „Führerscheine“) sowie das Verändern von Kfz-Kennzeichen. Damit soll die bewusste Lossagung vom deutschen Staat nach außen verdeutlicht werden.



Sogenannte **Milieumanager** verfolgen vornehmlich finanzielle Interessen und versuchen, mit den Ansichten der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lukrative Geschäfte zu machen, indem sie Fantasiedokumente, aber auch CDs, Bücher und sonstiges szenerelevantes Material verkaufen; einige bieten sogar Geldanlagen an. Zahlreiche dieser „Milieumanager“ erzielen mit teuren, aber wertlosen Szeneschulungen und „Rechtsberatungen“ erhebliche Einnahmen.



Viele „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Gruppierungen erklären durch die **Gründung von Fantasiestaaten** ihre vermeintliche Unabhängigkeit von der Bundesrepublik Deutschland. So wurde zum Beispiel im Jahr 2012 das „Königreich Deutschland“

(KRD) ausgerufen. Das KRD versteht sich als „völkerrechtskonformer neuer

deutscher Staat“ und somit als außerhalb der bestehenden Rechtsordnung stehend.

Darstellung ausgewählter Beobachtungsobjekte

Die Szene ist auch organisatorisch heterogen. Ihre Angehörigen agieren – sofern es sich nicht um Einzelpersonen ohne strukturelle Einbindung handelt – in Kleinst- und Kleingruppierungen, überregional tätigen Personenzusammenschlüssen und virtuellen Netzwerken. Im Jahr 2022 existierten rund 30 länderübergreifend aktive Gruppierungen. Da in diesem Milieu immer wieder Streitigkeiten und Zerwürfnisse auftreten, besteht hier jedoch eine hohe Fluktuation.

„Bismarcks Erben“

Die Gruppierung „Bismarcks Erben“, die auch unter dem Namen „Ewiger Bund“ oder „Preußisches Institut“ firmiert, wurde im Sommer 2018 gegründet. Ziel der Gruppierung ist die Wiederherstellung des 1918 untergegangenen deutschen Kaiserreichs unter der Führung des Oberhauptes des Hauses Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen, sowie die Beendigung des angeblich seit 1914 andauernden Kriegszustandes.



Der „Vaterländische Hilfsdienst“ (VHD) soll als wichtigste Untergruppierung von „Bismarcks Erben“ die Verwaltung Deutschlands stellen und so den Weg für die Rekonstruktion des Kaiserreiches ebnen. Zugleich wird angestrebt, dadurch den vermeintlich seit 1914 andauernden Kriegszustand im angeblich handlungsunfähigen Deutschen Reich zu beenden. Dabei sollen Mitglieder des VHD perspektivisch explizit auch polizeiliche Aufgaben wahrnehmen.

Der VHD orientiert sich am gleichnamigen historischen Vorbild aus dem Deutschen Kaiserreich. Er gliedert sich in 24 sogenannte Armeekorpsbezirke (AKB), deren Grenzen denen des historischen Vorbilds entsprechen. Demzufolge erstrecken sich diese Bezirke auch auf Gebiete, die ehemals zum Deutschen Reich gehörten und nunmehr in Nachbarstaaten wie zum Beispiel Polen liegen.

Die Gruppierung vernetzt sich hauptsächlich mithilfe von Chatgruppen im Messengerdienst Telegram, es finden aber auch regelmäßig realweltliche Treffen von AKB statt. Darüber hinaus existieren zahlreiche professionelle Internetauftritte: Dabei handelt es sich unter anderem um Präsenzen bei den gängigen sozialen Netzwerken, eigene Webseiten und mittlerweile zwei mit „Bismarcks Erben“ im Zusammenhang stehende Onlineshops („Zeughaus Alter Fritz“ und „Bundeszeughaus“), die Propagandaartikel der Organisation vertreiben und an deren Erlös „Bismarcks Erben“ beteiligt ist.

Seit Ende 2020 verfügt der VHD mit „VHD aktuell“ über ein eigenes Online-Nachrichtenformat. Das Format ist in seiner Aufmachung stark an herkömmliche Fernsehnachrichtenmagazine angelehnt und wirkt professionell produziert. In den Videos, welche sowohl auf YouTube als auch auf einer Webseite des VHD abrufbar sind, informiert die Gruppierung primär über eigene Aktivitäten. Eine Kommentierung tagespolitischer Ereignisse findet hingegen nicht statt.

„Geeinte deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt)



Die „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Gruppierung GdVuSt wurde am 19. März 2020 vom BMI gemäß Artikel 9 Absatz 2 GG in Verbindung mit § 3 VereinsG verboten. Das BMI sah es als erwiesen an,

dass die Zwecke und Tätigkeiten der Gruppierung den Strafgesetzen zuwiderliefen, und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richten. Es handelte sich um das erste Vereinsverbot in diesem Phänomenbereich.

Ideologisch kennzeichnend für die GdVuSt ist die Ablehnung der Legitimität der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit einem auf Verschwörungserzählungen beruhenden Antisemitismus. So wird die Bundesrepublik Deutschland als ein Firmenkonstrukt angesehen, welches von Juden kontrolliert werde. Dieses Konstrukt diene dabei nicht dem Wohl der Bevölkerung, sondern den Interessen der Eliten, die dieses Konstrukt angeblich kontrollierten. Nach Auffassung der GdVuSt ist es daher notwendig, aus dem System „auszutreten“.

Dieses Bestreben zeigte sich insbesondere in der schriftlich proklamierten „Aktivierung von Gemeinden“ [sic] gegenüber staatlichen Stellen. Solche „Aktivierungen“ führen nach den Vorstellungen der GdVuSt dazu, dass ihre Mitglieder im entsprechenden Gebiet die staatlichen Hoheitsrechte erlangen und gegenüber der „Firma BRD“ weisungsbefugt sind.

Die Aktivitäten der GdVuSt umfassten neben „reichsbürger“-typischen Schreiben an Behörden auch realweltliche Aktionen. In Berlin wurde beispielsweise wiederholt eine „Übernahme“ von Amtsgebäuden durch das Erscheinen von Angehörigen der GdVuSt angestrebt. Zudem kam es zu Amtsanmaßungen, indem Mitglieder der Gruppierung als „Gerichtsvollzieher“ auftraten. Interne und externe Seminare dienten zur Festigung der Ideologie, zur Rekrutierung neuer Anhänger und zur Erzielung finanzieller Gewinne.

Trotz des Vereinsverbots setzen die GdVuSt ihre Aktivitäten fort. Die maßgebliche Funktionärin der Vereinigung bot bis zu ihrer Inhaftierung im Mai 2022 weiterhin kostenpflichtige Seminare und Vortragsveranstaltungen an. Sie wurde deshalb im November 2022 zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe wegen Verstoßes gegen das Vereinsverbot nach § 85 Strafgesetzbuch (StGB) in Tateinheit mit der Verwendung und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§§ 86, 86a StGB), Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Missbrauch von Berufsbezeichnungen (§ 132a StGB) verurteilt.

„Königreich Deutschland“ (KRD)

Das KRD wurde laut „Gründungsurkunde“ im September 2012 in Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) gegründet und versteht sich als „völkerrechtskonformer neuer Staat“. Nach Artikel 3 der „Verfassung“, der unter der Überschrift „Staatsform“ aufgeführt ist, vereine das KRD „die Formen einer direkt aufsteigenden Demokratie in der Organisationsform einer Räterepublik mit einer konstitutionellen Wahlmonarchie“.



Das KRD verfügt laut seinem „Staatsangehörigkeitsregister“ im Juli 2023 über knapp 5.000 „Staatszugehörige“ und ein „Staatsvolk“ von rund 750 Personen. Die „Staatszugehörigkeit“ als „erste und einfachste Verbindung mit dem König-

reich Deutschland“ erwirbt derjenige, der erklärt, die „Vision“ des KRD einer „besseren und gerechteren Welt“ zu teilen. Die „Staatszugehörigkeit“ könne laut KRD „am ehesten mit einer Vereinsmitgliedschaft in der BRD verglichen werden.“ Diejenigen Personen, die bereits eine „Prüfung zur Staatsangehörigkeit“ abgelegt haben, werden als Angehörige des „Staatsvolkes“ bezeichnet.

Der der Gruppierung vorstehende selbsternannte „König von Deutschland“ suggeriert seiner Anhängerschaft zudem, dass durch einen (mit entsprechenden Kosten verbundenen) „Übertritt“ zum KRD eine Befreiung von der Steuerpflicht der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht werden könne.

Mittels der sogenannten Gemeinwohlkasse (GK) nimmt das KRD erhebliche Geldsummen ein. Ihrer Webseite zufolge steht die GK für ein „neues, dauerhaft stabiles, unabhängiges und zinsfreies Geld- und Finanzwesen zum Wohle der Menschen“. Mithilfe einer „Rendite bringenden Beteiligung“ würden Anlegerinnen und Anleger Projekte des KRD im Sinne des „Gemeinwohls“ fördern. Den einzahlenden „Bankkunden“ wird aber kein Rückzahlungsanspruch eingeräumt. Den Betreibern der GK in Dresden (Sachsen), Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt), Menden (Nordrhein-Westfalen) und Ulm (Baden-Württemberg) untersagte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Jahr 2021 die Anbahnung, den Abschluss und die Abwicklung der unerlaubten Bank- und Versicherungsgeschäfte.

DEIN GEMEINWOHLSTAAT

Vergess nicht: Freiheit ist ein Recht

Dein Systemausstieg

Systemausstieg mithilfe des Gemeinwohlstaates Königreich Deutschland.

Dein Weg aus dem destruktiven System „Bundesrepublik Deutschland“ mithilfe des KRD:

- Familie, Leben und Arbeit ohne Corona-Zwangsmaßnahmen
- Pharmalobbyfreies Gesundheitswesen
- Lebensmittel- und Energieautarkie
- Langjährig erprobtes und steuerfreies Unternehmer-Sum. Jetzt gründet!
- Schutz vor Enteignung oder Zwangshypothek
- Einzige ganzheitliche Alternative zur weltweit gleichgeschalteten Weltordnung (NWO)

(Der Gemeinwohlstaat Königreich Deutschland (KRD) erschafft, als bisher einzige Organisation weltweit, ganzheitliche und legale Lösungen. Diese Alternative bietet jedem die Möglichkeit, sich aus der Abhängigkeit vom alten System zu befreien!)

Des Weiteren hat das KRD Anfang des Jahres 2022 zwei größere Anwesen in Sachsen erworben. Die Gruppierung beabsichtigt, dort autarke Strukturen zu errichten und ein eigenverwaltetes „Staatsgebiet“ entstehen zu lassen. Zur Finanzierung dieser sogenannten Gemeinwohldörfer wirbt das KRD vehement um Einzahler. Interessierte werden aufgefordert, Kapitalüberlassungsverträge zu unterzeichnen oder das Geld unmittelbar an den jeweiligen Verkäufer der Grundstücke zu zahlen. Auch hier wird Einzahlenden kein Rückzahlungsanspruch eingeräumt, sodass deren finanzielle Schädigung zu befürchten steht.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Mit dem Beginn der Coronapandemie und der Durchsetzung staatlicher Beschränkungsmaßnahmen zu deren Bekämpfung kam es in Deutschland zu gesellschaftlichen Diskussionen und legitimen Protestaktionen. Teilweise gingen die Äußerungen beziehungsweise Aktionen von Personenzusammenschlüssen und Einzelpersonen jedoch über einen legitimen Protest hinaus und begründeten tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen. Das BfV hat vor diesem Hintergrund im Frühjahr 2021 den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet.

Beobachtungsspektrum

Der Phänomenbereich umfasst Bestrebungen gegen die fdGO und/oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes. Die demokratiefeindliche Delegitimierung erfolgt dabei nicht zuvorderst durch eine unmittelbare Infragestellung



der Demokratie an sich, sondern über eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten beziehungsweise Verantwortlichen des Staates sowie von diesen ge-

troffene Entscheidungen. Dadurch wird das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttert und dessen Funktionsfähigkeit gegebenenfalls beeinträchtigt. Die Wirkung dieser delegitimierenden Agitation wird vielfach verstärkt und potenziert durch den Rekurs auf Verschwörungserzählungen.

Daneben gelten Gewaltdrohungen gegen Vertreterinnen und Vertreter der parlamentarischen Demokratie bis hin zu Mordaufrufen aus Protest gegen staatliche Maßnahmen als Beeinträchtigung der inneren Sicherheit. Auch Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche Einrichtungen sowie lebenswichtige Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen mit der möglichen

Folge einer erheblichen Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des Bundes oder der Länder können sicherheitsgefährdende Bestrebungen darstellen.

Ideologie



Die Corona-Protestszene ist ideologisch heterogen. Eine verbindende politische Haltung zwischen den unterschiedlichen Gruppen und Personen findet sich jedoch in der **kategorischen Ablehnung der von Bund und Ländern getroffenen Einschränkungmaßnahmen**. Hieraus entwickelte sich bei einem Teil der Protestszene eine fundamentale Ablehnung der bestehenden staatlichen Ordnung und ihrer Institutionen. Zum Teil wird die Bundesrepublik Deutschland mit den diktatorischen Regimen des Nationalsozialismus oder der DDR gleichgesetzt. Hierdurch soll die Rechtmäßigkeit der Coronaschutzmaßnahmen in Zweifel gezogen und der Rechtsstaat im Allgemeinen diskreditiert werden.

Aus der kategorischen Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung leiten sich verschiedene **Feindbilder** der „Delegitimierer“ ab. So sehen sich insbesondere **Amts- und Mandatstragende**, aber auch **Forschende** und **medizinisches Personal**, die im Zusammenhang mit der Coronapandemie öffentlich Stellung beziehen oder allgemein medial im Fokus stehen, Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Ein weiteres Feindbild stellt die **Polizei** dar: Sie wird von „Delegitimierern“ immer wieder als Vollzugsorgan der vermeintlichen „Corona-Diktatur“ verunglimpft.

In dem Phänomenbereich werden zudem **Verschwörungserzählungen** verbreitet, in denen die fundamentale Ablehnung des Staates sowie seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten zutage tritt. Diese Erzählungen sind häufig von **antisemitischen Ressentiments** geprägt, womit auch eine Brücke zu Rechtsextremisten sowie „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ geschlagen wird. So wurde beispielsweise verbreitet, Juden nutzten die Pandemie als Vorwand, um eine „Neue Weltordnung“ zu etablieren. Mit der „Zwangsimpfung“ werde



deshalb ein Mikrochip injiziert, welcher geimpfte Menschen dieser „Neuen Weltordnung“ wehrlos ausliefern solle.

Aktivitäten

Proteste und Demonstrationen gegen die Politik zur Eindämmung der Coronapandemie fanden erstmals im Frühjahr 2020 statt und waren eine Reaktion auf die von Bund und Ländern erlassenen Einschränkungsmaßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und die ersten sogenannten Lockdowns.

Mit fortschreitendem Verlauf der Coronapandemie konnte eine teilweise Radikalisierung dieses Protestgeschehens beobachtet werden. So wurden regelmäßig Coronaschutzmaßnahmen und Auflagen der Versammlungsbehörden bewusst ignoriert und zunehmend eine konfrontative Haltung gegenüber den eingesetzten Kräften der Polizei- und Ordnungsbehörden eingenommen. Beispielsweise kam es im Zuge einer unerlaubten Großkundgebung am 20. März 2021 in Kassel (Hessen) zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften, Demonstrierenden und Teilnehmenden einer Gegendemonstration. Vorausgegangen war eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung der Stadt Kassel, die die Kundgebung örtlich und zahlenmäßig (erlaubt war die Teilnahme von maximal 6.000 Personen) begrenzte. Trotz dieser Auflage bildeten sich im Verlauf des Tages mehrere dezentrale, illegale Protestzüge mit in Summe bis zu 20.000 Teilnehmenden.

Zudem kam es zu einer Reihe sogenannter Hausbesuche: Angehörige des Delegitimierungsspektrums versuchten mehrfach, Politikerinnen und Politiker auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in deren privatem Umfeld zu konfrontieren. Nachdem am 11. Januar 2021 erstmals der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer an seinem privaten Wohnsitz aufgesucht und in eine Diskussion verwickelt wurde, konnten ab Herbst 2021 mehrere solcher Fälle beobachtet werden. So suchten beispielsweise Anfang Dezember 2021 teils größere Personengruppen innerhalb weniger Tage die Privatanschriften der sächsischen Staatsministerin Petra Köpping, des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach und der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig auf.



Das Auftreten der Demonstrierenden vor den Wohnhäusern der Politikerinnen und Politiker war dabei von einer deutlich aggressiven Haltung geprägt. Durch das Mitführen von Fackeln und Trommeln oder das Skandieren aggressiver Parolen sollte bewusst eine entsprechende Drohkulisse aufgebaut werden. Insofern liegt den sogenannten Hausbesuchen offenbar nicht allein der Wille zur reinen Protestäußerung zugrunde; vielmehr können diese als gezielter Versuch der Einschüchterung verstanden werden.

In diesem Phänomenbereich kommt dem Messengerdienst Telegram eine besondere Bedeutung zu. Hier ist ein dynamisches virtuelles Umfeld entstanden, in welchem fortlaufend den Staat delegitimierende Inhalte verbreitet werden. Auch stark menschenverachtende oder gewaltorientierte Äußerungen einzelner Mitglieder bleiben dabei häufig unwidersprochen oder werden unterstützt. Das inhaltliche Spektrum der Beiträge umfasst unter anderem

- Aufrufe zu beziehungsweise Ankündigung von aktiven Widerstandshandlungen gegen den Staat,
- Einschüchterungs-, Gewalt- und Tötungsaufrufe gegen vermeintliche „Eliten“ des „Systems“ (Beschäftigte aus Politik und Wissenschaft, Ärztinnen und Ärzte, „die Pharmaindustrie“),
- diffamierende Gleichsetzungen der Bundesrepublik Deutschland mit der NS-Diktatur oder dem DDR-Regime sowie
- Verschwörungserzählungen.

Teilweise wurden in solchen Chatgruppen bereits konkrete Schritte zur Realisierung von Mord- und Entführungsplänen oder gar eines „Systemsturzes“ diskutiert. Im April 2022 wurden Exekutivmaßnahmen gegen Mitglieder einer Chatgruppe durchgeführt, die im Verdacht standen, Einrichtungen der Stromversorgung zerstören zu wollen, um einen längerfristigen bundesweiten Stromausfall herbeizuführen; dies sollte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen. Das übergeordnete Ziel war dabei die Herbeiführung eines „System-

sturzes“ in Deutschland. Darüber hinaus soll die Gruppe geplant haben, Bundesgesundheitsminister Lauterbach zu entführen. Der Generalbundesanwalt (GBA) leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ein; im Mai 2023 begann der Prozess vor dem OLG Koblenz.

Die Gefahr der Individualradikalisierung durch virtuelle „Echokammern“ und Verschwörungserzählungen ist nicht zu unterschätzen, denn diese kann bis hin zu Tötungsdelikten führen. So erschoss am 18. September 2021 ein selbstradikalisierte, Verschwörungsideologien anhängender einzelagierender Täter in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) den Angestellten einer Tankstelle, nachdem dieser ihn zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes im Verkaufsraum aufgefordert hatte.

Mit der schrittweisen Rücknahme aller Coronaschutzmaßnahmen und einer damit einhergehenden Abnahme des Protestgeschehens seit dem Frühjahr 2022 sind auch verfassungsschutzrelevante Aktionsformen wie Widerstandshandlungen gegen Polizeikräfte im Rahmen von Demonstrationen gegen Coronaschutzmaßnahmen, „Hausbesuche“ und Drohungen gegen Amts- und Mandatstragende seltener geworden.

Verbindungen zu anderen Phänomenbereichen

Das dem Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ innewohnende Merkmal der Agitation gegen demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten wie auch Verantwortliche des Staates sowie die von diesen getroffenen Entscheidungen erzeugt eine wechselseitige Anschlussfähigkeit an andere extremistische Szenen.



Wiederholt konnten beispielsweise Kennverhältnisse zwischen Akteuren aus dem Delegitimierungsspektrum und rechtsextremistischen Protagonisten sowie Personen aus der „Reichsbürger“- beziehungsweise „Selbstverwalter“-Szene festgestellt werden. Deren Präsenz oder das Zeigen von Symbolen ex-

tremistischen Inhalts wurde von den Veranstaltenden und Organisierenden entsprechender Demonstrationen zumeist geduldet.

Instrumentalisierung von Krisen

Im Delegitimierungsspektrum war die Coronapandemie lange Zeit das bestimmende Thema. Inzwischen sind jedoch auch an andere Ereignisse und Entwicklungen gekoppelte Versuche des Spektrums zu verzeichnen, den Staat systematisch zu delegitimieren. Auch diese Versuche können in dem Phänomenbereich erfasst und nachrichtendienstlich bearbeitet werden.

Ein zeitweiliger Themenwechsel zeichnete sich beispielsweise im Kontext der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 ab: „Delegitimierer“ versuchten damals, die angespannte Versorgungssituation vor Ort auszunutzen, um den Eindruck zu vermitteln, die staatlichen Stellen seien unwillig und unfähig, sich der dortigen Notlage zu stellen und Abhilfe zu leisten.



Zudem tritt seit Februar 2022 zusehends der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die damit einhergehenden wirtschaftlichen Folgen als Agitationsthema in den Vordergrund. Insbesondere der massive Anstieg der Energiepreise sowie die Inflation stehen im Fokus der Agitation.

Linksextremismus

Ideologie

Linksextremisten wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen. An deren Stelle soll ein kommunistisches System beziehungsweise eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft treten – je nach ideologischer Ausrichtung mit einer sozialistischen Übergangsphase.

Mit ihren revolutionär-marxistischen beziehungsweise anarchistischen Bestrebungen verfolgen Linksextremisten eine verfassungsfeindliche Zielsetzung. Diese dokumentiert sich nicht durch eine ausschließliche „Antihaltung“, wie es Themen wie „Antifaschismus“, „Antirepression“ oder „Antigentrifizierung“ vermuten lassen könnten. Solche anlassbezogen relevanten, letztlich aber austauschbaren Aktionsfelder dienen vielmehr der Umsetzung eigener ideologischer Vorstellungen. Zu deren Erreichung sind Linksextremisten grundsätzlich bereit, Gewalt einzusetzen. Dabei sind neben teils erheblichen Sachbeschädigungen und Brandstiftungen auch gezielte Angriffe auf Personen zu verzeichnen.



Die Ideologiefamilien des Linksextremismus sind **Kommunismus** und **Anarchismus**. Kommunisten berufen sich in erster Linie auf die theoretischen Leitfiguren Karl Marx und Friedrich Engels sowie teilweise auf Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Stalin, Leo Trotzki oder Mao Zedong. Gemeinsames

Fundament dieser ideologischen Weltansicht ist der von Marx als wissenschaftliche Tatsache propagierte Historische Materialismus. Demnach sei der Ablauf der Geschichte eine durch ökonomische Prozesse gesetzmäßig vorherbestimmte

(deterministische) Entwicklung der menschlichen Gesellschaft – von der Urgesellschaft über die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus, den Kapitalismus und den Sozialismus bis hin zum Kommunismus. In der derzeit vorherrschenden Entwicklungsstufe – dem „Kapitalismus“ – existiere ein sozio-ökonomischer Widerspruch („Klassenkampf“) zwischen der lohnabhängigen Klasse („Proletariat“) und der im Besitz der Produktionsmittel befindlichen, herrschenden Klasse („Bourgeoisie“). Dieser „Klassenkampf“ gipfeln schließlich in der Revolution des „Proletariats“, die zum Ende der Klassenherrschaft führen und alle Klassenunterschiede aufheben werde.

Die Revolution in Form des „gewaltsamen Sturzes der Bourgeoisie“ durch die Arbeiterklasse soll – entsprechend der Gesetzmäßigkeit des Historischen Materialismus – über den Sozialismus („Diktatur des Proletariats“) letztendlich zum Kommunismus führen. Marxisten streben den Sozialismus als eine Art Zwischenstufe an, in welcher der Staat bis zur Entwicklung zum realen Kommunismus bestehen bleibt. In dieser Übergangsphase soll die Gesellschaft bereits auf den bevorstehenden Kommunismus vorbereitet werden, beispielsweise durch Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln zugunsten einer Vergesellschaftung.

Nach Lenins Vorstellung eines „Demokratischen Zentralismus“ würde unter Führung einer „Avantgarde der Arbeiterklasse“ ein „sozialistisches Bewusstsein“ in der Arbeiterklasse entwickelt werden. Dieser Weg des „Demokratischen Zentralismus“ wird auch heute noch von dogmatischen Linksextremisten vertreten. Im Hinblick auf die verfassungsrechtlich geschützten Positionen der Volkssouveränität, des Rechts auf Bildung einer Opposition und der Wahrung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte widerspricht diese Avantgarde-Theorie jedoch klar der fdGO.

Im Gegensatz zu **Kommunisten**, die den **Wert der Gleichheit** verabsolutieren, heben **Anarchisten** den **Wert der Freiheit** als oberstes Ziel ihrer Agitation hervor. Sie sind daher konsequent staatsfeindlich und wollen die parlamentarische Demokratie durch eine dezentral und „basisdemokratisch“ organisierte Gesellschaft ersetzen, die etwa auf freiwilligen Zusammenschlüssen in Nachbarschaften, Kollektiven und Syndikaten basiert. Den Sozialismus als

Übergangsphase lehnen Anarchisten dabei genauso ab wie den Historischen Materialismus und den darin angelegten Determinismus.

Einig sind sich Linksextremisten trotz aller ideologischen Unterschiede indes bei der **Notwendigkeit der Bekämpfung des „Kapitalismus“**. Unter diesem Begriff verstehen sie die untrennbare Einheit von marktwirtschaftlicher Eigentumsordnung und demokratischem Rechtsstaat, welche gemäß ihrer Auffassung allein der Manifestierung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen dient. In einem solchen System würden sich, so die Einschätzung, wenige Privilegierte auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern. Deshalb sei der „Kapitalismus“ als „Wurzel allen Übels“ unvereinbar mit der Vorstellung einer auf Freiheit und Gleichheit aller Menschen beruhenden Gesellschaft. Die somit unausweichliche Überwindung des „Kapitalismus“ könne jedoch nicht durch politische Reformen, sondern allein durch einen **Umsturz der bisherigen Staats- und Gesellschaftsordnung** erfolgen.

Gefährdungspotenzial

Das vom Linksextremismus ausgehende Gefährdungspotenzial ist als hoch zu bewerten. Die Zahl linksextremistischer Straftaten hat sich in den letzten zwanzig Jahren stark erhöht. Hinzu kommen ein Anstieg des gewaltorientierten Personenpotenzials auf zuletzt 10.800 Personen (Stand 2022) sowie eine fortschreitende Radikalisierung in Teilen der gewaltbereiten Szene. Diese zeigt sich vor allem in der Art und Weise sowie der Schwere linksextremistisch motivierter Gewalttaten. Regelmäßig kommt es zu Angriffen auf die körperliche Unversehrtheit von Menschen sowie zu erheblichen Sachbeschädigungen und Brandstiftungen mit hohen Schadenssummen. Neben unmittelbaren Angriffen auf politische Gegner können durch Anschläge auf Kabelschächte, Telekommunikations-einrichtungen oder Bahnanlagen auch weite Teile der Bevölkerung von linksextremistischen Straf- und Gewalttaten betroffen sein. Bereits mehrfach waren in den letzten Jahren ganze Stadtteile teils stundenlang ohne Strom, Internet oder Telekommunikation. Mit den in 2021 erstmals erfolgten Sabo-



tageaktionen gegen Einrichtungen der Gasinfrastruktur ist der Kreis der potenziellen Anschlagziele in diesem Bereich noch erweitert worden.



Die gewalttätigen Angriffe von Linksextremisten auf Vertreterinnen und Vertreter des Staates und Unternehmen haben das Ziel, politische und wirtschaftliche Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Mit der ideologisch hergeleiteten Selbstermächtigung zum Widerstand gegen einen vermeintlich

repressiven Staat sollen gesetzesfreie Räume geschaffen und verteidigt werden. Gleichzeitig sollen demokratische Protestformen instrumentalisiert und radikalisiert werden, um Diskurse zu verschieben und die freiheitliche Gesellschaft zu polarisieren.

Besonders stark ausgeprägt sind Brutalität und Gewaltbereitschaft im „antifaschistischen Kampf“ gewaltbereiter Linksextremisten. Hier gibt es immer wieder körperliche Angriffe auf mutmaßliche „Faschisten“, die von professionell organisierten Kleingruppen ausgehen. Eine tatsächliche oder auch nur als solche empfundene Zunahme von Rechtsextremismus oder Rassismus in der Gesellschaft könnte den bereits verspürten Handlungsdruck bei linksextremistischen Gewalttättern noch weiter steigern – einhergehend mit einem Anwachsen und/oder einer weiteren Radikalisierung des gewaltbereiten Spektrums. So ist die Gruppe potenzieller „Faschisten“ während der Coronapandemie und der Proteste gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen aus Sicht von Linksextremisten noch einmal um diejenigen Personen, die an solchen Protesten teilnehmen, angewachsen. Mit einer Abnahme „antifaschistisch“ motivierter Gewalt von Linksextremisten ist insofern nicht zu rechnen. Vielmehr könnten die Begehung einer Vielzahl an Taten, die teils hemmungslose Gewaltanwendung sowie die Abschottung einzelner Kleingruppen bei ungehindertem Fortgang in eine Radikalisierungsspirale führen, die im schlimmsten Fall eine Entwicklung hin zu terroristischen Strukturen als möglich erscheinen lässt.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Schritt zur gezielten Tötung eines politischen Gegners nicht mehr völlig undenkbar. Der Einsatz von Schusswaffen

oder Sprengsätzen mit einer derartigen Absicht ist allerdings gegenwärtig nicht festzustellen.

Gewalt ist für Linksextremisten seit jeher ein strategisches Instrument. Die meisten Opfer werden stellvertretend für die Gruppe oder Institution angegriffen, für die sie stehen und auf die durch die Tat Einfluss genommen werden soll. Linksextremisten ermächtigen sich dabei, selbst zu entscheiden, wer tatsächlich als „Faschist“ anzusehen beziehungsweise welche Meinung akzeptabel erscheint oder zu unterbinden ist. Zentrale Elemente des demokratischen Rechtsstaates wie demokratische Mehrheitsentscheidungen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, freie Meinungsäußerung oder die allgemeine Handlungsfreiheit lassen sie dabei nicht gelten. Das staatliche Gewaltmonopol und die geltende Rechtsordnung werden grundsätzlich abgelehnt. Mit der Öffnung von Teilen der linksextremistischen Szene gegenüber anderen gewaltaffinen Spektren wie zum Beispiel lokalen Kampfsportszenen geht eine weitere Professionalisierung der Gewaltanwendung einher.

Kampf für das Klima

Über das Thema „Klimaschutz“ versuchen Linksextremisten regelmäßig, eine hohe mediale Aufmerksamkeit für die Verbreitung ihrer eigentlichen politischen Ziele zu erlangen – so vor allem für die „Überwindung des Kapitalismus“, der als Einheit aus rechtsstaatlicher Demokratie und sozialer Marktwirtschaft verstanden wird. Auch zur Bewältigung der Klimakrise sehen Linksextremisten daher einen „Systemwechsel“ – also die Abschaffung der derzeitigen Staats- und Gesellschaftsordnung – als einzig möglichen Ausweg. Dabei stehen sie nur vorgeblich auf einer Seite mit den Akteuren der demokratischen Klimaprotestbewegung. Strategisches Ziel ist die ideologische Aufladung der Klimaproteste und zugleich die Politisierung und schlussendlich Radikalisierung des Diskurses sowie der daran beteiligten Aktivistinnen und Aktivisten.

Hierbei kommt insbesondere dem Bündnis „Ende Gelände“ (EG) eine hervorgehobene Rolle zu. Bei regelmäßigen „Massenaktionen zivilen Ungehorsams“ zum Beispiel gegen Abbau und Verstromung von Kohle, für den Erhalt des Hambacher Forstes (Nordrhein-Westfalen) oder zuletzt gegen den Ausbau fossiler Energieträger und den geplanten Bau von Flüssiggasterminals kommt

es neben Blockaden und Sachbeschädigungen auch immer wieder zu teilweise unfriedlichen Protesten. So formierten sich bei einer „Massenaktion“ in Hamburg mehrere Demonstrationzüge im Stadtgebiet, in deren Verlauf die Teilnehmenden versuchten, Brücken oder Gleise zu blockieren. Mehr als 30 Polizeikräfte wurden vor allem während der Räumung von Blockaden verletzt. Linksextremisten sehen das Thema „Klimaschutz“ als überaus geeignet an, ihre Anschlussfähigkeit und ihren Einfluss in Richtung demokratischer Protestbewegungen zu stärken. Ihren vermeintlichen „Kampf für das Klima“ und gegen den Ausbau fossiler Energieträger und die Gasinfrastruktur dürfte die Szene zum Anlass nehmen, weitere „Massenaktionen“ zu initiieren und so demokratischen Protest auch mittels neuer Aktionsformen weiter zu radikalisieren.



Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine besteht eine Gemengelage aus Auswirkungen des Klimawandels und dem aufgrund des Krieges erneut vorangetriebenen Ausbau fossiler Energieträger. Dies führt in der Szene zu einer Vielzahl von Forderungen, angesichts des bestehenden Dilemmas nunmehr radikalere Aktionsformen im „Klimakampf“ anzuwenden:

„Krisen und Kriege sind im Kapitalismus keine Unfälle. Sie sind logische Konsequenzen seiner Gesetzmäßigkeit und Teil seines ‚Normalbetriebs‘. Der einzige Ausweg aus diesem Teufelskreis der Zerstörung ist somit die Überwindung dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. [...] Lasst uns aus unseren etablierten, oft zahnlosen Protestformen ausbrechen und Neues sowie Vergessenes wagen und uns der Zerstörung in den Weg stellen!“

(Internetplattform „de.indymedia“, 8. August 2022)

Militanter „Antifaschismus“

Der militante „Antifaschismus“ ist ein zentrales Handlungsfeld des autonomen Linksextremismus und dient bis heute als thematischer Begründungsrahmen für eine Vielzahl von Gewalttaten. Das Aktionsrepertoire gewaltbereiter Linksextremisten reicht dabei von Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Gebäuden über Brandanschläge bis hin zu Überfällen militanter Kleingruppen auf politische Gegner.



Das Zielspektrum linksextremistischer Gewalttaten im Kontext Antifaschismus hat sich in den vergangenen Jahren erheblich erweitert. Richteten sich Brandstiftungen und Körperverletzungen über Jahrzehnte hinweg vorwiegend gegen ihrerseits gewaltsam agierende und häufig prominente Angehörige rechtsextremistischer Kameradschaften und Kleinstparteien, stehen zunehmend auch Vertreterinnen und Vertreter konservativer, rechtspopulistischer und anderer „unliebsamer“ politischer Positionen außerhalb etablierter rechtsextremistischer Netzwerke im Fokus des gewaltbereiten Linksextremismus. So dienten ab 2020 die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie, an denen sich regelmäßig auch Angehörige rechter, rechtsextremistischer oder verschwörungsideologischer Gruppen beteiligten, dem autonomen Spektrum als Anknüpfungspunkte für militante Aktionsformen. Die Teilnahme an einer Versammlung, eine öffentliche kritische Äußerung oder das Tragen bestimmter Bekleidung genügt bereits, um von militanten Linksextremisten als „Faschist“ und damit als scheinbar legitimes Ziel gewalt-samer Aktionen wahrgenommen zu werden. Dass sich im Jahr 2021 nahezu jede zweite linksextremistische Straftat (48,8 %) gegen tatsächliche – oder als solche bezeichnete – Rechtsextremisten richtete, unterstreicht die bundesweit zentrale Bedeutung des Aktionsfeldes für das autonome Spektrum.

Die linksextremistische Militanz verlagert sich dabei zunehmend weg von Veranstaltungslagen, stattdessen präferieren immer mehr autonome Kleingruppen Aktionen im privaten Umfeld ihrer politischen Kontrahenten. Diese werden etwa auf dem Nachhauseweg aus dem Hinterhalt oder sogar direkt in ihrer Wohnung überfallen. Sowohl spontane als auch minutiös geplante Übergriffe

auf vermeintliche und tatsächliche Rechtsextremisten kulminierten regelmäßig in schweren Körperverletzungsdelikten. Durch die Verwendung von Schlagwaffen, eine fortlaufende Professionalisierung der Aktionsdurchführungen und eine offenbar kontinuierlich sinkende Hemmschwelle bewegen sich die Gewalttaten von Linksextremisten zugleich immer häufiger an der Schwelle zwischen schweren Körperverletzungs- und versuchten Tötungsdelikten.

Kampf um linksextremistische „Freiräume“

Linksextremisten lehnen das bestehende Gesellschaftssystem ab und erkennen die öffentliche Ordnung, den Staat sowie dessen Regelungs- und Gewaltmonopol nicht an. Sie ignorieren bestehende Eigentumsverhältnisse und errichten Orte, an denen sie selbst über die Regeln des Zusammenlebens bestimmen wollen. Diese „Freiräume“ sollen aus Sicht von Linksextremisten Orte frei von rechtsstaatlicher Einflussnahme und Überwachung sowie „kapitalistischer Verwertungslogik“ sein, in denen das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft gesetzt ist und alternative Formen des Zusammenlebens erprobt werden können. Solche „Freiräume“ können beispielsweise besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte oder selbstverwaltete Kulturzentren sein. Neben einer hohen Bedeutung als Symbole des Widerstands haben „Freiräume“ auch eine praktische Bedeutung für die linksextremistische Szene, da sie häufig als Ausgangspunkt vor und Rückzugsort nach militanten Aktionen und Straftaten genutzt werden. Bekannte linksextremistische Szeneobjekte sind die „Rigaer94“ in Berlin und die „Rote Flora“ in Hamburg. In Leipzig (Sachsen) betrachtet die dortige autonome Szene den kompletten Stadtteil Connewitz als ihren „Freiraum“.



Auf den drohenden Verlust von Szeneobjekten reagieren Linksextremisten regelmäßig äußerst aggressiv. Auslöser können das Auslaufen von Nutzungs- oder Mietverträgen, städtische Umstrukturierungsmaßnahmen in der unmittelbaren Nähe von Szeneobjekten oder Eigentümerwechsel aber auch staatliche Maßnahmen wie Durchsuchungen oder Räumungen auf Antrag der

Eigentümerinnen und Eigentümer sein. Linksextremisten beantworten solche als „Angriffe“ auf ihre „Freiräume“ bezeichneten Ereignisse mit Protesten sowie Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an „Luxusimmobilien“ oder Fahrzeugen, Maschinen und Gebäuden von Bau- oder Immobilienunternehmen. Zudem gehört die Veröffentlichung von Bildern und anderen personenbezogenen Daten der mutmaßlich Verantwortlichen sowie Drohungen gegen diese zum typischen Vorgehen gewaltbereiter Linksextremisten. Auch gezielte Angriffe auf Polizeikräfte oder Gebäude und Fahrzeuge der Polizei werden häufig mit der Verteidigung von Szeneobjekten begründet. Bei Demonstrationen und Protesten im Zusammenhang mit Räumungen oder Hausdurchsuchungen, bei denen sich Linksextremisten und Polizei gegenüberstehen, werden Polizeibienstete regelmäßig erheblich attackiert. Aber auch im Vorfeld oder Nachgang von Räumungen oder komplett unvermittelt, zum Beispiel bei Streifenfahrten in der Nähe besetzter Objekte, kommt es zu gezielten Angriffen durch Steinwürfe oder den Bewurf mit Pyrotechnik.

Aufgrund von in den Jahren 2020 und 2021 erfolgten Räumungen linksextremistischer Szeneobjekte geraten die linksextremistischen Teile der Hausbesetzerszene vor allem in Berlin zunehmend unter Druck. So wurden dort im August und Oktober 2020 die Szeneobjekte „Syndikat“ und „Liebig34“ geräumt. Insbesondere die Räumung des für die Szene sehr bedeutenden Objektes „Liebig34“ wurde durch massive Proteste und Straftaten von Linksextremisten begleitet. Darüber hinaus gab es Durchsuchungen in der „Rigaer94“ und der anarchistischen Buchhandlung „Kalabal!k“. Im März und im Oktober 2021 folgten die Räumungen der Szenekneipe „Meuterei“ und des besetzten „Köpi-Wagenplatzes“. Hinzu kamen eine Brandschutzbegehung und eine polizeiliche Durchsuchung in der „Rigaer94“.

Auch künftig dürften Entscheidungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit linksextremistischen „Freiräumen“ von Protesten, militanten Aktionen und Straftaten begleitet werden – nicht zuletzt wegen der hohen symbolischen und praktischen Bedeutung, die diese Objekte



für Linksextremisten haben. Dieser auf die Szene aufgebaute Druck kann dazu führen, dass die wenigen verbliebenen „Freiräume“ künftig noch stärker verteidigt und damit der Widerstand der Szene und die von ihr verübten Straftaten quantitativ und qualitativ ansteigen werden. Dabei verteidigen Linksextremisten ihre Rückzugsräume regelmäßig derart gewalttätig, dass auch tödliche Verletzungen der Einsatzkräfte perspektivisch nicht auszuschließen sind.

Antimilitaristisch motivierte Agitation

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat das Aktionsfeld „Antimilitarismus“ in der linksextremistischen Szene erneut stark an Bedeutung gewonnen. Insbesondere Rüstungsunternehmen, die Bundeswehr sowie politische Parteien und Entscheidungstragende rücken derzeit verstärkt in den Fokus gewaltorientierter Linksextremisten.

In diesem Kontext sind Straftaten wie Farbangriffe und Sachbeschädigungen sowie auch Brandstiftungen von Linksextremisten zu verzeichnen. Hierzu einige Beispiele:

- Am 5. April 2022 wurde der Eingangsbereich eines Verwaltungsgebäudes des Unternehmens Rheinmetall in Bremen mit Buttersäure beworfen. Durch die stark riechende Flüssigkeit litten fünf Mitarbeitende unter Schwindel, Übelkeit und Kopfschmerzen. Auf der linksextremistischen Internetplattform „de.indymedia“ wurde eine anonyme Taterklärung mit dem Titel „Militarismus stinkt! Buttersäure für Rheinmetall, Bundeswehr und Zoll“ veröffentlicht. Als Tatmotivation gaben die Autoren einen „praktischen Antimilitarismus“ an und verurteilten die Aufrüstung der Bundeswehr vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine. Sie verwiesen außerdem auch auf einen Angriff auf das Hauptzollamt in Bremen:

„Eine Woche davor am 28.3.22 haben wir mit Steinen das Hauptzollamt eingeknallt und Buttersäure in die Büroräume geschüttet. Der Angriff galt dem Beratungszentrum der Bundeswehr in dem Gebäude.“

- Auf „de.indymedia“ bekannten sich anonyme Verfasser dazu, am 12. August 2022 zwei Fahrzeuge aus dem Fuhrpark der Bundeswehr in Kassel (Hessen) in Brand gesetzt zu haben. Es gelte, „die Militarisierung, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in Deutschland mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen“. Daher habe man sich entschieden, „den Bundeswehrfuhrpark zumindest ein bisschen zu verkleinern“. Bei dem Brand entstand ein Sachschaden von etwa 50.000 Euro.

Im gesamten Bundesgebiet existieren für die Attacken von Linksextremisten geeignete Angriffsziele in Form von Unternehmens- und Bundeswehrstandorten sowie Transportwegen. Zahlreiche Standorte wurden bereits ausgeforscht und zum Teil auf entsprechenden Seiten im Internet als Angriffsziele benannt – was wiederum in der Szene als wenig verklausulierte Aufforderung zur Begehung von Straftaten verstanden wird.

Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen

Linksextremistisch motivierte Brandstiftungen oder Sachbeschädigungen an Fahrzeugen, Maschinen oder der Infrastruktur von Wirtschaftsunternehmen verursachen in Deutschland jedes Jahr Sachschäden in Millionenhöhe. Aus der Sicht von Linksextremisten symbolisieren die Unternehmen ein von ihnen verhasstes, ausbeuterisches „kapitalistisches System“, das bekämpft werden muss. Dabei rechtfertigen sie ihre Angriffe in verschiedenen Themenzusammenhängen wie „Antimilitarismus“ (bei Rüstungsunternehmen, deren Zulieferbetrieben oder Unternehmen, die mit der Bundeswehr zusammenarbeiten), „Antirepression“ (bei Unternehmen für Gefängnislogistik oder Überwachungstechnik sowie den Ausbau technischer Infrastruktur), „Antigentrifizierung“ (bei Unternehmen der Bau- und Immobilienbranche) sowie mit dem vermeintlichen Engagement für den Klimaschutz (bei Unternehmen aus dem Rohstoff- und Energiesektor oder der Autoindustrie).



Hierzu einige Beispiele:

- In der Nacht auf den 11. August 2021 setzten mutmaßliche Linksextremisten in einem Zeitraum von etwa 20 Minuten in fünf verschiedenen Berliner Stadtbezirken insgesamt fünf Firmenfahrzeuge eines Immobilienunternehmens in Brand. Durch die Brandwirkung wurden neun weitere in der Nähe geparkte private Fahrzeuge stark beschädigt und zum Teil vollständig zerstört.
- In der Silvesternacht 2021/2022 verübten mutmaßliche Linksextremisten in Bremen einen schweren Brandanschlag auf ein Unternehmen, das im Bereich der Luft- und Raumfahrt tätig ist und mit der Bundeswehr zusammenarbeitet. Durch das Feuer wurden mehrere Büroräume beschädigt und ein Sachschaden in Millionenhöhe verursacht. In einem Selbstbeichtigungsschreiben begründeten die Autoren die Tat im antimilitaristischen Kontext und forderten zu weiteren Straftaten auf.
- Auf „de.indymedia“ haben sich unbekannte Autorinnen und Autoren, die sich selbst als „einige Anarchist*innen“ bezeichnen, zu einem schweren Brandanschlag auf mehrere Transporter des Unternehmens Amazon in Berlin bekannt. In der Nacht auf den 16. Januar 2023 setzten die bislang unbekannten Täterinnen und Täter auf einem im Ortsteil Tempelhof gelegenen Firmengelände 25 Fahrzeuge in Brand, 18 Fahrzeuge wurden dabei vollständig zerstört. Aufgrund der großflächigen Rauchausbreitung war eine vorübergehende Vollsperrung der Bundesautobahn 100 notwendig, die unmittelbar angrenzend zu dem Gelände verläuft. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von insgesamt etwa einer Million Euro.

Systematisch und kontinuierlich sollen Unternehmen auf diese Weise eingeschüchtert und in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen beeinflusst werden. Die linksextremistische Szene nimmt ihr gewaltsames Vorgehen in diesem Bereich als erfolgversprechende Strategie wahr. Daher ist auch weiterhin mit einer Vielzahl linksextremistisch motivierter Brandanschläge gegen Wirtschaftsunternehmen zu rechnen.

Darstellung ausgewählter Beobachtungsobjekte

Das gewaltorientierte linksextremistische Spektrum steht besonders im Fokus der Verfassungsschutzbehörden. Die größte Gruppe wird hierbei von autonomen Linksextremisten gebildet, die auch den Großteil der einschlägigen Straf- und Gewalttaten verüben. Bundesweit besteht im gewaltorientierten Linksextremismus ein hohes Radikalisierungsniveau. Im Fokus der Gewalt stehen dabei vor allem die Polizei und (vermeintliche) Rechtsextremisten, aber auch Wirtschaftsunternehmen vor allem aus der Immobilienwirtschaft und der Rüstungsindustrie.

In den letzten Jahren haben linksextremistische Bündnisse und Netzwerkstrukturen an Bedeutung gewonnen. Im Verbund streben sie an, ihre eigenen Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten zu steigern. Der für Teile des Linksextremismus wichtige Versuch der Einflussnahme auf demokratische Diskurse findet aktuell vor allem im Bereich der Klimaproteste statt. Als neues Aktionsziel steht dabei neben dem Abbau von Braunkohle auch der fossile Brennstoff Erdgas im Fokus. Zusätzlich mobilisieren linksextremistische Gruppierungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gegen Unternehmen der Rüstungsindustrie und die Bundeswehr.

Autonome

Die etwa 8.300 Autonomen (Stand 2022) bilden die mit Abstand größte Gruppe im gewaltorientierten Linksextremismus. Obwohl Autonome weder in Ideologie noch in Strategie oder Organisationsgrad eine homogene Struktur darstellen, verfügen sie über eine einheitliche inhaltliche Basis: Das Individuum und seine Selbstverwirklichung stehen im Mittelpunkt des politischen Handelns; jede Form der Fremdbestimmung wird abgelehnt. Daher soll die bestehende, als autoritär erachtete Staats- und Gesellschaftsform zugunsten einer herrschaftsfreien Ordnung überwunden werden. Eine proletarische Diktatur als Übergangsphase, wie sie der Marxismus vorsieht, wird dabei nicht angestrebt.

Als theoretische Basis des autonomen Linksextremismus dienen nach wie vor diverse Versatzstücke anarchistischer Ideen des späten 19. Jahrhunderts. So findet sich das Verständnis einer Revolution als fortlaufendem Prozess

ebenso in den öffentlichen Verlautbarungen autonomer Gruppen wieder wie die „destruktive Gewalt“ als revolutionäres Konzept. Dabei meint „destruktive Gewalt“ nichts anderes als die planmäßige, systematische und erhebliche Schädigung anderer Menschen, welche beabsichtigt oder zumindest in Kauf genommen wird. Gleichzeitig verfolgen große Teile des autonomen Linksextremismus die Idee, Produktionsmittel zu kollektivieren, die Lohnabhängigkeit der Arbeiterklasse durch den freien Zugang zu Waren und Gütern zu beseitigen und so eine Gesellschaft auf Grundlage freiwilliger Zusammenschlüsse dezentral organisierter Einheiten zu errichten.



Den nach wie vor größten ideologischen Einfluss übt der individualistische Anarchismus des frühen 20. Jahrhunderts aus. Sein bewusst nonkonformistischer und antiautoritärer Habitus versteht Privatleben und politisches Handeln als eine untrennbare Einheit. Ferner wird auf eine Isolierung von der Gesamtgesellschaft durch die Bildung freier und nach anarchistischen Idealen konzipierter Rätegemeinschaften abgezielt. Dieser Grundgedanke des individualistischen Anarchismus bildet zugleich die theoretische Basis der „Politik der ersten Person“, die vielen Autonomen als revolutionäres Leitprinzip dient und sie von traditionellen anarchistischen Strömungen unterscheidet. Voraussetzung für die „Befreiung“ der Gesellschaft sei demnach die innere und äußere Befreiung jedes Einzelnen durch sich selbst. Autonome erheben sich somit selbst zum „revolutionären Subjekt“ und streben eben keinen gesamtgesellschaftlichen „Klassenkampf“ an, der einer vorausgehenden Radikalisierung der Arbeiterklasse bedürfte. Vielmehr lehnen sie jede Form von Stellvertreterpolitik ab und verstehen ihr Handeln als den Versuch, sich selbst von allen gesellschaftlichen und ökonomischen Zwängen zu befreien:

„Die Ohnmacht gegenüber Staat und Wirtschaft kann nur durch eigenes Handeln überwunden werden. Und ein Stein trifft die herrschende Ordnung besser als jeder Wahlzettel.“

(Internetplattform „de.indymedia“, 26. Mai 2019)

„Autonome Freiräume“

In ihren „autonomen Freiräumen“ versuchen Autonome deshalb, nach ihren eigenen Idealen konzipierte alternative Lebensentwürfe zu erproben und umzusetzen. Voraussetzung dafür ist allerdings das unbedingte Fernhalten staatlicher Ordnungskräfte:

„Wir haben in einer Blitzaktion die Rigaer Straße zwischen Zelle- und Liebigstraße zu einer Autonomen Zone gemacht. Mit Barrikaden an beiden Enden, mit vielen Leuten als Unterstützung versuchen wir damit der Errichtung der Roten Zone zuvorzukommen, die von der Polizei für heute 15 Uhr geplant ist. [...] In Friedrichshain lebt trotz staatlicher Allmachtsfantasien die Geschichte organisierten Widerstands und der Rebellion weiter.“

(Internetplattform „de.indymedia“, 16. Juni 2021)

Der einem niedrigen Organisationsgrad innewohnende Mangel an Verbindlichkeit und Kontinuität erschwert jedoch in der Praxis die Initiierung eines effektiven und nachhaltigen revolutionären Akts. Aus diesem Wissen heraus ist die Forderung nach Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspolitisches Ziel gleichzeitig erklärtes Mittel zu dessen Erreichung. Durch die ständige Eroberung und Verteidigung von „Freiräumen“ sollen Teile des gesellschaftlichen Zusammenlebens der „kapitalistischen Verwertungslogik“ und staatlichen Einflüssen entzogen werden. Dafür besetzen Autonome leerstehende Häuser, gründen Wohngemeinschaften und genossenschaftliche Kleinbetriebe oder eröffnen autonome Zentren, Läden und Einrichtungen. Dem „kapitalistischen Gesellschaftssystem“ sollen auf diese Weise Strukturen entgegengestellt werden, die die Einwirkungsmöglichkeiten seiner Institutionen punktuell außer Kraft setzen und so die Macht



des Staates schrittweise bis zu seiner vollständigen Auflösung zu Gunsten autonomer Konzepte des gesellschaftlichen Zusammenlebens reduzieren:

„Wenn wir eine Revolution anstreben, müssen wir die Verhältnisse im Hier und Jetzt, in den Räumen in denen wir interagieren, bereits ändern. Nur so können wir die einsame Kälte des kapitalistischen Alltags durchbrechen.“

(Internetplattform „de.indymedia“, 4. Juni 2019)

Verneinung des Bestehenden als revolutionäres Leitmotiv

Nach autonomer Vorstellung bedarf es kaum der Formulierung konkreter Zielvorgaben, denn eine „befreite“ Gesellschaft richte sich – so die Logik – nach den individuellen Bedürfnissen der oder des Einzelnen und basiere auf freiwilligen Zusammenschlüssen. Diese Gesellschaftsform befinde sich in den „autonomen Freiräumen“ bereits in ihrer praktischen Umsetzung. Als Konsequenz wird die Verneinung des Bestehenden zum zentralen revolutionären Leitmotiv erhoben. Daher erschöpfen sich die inhaltlichen Ausführungen autonomer Zusammenhänge regelmäßig in der Formulierung von „Anti-Haltungen“, die Missstände und Ungerechtigkeiten aufzeigen, ihnen jedoch keine konstruktiven Lösungsansätze entgegenstellen. Die Beseitigung der benannten „Missstände“ könne vielmehr nur mit der Beseitigung des Systems in Gänze einhergehen.

Autonome Strukturen

Aus der Ablehnung jeder Form von Fremdbestimmung resultiert auch eine generelle Abneigung gegenüber festen Organisationsstrukturen. Die meisten Autonomen bevorzugen unverbindliche Strukturen und bilden auf persönlichen Beziehungen beruhende Kleingruppen („Bezugsgruppen“). Diese stehen ihrerseits in losen szenebasierten Verbindungen zu anderen Kleingruppen und kooperieren anlassbezogen miteinander. Andere Autonome schließen sich aus strategischen Überlegungen langfristig in festen Gruppen und Netzwerken zusammen. Dadurch sollen die eigene politische Schlagkraft und die Verbindlichkeit autonomen Handelns erhöht sowie ein effektiver Schutz vor politischen Kontrahenten sichergestellt werden (zum Beispiel in „Antifaschistischen Selbstschutzgruppen“). Anlassbezogen kooperieren Autonome auch mit nicht extremistischen Akteuren und beteiligen sich an Aktionsbündnissen.

Das Ziel ist dabei, deren Forderungen um extremistische Inhalte zu erweitern, autonome Positionen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext einzubetten und Protestchoreographien um eine militante Komponente zu ergänzen.

Autonome Szenen bilden sich primär in Groß- und Universitätsstädten. Meist verfügt die Szene über einen zentralen Anlaufpunkt (beispielsweise ein „Autonomes Zentrum“), um das sich ein Geflecht von Kleingruppen, Einzelpersonen und lokalen Ablegern überregionaler oder bundesweiter Organisationen und Strukturen formiert. Die größten Szenen befinden sich in Berlin, Hamburg und Leipzig (Sachsen). Sie verfügen dort nicht nur über ein überdurchschnittlich hohes Aktionsniveau und Mobilisierungspotenzial, sondern begehen auch eine Vielzahl an Straf- und Gewalttaten. Das gilt insbesondere für die alternativ geprägten Szeneviertel mit entsprechender „autonomer Infrastruktur“ aus Läden, Zentren und autonomen Wohngemeinschaften, die teils in besetzten Häusern ansässig sind. Hinzu kommt an diesen Orten ein breites sympathisierendes und anlassbezogen mobilisierbares Szeneumfeld.

Postautonome

Postautonome entwickeln die strategische Überlegung anlassbezogener Kooperationen weiter und stellen die Vernetzung mit nicht extremistischen Gruppen und Akteuren in das Zentrum ihres politischen Handelns. Sie gründen Vereinigungen mit bundesweiten Ortsgruppen und verbindlichen Strukturen. Die damit einhergehende vereinzelte Abkehr vom autonomen Selbstverständnis wird zugunsten besserer Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Einflussnahme in Kauf genommen. Typische Vertreter dieser postautonomen Ausrichtung sind die „Interventionistische Linke“ (IL) und das kommunistische Bündnis „...ums Ganze!“ (uG).

„Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist eine bundesweit agierende linksextremistische Organisation aus dem postautonomen Spektrum. Sie wurde 1999 als Netzwerk mit dem Ziel einer verbindlichen „Organisierung“ autonomer Gruppierungen und Aktivisten gegründet.



Umgeformt zu einer bundesweiten Organisation verfügt die IL heute über rund 30 Ortsgruppen in ganz Deutschland. Diese haben sich überwiegend als IL-Ortsgruppen benannt, so dass auch lokales Handeln eindeutig als Handeln der IL wahrgenommen werden kann. Ortsgruppen, die aufgrund ihres Namens nicht sofort als zur IL gehörig zu erkennen sind, agieren anlassbezogen unter dem gemeinsamen IL-Label. Einzelne Ortsgruppen der IL sind international gut vernetzt, vor allem mit Linksextremisten aus den jeweils benachbarten Staaten; mit der „IL Graz“ gibt es auch eine Ortsgruppe in Österreich. Der Organisation gehören in Deutschland 2022 etwa 1.000 Mitglieder an.

Ideologie und Scharnierfunktion der IL

Das 2014 veröffentlichte „Zwischenstandspapier“, welches bislang das einzige Grundsatzpapier der IL darstellt, gibt Aufschlüsse über die Ideologie der Organisation. Grundlegende Basis für die Gründung der IL ab 1999 und ihre Weiterentwicklung zu einem bundesweiten Zusammenschluss ab 2007 war die Annahme, dass ideologische Differenzen und interne Konflikte zugunsten einer breiten und handlungsfähigen Kraft überwunden werden müssten. Als Folge hieraus bekannte sich die IL nicht zu einer einheitlichen ideologischen Ausrichtung, sondern blieb diesbezüglich bewusst vage. Einzig der „Antikapitalismus“ dürfte ein verbindendes Element innerhalb der Organisation darstellen. Ansonsten vertritt die IL diverse Versatzstücke aus Anarchismus und verschiedenen marxistischen Strömungen und Theorien. Damit dient sie als Idealbeispiel einer Gruppierung der „undogmatischen Linken“, welche die Forderung nach einem Systemsturz nicht zwingend mit der Notwendigkeit einer verbindlichen Theorie verknüpft:

„Alle diese Erfahrungen und Hintergründe fließen in der IL zusammen und gehören zu unserer Geschichte – genauso wie die Erfahrungen der Generationen vor uns, der Arbeiter_innenbewegung, der historischen Frauenbewegung, der kommunistischen Parteien mit all ihren dissidenten Strömungen, der Anarchist_innen usw. Wir setzen uns mit dieser Geschichte auseinander, wir versuchen, aus ihr zu lernen und erkannte Fehler zu vermeiden. Aber wir wählen aus der Vielfalt linker und revolutionärer Geschichte keine Traditionslinie aus und erklären sie für richtig

oder verbindlich. Die IL hat keine Säulenheiligen und folgt keiner eindeutig abgrenzbaren theoretischen Lehre.“

(„IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier“ vom 11. Oktober 2014)

Als Folge daraus formuliert die IL ihre politischen Ziele bewusst offen, sodass diese weder im Widerspruch zu anarchistischen noch zu marxistischen Theorien stehen, sondern vielmehr den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zwischen den klassischen und undogmatischen Revolutionstheorien beziehungsweise der daraus resultierenden Mindestanforderung eines Systemwechsels bilden:

„Die Politik der IL orientiert sich am langfristigen strategischen Ziel einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Unterdrückung ebenso beendet wie Hunger und Elend, Krieg oder Folter.“

(„IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier“ vom 11. Oktober 2014)

Der „revolutionäre Bruch“ mit den herrschenden Verhältnissen, also die Abschaffung des Kapitalismus, könne aber nur – so die Annahme – mit der „Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung“ gelingen.



Die IL beschreibt ihr Vorgehen deshalb auch als „außerparlamentarisch und grundsätzlich antagonistisch zum Staat“. Sie will nicht bloß auf den „revolutionären Bruch“ warten, sondern sich in „aktuelle Kämpfe“ beispielsweise in Unternehmen, Jobcentern oder Stadtteilen einbringen. Damit werde laut ihrer Einschätzung

„Gegenmacht von unten“ aufgebaut, um die „Kräfteverhältnisse“ zu verschieben. Solche Veränderungen seien allerdings nur mittels „strategischer Bündnisse“ bestehend aus revolutionären und moderaten Linken zu erreichen. Im „Zwischenstandspapier“ werden zudem sogenannte Aktionsbündnisse erwähnt, die zum einen kurzfristig angelegt sein sollen, zum anderen aber auch dezidiert das bürgerliche Lager umfassen könnten.

Tatsächlich versucht die IL, durch ein – vergleichsweise – gemäßigtes Auftreten und die Besetzung gesellschaftlich relevanter Themen Anschlussfähigkeit an einen möglichst großen Teil der Bevölkerung herzustellen. Sie bemüht sich in Bündnissen und Initiativen um eine aktionsorientierte Zusammenführung linksextremistischer Akteure unterschiedlicher ideologischer Prägung zugunsten einer erhöhten Handlungsfähigkeit sowohl in Deutschland als auch in internationalen Kampagnen und Netzwerken. Die IL fungiert dabei als Scharnier zwischen militanten Strukturen und nicht gewaltorientierten Linksextremisten sowie genuin nicht extremistischen Gruppen und Initiativen. So engagiert sie sich beispielsweise zusammen mit dem Bündnis EG maßgeblich bei den Protesten gegen die Nutzung fossiler Energieträger.

Einstellung zu Gewalt

Die Einstellung der IL zu Gewalt ist eher taktischer Natur. Sie beteiligt sich zwar nicht direkt an gewalttätigen Ausschreitungen oder militanten Aktionen, distanziert sich aber in aller Regel auch nicht von diesen. Als auslösenden Faktor für den gewalttätigen Verlauf von Protesten sieht die IL vor allem die Sicherheitsbehörden. Deshalb erscheint eine Distanzierung auch nicht notwendig, da es sich nach ihrer Lesart um eine Art „Notwehr gegen den Gewalt ausübenden Staat“ handle, die nicht von vornherein beabsichtigt gewesen sei. Selbst die Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel 2017 in Hamburg wurden als eine „spontane Antwort“ auf das Verhalten der Polizei gesehen, welche sich wie eine „Besatzungsarmee“ geriert habe.

Die IL selbst beschränkt sich primär auf das Mittel des „zivilen Ungehorsams“. Gemeint sind hiermit vorrangig Blockaden von Demonstrationsrouten oder auch von Zufahrtswegen zu Versammlungsorten oder Produktionsstätten und damit verbunden passiver Widerstand durch das Ignorieren von Räumungsaufforderungen seitens der Polizei. Dieses bewusst niedrigschwellige Aktionsangebot soll möglichst viele Menschen ermutigen, sich entsprechenden Blockaden anzuschließen und so einen Moment der „Selbstermächtigung“ zu erleben, welcher letztlich – so zumindest die Hoffnung der IL – zu einer weiteren Radikalisierung politischer Aktivistinnen und Aktivisten führen möge.

„...ums Ganze! – kommunistisches Bündnis“ (uG)

Der Zusammenschluss uG entstand 2006 und ist ein Konglomerat autonomer Gruppierungen. Das Bündnis kann als Sonderfall im gewaltorientierten



Linksextremismus bezeichnet werden. Autonome Gruppen verfügen oft nur über wenige Mitglieder, existieren meist nur einige Jahre und können lediglich in begrenztem Maße größere Aktivitäten außerhalb des unmittelbaren regionalen Umfelds entwickeln. Um diesen Nachteil auszugleichen, setzt uG auf Organisation, festere Strukturen, Vernetzung und überregionale Aktivitäten. Die Mitgliedsgruppen des Bündnisses agieren auf regionaler Ebene unabhängig. Bei Großereignissen oder sonstigen für die linksextremistische Szene bedeutsamen Anlässen treten die Gruppen dagegen vorrangig als uG-Bündnis öffentlich in Erscheinung.

Das Bündnis war in den ersten zehn Jahren nach seiner Gründung vor allem in Norddeutschland vertreten, mittlerweile ist es im gesamten Bundesgebiet aktiv. Seine geografische Verbreitung sowie der Umstand, dass es bereits seit über 15 Jahren existiert, machen es zu einer gefestigten linksextremistischen Größe, die mit Stand 2022 über ein Mitgliederpotenzial von etwa 260 (2021: 280) Personen verfügt. Diese sind in rund acht deutschen sowie einer österreichischen Gruppe organisiert.

Ziel des uG-Bündnisses ist nicht allein die Beseitigung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, sondern vielmehr ein revolutionärer Umsturz der gesamten politischen und gesellschaftlichen Ordnung. An deren Stelle soll eine kommunistische Gemeinschaft errichtet werden, über deren detaillierte Ausgestaltung allerdings keine konkreten Angaben gemacht werden.

Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA)

Am 31. Januar 2016 initiierte das uG-Bündnis ein bundesweites „Antifa-Treffen“ in Frankfurt am Main (Hessen), bei dem die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) gegründet und die AfD als „Erste-Klasse-Gegner“ eingestuft wurde. Diese sei laut uG aber nur die „Spitze des braunen Eisbergs“ im „kapitalistischen System“. Auch andere Akteure, die vermeintlich für mas-

senhafte Abschiebungen und eine Abschottungspolitik stehen sollen, befinden sich im Fokus der NIKA-Kampagne. Zu diesen zählen staatliche Institutionen, politische Parteien, aber auch private Unternehmen. Zum Vorgehen der NIKA-Kampagne gehören Störaktionen an Wahlkampfständen oder bei Parteitag, „Outing-Aktionen“, Sachbeschädigungen und körperliche Übergriffe zum Nachteil von Mitgliedern der AfD oder anderen Personen, die aus Sicht der NIKA-Kampagne als „faschistisch“ zu verorten sind.

In den letzten Jahren standen der „antifaschistische Kampf“ und die Beteiligung an Klimaprotesten deutlich im Mittelpunkt der Bündnisaktivitäten.

„Perspektive Kommunismus“ (PK)

Die antiimperialistische PK ist ein seit 2014 bestehender Zusammenschluss von Gruppierungen aus dem aktions- und gewaltorientierten Linksextremismus. Die Mitgliedsgruppen der PK schlossen sich zusammen, nachdem sie bereits zuvor über einen längeren Zeitraum hinweg ihre politische Agitation anlassbezogen koordiniert hatten. Die in dem Projekt eingebundenen Gruppen stammen vornehmlich aus Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg und orientieren sich weltanschaulich am Marxismus-Leninismus sowie an einzelnen trotzkistischen Ideologieelementen.



Ziel der PK ist es, den „kapitalistischen Staat“ in einer „sozialistischen Revolution“ zu zerschlagen und letztlich durch eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Eine Vernetzung gleichgesinnter linksextremistischer Akteure zu einer bundesweiten, aktionsorientierten und revolutionär-kommunistischen Organisation wird von ihr als notwendige Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels erachtet.

Die das Projekt tragenden Gruppen sind primär auf die Entwicklung der eigenen, regional ausgerichteten politischen Arbeit fokussiert. Erst darüber hinaus und auch in unterschiedlicher Wirkungsstärke engagieren sich die Akteure in der PK und bündeln hierdurch ihre zumeist überschaubaren personellen Ressourcen. Gleichwohl beteiligte sich der überwiegend in Süddeutschland verankerte Zusammenschluss bereits auch an überregional bedeutsamen Veranstaltungen.

Anlässlich der Internationalen Automobilausstellung (IAA) im September 2021 in München (Bayern) riefen beispielsweise die Bündnisse EG und uG zu Protesten auf. Die PK initiierte daraufhin die Kampagne „SMASH IAA – Autokonzerne enteignen“, in deren Rahmen sie bereits vorab die Anwendung von Gewalt bei Protestaktionen ankündigte – zu der es dann auch teilweise kam.



„Freie Arbeiter*innen-Union“ (FAU)

Die FAU ist die größte anarchistische Organisation in Deutschland und bezeichnet sich selbst als eine „klassenkämpferische Gewerkschaftsföderation“. Sie setzt sich aus einzelnen örtlichen Gewerkschaften zusammen, die als Syndikate bezeichnet werden und laut eigener Darstellung in ganz Deutschland vertreten sind.

Die FAU wurde 1977 – zunächst noch unter der Bezeichnung „Initiative FAU“ (I-FAU) – gegründet und ist eine Nachfolgeorganisation der von 1919–1933 existierenden „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“. Sie strebt die Überwindung des Kapitalismus mittels einer „sozialen Revolution“ an, welche sie zunächst durch „Betriebskämpfe“ erreichen will. Im Gegensatz zu demokratisch orientierten betrieblichen Interessenvertretungen vertritt die FAU die linksextremistische Vorstellung, dass bessere Arbeitsbedingungen langfristig nur in einer anarchistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegeben sein können, welche sie nach einer erfolgreichen „sozialen Revolution“ errichten will.

Mit ihrem Fokus auf Branchengewerkschaften und die Übernahme von „Produktionsmitteln“ kann sie der anarchistischen Strömung des Anarchosyndikalismus zugeordnet werden. Syndikalistischen Anarchisten geht es um die unmittelbare Abschaffung jeglicher Form von Herrschaft durch eine Revolution. Damit verbunden sind ebenfalls die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats und seiner Einrichtungen. Gewalt wird von Anarchosyndikalisten mit Blick auf die „soziale Revolution“ nicht ausgeschlossen, spielt derzeit aber eher eine theoretische Rolle. Erst mit Eintritt der „revolutionären Situation“ seien Zeitpunkt und Voraussetzung für den Einsatz von Gewalt gegeben.

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die orthodox-kommunistische DKP wurde am 25. September 1968 in Frankfurt am Main (Hessen) gegründet. Sie versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom BVerfG verbotenen KPD und betont, dass sie stets eng mit der ehemaligen „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der DDR verbunden war.



Hauptsitz der in Grund-, Kreis-, Bezirks- und/oder Landesorganisationen sowie eine Bundesorganisation gegliederten Partei ist Essen (Nordrhein-Westfalen). Das oberste Organ der DKP ist der zweijährlich stattfindende Parteitag. Die Mitgliederzahl der DKP betrug in den 1980er-Jahren noch mehrere Zehntausend – mittlerweile ist sie auf etwa 2.850 Personen (Stand 2022) zurückgegangen.



Programmatisch strebt die Partei ebenfalls die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an. Die „Arbeiterklasse“ soll als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft („revolutionäres Subjekt“) durch einen „klassenkämpferisch-revolutionären Akt“ die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse, den Parlamentarismus sowie den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird das Ziel einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen Gegensätze aufgehoben sein sollen, insbesondere zwischen Kapital und Arbeit. Die DKP bekennt sich damit zur Ideologie von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres politischen Handelns, wobei sie sich hauptsächlich in den Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antimilitarismus“ und „Antikapitalismus“ betätigt. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben sieht sie ferner in der ideologischen Schulung der Arbeiterklasse als „revolutionärem Subjekt“ unter Führung der Partei als Avantgarde marxistisch-leninistischer Prägung.

In der DKP dominiert seit 2013 die orthodox-kommunistische „Parteilinke“. Diese votiert für die unbedingte Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus. Demgegenüber hält die innerparteiliche „reformerische“ Opposition um den Verein „marxistische linke e. V.“



an den „Politischen Thesen“ fest, die 2010 vom damaligen DKP-Parteivorstand formuliert worden waren. Dort wurden die Bedeutung der Arbeiterklasse als „revolutionäres Subjekt“ sowie die Avantgarderolle der Partei relativiert und dafür plädiert, in allen fortschrittlichen Bewegungen mitzuarbeiten.

Das Zentralorgan der DKP ist die wöchentlich erscheinende Zeitung „unsere zeit“ (uz) mit einer Auflage von durchschnittlich gut 6.000 Exemplaren nach eigenen Angaben (Stand 2023). Daneben erscheint sechsmal im Jahr das Theoriemagazin „Marxistische Blätter“; zweijährlich wird das „uz-Pressesfest“ gefeiert. Als zentrale Bildungseinrichtung wird die „Karl-Liebknecht-Schule“ in Leverkusen (Nordrhein-Westfalen) betrieben, in der regelmäßig Informations- und Diskussionsveranstaltungen organisiert werden.

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Der marxistisch-leninistisch orientierte Jugendverband SDAJ ist zwar formal unabhängig von der DKP, betrachtet sich aber als deren legitime Nachwuchsorganisation. Am 4. und 5. Mai 1968, also bereits kurze Zeit vor der offiziellen Gründung der DKP, hatten 395 Delegierte (zumeist Jugendliche sowie Mitglieder der verbotenen KPD) in Essen (Nordrhein-Westfalen) die Gründung der SDAJ beschlossen. Das Datum wurde seinerzeit mit Bedacht ausgewählt: es sollte an den 150. Geburtstag von Karl Marx erinnern.



Hauptsitz der in Bundesverband, Landes- und Kreisverbände sowie Ortsgruppen gegliederten SDAJ ist ebenfalls Essen. Oberstes Organ des 2022 etwa 670 Personen starken Jugendverbandes ist der SDAJ-Bundeskongress.

Laut Eigendarstellung versteht sich die SDAJ als „Teil der weltweiten demokratischen, antiimperialistischen und sozialistischen Jugendbewegung“, als „Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass“. Ebenso wie die DKP strebt die SDAJ einen Bruch mit dem Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft an. In ihrer Selbstdarstellung benennt sie die Themengebiete „Antimilitarismus, Internationalismus, Arbeiterjugendpolitik, Antifaschismus und SchülerInnenpolitik“ als Schwerpunkte ihrer Parteiarbeit.

Revolutionär-marxistische Organisationen wie die SDAJ bewerten die Bündnispolitik als eine entscheidende Voraussetzung für ihren revolutionären Kampf. Bei der Wahl der Bündnispartner schließt die SDAJ selbst gewaltbereite Linksextremisten nicht aus. Bei diversen Demonstrationen und Veranstaltungen arbeitete die SDAJ deshalb themen- und anlassbezogen immer wieder mit derartigen Gruppierungen zusammen.

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die MLPD wurde 1982 in Bochum (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Sie ist aus dem von 1972–1982 existierenden „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervorgegangen.



Sie ist streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtet und orientiert sich an den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong. Laut Satzung ist ihr erklärtes Ziel der „revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“.

Bundesweit gliedert sich die Partei in Betriebs-, Wohngebiets- und Ortsgruppen, Kreis- und Landesverbände sowie die Bundesebene mit insgesamt etwa 2.800 Mitgliedern (Stand 2022). Das Zentralkomitee (ZK) mit Sitz in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) ist zwischen den Parteitage zugleich das höchste Gremium der Partei.

Als offizielles Parteiorgan fungiert das alle zwei Wochen erscheinende Magazin „Rote Fahne“ (RF). In unregelmäßigen Abständen erscheint überdies das Theorieorgan „Revolutionärer Weg“. Lediglich für Parteimitglieder wird das Magazin „Lernen und Kämpfen“ (LuK) herausgegeben. Die MLPD betreibt außerdem verschiedene Internetseiten.

In wirtschaftlicher Hinsicht handelt es sich bei der MLPD um die finanzstärkste linksextremistische Partei in Deutschland. Sie finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Erbschaften und Vermögenseinkünften.

Die MLPD beteiligte sich mit Blick auf das Wahlergebnis bislang erfolglos an Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Lediglich bei einzelnen Kommunalwahlen konnte sie Mandate erlangen. Wenngleich sich die MLPD kampagnenpolitisch ebenso wie andere linksextremistische Strukturen in den Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antimilitarismus“, „Antiimperialismus“ oder in der „Kurdistanolidarität“ engagiert, ist sie doch innerhalb der linksextremistischen Szene aufgrund ihrer dogmatischen Prägung weitgehend isoliert.



„REBELL“

Der MLPD-Jugendverband „REBELL“ wurde im Sommer 1992 gegründet. Er verfügt 2022 über bundesweit rund 600 Mitglieder (2021: 150) und ist nach eigenen Angaben in 60 deutschen Städten aktiv.



Unter enger politischer und ideologischer Anleitung der MLPD tritt der Jugendverband ebenfalls für die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ein. „REBELL“ ist für die MLPD essenziell, da sich der Verband für die Indoktrinierung von Schülerinnen und Schülern sowie jungen Erwachsenen und damit für die Gewinnung von Nachwuchs für die Mutterpartei engagiert.

„Sozialistische Gleichheitspartei“ (SGP)

Die SGP ist eine trotzkistische Kleinpartei und die Nachfolgepartei des 1971 in Hannover (Niedersachsen) gegründeten „Bundes Sozialistischer Arbeiter“ (BSA). Aus dem BSA hatte sich 1997 zunächst die „Partei für Soziale Gerechtigkeit“ (PSG) formiert, die sich während eines Parteitages am 18./19. Februar 2017 in Berlin umbenannte und seither den Namen SGP führt. Die Partei bildet die deutsche Sektion des trotzkistischen Dachverbandes „Internationales Komitee der Vierten Internationale“ (IKVI).

Die SGP folgt als trotzkistisch-kommunistische Organisation grundsätzlich der traditionellen trotzkistischen Theorie einer sozialistischen Revolution als weltweitem ständigen Prozess unter Führung von Arbeiterräten („Permanente Revolution“). Sie fordert die Überwindung des „kapitalistischen Systems“.

„Rote Hilfe e. V.“ (RH)

Die 1975 gegründete RH ist mit über 13.000 Mitgliedern (Stand 2022) eine der personenstärksten und langlebigsten Organisationen des deutschen Linksextremismus. Sie fungiert hauptsächlich als zentrale Unterstützerin für Szeneangehörige, die als Beschuldigte in Ermittlungsverfahren gelten oder wegen Straftaten angeklagt beziehungsweise verurteilt worden sind.



Die RH sah sich in ihrer Gründungszeit in der Tradition der in den 1920er-Jahren von der KPD initiierten „Roten Hilfe Deutschland“ (RHD). Trotz dieses Hintergrundes ist sie eine von anderen linksextremistischen Organisationen oder Parteien unabhängige Vereinigung, die auch entsprechend eigenständig agiert.

Die RH ist mit etwa 50 Ortsgruppen bundesweit vertreten, ihre Schwerpunkte liegen in Berlin, Hamburg und Leipzig (Sachsen); der Sitz der Bundesgeschäftsstelle befindet sich in Göttingen (Niedersachsen). Ihre zentrale Haltung besteht in der Überzeugung, einem Staat gegenüberzustehen, der durch einen umfassenden Repressionsapparat herrscht. Die RH versucht kontinuierlich, durch

meinungsbildende Öffentlichkeitsarbeit die Sicherheits- und Justizbehörden sowie die rechtsstaatliche Demokratie zu diskreditieren.

Ihre vorrangigen Aktivitäten fokussiert die RH folglich auf das Aktionsfeld „Antirepression“. Sie versteht sich dabei keineswegs als „karitative Einrichtung“ zur Unterstützung von inhaftierten Straftäterinnen und Straftätern, sondern als „Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke“, die Betroffenen ausdrücklich Beistand leisten will. So werden beispielsweise Personen aus dem links-extremistischen Spektrum, die sich Strafverfahren stellen müssen oder bereits verurteilt wurden, sowohl in Bezug auf anfallende Anwalts- und Prozesskosten als auch bei etwaig zu zahlenden Geldstrafen finanziell unterstützt.

Darüber hinaus schult die Hilfsorganisation Demonstrationsteilnehmende im Umgang mit der Polizei – insbesondere im Vorfeld von potenziell unfriedlich verlaufenden Protesten. Zu diesem Zweck werden unter anderem auch Flugblätter oder Broschüren mit entsprechenden Verhaltenstipps verbreitet. Als wichtige Unterstützerin potenzieller Straf- und Gewalttäter wirkt die RH damit stabilisierend für nahezu die gesamte linksextremistische Szene.

Tageszeitung „junge Welt“ (jW)

Die organisationsunabhängige Tageszeitung jW ist das bedeutendste und zugleich auflagenstärkste Printmedium im deutschen Linksextremismus. Die bereits in der früheren DDR von der SED-Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) in den Jahren 1947–1990 herausgegebene Zeitung erscheint heute mit einer Druckauflagenhöhe von bis zu 23.500 Exemplaren (Stand 2022) im eigenständigen Verlag „8. Mai GmbH“ mit Sitz in Berlin. Die 1995 gegründete „Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e. G.“ (LPG) ist Haupteigentümerin. Die Hauptaufgabe der LPG liegt in der Finanzierung der Tageszeitung.



Die jW ist seit Jahren durch eine streng antikapitalistische und traditionskommunistische Ausrichtung geprägt. Regelmäßig werden der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Staaten (insbesondere den USA) imperialistische Bestrebungen unterstellt. Ihnen wird vorgeworfen, militärische

Konflikte zu ihren Gunsten zu nutzen und sogar selbst zu inszenieren. Durch gezielte journalistische Agitation bekämpft die jW das als „bürgerlich“ abqualifizierte demokratische System in Deutschland und propagiert darüber hinaus die Errichtung einer sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Gesellschaftsordnung. Dabei spielt die politische und moralische Rechtfertigung der ehemaligen DDR eine wichtige Rolle.

Die jW arbeitet mit Linksextremisten im In- und Ausland zusammen und bietet ihnen die Gelegenheit, ihre Positionen in der Öffentlichkeit publik zu machen. Diesen ideologischen Grundsätzen entsprechen Aussagen zur eigenen Ausrichtung, aber auch die Auswahl gedruckter Beiträge sowie die Zusammensetzung der Stamm- und Gastautoren. Einzelne Redaktionsmitglieder und ein nicht unerheblicher Teil der Autorenschaft ist auch wegen anderweitiger Aktivitäten dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen.



Die jW bekennt sich nicht ausdrücklich zur Gewaltfreiheit, sondern bietet vielmehr immer wieder eine öffentliche Plattform für Personen und Organisationen, die politisch motivierte Straftaten befürworten.

Neben anderen Veranstaltungen führt die jW zum Gedenken an die Ermordung der KPD-Gründer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 seit 1996 jeweils am zweiten Samstag im Januar die „Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz“ (RLK) in Berlin durch. Unterstützt wird diese von zahlreichen Gruppen aus dem linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Spektrum. Die Themenauswahl sowie die Teilnehmenden und Vortragenden stammen meist ebenfalls aus diesem Umfeld.

Die finanzielle Lage der jW ist seit langem angespannt. Nach Eigenangaben finanziert sie sich über Abonnements – allerdings nicht kostendeckend. Bei regelmäßig auftretenden finanziellen Engpässen erhält sie jedoch Unterstützung durch die als Eigentümerin fungierende LPG.

Linksextremistische Internetplattform „de.indymedia“

Um die eigene mediale Präsenz zu erhöhen, nutzen Linksextremisten seit Jahren verstärkt Internetplattformen, die innerhalb der Szene ein von bestimmten Gruppen oder ideologischen Strömungen unabhängiges Angebot einschlägiger Inhalte gebündelt bereithalten. Das übergeordnete Ziel besteht darin, eine „von staatlichen Kontrollen und kapitalistischen Interessen freie Gegenöffentlichkeit“ zu etablieren und linksextremistische Propaganda zu verbreiten. Nach dem Verbot von „linksunten.indymedia“ im August 2017 hat sich die linksextremistische Internetplattform „de.indymedia“ zum wichtigsten Informations- und Propagandamedium für die linksextremistische Szene im deutschsprachigen Raum entwickelt.



„De.indymedia“ ist eine nach dem Prinzip des sogenannten Open-Postings gestaltete frei zugängliche Onlineplattform, welche den Nutzenden einen technischen Rahmen zur Verfügung stellt, Inhalte in barrierefreier und anonymisierter Form zu veröffentlichen. Tagesaktuell bietet die Plattform ein öffentlichkeitswirksames Forum für weitgehend distanzlose Berichte über einschlägige linksextremistisch motivierte Straftaten, darunter auch schwere Gewaltdelikte. Seit längerer Zeit werden auf dem Portal linksextremistische Propaganda und menschenverachtende Beiträge veröffentlicht. Unter dem Deckmantel der Pressefreiheit appellieren einzelne Autorinnen und Autoren immer wieder dafür, Gewalt beispielsweise gegen „Bullen-“ und „Nazi-schweine“ anzuwenden.

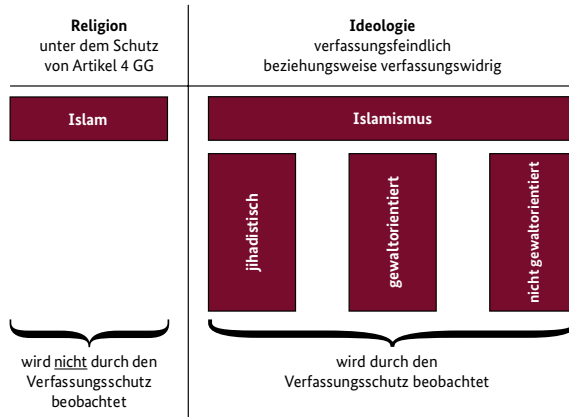
Die Plattform fungiert damit als anonymes Forum für „geistige Brandstiftung“ zur Legitimierung und Vorbereitung von Gewalthandlungen. Regelmäßig erscheinen auf dem Portal Selbstbeichtigungsschreiben zu Straf- und Gewalttaten, deren große Mehrzahl langfristig abrufbar bleibt. Das gilt auch für explizite Aufforderungen zu Straftaten. Immer wieder rechtfertigen Beiträge auf „de.indymedia“ Gewalt gegen Sachen aber auch Personen als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Üblicherweise hegen die Betreiber der Plattform erkennbar keine Vorbehalte gegen die Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten. Durch die Seitenmoderation wird nur ausnahmsweise die Möglichkeit genutzt, strafbare und/oder verfassungsfeindliche Beiträge von der

Seite zu entfernen. Hierbei scheinen allerdings eher taktische als moralische Gründe maßgeblich zu sein.

„De.indymedia“ ermöglicht durch das Angebot eines verschlüsselten und anonymisierten Kommunikationsweges seinen Nutzerinnen und Nutzern, Beiträge mit strafrechtlich relevanten Inhalten und/oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Beiträge zu veröffentlichen oder sich der Begehung auch schwerer Straftaten zu bezichtigen, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Gleichzeitig bietet „de.indymedia“ insbesondere gewaltorientierten Linksextremisten bewusst und gewollt eine sichere öffentliche Plattform von erheblicher Reichweite, auf der sie ihre – unter anderem mit der Begehung von Straftaten verfolgten – extremistischen Ziele aggressiv propagieren können.

Islamismus

Unterschied zwischen Islam und Islamismus



Ideologie

Der Begriff „Islamismus“ bezeichnet eine Form des politischen Extremismus. Islamisten streben die **teilweise oder vollständige Abschaffung der fdGO** der Bundesrepublik Deutschland an und berufen sich dabei auf die Religion des Islam. Der Islamismus basiert auf der Überzeugung, dass der Islam nicht nur eine persönliche, private Angelegenheit sei, sondern auch das gesellschaftliche Leben und die politische Ordnung bestimmen oder zumindest teilweise regeln sollte. Postuliert wird die **Existenz einer gottgewollten und daher alleinig „wahren“ und „absoluten“ Ordnung**, die über den von Menschen gemachten Regeln steht. Damit stellt der Islamismus eine politische Ideologie dar, die einen **universalen Herrschaftsanspruch** erhebt und zu dessen Umsetzung mitunter auch Gewaltanwendung legitimiert. Diese Weltanschauung steht insbesondere im Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäuße-

rung und der allgemeinen Gleichberechtigung. Ein wesentliches ideologisches Element des Islamismus ist außerdem der **Antisemitismus**.

Der Islamismus umfasst verschiedene Strömungen, die sich hinsichtlich ihrer ideologischen Auslegungen, ihrer geografischen Orientierung sowie ihrer Strategien und Mittel unterscheiden. Für die Bearbeitung im BfV ist dabei maßgeblich, in welcher Qualität und mit welchen Mitteln diese Ziele verfolgt werden. Neben den gewaltanwendenden Gruppierungen und Personen sind insbesondere solche Strömungen relevant, die eine langfristige Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Systems zugunsten der vorgenannten universalen Herrschaftsordnung anstreben und eine möglichst breite und umfassende Wirkung erzielen wollen. Hierbei sind in den vergangenen Jahren im Wesentlichen zwei unterschiedliche Handlungsstrategien aufgefallen: nach Einflussnahme im politischen Raum strebende Organisationen, die durch Mitgestaltung und Etablierung der eigenen Agenda in Politik und Gesellschaft versuchen, ihre Ziele durchzusetzen, sowie islamistische Organisationen, die durch eine bewusste und medienwirksame Abgrenzung von der „Mehrheitsgesellschaft“ eine eigene Werteinstanz für eine breite Zielgruppe schaffen wollen und nicht nach gesellschaftspolitischer Teilhabe streben.

- **Nach Einflussnahme im politischen Raum strebende islamistische Strömungen** wie die „Milli Görüş“-Bewegung (MGB), die „Muslimbruderschaft“¹⁶ (MB) oder das „Islamische Zentrum Hamburg e. V.“ (IZH) versuchen, gesellschaftlich und politisch Einfluss zu nehmen, um eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen.
- **Sich abgrenzende islamistische Gruppierungen** wie diejenigen Organisationen, die eine Distanzierung von der deutschen nicht muslimischen Gesellschaft anstreben, und eine starke Außenwirkung mit dem Ziel der Polarisierung der muslimischen Bevölkerung entfalten (so zum Beispiel der „Hizb ut-Tahrir“ (HuT)¹⁷ nahestehende Gruppierungen wie „Generation Islam“).

¹⁶ „Al-Ikhwan al-Muslimun“.

¹⁷ „Partei der Befreiung“.

- **Sonstige islamistische Gruppierungen:** Einige Organisationen widmen sich in erster Linie dem Erhalt und der Pflege der bestehenden Strukturen sowie der internen Weitergabe ihrer extremistischen Ideologie, wie beispielsweise die „Türkische Hizbullah“ (TH) oder die „Tablighi Jama‘at“ (TJ)¹⁸.
- Die Anhänger **islamistisch-terroristischer Gruppierungen** wie HAMAS („Harakat al-Muqawama al-Islamiya“)¹⁹ und „Hizb Allah“²⁰, deren Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates Israel ist, sind auf ihre Herkunftsregionen fokussiert und wenden dort schwerpunktmäßig terroristische Gewalt an.
- Eine besonders radikale Strömung im Islamismus ist der **Salafismus**. Salafisten geben vor, sich in ihrem Denken und Handeln ausschließlich an einem wortgetreuen Verständnis von Koran und Sunna (zur Nachahmung empfohlene Handlungsweisen und Aussagen des islamischen Propheten Muhammad) sowie am Vorbild der Gefährten des Propheten zu orientieren. Damit lehnen sie nicht nur die fdGO in Gänze ab, sondern negieren darüber hinaus auch weitestgehend die Geschichte des Islam und seiner Anhänger. Salafisten betrachten sich als die einzig „wahren“ Muslime und vertreten insofern einen Exklusivitätsanspruch.
- **Jihadistische Gruppierungen** wie der „Islamische Staat“ (IS) und „al-Qaida“ sehen in ihrem Kampf für einen „Gottesstaat“ in terroristischer Gewalt ein unverzichtbares Mittel gegen „Ungläubige“ und „korrupte Regime“. Ihre terroristische Agenda ist global und bedroht auf internationaler Ebene viele Staaten.

Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland sowie für deutsche Interessen und Einrichtungen weltweit besteht fort. Während sich Akteure aus dem politisch-salafistischen Spektrum zum Thema Gewalt häufig weder zustimmend noch ab-



18 „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“.

19 „Islamische Widerstandsbewegung“.

20 „Partei Gottes“.

lehnend äußern, verübt der islamistische Terrorismus zur Durchsetzung seiner weltanschaulichen Vorstellungen nach wie vor extreme Gewalttaten gegen unterschiedliche Ziele.

Die wörtliche Übersetzung des Begriffes **Jihad** ist „Anstrengung“, „Bemühung“ oder auch „Kampf“. Es gibt zwei Formen des **Jihad**: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sogenannter **großer Jihad**) und der kämpferische Einsatz zur Verteidigung, Errichtung oder Ausdehnung eines islamischen Herrschaftsgebietes (sogenannter **kleiner Jihad**). Von militanten Gruppen wird der **Jihad** häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses **Jihad** ihren gewalttätigen Kampf („heiligen Krieg“) gegen die angeblichen Feinde des Islam. Für Jihadisten ist diese Form des **Jihad** die individuelle Pflicht eines jeden „Gläubigen“.

Der **jihadistische Salafismus** ist eine besondere Ausprägung des Salafismus. Unter Berufung auf den Islam propagieren, praktizieren und unterstützen Jihadisten den Einsatz von Gewalt, um ihre Gegner zu bekämpfen und die von ihnen angestrebte Staats- und Gesellschaftsordnung zu erreichen. **Jihadistischer Salafismus** bildet eine Teilmenge des „islamistischen Terrorismus“.

In den vergangenen Jahren haben der erhöhte Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden, der Bedeutungsverlust des Bürgerkriegsschauplatzes in Syrien, die gesellschaftlichen Folgen der Coronapandemie, aber auch die

voranschreitende Digitalisierung das Handeln islamistischer Akteure beeinflusst.



Die Bedrohung geht in Deutschland und Europa weiterhin vorwiegend von jihadistisch inspirierten oder angeleiteten Einzeltätern sowie Kleinstgruppen mit einfachen und leicht zu beschaffenden Tatmitteln

wie zum Beispiel Hieb- und Stichwaffen aus. In den vergangenen Jahren war diese Form der dominierende Anschlagstyp und ist nach wie vor ein fester Bestandteil der herrschenden terroristischen Gewaltstrategie. Bei einigen dieser Angriffe ist weiterhin unklar, ob die Täter aus einer rein islamistischen Motivation heraus oder aufgrund einer psychischen Erkrankung handelten. Gleichzeitig sind koordinierte, komplexe und langfristig geplante Anschläge auch in Deutschland weiterhin jederzeit denkbar.

Obwohl das „Kalifat“ des IS territorial zerschlagen wurde und „al-Qaida“ nach wie vor als geschwächt gilt, ist der islamistische Terrorismus in vielen Staaten und Regionen fortwährend virulent. Beide Terrororganisationen sind mit ihren sogenannten Regionalablegern in vielen Teilen der Welt auch weiterhin präsent.

Bei einem Kalifat handelt es sich um eine autokratische Herrschaftsform, in der sowohl die politische als auch die religiöse Herrschaft durch eine Person, den Kalifen, ausgeübt wird.

Agitationsmethoden und Aktionsfelder

Auch wenn seit der Niederlage des IS in Syrien Anfang 2019 und dem daraus resultierenden Ende des IS-„Kalifats“ jihadistisch motivierte Ausreisen nur noch vereinzelt stattfinden, bleibt das Bedrohungspotenzial durch den Jihadismus dennoch hoch. Besonders relevant sind die vielfältigen propagandistischen Aktivitäten, die zur Radikalisierung von Einzeltätern führen können. Besonders im virtuellen Bereich treten ideologische Bindungen und Bezüge zu bestimmten Terrororganisationen zurück und Täter weisen weniger klar zu identifizierende Bezüge zu einzelnen Gruppierungen oder Organisationen auf.

Jihadistische Propaganda

Ein wichtiger Teil der jihadistischen Propaganda erfolgt über das Internet, das sich stets wandelt und damit neue Möglichkeiten der Nutzung bietet. Online-Jihadisten, insbesondere aus dem IS-Spektrum, verstehen es, die Vielfalt medialer Möglichkeiten propagandistisch auszuschöpfen. Neben den offiziellen Medienorganisationen von IS und „al-Qaida“ haben sich auch zahlreiche, den

beiden Gruppierungen nahestehende Medienstellen darauf spezialisiert, zum Teil hochwertige Videos, Audiobotschaften, Infografiken und Bildercollagen zu erstellen und über verschiedene Plattformen zu verbreiten. IS-nahe Medienstellen unterliegen dabei einer stärkeren Kontrolle durch die zentrale Führung als die „al-Qaida“-nahen Medienstellen beziehungsweise die „al-Qaida“-affilierten Gruppierungen wie „al-Shabab“²¹, „Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin“ (JNIM)²², „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) oder „al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM).

Angeichts zunehmender von Europol koordinierter Löschungen von Kanälen und Gruppen auf verschiedenen Plattformen wie Telegram, Facebook oder YouTube sind Jihadisten dazu übergegangen, die Verbreitungswege zu diversifizieren, wobei die genutzten Plattformen, Kanäle und Gruppen immer häufiger gewechselt werden. Einzelne Plattformen wie „Rocket.Chat“ oder Präsenzen im Darknet sind vergleichsweise sicher vor Löschungen, eignen sich dafür aber weniger als Kommunikationsplattformen. Eine der neueren auch von Jihadisten öffentlichkeitswirksam genutzten Plattformen ist dagegen TikTok.



In der jihadistischen Propaganda werden bevorzugt Themen behandelt, mit denen die eigene Anhängerschaft mobilisiert und neue Anhänger rekrutiert werden sollen. Zum einen geht es darum, die Vorzüge der jeweiligen Ideologie herauszustellen (zum Beispiel die auf der Scharia basierende Werteordnung, die „gottgewollte Ordnung“). Zum anderen wird in hohem Maße das Opfer-narrativ bedient, demzufolge Muslime systematisch von „den Ungläubigen“ unterdrückt, ausgebeutet und diskriminiert würden. Der „wahre Islam“ wird den „dekadenten Gesellschaften“ des Westens gegenübergestellt, wobei diese Narrative häufig mit Aufrufen zur Auswanderung in islamische Herrschaftsgebiete oder zum Jihad verknüpft werden. Ein besonderes Mobilisierungspotenzial entfalten darüber hinaus Themen zum Nahostkonflikt und Fälle angeblicher Prophetenbeleidigung.

21 Vollständige Bezeichnung: „Harakat al-Shabab al-Mujahidin“ („Bewegung der Mujahidin-Jugend“).

22 „Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime“.

Scharia bezeichnet die „Regeln und Regulierungen, die das Leben von Muslimen bestimmen und Koran sowie Sunna entstammen“²³. Die **Scharia** bildet in zahlreichen islamischen Staaten die Basis für eine religiös geprägte Rechtsprechung. Wann und wie sie angewendet wird, ist sehr unterschiedlich. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilte mehrfach, dass die **Scharia** „inkompatibel mit den fundamentalen Prinzipien der Demokratie“ sei.

Die **Sunna** ist die Gesamtheit der vom Propheten Muhammad überlieferten Aussprüche, Entscheidungen und Verhaltensweisen. Sie ist neben dem Koran eine der Hauptquellen des islamischen Rechts.

Teile der jihadistischen Propaganda richten sich mit der Verbreitung von Anschlagsaufrufen und Handbüchern zur Durchführung von Anschlägen und ähnlichem an potenzielle Einzeltäter. Diese sollen dadurch inspiriert werden, Anschläge mit möglichst einfachen Mitteln auszuüben und so einen besonders angsteinflößenden Bedrohungsfaktor in den westlichen Gesellschaften verkörpern.

„Da'wa“: Missionierung im politischen Salafismus

Obwohl ideologisch auf den gleichen Fundamenten stehend wie der jihadistische Salafismus und ein wesentlicher Radikalisierungsfaktor für diesen, spielt die Frage der Anwendung von Gewalt im politischen Salafismus eine Nebenrolle oder unterliegt taktischer Zurückhaltung. Die Übergänge zwischen beiden Strömungen sind teilweise fließend. Alle Salafisten betonen deutlich die unbedingte Abgrenzung zu Nichtsalafisten, indem die Welt in die eigene Gruppe und „die anderen“²⁴ zweigeteilt wird. Sie setzen sich umfänglich mit dem salafistischen Regelwerk auseinander, das alle Lebensbereiche regelt und göttliche Strafen („Hölle“) und Belohnungen („Paradies“) in Aussicht stellt. Die einfachen Antworten der Salafisten auf komplexe Fragen, die vermeintliche Offenheit für alle, die ihrem Weg zu folgen bereit sind, die enge Gruppenbindung und die durchstrukturierte Lebensordnung, die Salafisten aus ihrer

23 Encyclopedia of Islam, Second Edition, [online]. Hier übernommen aus „Scharia“, in: Wikipedia - Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 5. März 2022; (abgerufen: 9. März 2022).

24 Prinzip des „al-wala' wa-l-bara“ („Loyalität und Lossagung“).

Sicht in die Rolle einer religiösen Avantgarde versetzt, können eine große Attraktivität auf interessierte (suchende) Menschen ausüben. Salafisten geben ihren Propagandaaktivitäten den Anschein einer legitimen Religionsausübung und bezeichnen sie verharmlosend als „Missionierung“ („Da'wa“). Es handelt sich in Wahrheit jedoch um eine systematische Indoktrinierung, die oft den Beginn einer weitergehenden Radikalisierung darstellt.

Da'wa (wörtlich „Einladung“) bezeichnet zunächst die ständige Einladung durch Gott und die Propheten zum Islam. Hieraus leitet sich die Pflicht eines jeden Muslims ab, durch ein vorbildliches Leben und/oder durch Worte **Da'wa** zu betreiben und andere vom Islam zu überzeugen. Vor allem Salafisten bezeichnen ihre Aktivitäten als **Da'wa**.



Salafistische Inhalte werden insbesondere online vermittelt und auch ein Großteil der Kommunikation findet virtuell statt. Im öffentlichen Raum ist die Präsenz von Salafisten seit einigen Jahren zwar deutlich rückläufig, allerdings agieren aktuell einzelne Akteure wieder sichtbarer (zum Beispiel auf

Vortragsveranstaltungen). Indem sie beispielsweise Formate wie Kurzvideos auf TikTok nutzen, adaptieren die Akteure neue Entwicklungen in der Kommunikation in sozialen Medien und sprechen so auch sehr junge Adressatengruppen an. Es findet eine klar zielgruppengerechte Differenzierung statt und neben Angeboten zur Onlinekonversion werden auch gezielt Kontakte vermittelt. Die Darstellung der Angebote ist oft professionell und leicht konsumierbar. Zudem finden sich im Umfeld auch Angebote für professionelle Dienstleistungen wie zum Beispiel Onlinehandel oder Reisevermittlung.

Aktivitäten im Bereich des organisationsbezogenen Islamismus und Terrorismus

Auch für islamistische und terroristische Gruppierungen, die im Unterschied zu salafistischen und jihadistischen Netzwerken in festen Strukturen wie zum Beispiel Vereinen organisiert sind, gehören die Werbung für die eigene

Weltsicht und deren Verbreitung sowie die Missionierung zu den wichtigsten Aktivitäten. Für die Durchsetzung der eigenen Ziele wählen nicht gewaltbereite Islamisten unterschiedliche Strategien. Im Bereich der nach Einflussnahme im politischen Raum strebenden Organisationen wird grundsätzlich zurückhaltend agitiert: Extremistische Grenzüberschreitungen werden nach außen hin sorgsam vermieden. Solche Organisationen wie beispielsweise die der MB zuzurechnende „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V.“ (DMG) zielen darauf ab, im Sinne ihrer Ideologie im Rahmen der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen Einfluss zu nehmen. Sie verstehen sich als Anwälte muslimischer Interessen, streben nach Teilhabe auf allen Ebenen und bieten sich als Kooperationspartner an, mit dem Ziel, die Gesellschaft zugunsten ihrer politisch-religiösen Vorstellungen langfristig zu verändern.

Im Gegensatz dazu lehnen andere Organisationen gesellschaftspolitische Teilhabe ab. Um Anhänger zu mobilisieren und neue Unterstützer anzusprechen oder zu gewinnen, wird die eigene Ideologie oft über spezifische Themen und Inhalte verbreitet: Wirksam ist hier das Opfernarrativ von der kollektiven Unterdrückung der Muslime sowohl in Deutschland als auch weltweit. Diese auf Abgrenzung und Polarisierung der muslimischen Bevölkerung zielende Strategie wird vor allem von HuT-nahen Gruppierungen auf Social-Media-Kanälen verfolgt, die eine starke Außenwirkung entfalten. Von ihnen verwendete Schlagworte wie „Assimilationsterror“ und „Wertediktatur“ sollen ein Szenario skizzieren, nach dem Muslime von Staat und Gesellschaft nur akzeptiert werden, wenn sie ihre muslimische Identität vollständig aufgeben.



Daher propagieren sie die Notwendigkeit für alle Muslime, sich von als dezidiert nicht islamisch gewerteten Faktoren rigoros abzugrenzen. Mit einer

geschickten Positionierung zu stark emotional besetzten Themen (wie zum Beispiel die Diskussion um das Tragen von Kopftüchern) gelingt es islamistischen Gruppierungen damit zumindest teilweise, auch Menschen jenseits des islamistischen Spektrums anzusprechen.

Das arabische Wort **Umma** bedeutet Gemeinschaft. Im engeren Sinne meint **Umma** die religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime, unabhängig davon, in welchem Land sie leben. Islamisten sehen in der Wiederherstellung der **Umma** nach dem Vorbild der ersten islamischen Gemeinde ein wesentliches Ziel.

Ausgewählte Beobachtungsobjekte

„Al-Qaida“

Die Terrororganisation „al-Qaida“ wurde Mitte der 1980er-Jahre im Zusammenhang mit der sowjetischen Besetzung Afghanistans (1979–1989) von dem aus Saudi-Arabien stammenden Usama Bin Ladin gegründet. Bin Ladin und mehrere Gleichgesinnte setzten mit der Etablierung ihrer Organisation die Vision des internationalen Jihads um. Sie schufen konsequenterweise eine „internationale Armee“, die gegen eine vermeintliche Unterdrückung „der Muslime“ kämpfen sollte.

Im Februar 1998 schloss sich „al-Qaida“ unter der Führung Bin Ladins mit Teilen der ägyptischen „al-Jihad al-Islami“ (JI – „Islamischer Dschihad in Palästina“) und islamistischen Gruppierungen aus Pakistan und Bangladesch zusammen. Mit diesem Bündnis namens „Internationale Islamische Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer“ (IIFJK) sollte, wie aus einem gleichnamigen Manifest hervorging, der gemeinschaftliche Kampf gegen westliche Interessen, vor allem gegen die USA, geführt werden. Von besonderer Bedeutung war dabei die Zusammenarbeit zwischen „al-Qaida“ und der JI, zu deren Gründern der im Jahr 2022 verstorbene Emir von „al-Qaida“, Aiman al-Zawahiri, gehörte.

Im August 1998 und somit einige Monate nach der Veröffentlichung des IIFJK-Manifests wurden Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania verübt, bei denen mehr als 200 Menschen starben. Bereits für diese Anschläge wurde „al-Qaida“ verantwortlich gemacht. Die spektakulärsten und bislang schwersten Terroranschläge folgten am 11. September 2001 in den USA mit etwa 3.000 Todesopfern. Dass „al-Qaida“ und ihr nahestehende Gruppierungen aber nicht nur die USA, sondern auch Europa als Operationsgebiet betrachten, haben die Anschläge in Madrid (Spanien) am 11. März 2004 sowie in London (Großbritannien) im Juli 2005 gezeigt.



Am 2. Mai 2011 wurde Bin Ladin durch US-Spezialkräfte in Pakistan getötet. Die Führung von „al-Qaida“ bestätigte bald darauf seinen Tod und kündigte erwartungsgemäß an, den Kampf gegen die USA und deren Verbündete mit unverminderter Härte fortführen zu wollen. Am 16. Juni 2011 wurde der bisherige Stellvertreter al-Zawahiri zum Nachfolger Bin Ladins benannt.

Seit Mitte 2014 stehen „al-Qaida“ und die mit ihr assoziierten Gruppen in direkter Konkurrenz zur Terrororganisation IS und deren Netzwerken. Die ehemalige Vormachtstellung von „al-Qaida“ innerhalb des jihadistischen Lagers wurde durch den IS und dessen militärisch-propagandistischen Erfolge nachhaltig untergraben. Trotzdem versteht sich „al-Qaida“ weiterhin als Avantgarde des islamistischen Terrorismus und ruft unverändert zu Anschlägen gegen westliche Ziele auf. Anspruch und tatsächliche Wirkmacht liegen jedoch weit auseinander. Im Konflikt mit dem IS wirkt „al-Qaida“ fortgesetzt hilflos, denn es gelang der Organisation trotz der Schwächung des IS infolge seiner militärischen Niederlagen im Jahr 2019 nicht, ihren eigenen Einfluss auf den Jihad-Schauplätzen zu stärken.

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Die Überalterung der „al-Qaida“-Führung könnte dazu beigetragen haben, dass diese den Bezug zur weltweiten jihadistischen

schen Bewegung – die vorwiegend aus jüngeren Anhängern besteht – teilweise verloren hat. Darüber hinaus dürfte der Verfolgungsdruck auf die „al-Qaida“-Führung in deren traditionellen Rückzugsgebieten im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet weiter Bestand haben. Außerdem haben die „Taleban“ öffentlich verkündet, dass sie von afghanischem Gebiet ausgehende Anschlagplanungen internationaler Terrororganisationen wie „al-Qaida“ nicht mehr dulden werden. „Al-Qaida“ wäre somit vorerst in ihren Möglichkeiten weiter eingeschränkt, aus ihrem Rückzugsraum in Afghanistan/Pakistan heraus größere Anschläge zu planen oder durchzuführen.

Militäroffensiven und Drohnenangriffe forderten in den vergangenen Jahren zahlreiche personelle Verluste auch in der Führungsebene der Organisation, wie zuletzt die Tötung von al-Zawahiri durch einen US-Luftangriff am 31. Juli 2022 in Afghanistan. Damit einher ging ein Verlust an Know-how und persönlichen Beziehungen, was die Handlungsfähigkeit der Terrororganisation noch weiter mindert. Der bisherige Verfolgungsdruck führte außerdem dazu, dass die Organisation einen großen Teil ihrer Ressourcen für die Eigensicherung aufwenden musste. Die Kommunikation mit den „al-Qaida“-Ablegern in anderen Regionen ist zudem schwierig und führt selbst bei der Veröffentlichung von Propaganda zu zeitlichen Verzögerungen.

Wie groß das weltweite Personenpotenzial von „al-Qaida“-Anhängern ist, lässt sich nur schwer abschätzen. Trotz der personellen Verluste hat „al-Qaida“ bisher Widerstandsfähigkeit bewiesen und sich immer wieder an geänderte Bedingungen angepasst. Entsprechend hat sich auch die Taktik von „al-Qaida“ im Laufe der Jahre geändert: Obwohl weiterhin Großanschläge mit langem Planungsvorlauf gewünscht sind, hat sich in der Praxis mittlerweile ein eher „pragmatischer“ Ansatz durchgesetzt. Demnach soll der Westen vor allem durch Einzeltäter und Kleinstgruppen von Attentätern angegriffen werden. Diese werden animiert, jihadistisch motivierte Straftaten in Eigenregie zu planen und auch auszuführen. Eine formale Anbindung an oder eine taktische Abstimmung mit „al-Qaida“ ist hierfür nicht mehr grundsätzlich notwendig. Entscheidend ist vielmehr, dass die Tat selbst (beziehungsweise deren Vorbereitung) im Einklang mit der von „al-Qaida“ propagierten Leitlinie stattfindet. Mithilfe dieser „Nadelstichtaktik“ soll vor allen Dingen eine permanente Drohkulisse aufrechterhalten werden.

Aus Deutschland stammende Islamisten mit „al-Qaida“-Bezug sind überwiegend in Unterstützungshandlungen wie Propaganda- und Spendensammelaktivitäten eingebunden. Andere versuchen, vor allem junge Muslime für eine Kampfausbildung oder einen Kampfeinsatz zu rekrutieren. Dabei wurde festgestellt, dass es weniger bestimmte Orte wie Moscheen sind, die als zentrale Anlaufstellen für eine derartige Klientel in Frage kommen, sondern vielmehr personenbezogene Netzwerkstrukturen, die zum Teil weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichen und -wirken.

„Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)

Die „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“ („Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ – GSPC) hatte sich bereits Ende der 1990er-Jahre von der algerischen „Bewaffneten Islamischen Gruppe“ („Groupe Islamique Armée“ – GIA) abgespalten. Nachdem sich die GSPC längere Zeit um ideologische Annäherung an „al-Qaida“ bemüht hatte, wurde am 11. September 2006 ihr Beitritt zum Netzwerk offiziell bekannt gegeben. Seit Januar 2007 nennt sich die Gruppierung AQM.



Die AQM ist die derzeit größte und zugleich aktivste islamistisch-terroristische Organisation im Maghreb²⁵, denn mit dem Anschluss an „al-Qaida“ gingen eine Ausweitung der Anschlagstaktiken (unter anderem auch Anschläge durch Selbstmordat-

tentäter) sowie eine Erweiterung des Zielspektrums auf ausländische Staatsangehörige und Einrichtungen einher. Die Aktivitäten der AQM konzentrieren sich insbesondere auf Algerien und Mali, erstrecken sich aber auch auf zahlreiche weitere nord- und westafrikanische Staaten.

Die AQM profitierte von den Umbrüchen im Norden Malis, die im Frühjahr 2012 durch eine Rebellion der Tuareg ausgelöst worden waren und eroberte

25 Im Sinne der AQM sind damit Algerien, Libyen, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger und Tunesien gemeint.

zusammen mit anderen terroristischen Gruppierungen²⁶ der Region große Gebiete im Norden des Landes. Die militärische Intervention Frankreichs im Januar 2013 konnte den Vormarsch stoppen und die Organisation aus den gewonnenen Gebieten zurückdrängen.

Die AQM musste zu diesem Zeitpunkt den Verlust einiger hochrangiger Führungspersonen kompensieren: Im Oktober 2012 verließ mit Mokhtar Belmokhtar einer der bis dahin wichtigsten Anführer mit seinen Gefolgsleuten die Organisation; weitere bedeutende Anführer wurden festgenommen oder getötet.

Außerdem entstand im August 2013 ein direkter Konkurrent für die AQM: „Al-Murabitun“, ein Zusammenschluss der Strukturen um Mokhtar Belmokhtar und der MUJAO, bekannte sich offen zu Kern-„al-Qaida“ und hatte ihrerseits die Vereinigung von Jihadisten in ganz Nord- und Westafrika zum Ziel.

Im Dezember 2015 erklärte „al-Murabitun“ ihren Beitritt zur AQM, der durch AQM auch formell bestätigt wurde. Die zunächst unerwartet erscheinende Annäherung der beiden Rivalen hatte sich bereits einige Monate zuvor abgezeichnet, als sich AQM und „al-Murabitun“ gemeinsam für einen Anschlag am 20. November 2015 auf ein Hotel in Bamako (Mali) verantwortlich zeigten, bei dem mindestens 20 Menschen ums Leben kamen.

Die AQM galt bereits 2017 als die größte islamistisch-terroristische Organisation im Maghreb, wo sie die Errichtung eines islamistischen Staates anstrebte. Im gleichen Jahr schlossen sich die in Mali aktiven Gruppierungen der AQM zur Gruppe JNIM zusammen. Durch den Zusammenschluss wurde die Organisation nachhaltig gestärkt und so ihren Zielen, nämlich die Errichtung eines islamistischen Staates voranzutreiben sowie dem IS nahestehenden Gruppierungen besser entgegentreten zu können, damit ein Stück nähergebracht.

Der nachhaltige Verfolgungsdruck durch die algerischen Sicherheitsbehörden führte dennoch zu hohen personellen Verlusten auch innerhalb der Führungsebene. Zunehmender Bedeutungs- und Handlungsverlust waren die Folge. Die

26 „Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika“ („Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest“ – MUJAO), eine Abspaltung einer malischen AQM-Einheit, und die salafistisch-jihadistische Tuareg-Gruppierung „Unterstützer des Glaubens“ („Ansar al-Din“ – AAD).

AQM konzentrierte sich daraufhin auf die Sicherung ihrer Rückzugsorte in den unzugänglichen Bergregionen Algeriens.

Abdelmalik Droukdal, der die AQM seit ihrer Gründung leitete, wurde Anfang Juni 2020 in Mali durch französische Soldaten getötet. Der Tod des langjährigen Anführers bedeutete für die Terrororganisation einen schweren Verlust, der bisher nicht kompensiert werden konnte.



„Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin“ (JNIM)

Die Gruppierung ist eine Regionalorganisation der AQM in Mali und der Sahelzone. Sie entstand Anfang 2017 aus verschiedenen kleineren Gruppierungen unter Führung des Tuareg-Anführers Iyad Ag Ghaly, unterstellte sich noch im Gründungsjahr formal der AQM und leistete den Treueeid gegenüber Kern-„al-Qaida“. Die bereits seit Jahren kooperierenden Gruppierungen eint die ideologische Nähe zu Kern-„al-Qaida“; diese stimmte der Gründung in einer Veröffentlichung vom 19. März 2017 auch offiziell zu. JNIM ist vorwiegend im Dreiländereck Mali, Burkina Faso und Niger aktiv.



Zentrale Ziele sind die Einführung der Scharia sowie der Abzug aller ausländischen Truppen (insbesondere der französischen Armee und der Vereinten Nationen). Die Gruppe bekannte sich unter anderem zum Angriff auf das Lager der MINUSMA²⁷ im Januar 2019, bei dem zehn Blauhelmsoldaten getötet wurden.

Der im August 2022 erfolgte Abzug der französischen Soldaten aus der Sahelzone könnte zukünftig weitere Handlungsspielräume für die JNIM eröffnen.

27 „Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali“ („Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“).

„Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH)

Im Januar 2009 schlossen sich „al-Qaida im Jemen“ (AQJ) und „al-Qaida“-Kräfte aus Saudi-Arabien zu AQAH zusammen, wodurch die bis dahin ausschließlich im Jemen aktive AQJ ihren terroristischen Aktionsradius auf Saudi-Arabien erweitern konnte. Ziele sind die Errichtung eines islamistischen Staates auf der Arabischen Halbinsel unter gleichzeitiger Beseitigung ausländischer Einflüsse sowie der Kampf gegen die von ihr als „unislamisch“ angesehenen dortigen Regierungen.



Seit ihrer Gründung hat die AQAH ihre operative Handlungsfähigkeit insbesondere durch versuchte Anschläge auf staatliche Einrichtungen auf der Arabischen Halbinsel und den internationalen Luftverkehr unter Beweis gestellt. So bekannte sie sich zu der versuchten Sprengung eines Flugzeugs mit 278 Menschen an Bord, das sich am 25. Dezember 2009 auf dem Flug von Amsterdam (Niederlande) nach Detroit (USA) befand.



Am 14. Januar 2015 bekannte sich AQAH in einer Videobotschaft offiziell zum Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris (Frankreich). Die Organisation erklärte sich dabei sowohl für die Zielauswahl als auch für die Ausbildung der beiden Attentäter verantwortlich.

Im Februar 2020 erklärte sich AQAH für den Anschlag vom 6. Dezember 2019 auf den US-Marinestützpunkt in Pensacola/Florida (USA) verantwortlich, bei dem ein Angehöriger der saudischen Luftwaffe drei Angehörige der US-Armee tötete und acht weitere verletzte. Der Täter soll im Vorfeld des Anschlags Kontakt zu AQAH gehabt und sich mit ihr abgestimmt haben.

Propagandistischer Ausdruck der internationalen Agenda von AQAH ist vor allem das aufwändig produzierte englischsprachige Onlinemagazin „INSPIRE“, das seit Juni 2010 erscheint. Wesentlicher Bestandteil des Magazins ist die Rubrik „Open Source Jihad“, in der Muslime aufgerufen und angeleitet

werden, mit möglichst einfachen Mitteln Anschläge im Westen durchzuführen. Die Veröffentlichungen bekräftigen fortgesetzt eine global-jihadistische Orientierung der Organisation.

Der jahrelange Krieg im Jemen, auch unter Beteiligung ausländischer Militärfürkräfte, und dessen Folgen verschaffen der AQAH geeignete Voraussetzungen für ihre terroristischen Aktivitäten.

„Al-Shabab“

Die somalische Gruppierung „al-Shabab“ hat sich im Jahr 2006 von der „Union islamischer Gerichtshöfe“ abgespalten und in der Folge im Wesentlichen aus deren jungen, radikalen Kämpfern formiert. Nachdem sie bereits in der Vergangenheit die ideologische Nähe und Zugehörigkeit zu „al-Qaida“ proklamiert hatte, veröffentlichten jihadistische Internetforen am 9. Februar 2012 eine Videoverlautbarung des damaligen Kern-„al-Qaida“-Führers al-Zawahiri, in der „al-Shabab“ offiziell als regionaler Ableger in Ostafrika anerkannt wurde.



Ziel von „al-Shabab“ ist der Sturz der somalischen Regierung, um im Anschluss daran ein „großsomalisches Kalifat“ unter Einbeziehung der äthiopischen Region Ogaden zu errichten und sämtliche westliche Einflüsse aus dem Land zurückzudrängen.

Neben Überfällen auf polizeiliche oder militärische Kontrollstellen in weiten Teilen Somalias sind ebenso komplexe Anschläge auf von westlichen Personen besuchte Einrichtungen in der somalischen Hauptstadt Mogadischu sowie im benachbarten Kenia durch die Organisation zu verzeichnen. So brachte Mitte Januar 2019 ein Kommando von „al-Shabab“ eine unter anderem von US-amerikanischen Staatsangehörigen frequentierte Hotelanlage in Nairobi (Kenia) für mehrere Stunden in seine Gewalt und tötete 21 Menschen. Den Anschlag begründete die Terrormiliz mit der Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem und hob hervor, der Angriff stehe im Einklang mit dem vom „al-Qaida“-Anführer benannten Ziel des „fernen Feindes“.

Mitte August 2020 verübte „al-Shabab“ einen Anschlag auf ein Hotel in Mogadischu (Somalia), wobei ein Selbstmordattentäter die Tore der Hotelanlage mittels einer Autobombe sprengte. Im Anschluss stürmten Terroristen das Hotel und nahmen Geiseln. Während des folgenden Feuergefechts wurden alle „al-Shabab“-Kämpfer und elf Geiseln getötet.

Am 4. Mai 2022 griff die „al-Shabab“ ein Lager von Friedenstruppen der Afrikanischen Union in Somalia an und tötete laut Angaben des burundischen Militärs zehn Soldaten, 25 weitere wurden verletzt.

„Islamischer Staat“ (IS)

Die Terrororganisation IS entstand 2003, nachdem die militärische Intervention unter Führung der USA in Irak zum Sturz des damaligen Diktators Saddam Hussein führte und sich in der Folge bürgerkriegsähnliche Zustände entwickelten. Dadurch avancierte Irak zu einem der wichtigsten Kristallisationspunkte des internationalen Jihad.



Zu den einflussreichsten salafistisch-jihadistisch orientierten Terrorgruppen, die das Gedankengut des globalen Jihad von Kern-„al-Qaida“ in Irak vertraten, gehörte damals das vom Jordanier Ahmad Fadil Nazal al-Khalaila alias Abu Mus’ab al-Zarqawi gegründete Netzwerk „Gruppe für das Einheitsbekenntnis und den Jihad“ („Jama’at al-Tawhid wal-Jihad“). Im Oktober 2004 erklärte al-Zarqawi gegenüber Bin Ladin seine Ergebenheit und schwor ihm den Treueeid. Fortan nannte sich die Gruppe „al-Qaida im Irak“ („Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Rafidain“ – TQJ). Al-Zarqawi starb am 7. Juni 2006 durch einen gezielten Angriff der US-Luftwaffe, zu seinem Nachfolger wurde Abu Ayyub al-Masri ernannt.

Im Oktober 2006 konnte ein „fiktiver“ Kalifatsstaat in Kernirak unter Führung des Emirs Abu Umar al-Baghdadi ausgerufen werden, bekannt als der „Islamische Staat Irak“. Damit beanspruchte al-Baghdadi für sich zugleich die Alleinvertretung aller Sunniten in Irak. Al-Masri leistete daraufhin al-Baghdadi den Treueeid und stellte sämtliche „Kämpfer“ unter dessen Führung. Unter Berücksichtigung des Prinzips der regionalen, länderspezifischen „Filialen“

von „al-Qaida“ wurden fortan die Bezeichnungen „al-Qaida im Irak“ und „Islamischer Staat Irak“ synonym verwandt.

Am 18. April 2010 wurde Abu Umar al-Baghdadi bei einer Operation irakischer Sicherheitskräfte mit US-amerikanischer Unterstützung getötet. Zum Nachfolger al-Baghdadis stieg Mitte Mai 2010 Abu Bakr al-Baghdadi auf.

Bereits im Jahr 2012 schien „al-Qaida im Irak“/„Islamischer Staat Irak“ sein Schleusungsnetzwerk zu nutzen, um in Syrien eine regionale „Filiale“ von „al-Qaida“ zu etablieren. Ebenso sollen entsprechende Strukturen im Grenzgebiet zur Türkei ausgebaut worden sein. Das Engagement der Gruppierung im Bürgerkriegsland Syrien wuchs in der Folgezeit jedenfalls beträchtlich an.

In einer Audiobotschaft vom 9. April 2013 verkündete Abu Bakr al-Baghdadi schließlich die Vereinigung mit der in Syrien beheimateten und dort aktiven „Jabhat al-Nusra“ (JaN – „Unterstützungsfront für das levantinische Volk“) zur neuen Organisation „Islamischer Staat im Irak und Großsyrien“ (ISIG). Obwohl dieser Zusammenschluss von der damaligen JaN – seit Januar 2017 aufgegangen in „Hai’at Tahrir al-Sham“ (HTS – „Komitee zur Befreiung der Levante“) – sowie von Kern-„al-Qaida“ umgehend dementiert wurde, agierte die Organisation weiterhin unter dieser Bezeichnung.

Von dem nunmehr seit mehreren Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien und der instabilen Lage in Irak profitierend, etablierte ISIG in seinem Herrschaftsgebiet ein brutales, autoritäres Regime, das sich gegen alle „Andersgläubigen“ und damit auch gegen „nicht konforme“ Muslime richtete. Selbst vor „ethnischen Säuberungen“, zu deren prominenten Opfern zum Beispiel die Glaubensgemeinschaft der Jesiden zählt, schreckte man nicht zurück.

Nach erfolgreichen Kämpfen und erheblichen Geländegewinnen in Syrien und Irak rief Abu Bakr al-Baghdadi am 29. Juni 2014 ein „Kalifat“ aus und erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Organisation fortan den Namen „Islamischer Staat“ (IS) führen werde. Mit der Ausrufung des „Kalifats“ machte der IS nunmehr zugleich seinen Führungsanspruch im globalen Jihad unmissverständlich deutlich und setzte sich gegen die HTS, den regionalen „al-Qaida“-Ableger in Syrien, durch. Andere jihadistische Gruppen wandten sich

in der Folge von „al-Qaida“ ab und bekannten sich nun durch entsprechende Loyalitätserklärungen ihrerseits zum IS. Bewaffnete Auseinandersetzungen fanden seitdem nicht mehr nur zwischen islamistischen Gruppierungen und dem syrischen Regime statt, sondern der IS kämpfte in Syrien auch gegen andere islamistische und jihadistische Organisationen.

Propagandistisch war es für den IS von Beginn an substanziell, die eigene Organisation als staatliches Gebilde darzustellen und sich in den von ihm eroberten Gebieten entsprechend zu organisieren. Der IS gliederte sich daher bewusst in verschiedene Verwaltungsgebiete auf. Auch unterschiedliche Exekutivorgane und Verwaltungsebenen wurden eingerichtet, die unter anderem für die professionell organisierte und global ausgerichtete Propaganda der Organisation verantwortlich waren und sind. Der IS war aber zu keinem Zeitpunkt völkerrechtlich als Staat anerkannt.



Der IS hat nach dem Fall der ostsyrischen Stadt al-Baghuz im März 2019 sein gesamtes Territorium im syrisch-irakischen Kerngebiet verloren. Infolge seiner militärischen Verdrängung und der damit einhergehenden Neuorganisation gingen die Anschlagsaktivitäten des IS in Syrien und Irak zunächst deutlich zurück, doch schon im Laufe des Jahres 2019 waren wieder vermehrt Anschläge zu verzeichnen.

Der IS konnte sich nach dem Verlust seiner quasistaatlichen Strukturen und der territorialen Verdrängung aus den von ihm zeitweise beherrschten Gebieten in Syrien und Irak zu einer im Untergrund agierenden Organisation restrukturieren und seine Aktivitäten in den regionalen „Provinzen“ in Nord- und Zentralafrika, in Teilen der Arabischen Halbinsel, in Afghanistan und Pakistan bis hin nach Südostasien aufrechterhalten.

Auch infolge seiner umfassenden Niederlagen in Syrien und Irak trieb der IS seine Strategie des Terrors gegen „weiche Ziele“ voran und verübte in Deutschland, Europa und den USA, aber auch in anderen Teilen der Welt zahlreiche Anschläge. Teilweise dürften diese Anschläge vom IS direkt gesteuert gewesen sein, häufig wurden sie jedoch autonom geplant und durchgeführt. Darunter

waren neben Sprengstoffanschlägen auch viele in ihrer Art einfacher durchzuführende Anschläge wie zum Beispiel Messerattacken oder durch Kraftfahrzeuge, die von Attentätern in Menschenmengen gelenkt wurden. Die Terrororganisation übernahm für diese von ihr „inspirierten“ Anschläge gleichwohl oft die Urheberschaft.

Der langjährige Anführer des IS Abu Bakr al-Baghdadi kam Ende des Jahres 2019 bei einer US-Militäroperation ums Leben. In jüngerer Vergangenheit hat die Terrororganisation deutliche Verluste in der Führung zu verzeichnen. So starb der Anführer Abu Ibrahim al-Hashimi al-Qurashi zusammen mit dem Sprecher des IS im Februar 2022 bei einem US-Militäreinsatz. Sein Nachfolger Abu al-Hasan al-Hashimi al-Qurashi kam im Oktober 2022 ebenfalls ums Leben. Daraufhin ernannte der IS Abu al-Husain al-Husaini al-Qurashi zum neuen „Kalifen“, der allerdings im Sommer 2023 getötet wurde. Die Wechsel an der Spitze haben jedoch bisher nicht zu wesentlichen Veränderungen innerhalb der Organisation oder von deren Zielen geführt.

Für deutsche und europäische Jihadisten spielte der Bürgerkrieg in Syrien und Irak über mehrere Jahre eine zentrale Rolle. Es liegen Erkenntnisse vor, dass seit 2011 mehr als 1.150 (Stand Juli 2023) deutsche Islamisten beziehungsweise Islamisten aus Deutschland in Richtung Syrien/Irak ausgereist sind. Mit den militärischen Niederlagen und den damit einhergehenden massiven Gebietsverlusten des IS in Syrien und Irak hat die Utopie des „Kalifats“ jedoch ihre Anziehungskraft verloren. Die Ausreisewelle, die in den Jahren 2013 und 2014 ihren Höhepunkt erreichte, ebte seit dem Jahr 2015 merklich ab. Auch für die Zukunft sind Ausreisen in nennenswerter Zahl nicht zu erwarten.

„Salafistische Bestrebungen“

Der Begriff „Salafistische Bestrebungen“ umfasst sämtliche Organisationen, Netzwerke und Personenzusammenschlüsse, deren weltanschauliche Grundlage auf der Ideologie des Salafismus basiert.

Der Salafismus ist eine islamistische Ideologie und zugleich eine extremistische Gegenkultur zur liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie, die sich durch markante Alleinstellungsmerkmale wie Kleidung und Sprache abgrenzt. Salafisten

wollen eine eingeschworene Gemeinschaft mit intensivem Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugen. Dies zieht insbesondere Personen an, die sich von der Mehrheitsgesellschaft marginalisiert fühlen. Gerade ungefestigte Personen, die auf der Suche nach einem Lebenssinn, einer Orientierung und Sicherheit sind, werden durch das umfassende salafistische Regelwerk angesprochen, da es das tägliche Leben bis ins kleinste Detail bestimmt. Der Einzelne wird durch salafistische Propaganda Teil einer vermeintlichen Elite, zum Vorkämpfer des „wahren“ Islam, der sich durch seine behauptete moralische Überlegenheit gegenüber einer „Welt des Verdorbenen“ auszeichnet. Diese Elemente machen im Wesentlichen die Anziehungskraft der salafistischen Ideologie aus, die vom „Wahhabismus“, der „Staatsdoktrin“ Saudi-Arabiens, geprägt ist und eine besonders strenge und radikale Strömung innerhalb des Islamismus darstellt.

Der Salafismus zeichnet sich vor allem durch eine Hinwendung zum Vorbild der frühen muslimischen Gemeinschaften aus. Diese als besonders vorbildhaft und nachahmenswert erachteten frühen Muslime umfassen die ersten drei Generationen des Islam und werden als „al-salaf al-salih“ („die frommen Alvorderen“) bezeichnet – daher der Name Salafismus. Erklärtes Ziel von Salafisten ist es, zu einem nach ihrer Interpretation „reinen“ Islam zurückzukehren und diesen als einzig „wahre“ Religion weltweit zu verbreiten.

Die „Rückkehr zu den Ursprüngen des Islam“, so wie sie von Salafisten gepredigt wird, ist allerdings nicht allein als Ausdruck eines archaischen Religionsverständnisses anzusehen. „Islam“ ist im salafistischen Sinne eben nicht nur „Religion“ oder „Bekenntnis“, sondern vielmehr ein auf der wortgetreuen Befolgung des Koran und der Prophetentradition beruhendes Gesamtsystem, das alle Lebensbereiche regeln soll – einschließlich Gesetzgebung und Politik.

Die Verwirklichung dieses von Salafisten postulierten „wahren“ Islam muss also letztlich in der Errichtung eines islamischen „Gottesstaates“ münden, in dem die Werte und Gesetze eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates keine Geltung finden können. Damit erweist sich der Salafismus als extremistische Ideologie.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen politischen und jihadistischen Salafisten, je nach ihrer Positionierung zur Frage der Gewaltausübung. Politische Salafisten zielen darauf ab, ihre extremistische Ideologie maßgeblich auf dem Wege der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme zu verbreiten. Dabei fokussieren sie sich vor allem auf die „Missionierung“ von Nichtmuslimen und die Indoktrinierung nicht salafistischer Muslime im Sinne ihrer eigenen Ideologie. Die Mehrzahl der salafistischen Gruppierungen und Akteure in Deutschland gehört diesem Spektrum an.

Dabei ist immer wieder festzustellen, dass sich politische Salafisten in ihrer Islamauslegung selektiv auf klassische Werke der islamischen Rechtsliteratur sowie Schriften und Rechtsgutachten salafistisch-wahhabitischer Gelehrter stützen, die im Umgang mit Nichtmuslimen eine starke Affinität zu Gewalt aufweisen. Diese Gewaltorientierung ist auf den universellen Geltungsanspruch der salafistischen Islamauslegung zurückzuführen, nach der diese der gesamten Menschheit zuteil werden und notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden müsse.

Vor dem Hintergrund einer derartigen Weltanschauung ist die Haltung politischer Salafisten zur Frage der Gewaltanwendung somit als ambivalent zu bezeichnen – auch wenn sich namhafte politische Salafisten in ihren öffentlichen Äußerungen sehr zurückhaltend zeigen und sie sich in Einzelfällen sogar gegen die Ausübung von Gewalt aussprechen. Aufgrund dieser nicht eindeutig bestimmbar Einstellung politischer Salafisten zur Gewaltfrage sind die Übergänge zwischen politischem und jihadistischem Salafismus oftmals fließend.

Für jihadistische Salafisten stellt Gewalt generell ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen dar. Die Anhänger dieser Strömung betreiben zum Teil zwar ebenfalls die salafistische „Missionierung“, vertreten jedoch die Ansicht, dass eine wahrhaft islamische Gesellschaft nur durch den militanten Jihad – also die Anwendung von Gewalt gegenüber „Ungläubigen“ – geschaffen werden kann. Der bewaffnete Kampf wird dabei derart überhöht, dass er für jihadistische Salafisten eine eigene Form des „Gottesdienstes“ darstellt. Daher verwundert es nicht, dass die überwiegende Mehrheit der islamistischen Terroristen aktuell der jihadistisch-salafistischen Ideologie folgt.

In der Hochphase des IS-„Kalifats“ (2013–2017) stieg die Zahl der Anhänger stark an. In diese Zeit führte die salafistische Szene in Deutschland viele öffentlichkeitswirksame Aktionen wie zum Beispiel die öffentliche Koranverteilaktion „LIES!“ durch. Die für diese Aktion verantwortliche Vereinigung „Die Wahre Religion“ (DWR) wurde durch das BMI mit Verfügung vom 25. Oktober 2016 verboten und aufgelöst.



Seit 2017 verlangsamte sich das Wachstum des salafistischen Personenpotenzials in Deutschland deutlich, seit 2021 nimmt es sogar leicht ab. Ursachen sind unter anderem die (sicherheits-)behördlichen Maßnahmen wie Vereinsverbote oder Haftstrafen gegen Szeneangehörige der vergangenen Jahre sowie insbesondere der Niedergang des IS. Der Konflikt in Syrien und Irak war lange ein verbindendes Thema der salafistischen Szene in Deutschland. Mit dem Bedeutungsverlust des IS hat die Szene einen gemeinsamen ideologischen Referenzrahmen eingebüßt.

Die salafistische Szene agiert taktisch und kann auf Veränderungen flexibel reagieren. So war während der Coronapandemie zu beobachten, dass zunehmend Social Media genutzt wurde und Treffen überwiegend in konspirativen privaten Zirkeln abgehalten wurden. Seit dem Ende der Coronabeschränkungen fokussiert sich die salafistische Szene wieder mehr auf bewährte Aktionsformen wie „Street-Da‘wa“, Islamseminare sowie salafistische Vortragsreihen und Veranstaltungen.

Der Salafismus bleibt dennoch die zahlenmäßig bedeutendste islamistische Strömung in Deutschland. Die Strukturen sind dabei unterschiedlich stark organisiert: Das Spektrum umfasst einerseits organisierte Moschee-, Kultur- und Spendensammelvereine sowie Verlage. Andererseits gibt es aber auch (informelle) Personenzusammenschlüsse wie Predigernetzwerke oder Aktivistengruppen, die schwerpunktmäßig im virtuellen Raum (etwa auf Videoportalen oder in Social-Media-Netzwerken) tätig und somit weniger klar organisiert sind.

„Hizb Allah“

Die schiitische „Hizb Allah“ wurde 1982 vor dem Hintergrund der kriegesischen Ereignisse im Libanon auf iranische Initiative und mit Unterstützung Syriens gegründet. Zunächst operierte die „Hizb Allah“ als Guerillabewegung, die den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini als oberste religiöse und politische Autorität anerkannte. Im Zentrum der Aktionen und der Ideologie der Organisation standen der „Islamische Widerstand“ gegen die israelische Besatzung des Südlibanon und der gewaltsame, auch mit terroristischen Mitteln geführte Kampf gegen Israel. Inspiriert vom ideologischen und religiösen Vorbild Irans propagierte die Organisation dabei zugleich die „Islamische Revolution“ und die weltweite Verbreitung des Islam.



Die „Hizb Allah“ konnte sich dank der Unterstützung Irans und Syriens im Libanon etablieren und ihren Einfluss weiter ausbauen. Seit dem Ende des Libanon-Krieges im Jahr 1990 wandelte sich die „Hizb Allah“ von einer überwiegend militärisch geprägten Organisation hin zu einer auch institutionell, sozial und politisch agierenden Bewegung. Seit 1992 ist sie sogar als Partei im libanesischen Parlament vertreten und war bislang in mehreren Kabinetten an der Regierung beteiligt. Derart eingebunden in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Libanon strebt die „Hizb Allah“ nach wie vor danach, ihren Einfluss auszubauen. Sie verfügt in der schiitischen Bevölkerung über großen gesellschaftlichen Rückhalt, der vor allem auf dem sozialkaritativen Engagement der Organisation beruht.

Doch trotz der politischen Beteiligung der „Hizb Allah“ im Libanon bleibt der militante Wesenszug der Organisation weiter dominant. Dies wird schon am unverändert gebliebenen Logo deutlich: ein von einer Faust hochgerecktes Sturmgewehr AK-47, das die Selbstverpflichtung zum bewaffneten Kampf symbolisiert. Zudem unterhält die „Hizb Allah“ nach wie vor den bewaffneten Arm „Islamischer Widerstand“ („al-Muqawama al-Islamiya“), der zusammen mit dem Sicherheitsdienst der Organisation für militärische Auseinandersetzungen mit Israel und die Durchführung von Anschlägen – insbesondere gegen israelische und jüdische Ziele – verantwortlich gemacht wird.

Vor allem im Jahr 2012 sind auch außerhalb des Nahen Ostens mehrere terroristische Aktionen bekannt geworden (unter anderem Anschlägeplanungen gegen israelische Ziele auf Zypern oder der Bombenanschlag auf einen mit israelischen Touristen besetzten Reisebus in Bulgarien, bei dem acht Israelis starben), bei denen es Hinweise auf eine Urheber-schaft der „Hizb Allah“ gab.



Der militärische Arm der „Hizb Allah“ wurde am 26. Juli 2013 in die EU-Terrorliste aufgenommen. Damit sind verstärkt sanktionierende Maßnahmen wie beispielsweise das Einfrieren und die Beschlagnahme organisationseigener Gelder und anderer finanzieller Vermögenswerte gegen diesen durchsetzbar. Die Entscheidung der europäischen Staaten, die „Hizb Allah“ nicht als Ganzes auf die Terrorliste zu setzen, sollte vor allem dafür sorgen, die politischen Gesprächskanäle für Verhandlungen nicht vollständig zu kappen.

Ideologisch motiviert ist nach wie vor das Bestreben der Organisation, das Existenzrecht Israels infrage zu stellen und zur gewaltsamen Beseitigung des „Judenstaates“ aufzurufen. In ihrem 1985 veröffentlichten „Programm“ bekundete die „Hizb Allah“ darüber hinaus ihre entschiedene Ablehnung aller Verhandlungen mit Israel und mithin aller Versuche, die Konflikte gewaltlos und friedlich zu beenden.

Am 30. November 2009 stellte der Generalsekretär der „Hizb Allah“ Hassan Nasrallah ein neues politisches Strategiepapier vor: das sogenannte Neue Manifest. Mit diesem wird die Wandlung der Organisation von einer rein islamistischen Widerstandsgruppe hin zu einer politisch eigenständig agierenden Partei in der libanesischen Politik dokumentiert. Die Negierung des Existenzrechts Israels, die Ablehnung jedweden Kompromisses und die Befürwortung militärischer Gewalt gegen den jüdischen Staat kommen jedoch auch im „Neuen Manifest“ unmissverständlich zum Ausdruck. Der auch mit terroristischen Mitteln geführte und als „legitimer Widerstand“ bezeichnete Kampf gegen Israel als „unrechtmäßigem Besatzer palästinensischen Bodens“ bleibt damit einer der wesentlichen Schwerpunkte auf der Agenda der „Hizb Allah“:

„Wir sehen in Israel die Vorhut der Vereinigten Staaten in unserer islamischen Welt. Es ist der verhasste Feind, der bekämpft werden muss, bis die Verhassten das bekommen, was sie verdienen. [...] Unsere primäre Annahme in unserem Kampf gegen Israel ist, dass das zionistische Gebilde von seinem Ursprung her aggressiv ist und auf Land erbaut wurde, das ihren [sic] Eigentümern entrissen wurde, auf Kosten der Rechte des muslimischen Volkes. Deshalb wird unser Kampf erst enden, wenn dieses Gebilde ausgelöscht ist. Wir erkennen keinen Vertrag mit ihm an, keinen Waffenstillstand und kein Friedensabkommen [...]“²⁸

(„An Open Letter: The Hisballah Program“)

Im „Neuen Manifest“ der „Hizb Allah“ vom 30. November 2009 heißt es dazu:

„Israel stellt für den Libanon [...] eine ewige Bedrohung und eine reale Gefahr in Hinblick auf seine [Israels] historischen Absichten in der Territorial- und Wasserpolitik dar. Dies gilt besonders in Hinblick auf das Ansehen Libanons als ein Modell der Koexistenz [...], die sich der Ideologie eines rassistischen Staates, wie sie sich im Zionistischen Staat ausdrückt, widersetzt. [...] Die fortwährende israelische Bedrohung zwingen [sic] den Widerstand seine Kapazitäten weiter auszubauen, um die Rolle des Befreiers der besetzten Gebiete weiter erfüllen zu können. Wir weisen kategorisch jeden Kompromiss mit Israel, sowie die Anerkennung seiner Legitimität zurück.“²⁹

Die Verlautbarungen der „Hizb Allah“ verdeutlichen nach wie vor, dass diese als Organisation anzusehen ist, die sich gegen das Gebot der Völkerverständigung richtet. Diese Auffassung bestätigte auch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seinem Urteil vom 16. November 2015. Danach richtet sich die „Hizb Allah“ insgesamt gegen den Gedanken der Völkerverständigung; unabhängig davon, ob sie im Einzelfall als politische, soziale oder terroristische Struktur in Erscheinung tritt. Sie stellt das Existenzrecht des Staates Israel offen in Frage und ruft zu dessen gewaltsamer Beseitigung auf.

Außerhalb des Libanon ist die „Hizb Allah“ nicht einheitlich strukturiert. In Deutschland pflegen die Anhänger den organisatorischen und ideologischen Zusammenhalt meist in örtlichen Moscheevereinen. Die jüngere Anhänger-

28 Englische Übersetzung aus dem arabischen Original durch die IDC Herzliya und das International Institute for Counter-Terrorism (ICT – „Internationales Anti-Terror-Institut“) in Jerusalem Quarterly (1/1/1988).

29 Deutsche Übersetzung beispielsweise in „Enzyklopädie des Islam“ (www.eslam.de).

schaft vernetzt sich inzwischen verstärkt über einschlägige Webseiten oder soziale Netzwerke.

Generell fällt auf, dass die 1.250 (Stand 2023) in Deutschland bekannten „Hizb Allah“-Anhänger kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie Demonstrationen oder Kundgebungen initiieren. Lediglich an der jährlich in Berlin stattfindenden Demonstration anlässlich des „al-Quds-Tages“ nehmen ihre Aktivisten und Sympathisanten in großer Zahl teil. Der „al-Quds-Tag“ wird am letzten Freitag des islamischen Fastenmonats Ramadan begangen. Diesen besonderen Aktionstag hatte Ayatollah Ruhollah Khomeini im Jahr 1979 ausgerufen, um die Muslime weltweit an ihre Pflicht zur „Befreiung“ Jerusalems zu erinnern. Sowohl in den Reden der Veranstalter als auch auf den Transparenten der Demonstranten sind regelmäßig antiisraelische und antizionistische Tendenzen erkennbar (beispielsweise Slogans wie „Kindermörder Israel“, „Zionisten sind Faschisten“ und „Seid ihr alle taub und stumm? – Israel bringt Kinder um!“).

Die Anhänger in Deutschland blieben auch nach der militärischen Eskalation zwischen Israel und der HAMAS, ausgelöst durch den terroristischen Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023, zurückhaltend. Lediglich in den sozialen Medien gab es Aufrufe Einzelner zur Teilnahme an propalästinensischen Kundgebungen.

Die „Hizb Allah“-nahen Moscheevereine in Deutschland finanzieren sich in erster Linie durch Mitgliedsbeiträge und Spendengelder, die vorwiegend im Rahmen religiöser Feierlichkeiten gesammelt werden. Spendensammlungen zur Unterstützung der Mutterorganisation im Libanon erfolgten in der Vergangenheit insbesondere durch den Verein „Farben für Waisenkinder e. V.“ (FfW), der bis Oktober 2014 unter dem Namen „Waisenkinderprojekt Libanon e. V.“ (WKP) auftrat. Auf einer Mitgliederversammlung des WKP im Februar 2014 wurde die Namensänderung in FfW beschlossen, welche mit Wirkung vom 16. Oktober 2014 umgesetzt wurde.

Der WKP wurde mit Verfügung vom 2. April 2014 durch das BMI aufgrund von Verstößen gegen den Gedanken der Völkerverständigung verboten. Der Spendensammelverein hat über einen langen Zeitraum und in beträchtlichem

Umfang die im Libanon ansässige „Shahid-Stiftung“ finanziell unterstützt. Diese ist als Hinterbliebenenversorgung integraler Bestandteil der „Hizb Allah“ und unterstützt wesentlich die gegen Israel gerichteten gewaltsamen Aktivitäten der Organisation.

Durch das Sammeln und Bereitstellen von Spendengeldern für die „Shahid-Stiftung“ hat der FfW zur Sicherung des Lebensunterhalts der Hinterbliebenen, aber auch zur Glorifizierung derjenigen beigetragen, die im Kampf der „Hizb Allah“ gegen Israel als „Märtyrer“ umgekommen sind. Dies wiederum motiviert andere „Hizb Allah“-Kämpfer – vor allem diejenigen, die eine zukünftige Teilnahme am Kampf gegen Israel erwägen.

Nachdem das BMI mit Verfügung vom 26. März 2020 ein Betätigungsverbot gegen die „Hizb Allah“ in Deutschland erlassen hat, folgten mit Verfügung vom 15. April 2021 Vereinsverbote gegen drei als Ersatzorganisationen des WKP geltende Vereine: „Menschen für Menschen e. V.“, „Gib Frieden e. V.“ und „Deutsche Libanesishe Familie e. V.“ (DLF). Für die drei verbotenen Vereine wurde festgestellt, dass sie in einem engen zeitlichen Zusammenhang zu dem Verbot des WKP gegründet worden waren, des Weiteren personelle Verflechtungen zu ihm aufwiesen und nach der Art ihrer Betätigung und Zielsetzung funktional an seine Stelle traten und dadurch als Ersatzorganisationen des WKP zu betrachten sind. Der DLF hatte gegen das Verbot Klage eingereicht, die das BVerwG im Dezember 2022 jedoch als unbegründet zurückgewiesen und die Rechtmäßigkeit des Vereinsverbotes damit bestätigt hat.

„*Harakat al-Muqawama al-Islamiya*“ (HAMAS)

Als Reaktion auf den Ausbruch der ersten „Intifada“ („Aufstand“) der Palästinenser im Dezember 1987 schlossen sich die palästinensischen Anhänger der ursprünglich ägyptischen MB zur HAMAS zusammen. In ihrer Charta von 1988 bekennt sich die Organisation zu dem Ziel, auf dem gesamten Gebiet „Palästinas“ einen islamischen Staat zu errichten – auch durch Führung eines bewaffneten Kampfes. Unter „Palästina“ versteht die HAMAS dabei das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan und umfasst somit auch das Territorium des Staates Israel.



Anfang Mai 2017 hat die HAMAS zudem gegenüber der internationalen Öffentlichkeit ein neues „Dokument allgemeiner Grundsätze und Praktiken“ zur Auslegung der HAMAS-Charta vorgestellt, in dem sie sich hierzu etwas differenzierter äußert: Als nationaler (palästinensischer) Konsens wird in Erwägung gezogen, zunächst einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu akzeptieren. Die HAMAS hält aber ausdrücklich am Anspruch auf „Gesamtpalästina“ sowie am bewaffneten Kampf fest.



Die HAMAS ist ein einheitliches Gebilde, bei dem sich im Wesentlichen drei – in wechselseitigen Beziehungen zueinanderstehende – Strukturen unterscheiden lassen:

- **Politische Struktur:** Der politische Arm ist zugleich für die Gesamtleitung der Organisation verantwortlich.
- **Terroristische Struktur:** Die „Izz-al-Din-al-Qassam-Brigaden“ sind dagegen maßgeblich in terroristische Aktivitäten involviert, insbesondere in Form von Selbstmordanschlägen gegen israelische Ziele.
- **Soziale Struktur:** Vor allem aber aufgrund der Aktivitäten ihres sozialen Bereichs mit seinen karitativen Einrichtungen und Bildungsstätten genießt die Organisation bis heute großen Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung.

Das BVerwG hat in ständiger Rechtsprechung³⁰ festgestellt, dass die Ausrichtung der HAMAS insgesamt gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist; unabhängig davon, ob sie im Einzelfall als politische, terroristische oder soziale Struktur in Erscheinung tritt.

30 Siehe Urteile zum Verbot des „al-Aqsa e. V.“ vom 31. Juli 2002/3. Dezember 2004 und zum Verbot der „Internationalen Humanitären Hilfsorganisation e. V.“ vom 23. Juni 2010/18. April 2012.

Ogleich sie sich als international aktive Organisation versteht, legt die HAMAS den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf das Gebiet des Gazastreifens, über den sie seit 2007 – nachdem die Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde gewaltsam vertrieben worden waren – die alleinige Kontrolle ausübt. Der langjährige Leiter der Organisation Khalid Mash'al wurde als Vorsteher des Politbüros, dem obersten Leitungsgremium der Organisation, im Mai 2017 durch Isma'il Haniya abgelöst.

Die HAMAS, welche faktisch die MB in den palästinensischen Gebieten repräsentiert, hat mit dem Machtverlust dieser im benachbarten Ägypten im Jahr 2013 einen wichtigen Verbündeten verloren. Zudem büßte sie durch ihr Eintreten für die syrische Opposition auch das Wohlwollen ihrer traditionellen Verbündeten Syrien (als ehemaligen Sitz des Hauptquartiers der Organisation) sowie zeitweilig Iran (als wichtigen Finanzier und militärisch-logistischen Unterstützer) ein. Als herausragende staatliche Unterstützer der HAMAS gelten die Türkei und Katar (in denen sich auch diverse Führungsfunktionäre der Organisation aufhalten) sowie (wieder) Iran.

Westliche Staaten wie Deutschland werden von der HAMAS im Allgemeinen als Rückzugsraum betrachtet, in dem sich die Organisation darauf konzentriert, Spendengelder zu sammeln, neue Mitglieder zu gewinnen und ihre Propaganda zu verbreiten. Auch dem Aspekt der verdeckten politischen Lobbyarbeit kommt in Europa zunehmende Bedeutung zu.

Am 7. Oktober 2023 begann die HAMAS einen groß angelegten überraschenden Angriff auf Israel mit zahlreichen Verletzten, Todesopfern und Geiselnahmen. Die Auswirkungen des präzedenzlosen Terrorangriffs und der nachfolgenden israelischen Militärmaßnahmen zeigen sich auch in Europa und Deutschland.

In Deutschland und Europa treten die HAMAS und ihre Anhänger im Regelfall nicht offen auf. Sie nutzen stattdessen unterschiedliche Tarnorganisationen, um ihre Aktivitäten zu verschleiern. Am 2. November 2023 wurde durch das BMI ein Betätigungsverbot gegen die HAMAS in Deutschland ausgesprochen. Die meisten Aktivitäten von HAMAS-Anhängern lassen sich in Berlin und Nordrhein-Westfalen feststellen.

„Türkische Hizbullah“ (TH)

Der Begriff „Türkische Hizbullah“ (TH) wird zur Abgrenzung gegenüber der libanesisch-schiitischen „Hizb Allah“ verwendet. Die Organisation nennt sich selbst „Hizbullah Cemaati“ („Gemeinschaft der Hizbullah“) beziehungsweise „Hizbullah“ (türkisch für „Partei Gottes“).



Die TH entstand 1979 durch den Zusammenschluss kurdischer Gruppierungen sunnitischen Glaubens im Raum Diyarbakır (Türkei). Sie sieht sich als alleinige legitime Vertretung des kurdischen Volkes – im Gegensatz zur PKK³¹, der diese Funktion abgesprochen wird. Ende der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre kam es deshalb immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen TH und PKK sowie zwischen TH und dem türkischen Staat. Der Organisation wird vor diesem Hintergrund eine Vielzahl von Morden, Folterungen und öffentlichen Gewalttaten auch an Journalisten sowie „Abweichlern“ aus den eigenen Reihen zugerechnet.

Seit dem Jahr 2000 gilt die TH in der Türkei als terroristische Vereinigung und wurde durch Exekutivmaßnahmen der türkischen Sicherheitskräfte in den Jahren 1999 und 2000 erheblich geschwächt: So wurden am 17. Januar 2000 bei einem Polizeieinsatz ihr Anführer Hüseyin Velioğlu getötet und zahlreiche Führungskader verhaftet. Viele TH-Aktivisten setzten sich deshalb nach Westeuropa und insbesondere nach Deutschland ab.

2011 wurden in der Türkei zahlreiche TH-Mitglieder aus der Haft entlassen. Einige der Funktionäre, so auch der mittlerweile offizielle Führer der Organisation Edip Gümüş, tauchten daraufhin unter. Die TH versucht in der Türkei seit Jahren, neue und legale Strukturen aufzubauen. So entstand im Jahr 2012 die Partei „Hür Dava Partisi“ (türkisch für „Partei der freien Sache“) die die Abkürzung HÜDA PAR (kurdisch für „Partei Gottes“) verwendet. Das Parteiprogramm der HÜDA PAR weist deutliche Parallelen zur Ideologie der TH auf.



31 „Partiya Karkerên Kurdistan“ („Arbeiterpartei Kurdistans“).

Hauptziele der Organisation sind die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei sowie langfristig die Errichtung eines weltweiten islamistischen Staates auf Grundlage der Scharia. Als religiöses Fundament werden ausschließlich der Koran und die Sunna betrachtet. Entsprechende religiöse Leitlinien sind den Werken des kurdischen Gelehrten Said Nursi (1876–1960) entnommen.

Die Grundprinzipien der TH sind in ihrem mutmaßlich 2004 erschienenen ideologischen Hauptwerk „Die Hizbullah in eigenen Worten“ („Kendi Dilin-den Hizbullah“) dargelegt. Dieses wurde im Jahr 2012 durch ein Manifest („Hizbullah Cemaati’nin Manifestosu“) fortgeschrieben, in dem auch Gümüş als neuer Führer der Organisation benannt wurde. Zu den ideologischen Kernpunkten gehört ein deutlicher Antisemitismus beziehungsweise Antizionismus. Diese Position wird – ebenso wie andere ideologische Kernaussagen – in den der TH zuzurechnenden Publikationen thematisiert.

Die TH vertritt darüber hinaus den Einheitsgedanken für alle islamischen Gruppierungen und strebt auch die Überwindung des sunnitisch-schiitischen Schismas an. Sie hält es für ihre Pflicht, alle Bewegungen zu unterstützen, die sich für eine „Befreiung“ Jerusalems einsetzen. Bei „Angriffen auf den Islam“ sieht sich die TH in der Pflicht zur Gegenwehr; Gewalt wird dabei explizit als legitimes Mittel betrachtet. Was als tatsächlicher „Angriff auf den Islam“ zu werten ist, bestimmt die Organisation jedoch selbst und rechtfertigt so zugleich die fortwährende Anwendung von Gewalt.

Hierzulande wurde besagter Konflikt bislang nicht offen ausgetragen. Die TH nutzt Deutschland vielmehr als personellen und logistischen Aktionsraum. Allerdings zeigen weder die hiesigen etwa 400 Anhänger (Stand 2022) der TH noch der Organisation nahestehende Moscheen und Vereine einen offenen Bezug zur Mutterorganisation. Eine ideologische Nähe lässt sich dennoch durch die thematische Ausgestaltung respektive den Besuch von organisationsbezogenen Veranstaltungen feststellen: So finden beispielsweise Gedenkveranstaltungen anlässlich des Todestages des TH-Gründers ausschließlich im Umfeld der Organisation statt. Entsprechende Veranstaltungen wurden in der Vergangenheit insbesondere in den in Deutschland bedeutendsten TH-nahen Moscheen in Hamburg, Leipzig (Sachsen) und Wiesbaden (Hessen) durchgeführt.

Die TH-Anhänger in Deutschland organisieren sich in lokalen Vereinen in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Zudem haben sich viele ihrer Anhänger grenznah zur Schweiz angesiedelt, denn die „Said-i Nursi Moschee“ in Basel gilt derzeit als Zentrum der TH in Europa. Die Organisation ist außerdem in Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich vertreten. Anlässlich der „Geburt des Propheten“ („Kutlu Doğum“) finden jährlich regionale und überregionale Veranstaltungen statt, zahlreiche davon auch in Deutschland. Mit ihren (öffentlichen) Aktivitäten versucht die TH, neue Mitglieder zu gewinnen, Spenden zu sammeln sowie auf religiöse oder kulturelle Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Auch durch ihre Publikationen schafft sie es in Deutschland wie auch im übrigen Europa, vor allem jugendliche Anhänger an sich zu binden, obwohl diese selbst kaum noch Bezüge zu ihrem „Heimatland“ Türkei aufweisen und großteils in Europa sozialisiert wurden.

„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)

Die HuT („Partei der Befreiung“) wurde im Jahr 1953 von Taqiaddin al-Nabhani (1909–1977) in Jerusalem gegründet. Sein Hauptwerk „Die Lebensordnung des Islam“ („Nizam al-Islam“) bildet bis heute die ideologische Grundlage der Organisation. Demnach regelt der Islam abschließend und unumstößlich alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Belange – einschließlich des alltäglichen Lebens.



Ziel der panislamisch ausgerichteten HuT ist die Vereinigung der Gemeinschaft aller Muslime (Umma) in einem weltweiten Kalifat mit islamischer Rechtsordnung (Scharia). Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar: Säkulare Staatsformen sind aus ihrer Sicht vielmehr abzulehnen und zu bekämpfen.

Die HuT sieht alle Muslime in der Pflicht, sich aktiv für die Wiedererrichtung des Kalifats einzusetzen. Zu diesem Zweck bemüht sich die Organisation insbesondere um die Rekrutierung angehender Akademiker, die perspektivisch in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen platziert werden sollen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird es – nach den Vorstellungen der Partei – deren Aufgabe

sein, die Macht zu übernehmen und das Kalifat zu errichten. Die häufig jungen Sympathisanten der HuT werden dazu in meist wöchentlichen Schulungen an die Lehren des Gründers al-Nabhani herangeführt.

Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ist aus Sicht der HuT erst nach Ausrufung des Kalifats zu dessen Verteidigung und Ausbreitung legitim. Gleichwohl haben als „unterdrückt“ eingeschätzte Muslime in ihren Augen bereits jetzt das Recht auf „Selbstverteidigung“ mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Als Konsequenz aus diesem Denkansatz werden Gewalttaten anderer islamistischer Gruppierungen oftmals gebilligt.

Die HuT ist in Deutschland seit dem Jahr 2003 verboten. Gründe für das Betätigungsverbot waren die Befürwortung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sowie die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Propaganda der Organisation. Die HuT hatte in der Öffentlichkeit und in ihren Publikationen antisemitische, antiisraelische und antiwestliche Positionen eingenommen und dabei auch zum Vernichtungskampf gegen Israel aufgerufen. Das Verbot wurde sowohl vom BVerwG (Januar 2006) als auch vom EGMR (Juni 2012) für rechtmäßig erklärt.

Die HuT kann in Deutschland wegen des Betätigungsverbots keine öffentlichen Aktivitäten entfalten, setzt jedoch im Untergrund weiterhin ihre Agitation und die Rekrutierung neuer Mitglieder fort. Insbesondere jüngere Menschen werden von der Organisation an Schulen, Universitäten und ausgewählten Moscheen im Sinne ihrer extremistischen und integrationsfeindlichen Ideologie angeworben. Eine besondere Gefahr geht von einzelnen HuT-Mitgliedern aus, die nach Indoktrinierung mit islamistischem Gedankengut den Weg in jihadistische Kreise gefunden haben.

Ebenso verbreiten zahlreiche Bewegungen in den sozialen Netzwerken unterschwellig und inkognito Narrative der HuT; einschließlich der Forderung nach einem Kalifat. Eine prominente Rolle nehmen hier vor allem die Gruppierungen „Generation Islam“, „Realität Islam“ und „Muslim Interaktiv“ sowie entsprechende Spiegelkanäle wie „Ummah News“ ein.

„Muslimbruderschaft“ (MB)

Die im Jahr 1928 von Hasan al-Banna (1906–1949) in Ägypten gegründete MB („al-Ikhwan al-Muslimun“) gilt als älteste und zugleich einflussreichste islamistische Bewegung unter Sunniten. Sie ist eigenen Angaben zufolge in mehr als 70 (überwiegend muslimischen) Ländern in unterschiedlicher Ausprägung vertreten. Neben der Weltanschauung ihres Gründers beeinflussen die MB bis heute vor allem die Lehren von Sayyid Qutb (1906–1966). Zahlreiche islamistische Organisationen wie beispielsweise die ägyptischen Gruppierungen „al-Gama’a al-Islamiya“ (GI – „Die Islamische Vereinigung“) und JI sowie die palästinensische HAMAS sind im Laufe der Zeit aus der MB hervorgegangen.



Ursprüngliches Ziel der Organisation war es, die Vorherrschaft der Briten im Königreich Ägypten zurückzudrängen. Sie propagierte dazu die Rückkehr zu den „wahren“ Werten des Islam und kündigte die Schaffung eines „wahrhaft islamischen Staates“ an. Am Ende des Prozesses sollte ein föderales, islamisches Weltreich unter der Führung eines Kalifen stehen. Heute plädiert die MB für die Errichtung eines „bürgerlichen Staates mit islamischen Werten“. In diesem Zusammenhang formulierte die im Jahre 2011 gegründete MB-Partei „Freedom and Justice Party“ (FJP – „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“) die Devise, dass die Scharia als von Gott geschaffene islamische Rechts- und Werteordnung Hauptquelle der Gesetzgebung sein müsse und folglich auf alle Lebensbereiche anzuwenden sei.

Seit den 1970er-Jahren formuliert die MB ausdrücklich den Verzicht auf Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele. Ausgenommen davon ist allerdings der in ihren Augen legitime „Widerstand“ gegen „Besatzer“, worunter die Organisation vor allem Israel versteht. Vor diesem Hintergrund rufen führende Mitglieder der MB regelmäßig dazu auf, „Palästina zu befreien“ und die HAMAS zu unterstützen.

Im Jahr 2013 wurde die MB in Ägypten verboten und als Terrororganisation eingestuft.

Bis heute verbreitet die Bruderschaft ihre Ideologie über ein europaweites Netzwerk von Moscheen, Instituten, Verbänden und Schulen. Neben den nationalen „Islamischen Zentren“ wurden insbesondere auch internationale Einrichtungen geschaffen. Dazu gehört zum Beispiel der 1989 gegründete europäische Dachverband „Council of European Muslims“ (CEM – „Rat der europäischen Muslime“)³² mit Sitz in Brüssel (Belgien), der zahlreiche MB-nahe Verbände vertritt. 1997 wurde außerdem auf Initiative des CEM der „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR – „Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien“) mit Sitz in Dublin (Irland) und Leeds (Großbritannien) gegründet. Langjähriger Vorsitzender war der ägyptische Islamgelehrte Yusuf al-Qaradawi, der die MB zugleich maßgeblich ideologisch beeinflusste. Diese europäischen Einrichtungen haben zumeist keine offen erkennbaren organisatorischen Verbindungen zur Organisation und derartige Kontakte werden in der Regel offiziell dementiert.

„Furkan Gemeinschaft“

Die 1994 von Alparslan Kuytul in der Türkei gegründete „Furkan Stiftung für Bildung und Dienst“ („Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı“)³³ hat ihr Zentrum in der südtürkischen Stadt Adana. In Deutschland firmiert sie unter dem Namen „Furkan Gemeinschaft“ und verfügt über Strukturen in Bayern, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Mit Ausnahme des Ablegers in München sind alle anderen Standorte in Vereinen organisiert (wie zum Beispiel der „Furkan Kultur- und Bildungszentrum e. V.“ in Dortmund). Die „Furkan Gemeinschaft“ ist streng hierarchisch aufgebaut, als alleinige Autorität gilt Kuytul, der nachweislich in Kontakt zur Führungsebene in Deutschland steht.

Die Organisation verfolgt das Ziel, eine „islamische Zivilisation“ zu begründen, die durch das islamische Recht geprägt sein und sich ausschließlich an Koran und Sunna orientieren soll. Demokratie wird grundsätzlich abgelehnt. Aus diesem Grund lehnt die „Furkan Gemeinschaft“ auch eine Teilnahme an Wahlen ab. Darüber hinaus erklärt sie „den Westen“ zum Feindbild und spricht Israel das Existenzrecht ab. Die „Furkan Gemeinschaft“ steht in der Tradition des türkischen Islamismus, die der wahhabitischen Islamauslegung grundsätzlich

32 Ehemals „Federation of Islamic Organizations in Europe“ (FIOE – „Föderation Islamischer Organisationen in Europa“).

33 Dienst ist hier als „Dienst an der Religion“ zu verstehen.

kritisch gegenübersteht. Gleichwohl orientiert sie sich auch an islamistischen Ideologen wie Hasan al-Banna, Sayyid Qutb, Scheich Ahmad Yasin und Abdallah Azzam, die der MB zuzurechnen sind oder dieser nahestanden. Diese Prägung ist wahrscheinlich auf einen längeren Studienaufenthalt Kuytul's in Kairo (Ägypten) zurückzuführen.

In dem von Kuytul formulierten Grundsatzprogramm „Unsere Prinzipien“ sind neben der ideologischen Ausrichtung auch konkrete Vorgaben zur Organisation der „Furkan Stiftung“ enthalten. Basierend auf Kuytul's Islamexegese werden „imân“ („Glaube“), „ibadâd“ („gottesdienstliche Verrichtungen“), „ahlâq“ („Moral“) und „jihâd“ („Anstrengung/Kampf“) als zentrale Punkte ausgewiesen. Zudem enthalten die „Prinzipien“ das Konzept der „Vorreitergeneration“ („Öncü Nesil“): Dabei handelt es sich um eine avantgardistische muslimische Gemeinschaft, die das Ziel der Etablierung einer „islamischen Zivilisation“ („İslam Medeniyeti“) maßgeblich vorantreiben soll. Diese „islamische Zivilisation“ ist durch die Trennung in die Bereiche „haqq“ („Recht“) und „bâtıl“ („Unrecht“) sowie durch die universelle Geltung des „tauhiid“ („Einheit Gottes im Islam“) charakterisiert.

Die Gemeinschaft versucht, ihren Einfluss und ihre Reichweite auszubauen und ihre Kräfte durch eine immer intensivere überregionale Zusammenarbeit zu bündeln. Damit geht erkennbar der Anspruch auf die Deutungshoheit des Islam und deren Proklamation durch Kuytul und die „Furkan Gemeinschaft“ einher.

Schwerpunkte der Organisationsaktivitäten bilden die Verbreitung ihres Islamverständnisses und die Gewinnung neuer Anhänger unter Muslimen jedweder Herkunft. Zur Verbreitung ihrer Ideen nutzt die Mutterorganisation „Furkan Stiftung“ verschiedene Webseiten, Profile und Kanäle in sozialen Netzwerken sowie eine eigene Onlinezeitschrift. Auch die Ableger der deutschen „Furkan Gemeinschaft“ sind in sozialen Netzwerken stark vertreten. Mit Beginn der Coronapandemie im Frühjahr 2020 wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Ableger virtuell intensiviert. In diesem Zusammenhang wurde auch ein neuer Facebook-Account



Im Frühjahr 2020 wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Ableger virtuell intensiviert. In diesem Zusammenhang wurde auch ein neuer Facebook-Account

„Furkan Bewegung“ eingerichtet, der nunmehr als zentrales Sprachrohr aller Gemeinschaften in Deutschland anzusehen ist. Die „Furkan Gemeinschaft“ nutzt das Internet auch, um Stellung zu politisch-gesellschaftlichen Themen zu beziehen, seit November 2020 auch über eigene Podcasts.

„*Millî Görüş*“-Bewegung (MGB)

Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre entstand in der Türkei die MGB. Maßgeblich an ihrer Gründung beteiligt war der türkische Politiker Necmettin Erbakan (1926–2011), der bis heute vor allem als Ideengeber der ideologisch-religiösen Ausrichtung der Bewegung verehrt wird.

Die Schlüsselbegriffe seines politischen Denkens sind „Millî Görüş“ („Nationale Sicht“) und „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“). „Gerecht“ ist für Erbakan eine Ordnung, die sich auf „göttliche Offenbarung“ gründet, „nichtig“ hingegen jene, die „willkürlich“ von Menschen entworfen wird. Zur zweiten Kategorie wird demzufolge auch die als „dominierend“ empfundene westliche Zivilisation gerechnet – eine nach Erbakan auf Gewalt, Unrecht und Ausbeutung der Schwachen basierende Ordnung. Dieses System müsse tendenziell durch eine „gerechte Ordnung“ ersetzt werden, die sich ausschließlich an islamischen Grundsätzen orientiert. Da alle Muslime eingeladen sind, an der Verwirklichung dieser neuen Ordnung mitzuwirken, müssen sie hierzu zunächst eine ganz bestimmte persönliche Haltung einnehmen: Sie sollen die Welt fortan unter einem speziellen Blickwinkel („Görüş“) betrachten, nämlich einem national-religiösen („Millî“) – eben einem „Millî Görüş“.

Als zentrale Ziele propagierte Erbakan

- die Schaffung einer „neuen großen Türkei“ in Anlehnung an das Osmanische Reich,
- die Überwindung des Laizismus sowie
- die Errichtung einer „islamischen Gesellschaftsordnung“ – letztlich mit globalem Anspruch.

In der Konsequenz dieser Sichtweise werden westliche Demokratien abgelehnt. Vertreter der MGB prangern regelmäßig Kapitalismus, Imperialismus, Zionismus und Rassismus als ursächliche „Grundübel“ für die derzeit herrschende „ungerechte Weltordnung“ an.

Grundsätzlich lehnt die MGB Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Dem folgend gründete Erbakan mehrere politische Parteien: Im Jahr 1970 zunächst die „Millî Nizam Partisi“ (MNP – „Nationale Ordnungspartei“), die jedoch bereits 1971 durch das türkische Verfassungsgericht verboten wurde. 1972 folgte die „Millî Selamet Partisi“ (MSP – „Nationale Heilspartei“), die 1980 nach dem Militärputsch im Zuge des allgemeinen Parteienverbots aufgelöst wurde. Darauf folgten 1983 die „Refah Partisi“ (RP – „Wohlfahrtspartei“), die 1998 ihre Arbeit einstellen musste, und 1997 schließlich die „Fazilet Partisi“ (FP – „Tugendpartei“), die im Jahr 2001 mit einem Verbot belegt wurde. Seitdem fungiert die „Saadet Partisi“ (SP – „Partei der Glückseligkeit“) als politische Repräsentantin der MGB in der Türkei.



Neben der SP sind der Bewegung in der Türkei eine Fülle von weiteren größeren und kleineren Organisationen, Einrichtungen und Institutionen zuzuordnen. Die wichtigsten sind:

- die Tageszeitung „Millî Gazete“ (das Sprachrohr der Bewegung),
- der Fernsehsender „TV 5“,
- die Jugendorganisation „Anadolu Gençlik Derneği“ (AGD – „Verein der Anatolischen Jugend“),
- das „Zentrum für wirtschaftliche und soziale Studien“ („Ekonomik ve Sosyal Araştırmalar Merkezi“ – ESAM) sowie
- seit 2013 die „Erbakan Vakfı“ („Erbakan-Stiftung“).

In Deutschland wurde die MGB bis zum Jahr 2012 im Wesentlichen von den Anhängern der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e. V.“ (IGMG) sowie durch die Zeitung „Millî Gazete“ repräsentiert. Inzwischen existieren auf deutschem Boden einige weitere der „Millî Görüş“-Ideologie verbundene Organisationen. Die IGMG hat dadurch mittlerweile ihren singulären Charakter als Repräsentantin der in Europa lebenden Anhänger Erbakans verloren und wird seither nur noch als Teil der MGB betrachtet.

Die Bewegung besteht nunmehr sowohl in der Türkei als auch in Deutschland aus mehreren Bestrebungen, die im Wesentlichen von einer gemeinsamen ideologisch-religiösen Ausrichtung und der ideellen Bindung an die Person Erbakan zusammengehalten werden. Obgleich alle Vereinigungen selbstständig und unabhängig voneinander agieren, ist die „Millî Görüş“-Ideologie ihr verbindendes Element – wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung.

Der MGB zuzuordnende Organisationen

„İsmail Ağa Cemaati“ (IAC)

Die IAC („İsmail-Ağa-Gemeinde“) ist der weitverzweigten mystischen Bruderschaft der Naqshbandiya zuzuordnen. Sie wurde nach der aus dem 18. Jahrhundert stammenden İsmail Ağa-Moschee im stark religiös geprägten Istanbuler Stadtteil Fatih (Türkei) benannt. Dort wirkte lange Zeit auch das bisherige spirituelle Oberhaupt der IAC, Scheich Mahmud Ustaosmanoğlu, der im Juni 2022 verstarb. Sein Nachfolger ist laut Bekanntmachung der IAC der langjährige IAC-Hoca³⁴ Hasan Kılıç.

Die IAC gilt allgemein als einer der radikaleren Zweige der Naqshbandiya. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Einführung eines weltweiten Gesellschafts-systems, das sich an den Vorgaben der Scharia als der von Gott gesetzten, verbindlichen Ordnung für das menschliche Miteinander orientiert. Eine Gesellschaftsordnung, die auf nicht göttlichen Regeln und Gesetzen beruht,

wird von ihr als „unislamisch“ angesehen. Damit wird auch jeglicher Dialog zwischen den Religionen abgelehnt.

Sowohl Ustaosmanoğlu als auch Necmettin Erbakan, der 2011 verstorbene Begründer der MGB, hatten ihre spirituellen Wurzeln im Naqshbandiya-Orden. Geprägt wurden beide durch Mehmet Zahid Kotku (1897–1980), eine der wichtigsten und einflussreichsten Persönlichkeiten der Naqshbandiya. Die Anbindung der IAC an die MGB geht darauf zurück, dass Kotku seine beiden Schüler Ustaosmanoğlu und Erbakan ausgewählt und mit unterschiedlichen Aufgaben zur Erreichung der gesetzten Ziele betraut haben soll. Während Ustaosmanoğlu mit der spirituellen Führung der Anhänger beauftragt worden sein soll, habe Erbakan die Aufgabe der politischen Führung erhalten.

Bis zu seiner Ausweisung in die Türkei im Oktober 2015 prägte der Imam Nusret Çayır die IAC in Deutschland unmittelbar. Seit seiner Ausreise übt Çayır seinen Einfluss in Deutschland mithilfe von Liveübertragungen seiner Predigten via Internet aus. In diesen predigt er immer wieder, dass ausschließlich die MGB den wahren Islam lebe und die SP die einzige Partei sei, welche die Interessen der MGB vertrete.

„Deutschlandvertretung der ‚Saadet Partisi‘ (SP)“

Die SP (seit 2001 die politische Vertretung der MGB in der Türkei) hat 2013 damit begonnen, Strukturen auch außerhalb der Türkei aufzubauen. Die „Deutschlandvertretung der SP“ wurde im Jahr 2013 gegründet und hat ihre rechtliche und offizielle Form in dem im Januar 2015 gegründeten Verein „Saadet Deutschland e. V.“ gefunden. Ende 2017 benannte sich der Verein in „SAADET Europa e. V.“ um.



Erklärtes Ziel der Auslandsvertretungen ist zum einen die Verbreitung der „Millî Görüş“-Ideologie, zum anderen die Unterstützung der Mutterpartei beispielsweise bei Wahlen in der Türkei. Aktueller Vorsitzender des „SAADET Europa e. V.“ ist der ehemalige IGMG-Funktionär Abdussamet Temel.

„Europavertretung der Erbakan-Stiftung“

Die „Erbakan Vakfı“ („Erbakan-Stiftung“) wurde im Juni 2013 in der Türkei ins Leben gerufen. An der Gründung war maßgeblich Fatih Erbakan, der Sohn Necmettin Erbakans und zugleich Vorsitzender der Stiftung, beteiligt. Die Stiftung verfolgt das Ziel, die Ideen Necmettin Erbakans wiederzubeleben, die MGB wieder enger auf diese Ideen zu verpflichten und sie damit insgesamt aufs Neue zu stärken.



Am 24. November 2013 fand in Solingen (Nordrhein-Westfalen) unter Teilnahme von Fatih Erbakan die offizielle Gründungsveranstaltung der „Europavertretung der Erbakan-Stiftung“ („Erbakan Vakfı Avrupa Temsilciliği“) statt. Europavorsitzender der „Erbakan-Stiftung“ ist aktuell Halit Erdemir, als Deutschlandvertreter der „Erbakan-Stiftung“ firmiert Sedat Köse.

„Millî Gazete“

Als Sprachrohr der MGB bildet die formal unabhängige türkische Tageszeitung „Millî Gazete“ ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Komponenten der Bewegung und trägt damit zur Verfestigung der ideologischen Positionen bei. Repräsentanten der MGB aus ganz unterschiedlichen Bereichen stellen deshalb auch regelmäßig die Bedeutung der Publikation besonders heraus.



Das Lesen der „Millî Gazete“ wird für „Millî Görüş“-Anhänger stets zur Pflicht, ja sogar zu einer Art „religiösem Dienst“ erhoben. In Deutschland ist die Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ im Abonnement und seit 2022 auch in Form einer Onlineausgabe erhältlich.

„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ (IGMG)

Die IGMG hat sich 1985 in Köln (Nordrhein-Westfalen) zunächst als „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e. V.“ („Avrupa Millî Görüş Teşkilatı“ – AMGT) etabliert. Im Jahr 1995 entstanden aus der AMGT dann zwei unabhängige juristische Personen:



- die IGMG für den religiösen, sozialen und politischen Aufgabenbereich und
- die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.“ (EMUG) für die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes der IGMG.

Die IGMG wird seit Mai 2011 von Kemal Ergün geleitet und gilt als die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland – wobei allerdings nicht alle (und mittlerweile tendenziell weniger) Mitglieder eine extremistische Zielsetzung vertreten. Deutschlandweit ist ein (regional in unterschiedlicher Intensität) schwächer werdender Extremismusbezug der Organisation festzustellen. In weiten Teilen der IGMG wird jedoch weiterhin Necmettin Erbakan als Begründer und geistiger Führer der MGB verehrt.



Einen Schwerpunkt der IGMG-Aktivitäten stellt der Bildungsbereich dar. Ziele ihrer Jugend- und Bildungsarbeit bleiben dabei weiterhin die Bewusstseinsbildung und Herausbildung einer islamischen Identität, die Heranführung von Nachwuchskräften

an die Organisation, der weitere Ausbau von Bildungseinrichtungen sowie die Aus- und Fortbildung von Imamen. Zwar versteht sich die IGMG vorrangig als religiöse Organisation, betont aber stets, auch einen politischen Anspruch zu haben, und sich „im Geiste der Umma“ für das Wohl der gesamten Menschheit zu engagieren. In diesem Sinne nimmt sie auch regelmäßig Stellung zu unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Themen. Darüber hinaus vertritt die IGMG den Anspruch, als Ansprechpartnerin gegenüber Politik und Gesellschaft für alle Muslime betreffenden Themen zu fungieren, sich für die Rechte der Muslime einzusetzen und sie aktiv zu repräsentieren.

„Kalifatsstaat“

Der „Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“), auch unter der Bezeichnung „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.“ („Islami Cemaatleri ve Cemiyetleri Birliği“ – ICCB) bekannt, wurde von Cemaleddin Kaplan (1926–1995) in den 1980er-Jahren in Köln (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Nach dessen Tod 1995 wurde der „Kalifatsstaat“ durch seinen Sohn Metin Kaplan, der sich selbst zum „Kalifen“ ernannt hat, bis zum Verbot 2001/2002 weitergeführt. Der „Kalifatsstaat“ versteht sich als Wiederbelebung des durch Kemal Atatürk im Jahre 1924 in der Türkei abgeschafften Kalifats.

Das Ziel des „Kalifatsstaats“ und seiner Teilorganisationen ist die Errichtung eines islamisch geprägten Staates (wobei Staat und Religion eine untrennbare Einheit bilden). Dieser „Kalifatsstaat“ soll zunächst auf dem Gebiet der Türkei, später weltumspannend für alle Länder realisiert werden. Als „rechtliche“ Grundlage für die angestrebte staatliche Ordnung werden ausschließlich der Koran und die Sunna (und damit auch die Scharia) anerkannt, womit die strikte Ablehnung demokratischer Wertvorstellungen einhergeht.

Der „Kalifatsstaat“ war hierarchisch aufgebaut und in Deutschland in verschiedene Gebiete („Bölge“) gegliedert, an deren Spitze jeweils ein „Gebietsemir“ stand. Die Gebiete stimmten meist mit den Grenzen der Bundesländer überein, wobei Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz den Schwerpunkt bildeten.

Der „Kalifatsstaat“ verfügte nach eigener Darstellung vor seinem Verbot über ausgeprägte Verbandsstrukturen wie zum Beispiel ein „Generalpräsidium“ mit verschiedenen „Abteilungen“, einen „General-“ und einen „Beraterstab“ sowie einen „Nachrichtendienst“ und eine „Zentrale“. Die Verbreitung der Ideologie und die Finanzierung der Strukturen basierten auf der wöchentlich erschienenen verbandseigenen Zeitung „ÜMMET-I-MUHAMMED“, den mehrmals im Jahr abgehaltenen Veranstaltungen, dem eigens betriebenen TV-Sender HAKK-TV, eigenen Webseiten sowie einer Buchhandlung, einer Lebensmittelkette und Spenden.

In den Jahren 2001/2002 wurde der „Kalifatsstaat“ einschließlich seiner 36 Teilorganisationen verboten und aufgelöst. Das BMI stellte fest, dass sich die Vereinigung gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtete und außerdem die innere Sicherheit sowie sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdete. Grundlage dafür war, dass der „Kalifatsstaat“ eine kämpferisch-aggressive Haltung an den Tag legte und Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung der Verbandsziele propagierte. Als Mittel zur Wiederbelebung des „Kalifatsstaats“ wurde ab Mitte der 1990er-Jahre der Jihad beziehungsweise der „Befreiungskampf“ durch die „Soldaten und Generalstabsmitglieder des Kalifatsstaats“ erwähnt. Ab Mai 1998 forderte der „Kalifatsstaat“ die Teilnahme am Jihad für jeden Muslim als verbindliche Pflicht. Zudem wurde dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen und Juden wurden in volksverhetzender Weise als Hauptfeinde des Islam diffamiert.

Nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“ sowie der Abschiebung seines Anführers Metin Kaplan und seiner folgenden Inhaftierung in der Türkei im Jahr 2004 wurden die Reststrukturen der Organisation anfangs von dort aus geleitet. In der Folge spaltete sich die Anhängerschaft zunächst in zwei Fraktionen entlang der Frage der Loyalität zu Metin Kaplan, eine dritte Fraktion hat sich im südwestdeutschen Raum entwickelt. Im Internet und in sozialen Netzwerken finden sich eine Reihe von Aktivitäten sowie die jährliche Publikation eines Kalenders, die zur Verbreitung der Ideologie beitragen. In der Vergangenheit fanden außerdem deutschlandweit verschiedene ideologisch geprägte Veranstaltungen von „Kalifatsstaats“-Anhängern statt.



Neue Orientierung finden jüngere Anhänger vermehrt in salafistischen oder zum Teil jihadistischen Ideologien, deren Personenkreis zeitgemäßer und dynamischer agiert und sich insgesamt eher mit der Alltagswelt junger Migranten in Deutschland auseinandersetzt. Die Hinwendung einiger „Kalifatsstaats“-Anhänger zu salafistischen Strömungen geht jedoch nicht zwangsweise mit einer Abwendung von diesem einher. Vielmehr scheint kein Widerspruch zur anerzogenen „Kalifatsstaats“-Ideologie als religiöser Basis zu bestehen, da diese vielgestaltige Anschlusspunkte an den Salafismus bietet. Insbesondere

die Ideologie der „Kalifatsstaats“-nahen Gruppe „Im Auftrag des Islam“ ist für junge Anhänger attraktiv.

„*Hezb-e Islami Gulbuddin*“ (HIG)/„*Hezb-e Islami-ye Afghanistan*“ (HIA)

Die sunnitische HIG/HIA („Islamische Partei Gulbuddins“/„Islamische Partei Afghanistans“) ist eine der ältesten islamistischen Gruppierungen Afghanistans. Mitte der 1970er-Jahre aus dem militanten Zweig der afghanischen Studentenbewegung „Sāzmān-e Jawānān-e Musulmān“ („Muslimische Jugend“) hervorgegangen, war die Organisation von Beginn an auf die gewaltsame Erlangung von Macht und die Errichtung einer sich der Scharia unterordnenden Gesellschaft ausgerichtet. Gulbuddin Hekmatyar leitet die streng hierarchisch aufgebaute Organisation von Beginn an bis heute.

Im Kampf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen (1979–1989) wurde sie eine der militärisch erfolgreichsten und am meisten vom Ausland unterstützten Mujahidin-Gruppierungen. Hekmatyar erlangte in dieser Zeit hohes Ansehen bei Teilen der afghanischen Bevölkerung, das bis in die heutige Zeit Bestand hat. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen beteiligte sich die HIG/HIA 1992 kurzzeitig an der Übergangsregierung von Burhanuddin Rabbani; ethnische Streitigkeiten führten jedoch zum Bruch. Hekmatyar war 1993 und 1996 jeweils kurzzeitig afghanischer Premierminister.

Im einsetzenden Bürgerkrieg beteiligte sich die HIG/HIA immer wieder an blutigen Kämpfen um die Macht in Afghanistan, insbesondere in Konkurrenz mit den erstarkenden „Taleban“. Das wahllose Bombardement von Stadtvierteln in Kabul durch die HIG/HIA brachte Hekmatyar den Beinamen „Schlächter von Kabul“ ein. Während der darauffolgenden ersten Regierungszeit der „Taleban“ 1996 leitete Hekmatyar die Organisation aus dem Exil und später aus dem afghanischen Untergrund. Viele seiner Anhänger suchten seit Mitte der 1990er-Jahre in Europa Zuflucht. Besonders in Hamburg und Frankfurt am Main (Hessen) bildete sich jeweils eine größere afghanische Diaspora, in deren Mitte sich die Anhänger der HIG/HIA zurückziehen und reorganisieren konnten.

Nach dem Einmarsch der USA in Afghanistan und dem darauffolgenden Sieg der Nordallianz über die „Taleban“ definierte Hekmatyar die USA, deren Ver-

bündete sowie die afghanische Regierung unter Hamid Karzai als Feindbilder der HIG/HIA. Ab 2002 rief er offen zum Jihad gegen die USA und die ausländischen Truppen auf. In den Folgejahren machte die Organisation immer wieder durch Terrorakte auf sich aufmerksam, bei denen Angehörige der ISAF (International Security Assistance Force – „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe“) im Fokus standen.



In der darauffolgenden Zeit gelang es den gemäßigten Mitgliedern der HIG/HIA, sich innerhalb Afghanistans politisch zu etablieren. Hekmatyar übte im Zuge dessen beständig Kritik an der afghanischen Regierung und forderte vehement den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Land.

Mit Erstarken der „Taleban“ kam es ab 2020 auch zu einer Annäherung der HIG/HIA an diese. Ideologisch hatte es zwischen den beiden Organisationen schon vorher Überschneidungen in den Zielsetzungen gegeben, wie beispielsweise die Forderung nach einem Staatswesen, das allein die Scharia als Grundlage hat. Im März 2021 stellte Hekmatyar der afghanischen Regierung ein 10-Tage-Ultimatum zum Rücktritt und drohte mit militärischen Konsequenzen. Seine Forderungen unterstrich die HIG/HIA mit Massenkundgebungen zum Teil bewaffneter Anhänger in mehreren afghanischen Städten.

Mit der Eroberung Kabuls und somit dem Sieg der „Taleban“ im August 2021 wurden mit Ausnahme der HIG/HIA alle politischen Parteien und Organisationen in Afghanistan verboten und aufgelöst. Sie besteht als einzige Organisation ohne Machtbefugnisse weiter.

In Deutschland leben die Anhänger der HIG/HIA heute vor allem in den Ballungsräumen Hamburg, Frankfurt am Main (Hessen) und München (Bayern). Durch die Einbeziehung sozialer Plattformen und Medien ist es der Organisation in den letzten Jahren gelungen, sich einen moderneren Anstrich zu geben und damit auch jüngere Mitglieder zu werben. Mit Spendensammlungen in den deutschen Vereinen und Moscheen werden auch Strukturen der HIG/HIA in Afghanistan unterstützt.

Auslandsbezogener Extremismus

Das Spektrum des auslandsbezogenen Extremismus in Deutschland gestaltet sich sehr heterogen. Es umfasst derzeit **rechts- und linksextremistische sowie separatistische Bestrebungen aus verschiedenen Ländern Europas, Asiens und Afrikas**. Viele der hierzulande auftretenden extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug agieren in ihren Heimat- beziehungsweise Herkunftsländern mit Gewalt und begehen dort auch terroristische Anschläge gegen den jeweiligen Staat und dessen Sicherheitskräfte. Bei diesen Angriffen werden immer wieder auch Zivilistinnen und Zivilisten verletzt oder getötet. Dagegen betrachten sie **Deutschland generell als Ruhe- und Rückzugsraum**, von dem aus der bewaffnete Kampf in der Heimat **propagandistisch** sowie durch den **Nachschub von Geld, Material oder neu rekrutierten Freiwilligen** unterstützt wird.

Auch wenn dieser scheinbar sichere Raum seitens der jeweiligen Organisationen nicht gefährdet werden soll, kommt es auch in Deutschland zu Straf- und Gewalttaten aus dem Spektrum des auslandsbezogenen Extremismus. Diese reichen von versammlungstypischen Straftaten wie dem Zeigen verbotener Symbolik und Widerstand gegen Polizeikräfte über Sachbeschädigungen an (halb-)staatlichen Einrichtungen der Herkunftsländer bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Angriffen beim Aufeinandertreffen mit politischen Gegnern. Zudem tauchen immer wieder antisemitische Hassparolen auf oder es werden diesbezügliche Straftaten verübt, vor allem aus dem türkischen Rechtsextremismus und dem Spektrum säkularer palästinensischer Extremisten.

Personenpotenzial und Ideologie

In Deutschland lebten im Jahr 2022 rund 23,8 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund im weiteren Sinne, davon haben 11,6 Millionen Menschen eine ausländische Staatsbürgerschaft.³⁵ Extremistischen Organisationen oder Gruppierungen mit Auslandsbezug werden knapp 30.000 Personen zugerechnet, von denen etwas über fünf Prozent ausschließlich die deutsche

35 Quelle: Statistisches Bundesamt, in: www.destatis.de (abgerufen am 17.01.2024).

Staatsangehörigkeit besitzen. Mit 14.500 Anhängern (Stand 2022) ist die PKK in Deutschland die größte extremistische Organisation mit Auslandsbezug.

Organisationen oder Gruppierungen im auslandsbezogenen Extremismus sind zumeist in ihren jeweiligen Heimatländern aus politischen, sozialen oder ethnischen Konflikten heraus entstanden. Im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus finden sich insbesondere Ideologeelemente aus dem Rechts- und Linksextremismus; viele der Organisationen verfolgen darüber hinaus auch separatistische Ziele. Es handelt sich dabei also nicht um ein einheitliches, tendenziell bündnisfähiges Spektrum, sondern um Organisationen mit teils völlig unterschiedlichen Zielsetzungen, die nur fall- und anlassbezogen untereinander oder mit deutschen extremistischen Gruppierungen zusammenarbeiten.

Bei einigen extremistischen auslandsbezogenen Gruppierungen ist die ursprüngliche sozialistische oder kommunistische Ausrichtung mit der Zeit eher in den Hintergrund getreten. Im Vordergrund stehen mittlerweile stattdessen Forderungen zugunsten bestimmter Volksgruppen. Zu diesen Gruppierungen zählt beispielsweise die PKK, die eine größere politische und kulturelle Eigenständigkeit der Kurden in ihren jeweiligen Heimatländern (vor allem aber in der Türkei) anstrebt und hierfür mit ihren Guerillaeinheiten immer wieder Anschläge gegen türkische Sicherheitskräfte durchführt.

Die Ursprünge der linksextremistischen türkischen Gruppierungen lassen sich im Wesentlichen auf die in den 1960er- und 1970er-Jahren in der Türkei aufgekommenen Spielarten des Marxismus-Leninismus, zuweilen auch des Maoismus, zurückführen. Anhänger türkischer linksextremistischer Organisationen propagieren offen den bewaffneten Kampf in ihrem Heimatland und wollen in der Türkei eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Gesellschaftsordnung errichten.

Rechtsextremistische Organisationen mit Auslandsbezug sind nationalistisch geprägt und messen damit der eigenen Volksgruppe einen höheren Stellenwert als anderen Ethnien bei. Das Menschenbild solcher Gruppierungen ist demgemäß stark von rassistischem Gedankengut beeinflusst. Zu diesem Spektrum gehört vor allem die rechtsextremistische türkische „Ülkücü“-Bewegung

(„Idealisten“-Bewegung), die in Deutschland auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ („Bozkurtlar“) bekannt ist.

Ziel separatistischer Organisationen ist es entweder, einen Teil des Staatsgebietes ihrer Heimatländer abzutrennen, um einen neuen eigenständigen Staat zu schaffen, oder auf dem Gebiet eines bereits existierenden Staates einen neuen zu gründen. Dabei agieren sie zur Erreichung ihrer Ziele in den jeweiligen Heimatländern auch terroristisch. Zu diesem Spektrum zählen beispielsweise die PFLP („Popular Front for the Liberation of Palestine“ – „Volksfront für die Befreiung Palästinas“) sowie extremistische Gruppierungen, die der indischen Glaubensgemeinschaft der Sikhs angehören.

Gewaltorientierung

Die meisten der in Deutschland vertretenen Organisationen des auslandsbezogenen Extremismus akzeptieren und praktizieren Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Anhänger linksextremistischer türkischer Gruppierungen befürworten beispielsweise ganz offen die terroristischen Aktionen ihrer Organisationen in der Türkei, um das ihnen verhasste dortige System zu überwinden.

Die PKK hält als Organisation nach wie vor an ihrem Gewaltverzicht für Westeuropa und damit auch für Deutschland fest. Dennoch kann es auch in Deutschland zu Straf- und Gewalttaten einzelner – vor allem jugendlicher – Anhänger kommen, die sich insbesondere gegen den politischen Gegner richten. In der Türkei liefern sich die Guerillaeinheiten der PKK regelmäßig bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und dem Militär. Nach der beiderseitigen Aufkündigung des „Friedensprozesses“ zwischen der PKK und dem türkischen Staat im Sommer 2015 war dieser Konflikt erneut aufgeflammt.

Ereignisse in der Heimatregion wie zum Beispiel türkische Militäroperationen in von Kurden besiedelten Gebieten gegen die PKK emotionalisieren deren Anhängerschaft auch in Deutschland sehr stark. In der Folge nehmen hierzulande die Spannungen zwischen nationalistischen, rechtsextremistischen Türken auf der einen und kurdischstämmigen Personen (vor allem PKK-Anhängern) auf der anderen Seite zu. In diesem Zusammenhang kann es im Kontext von



Demonstrationen beim Aufeinandertreffen von Anhängern beider Lager durchaus zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen, oft ausgelöst durch wechselseitige Provokationen. Eine Eskalation kann meist nur durch eine starke Polizeipräsenz verhindert werden.

Agitationsmethoden und Aktionsfelder

Politik, Strategie und Aktionen nicht islamistischer extremistischer Ausländerorganisationen in Deutschland werden in der Regel ganz entscheidend von aktuellen Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern (und den dortigen zentralen Organisationseinheiten) bestimmt. Extremistische Organisationen mit Auslandsbezug und deren Mitglieder sind hierzulande in der Regel lediglich die Empfänger politisch-strategischer Richtlinien ihrer Hauptorganisationen. Sie sind jedoch grundsätzlich bereit, diese Richtlinien konsequent in die Tat umzusetzen.

In ihrer Agitation nehmen sie deshalb überwiegend Bezug auf Vorkommnisse in ihren Heimatländern, äußern sich aber auch zu Ereignissen oder vermeintlichen Missständen in Deutschland. Nicht selten sehen sie sich zudem als Interessenvertretungen von Migrierten beziehungsweise einer migrantischen „Arbeiterklasse“.

Hauptziel aller in Deutschland vertretenen Organisationsteile auslandsbezogener extremistischer Gruppierungen ist es, ihre Mutterorganisationen in den Heimatländern zu unterstützen. So werden zum Beispiel Großveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen häufig für propagandistische Zwecke genutzt – nebenbei dienen sie aber auch der Werbung neuer Anhänger, vor allem bei Großveranstaltungen mit Festivalcharakter.



Darstellung ausgewählter Beobachtungsobjekte

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Die PKK ist mit rund 14.500 Anhängern die mitgliederstärkste und bedeutendste Kurdenorganisation in Deutschland. Als solche propagiert sie für sich einen Alleinvertretungsanspruch für die politischen und gesellschaftlichen



Anliegen aller Kurdinnen und Kurden. Zentrale Forderungen der PKK sind die Anerkennung der kurdischen Identität sowie unter Aufrechterhaltung nationaler Grenzen eine politische und kulturelle Autonomie der Kurden in ihren Siedlungsgebieten in Nordirak, aber vor allem in der Türkei und verstärkt auch in Nordsyrien. Daneben konzentrieren sich die politischen Forderungen der PKK auf die Freilassung ihres seit 1999 inhaftierten Gründers Abdullah Öcalan beziehungsweise auf die Verbesserung seiner Haftbedingungen.



Ein wesentlicher Schwerpunkt der PKK-Aktivitäten in Deutschland ist die logistische und finanzielle Unterstützung der Gesamtorganisation. Diesem Zweck dienen Spendenkampagnen und Großveranstaltungen, die auch zur Gewinnung weiterer Anhänger für die Parteiarbeit und den aktiven Guerillakampf dienen. Eine wesentliche Forderung der PKK-Anhänger in Deutschland

ist die Aufhebung des im Jahr 1993 gegen die Organisation verfügten Betätigungsverbots.

Mit der Verbotsverfügung des BMI vom 22. November 1993 wurden der PKK und deren Teilorganisationen eine Betätigung in Deutschland untersagt. Das Verbot bezieht sich auch auf alle späteren Umbenennungen:

- „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“
(„Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê“ – KADEK)
- „Volkskongress Kurdistans“ („Kongra Gelê Kurdistan“ – KONGRA GEL)

- „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“
(„Koma Komalên Kurdistan“ – KKK)
- „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ („Koma Civakên Kurdistan“ – KCK)

Historische Entwicklung der PKK

Die PKK ging aus einer 1974 entstandenen Gruppe um Abdullah Öcalan und Mazlum Doğan hervor. Öcalan und einige seiner Vertrauten verabschiedeten auf dem PKK-Gründungskongress 1978 ein von marxistisch-leninistischen sowie nationalen Grundsätzen geprägtes Manifest, in dem die PKK als revolutionäre Partei des Proletariats und der Bauern dargestellt wurde.



Heutzutage werden Attraktivität und Erfolg der PKK hauptsächlich durch Elemente getragen, die vom Islam, diversen Stammes- und Clanstrukturen sowie strengen Wert-, Moral- und Ehrvorstellungen abgeleitet sind. Im Laufe der Zeit rückte die PKK auch von der Rhetorik des dogmatischen Marxismus und der Forderung nach einem Klassenkampf ab.

Die Organisation bekannte sich schon früh und ausdrücklich zu „revolutionärer Gewalt“. Bereits in ihrem ersten Manifest rief die PKK dazu auf, „Kurdistan vom imperialistischen und kolonialistischen System zu befreien und in einem einheitlichen Kurdistan eine demokratische Volksdiktatur zu gründen“. Damit war der sogenannte nationale Befreiungskampf für eine universale klassenlose Gesellschaft in einem unabhängigen, sozialistischen Kurdistan erklärtes Ziel der PKK. Hauptgegner waren und sind der türkische Staat sowie dessen kurdische „feudale Kollaborateure“.



Zur Durchsetzung dieser Ziele rief Öcalan 1984 zum bewaffneten Kampf auf. Am 15. August 1984 begann der militärische Arm der PKK im Südosten der Türkei einen Guerillakrieg, um die Vision eines unabhängigen Kurdenstaates gewaltsam umzusetzen. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen mit

anderen kurdischen beziehungsweise linksgerichteten Organisationen und kurdischen Landbesitzern.



Seitdem wird dieser Kampf mittels Guerillaverbänden gewaltsam geführt; in der Türkei insbesondere durch die „Volksverteidigungskräfte“ („Hêzên Parastina Gel“ – HPG) und deren „Frauenverteidigungskräfte“ („Hêzên Parastina Jin“ – HPJ). Trotz seiner Verhaftung 1999 wird der seitdem in der Türkei inhaftierte Öcalan von PKK-Anhängern unverändert als unumstrittene Führungs- und Symbolfigur verehrt.

Nach mehreren gewaltsamen Aktionswellen in Deutschland erließ das BMI am 22. November 1993 für die PKK ein Betätigungsverbot im Bundesgebiet. Die Aufhebung ihres Betätigungsverbots steht weiterhin im Vordergrund der Lobbyarbeit der PKK in Deutschland. Von der EU ist die PKK seit 2002 als Terrororganisation gelistet.

In Europa bemüht sich die PKK seit Jahren um ein weitestgehend gewaltfreies Erscheinungsbild. Die anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen in der Heimatregion haben jedoch nach wie vor eine hohe Emotionalisierung der Anhängerschaft auch in Deutschland zur Folge. Bei Veranstaltungen und Kundgebungen kommt es daher immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei oder türkischen Nationalisten beziehungsweise Rechtsextremisten. Auslöser sind häufig das Verwenden verbotener Kennzeichen oder wechselseitige Provokationen zwischen den politischen Gegnern.

Organisatorische Gliederung der PKK in Deutschland

Hinsichtlich der PKK-Organisationsstruktur ist das Bundesgebiet in vier Sektoren („Saha“)³⁶ eingeteilt. Diese gliedern sich wiederum in neun Regionen („Eyalet“)³⁷ und 31 Gebiete („Bölge“)³⁸, mit jeweils einem verantwortlichen

36 Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2.

37 Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein, Saarland/Rheinland-Pfalz und Westfalen.

38 Berlin, Bielefeld, Bodensee, Bonn, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen/Bochum, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Kassel, Kiel, Köln, Mainz, Mannheim/Ludwigshafen, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Pforzheim, Saarbrücken, Sachsen/Dresden, Salzgitter, Stuttgart und Ulm.

Führungsfunktionär. Die Funktionäre, deren Tätigkeit in aller Regel zeitlich begrenzt ist, agieren zumeist konspirativ und leiten organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben an nachgeordnete Ebenen weiter.

„Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V.“ (KON-MED)



Für die Umsetzung ihrer Vorgaben nutzt die PKK überwiegend die örtlichen PKK-Vereine, die ihren Anhängern als Treffpunkt und Anlaufstelle dienen. Diesen Vereinen sind aktuell fünf regionale Dachverbände vorangestellt, denen wiederum die KON-MED („Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanyayê“) als Dachorganisation aller PKK-nahen Vereine in Deutschland dient.

Im Sinne der PKK mobilisiert KON-MED gemeinsam mit den fünf nachgeordneten Verbänden zu Veranstaltungen wie auch Kundgebungen und beteiligt sich zudem an der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit. Bei den fünf regionalen Föderationen, welche fast das gesamte Bundesgebiet abdecken und den örtlichen PKK-Vereinen vorstehen, handelt es sich um

- das „Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Norddeutschland e. V.“ („Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyên li Bakûrê Almanyayê – FED-DEM) für Norddeutschland,
- die „Freie Kurdistan Föderation Ostdeutschland“ („Federasyona Kurdistanîyên Azad li Rojhilatê Almanyayê – FED-KURD) für Ostdeutschland,
- die „Föderation der Freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e. V.“ („Federasyona Civakên Azad yê Mezopotamya li NRW – FED-MED) für Nordrhein-Westfalen,



- die „Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e. V.“ („Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyan“ – FCDK-KAWA) für Hessen und das Saarland sowie



- die „Föderation der Völker Kurdistans e. V.“ („Federasyona Gelên Kurdistanî“ – FED-GEL) für Baden-Württemberg und Bayern.



PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“/„Tevgera Ciwanên Şoreşger“ (TCŞ)



Die Jugendorganisation der PKK trägt nach mehreren Umbenennungen seit 2005 die Bezeichnung „Komalên Ciwan“ („Gemeinschaft der Jugendlichen“). Parallel dazu wurde im April 2013 die „Ciwanên Azad“ („Freie Jugend“) gegründet, die seit Oktober 2018 unter dem Namen TCŞ („Bewegung der revolutionären Jugend“) auftritt.

Die TCŞ und die „Komalên Ciwan“ bestehen parallel und umfassen denselben Personenkreis. Während TCŞ als offizielle Bezeichnung für die Jugend der PKK und als legaler europäischer Dachverband fungieren soll, wird die Bezeichnung „Komalên Ciwan“ nur noch im Zusammenhang mit in der breiten Öffentlichkeit negativ aufgefassten Aktionen kurdischer Jugendlicher genutzt (wie zum Beispiel Werbung für die PKK-Guerilla oder bei Straftaten). Der TCŞ sollen dagegen ausschließlich positive Schlagzeilen zugeschrieben werden (beispielsweise die Durchführung friedlicher Demonstrationen).



Schwerpunkt der Aktivitäten bilden Kundgebungen und Veranstaltungen mit Bezug zur PKK oder zur Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten, welche die Jugendorganisation selbst durchführt oder zu denen sie ihre Anhänger mobilisiert. Darüber hinaus ist die PKK-Jugend verantwortlich für anlassbezogene Straf- und Gewalttaten in Deutschland (unter anderem Brandanschläge auf türkische Einrichtungen) sowie für die Rekrutierung von Personen für den bewaffneten Kampf der PKK-Guerilla.

Türkischer Linksextremismus

Türkische Linksextremisten verfolgen das Ziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei gewaltsam zu überwinden und ein kommunistisches Gesellschaftssystem zu errichten. Zu diesem Zweck befürworten sie offen Terroranschläge in der Türkei, die von ihren bewaffneten Kampfeinheiten oder einzelnen Anhängern verübt werden. Die gemeinsame ideologische Grundlage der verschiedenen Organisationen bildet dabei der Marxismus-Leninismus.

Insgesamt umfasst die Anhängerschaft türkischer linksextremistischer Organisationen rund 2.500 Personen (Stand 2022), zu deren wichtigsten die nachfolgenden Organisationen zählen.

„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Die marxistisch-leninistische DHKP-C („Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“) strebt die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft an. Der ideologische Leitgedanke ist dabei die Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems, wenn nötig durch die gewaltsame Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung der Türkei. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele schreckt die DHKP-C dort auch vor der Durchführung von Terroranschlägen nicht zurück und propagiert den „bewaffneten Volkskampf“. Vorrangige Angriffsziele sind dabei Einrichtungen des türkischen Staates, insbesondere Angehörige und Gebäude der türkischen Sicherheitsbehörden, von Armee und Justiz sowie der Regierungspartei AKP³⁹. Daneben können sich ihre Aktionen aber auch gegen US-amerikanische Einrichtungen in der Türkei richten. Die DHKP-C betrachtet die USA und den „US-Imperialismus“ – neben dem türkischen Staat – als Hauptfeind, da diese aus ihrer Sicht die Türkei in politischer, wirtschaftlicher und vor allem militärischer Hinsicht dominieren.



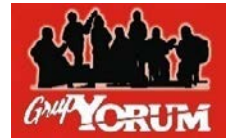
In Deutschland hat die DHKP-C rund 650 Mitglieder (Stand 2022). Diese leisten hierzulande als sogenannte Rückfront logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung.

³⁹ „Adalet ve Kalkınma Partisi“ („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ beziehungsweise „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“).

Die DHKP-C ist ursprünglich aus der Vereinigung „Devrimci Sol“⁴⁰ („Revolutionäre Linke“) hervorgegangen, die das BMI mit Verfügung vom 9. Februar 1983 verboten hat, da die Organisation sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdete. Dieses Organisationsverbot gilt in Deutschland seit August 1998 auch für die DHKP-C als Ersatzorganisation der „Devrimci Sol“. Von den USA ist die DHKP-C bereits seit 1997 als Terrororganisation gelistet, von der EU seit 2002.

Aufgrund des Organisationsverbots agiert die DHKP-C in Deutschland nur noch konspirativ und nicht unter Nutzung von legalen Umfeldorganisationen, wie es andere Vereinigungen im auslandsbezogenen Extremismus praktizieren. Dabei verwendet die Organisation häufig Tarnbezeichnungen wie etwa „Volksfront“ („Halk Cephesi“) oder „Volksrat“ („Halk Meclisi“). In Deutschland ist die DHKP-C nicht terroristisch aktiv, sondern tritt ausschließlich durch politisch-propagandistische Aktionen und Veröffentlichungen in Erscheinung.

Zu den Aktivitäten zählen neben ausgewählten organisationsbezogenen Gedenktagen (wie zum Parteigründungstag oder zur „Märtyrerverehrung“) auch Veranstaltungen im Rahmen der Gefangenensolidarität für die „politischen Gefangenen“ der DHKP-C in Deutschland und der Türkei sowie Musikveranstaltungen der „Grup Yorum“. Diese Musikgruppe gilt als wichtiges Propagandainstrument und ist der Partei als integraler Bestandteil zuzurechnen. Über deren Konzerte will die Organisation ihre Ideologie verbreiten, Gelder generieren und versuchen, neue Anhänger und Sympathisanten zu gewinnen.



Nicht weniger wichtig für die Nachwuchsgewinnung vor allem junger Anhänger ist die Jugendorganisation der DHKP-C, die „Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei“ („Devrimci Gençlik“ – kurz: „Dev Genç“).

Darüber hinaus bestimmen vorrangig aktuelle Ereignisse in der Türkei Umfang und Zielrichtung der Aktivitäten der DHKP-C in Deutschland. Militante Aktionen und Attentate der Gruppierung in der Türkei stoßen hierzulande auf

40 Die terroristisch agierende „Devrimci Sol“ war im Jahre 1978 in der Türkei aus einer Abspaltung der Organisation „Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“) entstanden, die wiederum ihren Ursprung in der kommunistischen „Türkischen Volksbefreiungspartei/-Front“ (THKP/C – „Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“) hatte.

große Resonanz und werden seitens der Organisation als wichtiges Mittel zur Stärkung des Zusammenhalts und der Motivation eigener Anhänger angesehen.

„Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

Die MLKP („Marksist Leninist Komünist Parti“) verfügt bundesweit über rund 600 Anhänger (Stand 2022) und bekennt sich ideologisch zum revolutionären Marxismus-Leninismus. Sie strebt in der Türkei die gewaltsame Zerschlagung der staatlichen Ordnung und die Errichtung eines kommunistischen Gesellschaftssystems an. Dabei versteht sie sich als politische Vorhut des Proletariats der türkischen und kurdischen Nation sowie nationaler Minderheiten. Zur Erreichung ihrer Ziele bedient sich die MLKP in der Türkei auch terroristischer Mittel.



Sie entstand 1994 durch den Zusammenschluss der „Kommunistischen Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten-Bewegung“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist-Hareketi“ – TKP/ML-H) und der „Kommunistischen Arbeiterbewegung der Türkei“ („Türkiye Komünist İşçi Hareketi“ – TKIH). Die MLKP beabsichtigt, durch einen Volksaufstand die aktuelle Gesellschaftsordnung der Türkei aufzulösen, um nach einer Phase der „Diktatur des Proletariats“ eine kommunistische Ordnung zu errichten. Sie beruft sich dabei auf die Lehren von Marx und Engels, Lenin und Stalin und legitimiert damit die Anwendung von Gewalt ausdrücklich als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen. Daher schreckt sie auch nicht vor Terroranschlägen auf türkischem Boden zurück. Ziel derartiger Aktionen sind meist staatliche Einrichtungen (insbesondere der Polizei) und Infrastrukturen der regierenden Parteien.

In Deutschland agiert die MLKP nicht offen, sondern mittels ihrer Umfeldorganisationen, zu denen die „Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa“ („Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu“ – AvEG-Kon) und die „Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e.V.“ („Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu“ – AGİF) zählen.



Mit Kampagnen und Kundgebungen gedenkt die Organisation ihrer für die Revolution gestorbenen „Märtyrer“ und unterstützt propagandistisch den gewaltsamen Kampf in der Türkei. Weitere Betätigungsfelder sind die Gewinnung neuer Mitglieder sowie das Sammeln von Geldern.



Anstelle ihrer „Kommunistischen Jugendorganisation“ („Komünist Gençlik Örgütü“ – KGÖ) ist für die MLKP in Deutschland „Young Struggle“ (YS) aktiv. Diese Organisation wurde 2010 in Stuttgart (Baden-Württemberg) als Dachverband für alle MLKP-Jugendorganisationen in Europa gegründet. Über die Instrumentalisierung von Themen wie zum Beispiel Klima- und Umweltschutz bemüht sich YS um die Gewinnung neuer Mitglieder.

„Türkische Kommunistische Partei-Marxisten-Leninisten“ (TKP-ML)

Die maoistisch ausgerichtete TKP-ML („Türkiye Komünist Partisi-Marksist-Leninist“) steht in der Nachfolge der im April 1972 von İbrahim Kaypakkaya gegründeten „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML). Sie strebt in der Türkei die gewaltsame Zerschlagung des bestehenden Gesellschaftssystems und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur an.



Interne Streitigkeiten führten zu einer Spaltung der TKP/ML, die in den Jahren 2019/2020 zwei eigenständige Organisationen mit nahezu gleichen Bezeichnungen hervorbrachte: die TKP-ML und die neue „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist“ – TKP/ML).

Die TKP-ML zählt rund 650 Anhänger (Stand 2022) in Deutschland, das ihr als Ruhe- und Rückzugsraum dient. Ereignisse in der Türkei werden von der Organisation in Deutschland propagandistisch aufgegriffen. Anlassbezogen arbeitet die TKP-ML mit anderen türkischen und deutschen linksextremistischen Organisationen zusammen.

Der TKP-ML können als Umfeldorganisationen die „Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa“ („Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu“ – ATİK), die „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ („Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu“ – ATİF), die Frauenorganisation „Neue Frau“ („Yeni Kadın“) sowie die Jugendorganisation „Neue Demokratische Jugend“ („Yeni Demokratik Gençlik“ – YDG) zugerechnet werden.



„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)

Die maoistisch ausgerichtete TKP/ML steht wie die TKP-ML in der Nachfolge der 1972 gegründeten gemeinsamen Vorgängerorganisation „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML). Deren Spaltung führte in den Jahren 2019/2020 zum Entstehen der neuen TKP/ML und der TKP-ML.



In Deutschland hat die neu entstandene TKP/ML rund 150 Mitglieder (Stand 2022). An der ideologischen Grundlage hat sich nichtsgeändert: Die Organisation ist auch weiterhin fest im ideologischen Fundament des Vordenkers der ursprünglichen TKP/ML İbrahim Kaypakkaya verankert. Somit strebt auch die heutige TKP/ML in der Türkei die gewaltsame Zerschlagung des bestehenden Gesellschaftssystems und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur an.

Die Umfeldorganisationen der TKP/ML sind der „Verband der Werktätigen Migrant*Innen in Europa“ („Avrupa Göçmen Emekçiler Birliği“ – AGEB), die Frauenorganisation „Lila-Rot-Kollektiv“ („Mor-Kızıl Kolektif“) sowie die Jugendorganisation „Jugendinitiative Partizan/Marxisten-Leninisten-Maoisten“ („Partizan Gençlik İnisiyatifi/Marksist-Leninist-Maoist“ – PGİ/MLM).



Türkischer Rechtsextremismus („Ülkücü“-Bewegung)

Ideologie und historische Entwicklung der „Ülkücü“-Bewegung

Die türkische rechtsextremistische „Ülkücü“-Bewegung hat in Deutschland mehr als 12.000 Anhänger (Stand 2022). Sie entstand Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei und fußt auf einer nationalistisch, antisemitisch und rassistisch orientierten rechtsextremistischen Ideologie.



Die Wurzeln der „Ülkücü“-Ideologie liegen im Panturkismus/Turanismus. Der Panturkismus basiert auf der Idee eines gemeinsamen ethnischen Ursprungs aller „Turkvölker“, verbunden mit dem Bestreben, diese Völker in einer gemeinsamen Heimat unter Führung der Türken zu vereinigen. Dieses gemeinsame Reich soll dann die Bezeichnung „Turan“ tragen. Je nach Auffassung könnte sich dieser neue Staat vom Balkan bis nach Westchina oder Japan erstrecken. Im Laufe der Zeit wurde die Bewegung ideologisch erweitert. Ihre Bandbreite reicht heute von neuheidnischen Elementen über einen nationalistischen Kemalismus bis in den Randbereich des Islamismus. Gemeinsames Ziel bleibt die Verteidigung und Stärkung des Türkentums.



Die wohl prägendste Gestalt der frühen „Ülkücü“-Bewegung war Nihal Atsız, ein Journalist und Autor, der sich selbst als Rassist und Turanist verstand. Seine Werke wurden prägend für das Weltbild der Bewegung. 1944 kam es im Rahmen des sogenannten Rassismus-Turanismus-Verfahrens in der Türkei wegen eines angeblich geplanten Staatsstreichs zur Anklage und Verurteilung führender Turkisten, darunter auch Atsız. Der zentrale Prozesstag, der 3. Mai 1944, wird

deshalb von den „Ülkücü“-Anhängern als „schwarzer Tag der Turkisten“ bezeichnet und gilt bis heute als Geburtsstunde der Bewegung.

Die „Ülkücü“-Bewegung sieht die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchsten Wert an. Die so unterstellte kulturelle und religiöse Überlegenheit äußert sich in der Überhöhung der eigenen türkischen Identität und resultiert in einer – auch völkerverständigungswidrigen – Herabwürdigung anderer Volksgruppen, die zu „Feinden des Türkentums“ erklärt werden.



Symbol und bekanntestes Erkennungszeichen der „Ülkücü“-Bewegung ist der „Graue Wolf“ („Bozkurt“) und der daraus abgeleitete sogenannte Wolfsgruß, bei dem die Finger der rechten Hand am ausgestreckten Arm den Kopf eines Wolfs formen. Oft werden Anhängerinnen und Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung daher auch als „Graue Wölfe“ („Bozkurtlar“) bezeichnet.

Von den mehr als 12.000 in Deutschland lebenden Anhängern der „Ülkücü“-Bewegung sind etwa 10.500 (Stand 2022) in drei großen Dachverbänden organisiert. Diese vertreten in unterschiedlicher Ausrichtung die verschiedenen Ausprägungen der „Ülkücü“-Ideologie; teilweise handelt es sich bei den Verbänden um Auslandsorganisationen extrem nationalistischer türkischer Parteien. Die Verbände sind in der Außendarstellung um ein gemäßigtes Auftreten bemüht und pflegen ihre rechtsextremistische Ideologie eher nach innen; vor allem in den ihnen zugehörigen Vereinen. Dementsprechend zeigt sich auch die Anhängerschaft bei der Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen sowie beim Zurschaustellen von „Ülkücü“-Symbolen in der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend.

Die unorganisierten Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung leben ihre meist rassistischen und/oder antisemitischen Feindbilder unterschiedlich aus: häufig in den sozialen Medien, aber auch beim öffentlichen Aufeinandertreffen mit ihren politischen Gegnern, vor allem den Kurden. Hierbei zeigt sich immer wieder das in der unorganisierten Szene vorherrschende hohe Gewaltpotenzial.

„Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (ADÜTDF)

Die ADÜTDF („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“) ist hierzulande der größte Dachverband türkischer Rechtsextremisten. Er vertritt die Interessen der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“ – MHP), die 1969 gegründet wurde und als Uroorganisation der „Ülkücü“-Bewegung gilt.



Der ADÜTDF gehören 2022 in Deutschland über 200 lokale Vereine an, in denen etwa 7.000 Mitglieder organisiert sind. Im öffentlichen Auftreten zeigt sich der Verband um ein gesetzeskonformes Verhalten und gemäßigtes Agieren bemüht. Tatsächlich ist die ADÜTDF Verfechterin einer nationalistisch-rechts-extremistischen Ideologie im Sinne ihrer Mutterpartei MHP. Entgegen ihrem nach außen demonstrierten Integrationswillen und rechtskonformen Auftreten zeigt sie sich überzeugt von der Überlegenheit des Türkentums.

Zu den propagierten Feindbildern des Türkentums und damit auch der ADÜTDF gehören neben der PKK und allgemein den Kurden unter anderem auch Juden und Armenier. Mit diesem Weltbild verstößt die Organisation gegen den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz und wirkt einer Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft entgegen. Diese vor allem innerhalb des Verbandes ausgelebte Ideologie dringt durch Äußerungen beziehungsweise Aktionen einfacher Mitglieder oder lokaler Vereine auch nach außen.



Immer wieder werden auch einschlägige Symbole und Gesten in den sozialen Netzwerken gezeigt. Beispiele hierfür sind der „Wolfsgruß“ oder das Verwenden der „Üç Hilal“ („drei Halbmonde“), die als Zeichen für das Osmanische Reich dienen und zugleich das Parteilogo der MHP darstellen.

Nicht zuletzt aufgrund seiner Mitgliederstärke ist der Verband ein ernst zu nehmender Träger und Verbreiter rechtsextremistischen Gedankenguts unter

den in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken sowie türkischstämmigen Deutschen.

„ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V.“ (ATİB)

Die ATİB („Avrupa Türk İslam Kültür Dernekleri Birliği“) hat sich im Jahr 1987 von der heutigen ADÜTDF abgespalten, ohne sich jedoch in der Folge ideologisch neu auszurichten. Im Vergleich zur ADÜTDF steht die ATİB mit ihren derzeit etwa 2.500 Mitgliedern (Stand 2022) für einen stärker islamisch orientierten Teil der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung.



Organisatorisch ist die ATİB an keine Partei in der Türkei direkt angebunden, sondern sucht stattdessen die Nähe zu deutschen wie auch türkischen Verbänden und Einrichtungen. Dabei zeigt sich die ATİB um gesellschaftliche Akzeptanz und die damit einhergehenden Mitsprachemöglichkeiten bemüht – nicht zuletzt um dadurch Einfluss auf den politischen Diskurs nehmen zu können. So ist die ATİB beispielsweise Gründungsmitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD).

Durch die Verbreitung der „Ülkücü“-Ideologie entfaltet die ATİB eine des-integrative Wirkung und fördert einen türkischen Nationalismus mit rechtsextremistischen Einflüssen, der von einem extremen Freund-Feind-Denken geprägt ist. Dies führt zur Abwertung anderer Volksgruppen oder Religionen, insbesondere der Kurden und des Judentums.

Die Zuordnung der ATİB zur rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung beruht vor allem auf ihrer organisatorischen Herkunft, ideologischen Gemeinsamkeiten, der Nutzung von entsprechender Symbolik sowie den Äußerungen und dem Verhalten des Verbandes insgesamt wie auch einzelner Mitglieder. Positive Verweise auf die turanistische Idee durch die ATİB und einzelne Mitglieder belegen eine ideologische Ausrichtung, wie sie in der Bewegung üblich ist. Nicht zuletzt bezeichnen sich die ATİB und ihre Vertreter aber auch selbst als „Ülkücü“.

„Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF)

Als weiterer Dachverband ist die ANF („Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu“) der „Ülkücü“-Bewegung zuzurechnen. Sie ist die Europaorganisation der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Großen Einheit“ („Büyük Birlik Partisi“ – BBP). Bei der BBP handelt es sich um eine stärker islamisch ausgerichtete Abspaltung der MHP. Sie wurde 1993 vom rechtsextremistischen Vordenker Muhsin Yazıcıoğlu gegründet und versteht sich selbst als Teil der „Ülkücü“-Bewegung. Ihre Gründung ist auch ein Ausfluss der in den 1980er-Jahren in der Türkei begonnenen Refokussierung auf eine Einheit aus Nationalismus (Türkentum) und Religion (Islam). Die Ideologie eines extrem übersteigerten und gleichzeitig islamisch geprägten Nationalismus mit rechtsextremistischen Ausprägungen richtet sich gleichermaßen gegen ethnische wie religiöse Minderheiten.



Auch die ANF mit ihren insgesamt etwa 1.000 Mitgliedern (Stand 2022) ist um eine rechtskonforme und positive Außendarstellung bemüht. In offiziellen Verlautbarungen werden extremistische Äußerungen vermieden. Die ANF sieht sich als Interessenvertretung einer türkisch-muslimischen Minderheit innerhalb einer deutschen Mehrheitsgesellschaft in nahezu sämtlichen Lebensbereichen. Tatsächlich ist der Verband jedoch in der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung zu verorten.

Die ANF erweitert die klassische „Ülkücü“-Ideologie um den Faktor Religion im Sinne der sogenannten türkisch-islamischen Synthese. Diese ist nicht nur ein primäres Identifikationsmerkmal für die ANF, sondern stellt zugleich eine harte Abgrenzungslinie gegenüber Andersgläubigen dar. „Echtes Türkentum“ sei demnach nur in Verbindung mit dem Islam möglich. Das Streben nach einer Vereinigung aller Turkvölker in einem homogenen Staat „Turan“ gehört somit genauso zur politischen Agenda wie die Erschaffung einer neuen „Weltordnung“ („Nizâm-ı Âlem“) mit der Vision der Weltherrschaft des Islam unter türkischer Führung, wie beispielsweise das folgende Zitat zeigt:

„Ich sehne mich nach einer geeinten türkischen Welt, die von der Adria bis zur chinesischen [sic] Mauer reicht.“

(Zitat des BBP-Gründers Muhsin Yazıcıoğlu auf der Facebook-Seite eines ANF-Funktionärs,
24. März 2021)

Der Anspruch auf eine Neuordnung der Welt über den Siedlungsbereich der eigenen türkischen Ethnie hinaus verstößt klar gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Unorganisierte beziehungsweise freie „Ülkücü“-Szene

Neben den verbandlich organisierten Anhängern werden etwa 1.600 Personen (Stand 2022) weiteren „Ülkücü“-Kleinststrukturen sowie der unorganisierten „Ülkücü“-Bewegung zugerechnet. Letztere besteht überwiegend aus jüngeren Menschen, die vor allem über die sozialen Netzwerke miteinander in Kontakt stehen, sich mitunter aber auch persönlich treffen. Dabei pflegen sie ihre Feindbilder und agitieren gegen ihre vermeintlichen „Gegner“: Vor allem Armenier, Griechen, Juden, Kurden und die USA werden von der „Ülkücü“-Anhängerschaft herabgewürdigt und zu „Feinden des Türkentums“ erklärt.

Emotionaler Hauptbezugspunkt ist die Türkei sowie deren Konflikt mit der kurdischen PKK. In der weithin unstrukturierten oder nur in kurzlebigen Organisationen bestehenden Szene ist eine fast durchgehend bedingungslose Loyalität dem türkischen Staat und seiner aktuellen Staatsführung gegenüber festzustellen. Die rechtsextremistische Ideologie tritt dabei nicht immer sofort deutlich zutage.

Säkulare palästinensische Extremisten

„Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)

Seit ihrer Gründung im Jahr 1967 in Damaskus (Syrien) zählt die marxistisch-leninistisch geprägte PFLP zum Spektrum der terroristischen palästinensischen Organisationen. Sie lehnt die Existenz Israels ab und verfolgt ihrerseits das Ziel eines palästinensischen Staatsgebildes in den Grenzen des historischen Palästina (vor



Gründung des modernen Staates Israel) mit einem ungeteilten Jerusalem als Hauptstadt. Dazu propagiert die PFLP den bewaffneten Kampf und sucht den Schulterschluss mit anderen Organisationen, die Israel bekämpfen, wie „Hizb Allah“ oder HAMAS.

Anhänger der PFLP begehen nach wie vor terroristische Anschläge, bei denen es zum Teil auch Todesopfer gibt. Auch hierbei offenbart die Organisation – entgegen ihres nach außen propagierten Selbstbildes – ihren antisemitischen Charakter, indem sie Anschläge zum Teil gezielt gegen jüdische Israelis richtet.



In Deutschland ist die PFLP nicht terroristisch tätig. Die hierzulande lebenden etwa 100 organisierten Anhänger (Stand 2022) sammeln Spendengelder zur Unterstützung ihrer Strukturen und des bewaffneten Kampfes in Nahost, verbreiten insbesondere israelfeindliche Propaganda, bemühen sich um politische Unterstützung und versuchen

neue, vermehrt junge Anhänger unter den hier lebenden Palästinensern zu gewinnen. Ehemalige Terroristen der PFLP genießen bei der Anhängerschaft große Anerkennung und werden gezielt zu Indoktrinierungsmaßnahmen nach Deutschland eingeladen. Neben Kontakten zu HAMAS und „Hizb Allah“ unterhält die Organisation ebenfalls Beziehungen zum deutschen Linksextremismus, vor allem zur MLPD, sowie zum antiimperialistischen Spektrum.

„Samidoun – Palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk“

Das internationale palästinensische Gefangenensolidaritätsnetzwerk „Samidoun“⁴¹ wurde im Jahr 2011 von im Ausland ansässigen Mit-



gliedern der Terrororganisation PFLP gegründet. Anlass waren Hungerstreiks von in Israel inhaftierten PFLP-Angehörigen, mit denen sie ihre Haftbedingungen verbessern wollten. Seither konzentriert sich „Samidoun“ primär auf die Forderung nach der Freilassung von Palästinenserinnen und Palästinensern,

41 Kurzform von „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“.

die – häufig aufgrund von Verbindungen zu Terrorismus beziehungsweise zur terroristischen PFLP – inhaftiert sind.

Der Hauptsitz von „Samidoun“ liegt in den USA. Das Netzwerk ist in Form sogenannter Chapter organisiert und vor allem in Nordamerika und Europa aktiv. Eigenangaben zufolge gibt es derzeit rund zwanzig „Samidoun“-Chapter. In Deutschland ist das Chapter „Samidoun Deutschland“ auch unter der Bezeichnung seiner Jugendbewegung „HIRAK – Palästinensische Jugendbewegung“ aktiv. Hierzulande umfasst der enge Führungs- und Mitgliederkreis etwa 50 Personen. Die Zahl der Sympathisanten und das Mobilisierungspotenzial, beispielsweise für Versammlungen, gehen jedoch weit darüber hinaus. Zuspruch finden das Netzwerk und seine Positionen dabei nicht nur bei extremistischen palästinensischen Einzelpersonen, sondern auch bei türkischen Rechtsextremisten sowie im antiimperialistisch beziehungsweise dogmatisch geprägten deutschen und türkischen Linksextremismus.

Ideologisch entsprechen die Positionen von „Samidoun“ denen der PFLP. So lehnt auch „Samidoun“ das Existenzrecht Israels ab. Im Internet und bei Versammlungen propagieren Anhänger und Sympathisanten des Netzwerks die Errichtung eines eigenen Staates Palästina „vom Fluss bis zum Meer“ – häufig ausgedrückt durch einen Umriss der Landkarte eines „Palästina“ ohne Israel oder durch die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“.

Damit agiert „Samidoun“ gegen den Gedanken der Völkerverständigung und untergräbt das grundlegende Anliegen der Bundesrepublik Deutschland, die Sicherheit des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger sowie des jüdischen Lebens – sowohl in Israel wie auch in Deutschland – zu gewährleisten. „Samidoun“ befürwortet Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange und ruft diese durch eigene Agitation hervor. Zudem unterstützt das Netzwerk Vereinigungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen.

„Samidoun“ tritt in Deutschland seit 2019 öffentlich in Erscheinung. Seitdem sind die vor allem in Berlin sowie auch in Nordrhein-Westfalen sichtbaren Strukturen des Netzwerks immer wieder bei propalästinensischen Demonstrationen aufgefallen, wo es neben antisemitischen und israelfeindlichen Äußerungen

und Darstellungen auch zu Ausschreitungen und gewalttätigen Angriffen auf die Polizei gekommen ist. Mobilisiert wurde zum einen anlassbezogen, zum anderen zu wiederkehrenden Ereignissen wie dem „al-Quds-Tag“⁴², dem „Tag der palästinensischen Gefangenen“⁴³ am 17. April oder dem „Nakba-Tag“⁴⁴ am 15. Mai.



Seinen Höhepunkt erreichte das Aktionsverhalten von „Samidoun“ in Deutschland in den Tagen und Wochen nach den Terrorangriffen der HAMAS gegen Israel am 7. Oktober 2023. Nahezu täglich traten „Samidoun“ beziehungsweise seine Anhängerschaft und Sympathisanten in Deutschland als Veranstalter, Mobilisierungstreiber oder Teilnehmer an propalästinensischen Veranstaltungen in Erscheinung. Sein hohes Vernetzungs- und Mobilisierungspotenzial nutzte „Samidoun“ bei diesen Versammlungen und über die sozialen Netzwerke zur Mitgliederwerbung, Spendensammlung sowie zur Verbreitung von Propaganda und Falschinformationen beispielsweise aus dem Gazastreifen oder über angeblich stattgefundene Polizeigewalt in Berlin. Vor allem über die sozialen Medien mobilisierte „Samidoun“ weit über die eigene Anhängerschaft hinaus zu einer Vielzahl an Versammlungen hauptsächlich in Berlin, aber auch in verschiedenen nordrhein-westfälischen Städten.

Am 2. November 2023 wurde die Betätigung des internationalen „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“ in Deutschland durch das BMI verboten. Die Teilorganisation „Samidoun Deutschland“, auch agierend unter den Bezeichnungen „HIRAK – Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany)“ und „Hirak e. V.“, wurde verboten und aufgelöst.⁴⁵

42 Al-Quds ist der arabische Name für Jerusalem. Der „al-Quds-Tag“ fällt immer mit dem Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan zusammen.

43 An diesem Tag bringen Palästinenser weltweit ihre Solidarität mit palästinensischen Inhaftierten in israelischen Gefängnissen zum Ausdruck.

44 Der arabische Begriff „Nakba“ bedeutet auf Deutsch „Katastrophe“. Seit 2004 gedenken Palästinenser weltweit alljährlich an diesem Tag der Flucht und Vertreibung aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina in den Jahren 1948/1949.

45 Gegen die Verbotsverfügung hat „Samidoun“ Klage vor dem BVerwG erhoben. Das Verbot ist daher bei Drucklegung zwar wirksam, aber noch nicht bestandskräftig.

Mit dem Verbot ist das öffentliche Auftreten unter der Bezeichnung oder die Betätigung für „Samidoun“ untersagt. Die für Propaganda und Mobilisierung so wichtigen Konten in den sozialen Medien auf den einschlägigen Plattformen wurden abgeschaltet beziehungsweise sind in Deutschland gesperrt. Mit der Verfügung wurde zudem das Verwenden der Kennzeichen von „Samidoun“ untersagt.

Die Sperrung der Social-Media-Konten von „Samidoun“ sowie die überwiegende Nichterreichbarkeit der internationalen Accounts haben dazu geführt, dass die Gruppierung als solches selbst nicht mehr wirksam in Deutschland Propaganda verbreiten oder zu Versammlungen mobilisieren kann. Auch das öffentliche Zeigen von Fahnen, Symbolen und Parolen von „Samidoun“, beispielsweise bei Kundgebungen, ist so legal nicht mehr möglich; sollte es dennoch vorkommen, kann dies nun schnell und rechtssicher unterbunden werden.

Das extremistische/terroristische Sikh-Spektrum in Deutschland

Von den schätzungsweise etwa 10.000 bis 15.000 in Deutschland lebenden Sikhs werden etwa 400 Personen (Stand 2022) dem extremistischen Sikh-Spektrum zugerechnet. Diese sind Anhänger oder Unterstützer separatistisch-terroristischer Organisationen, welche die Gründung eines eigenen Sikh-Staates „Khalistan“ („Land der Reinen“) auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab anstreben.



Zur Erreichung ihres Zieles wenden diese Organisationen, die meist von Pakistan aus operieren, sowohl politische als auch terroristische Mittel an. Durch gezielte Anschläge auf Politiker, militärische Einrichtungen (insbesondere im Punjab) und Religionsführer aus der Glaubensgemeinschaft der Sikhs, die aus Sicht der Extremisten nicht den orthodoxen Glauben verbreiten, destabilisieren sie gezielt die Sicherheitslage in Indien. Terroranschläge werden häufig an schlecht oder gar nicht geschützten Orten wie öffentlichen Plätzen oder Ein-

richtungen durchgeführt, wobei auch Opfer unter der Zivilbevölkerung bewusst in Kauf genommen werden.



In Deutschland sind die beiden relevantesten Organisationen aus dem Spektrum der extremistischen Sikhs „Babbar Khalsa International“ (BKI) sowie „Babbar Khalsa Germany“ (BKG).



Beide sind hierzulande nicht terroristisch aktiv, unterstützen aber den Separationskampf der Sikhs in Indien vor allem mit propagandistischen Mitteln. Auf internationaler politischer Ebene setzen sie sich für in Indien inhaftierte „Khalistan“-Aktivisten ein. Mit regelmäßig stattfindenden Kundgebungen vor den diplomatischen Vertretungen der Republik Indien protestieren Anhänger extremistischer Sikh-Organisationen auch hierzulande gegen die Regierungspolitik Indiens gegenüber den Sikhs – bisher allerdings ausschließlich gewaltfrei.

Im Kampf für „Khalistan“ gestorbene Sikhs werden bei Gedenkveranstaltungen in den über 40 in Deutschland bestehenden Sikh-Tempeln („Gurdwaras“) als „Märtyrer“ verehrt. Deren Familien erhalten Unterstützung von den in Deutschland tätigen extremistischen Sikh-Organisationen, die in den Tempeln regelmäßig Spendengeldsammlungen durchführen und Teile der gesammelten Gelder den Familien eben jener „Märtyrer“ zuleiten.

Antisemitismus im auslandsbezogenen Extremismus



Im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus in Deutschland nimmt Antisemitismus vor allem im türkischen Rechtsextremismus und bei extremistischen Palästinensern eine relevante Rolle ein. Bei anderen auslandsbezogenen extremistischen Phänomenen ist Antisemitismus dagegen kein ideologisches Kernelement – häufig schon aufgrund fehlender regionaler, religiöser oder politischer Berührungspunkte. Anlassbezogen kommt es allenfalls bei türkischen Linksextremisten zu israelfeindlichen Stellungen, die jedoch nicht vorherrschend auf Religion und Ethnie, sondern auf den Territorialkonflikt mit den Palästinensern abstellen.

Eine Quantifizierung des antisemitisch eingestellten auslandsbezogenen extremistischen Personenpotenzials ist kaum möglich. Zwar stellt Antisemitismus ein Kernelement der „Ülkücü“-Ideologie dar, dennoch leben nicht alle der mehr als 12.000 Anhängerinnen und Anhänger in Deutschland einen offenen Antisemitismus aus. Öffentlich gezeigter Hass gegen Juden und antisemitische Äußerungen kommen vor allem aus dem Spektrum der etwa 1.600 Personen der unorganisierten „Ülkücü“-Szene und werden von diesen insbesondere im Internet verbreitet. Zu den wenigen Hundert Personen in Deutschland, die israelfeindlichen säkularen palästinensischen Organisationen angehören, kam vor allem seit 2015 infolge des syrischen Bürgerkriegs eine nicht näher bekannte Anzahl von Palästinensern hinzu, unter denen sich auch israelfeindlich eingestellte Personen befinden dürften. Insbesondere im Internet wird antisemitische Propaganda häufig von Personen verbreitet, die keiner extremistischen Organisation angehören.



Im Bereich der säkularen extremistischen Palästinenser ist der Hauptanknüpfungspunkt antisemitischer Agitation der Territorialkonflikt mit Israel. Juden wird allenfalls die Möglichkeit einer Koexistenz in einem Staat „Palästina“ zugestanden. Hauptakteure der in Deutschland aktiven säkularen Palästinenserorganisationen sind die PFLP und – zumindest bis zu seinem Verbot – das Unterstützungsnetzwerk „Samidoun“. Die marxistisch-leninistisch ausgerichtete Kaderorganisation PFLP ist ideologisch von einem starken Nationalismus geprägt. Sie verfolgt das Ziel des Aufbaus eines palästinensischen Staates in den Grenzen des historischen Palästina vor Gründung des modernen Staates Israel mit Jerusalem als Hauptstadt. Dieses Ziel soll durch die Beseitigung der „zionistischen Besatzung“ realisiert werden. Die PFLP bestreitet das Existenz-

recht Israels und propagiert offen den bewaffneten Kampf gegen Israel. Ihre antisemitische Agitation ist stark antizionistisch geprägt. Das Netzwerk „Sami-doun“ teilt die Positionen der von ihm unterstützten PFLP wie insbesondere die Verneinung des Existenzrechts Israels und den Aufbau eines das Hoheitsgebiet Israels umfassenden palästinensischen Staates.

In den letzten Jahren kam es zu einem verstärkten Zustrom säkular eingestellter Palästinenser nach Deutschland, von denen sich einige vor dem Hintergrund des palästinensisch-israelischen Konflikts israelfeindlich äußern. In diesen Äußerungen finden sich zum Teil auch Hinweise auf eine marxistische oder sozialrevolutionäre Einstellung, ohne dass eine Mitgliedschaft in der PFLP oder anderen politischen Palästinenserorganisationen festzustellen wäre. Aus diesem Milieu werden zahlreiche Aufrufe zur Gewalt gegen Juden in den sozialen Medien verbreitet.

Das dieser Szene auch in Deutschland innewohnende Mobilisierungspotenzial wird immer wieder deutlich bei Lageverschärfungen im Nahen Osten wie den Terrorangriffen der HAMAS gegen Israel und der darauf folgenden militärischen Reaktion Israels im Gazastreifen im Oktober 2023, aber auch zu wiederkehrenden Anlässen wie beispielsweise dem „al-Quds-“ oder dem „Nakba-Tag“. Diesbezügliche Kundgebungen mit häufig hoch emotionalisierten Teilnehmenden erreichen schnell drei- bis vierstellige Teilnehmerzahlen. Bei diesen Protesten kommt es immer wieder zu Ausschreitungen oder Angriffen auf Polizeikräfte sowie zu antisemitischen und völkerverständigungswidrigen Bekundungen.



Auch im türkischen Rechtsextremismus („Ülkücü“-Bewegung) hat Judenfeindschaft einen besonderen Stellenwert. Juden werden hier wegen einer behaupteten biologischen Minderwertigkeit und eines vermeintlich weltumspannenden verschwörerischen Einflusses angefeindet. Hinzu tritt ein

Antizionismus, der sich als einseitige Parteinahme für die Palästinenser manifestiert. Dieser Antisemitismus wird überwiegend von Personen aus der unorganisierten „Ülkücü“-Szene in den sozialen Netzwerken verbreitet, die sich auf Grundlage ihrer Ideologie offen antisemitisch äußern oder entsprechende Aussagen weiterverbreiten.

Spionage, Cyberangriffe, Proliferation und Prävention

Was ist Spionage?

Spionage ist das Erkunden politischer Faktoren sowie der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Potenziale eines anderen Staates mit verdeckten Mitteln. Als Oppositionellenaufklärung zielt Spionage auch auf die Diaspora des jeweiligen Herkunftsstaates ab.

Zur Pflege der internationalen Beziehungen unterhalten Staaten wechselseitig Botschaften und andere diplomatische Vertretungen. Die in Deutschland tätigen ausländischen Diplomatinen und Diplomaten sammeln frei verfügbare Informationen, um ihre Regierungen über aktuelle Ereignisse und längerfristige Entwicklungen zu unterrichten. Allerdings geben sich viele Regierungen mit der Beschaffung offen verfügbarer Informationen nicht zufrieden, sondern streben danach, nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Erkenntnisse zu erlangen. Hier beginnt die facettenreiche Welt der Spionage, in der Nachrichtendienste aktiv sind. Ihr primäres Ziel ist es, geheim gehaltene Informationen zu erlangen. Sie wollen dadurch Wissensvorsprünge erlangen, die ihren Regierungen politische, militärische, wirtschaftliche oder technologische Vorteile verschaffen.



Deutschland als Ziel fremder Mächte

Deutschland ist aufgrund seiner geopolitischen Lage, seiner Rolle in der EU und der NATO⁴⁶, seiner ökonomischen Stärke und nicht zuletzt aufgrund seines hochwertigen Know-hows in der Spitzentechnologie für ausländische staatliche Akteure ein attraktives Ziel. Als freie und pluralistische Gesellschaft

46 „North Atlantic Treaty Organization“ („Nordatlantikpakt-Organisation“).

ist Deutschland durch fremde Nachrichtendienste angreifbar, die diese Offenheit ausnutzen, um entsprechend ihres jeweiligen Auftrags zu handeln.

Die gegen Deutschland gerichteten Betätigungsfelder ausländischer Nachrichtendienste sind zahlreich. Ihr verdecktes Vorgehen dient zur **Informationsbeschaffung**, zur **illegitimen Einflussnahme**, zum **illegalen Erwerb von Waffen und Know-how**, zur Vorbereitung von **Sabotage** oder gar zum **Staatsterrorismus**. Hinzu kommt, dass sich der Aktionsradius fremder Nachrichtendienste durch die Entwicklung neuer Technologien und die fortschreitende



Digitalisierung deutlich erweitert hat. Nachrichtendienstliche Akteure führen zudem **Cyberangriffe** durch, um Spionage, Sabotage und Einflussnahme zu betreiben. Derart gesteuerte Aktionen im Cyberraum haben auch beabsichtigte Auswirkungen auf die Realwelt.

Wer sind die Hauptakteure der Spionage in Deutschland?

Die Hauptakteure der gegen Deutschland gerichteten Spionage, Cyberangriffe, Proliferation und Einflussnahme sind – mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten – die Russische Föderation, die Volksrepublik China, die Islamische Republik Iran sowie die Republik Türkei. Gleichwohl klärt das BfV im Rahmen der „360°-Bearbeitung“ beim Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen Deutschland auch Tätigkeiten anderer Nachrichtendienste auf.

Wie beschafft ein ausländischer Nachrichtendienst Informationen?

Klassische Spionage und ihre Ziele

Klassische Spionage bildet einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt ausländischer Nachrichtendienste. Sie zielt auf Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Militär sowie Wissenschaft. Durch Informationszugänge in diesen Bereichen

wollen sich fremde Staaten gegenüber Deutschland politische, militärische, wirtschaftliche oder wissenschaftlich-technische Vorteile verschaffen.

Anders als in Romanen und Kinofilmen, in denen sich Agentinnen und Agenten Gefahren aussetzen, operieren Spionierende in der realen Welt möglichst verdeckt und unauffällig. So sprechen sie beispielsweise Personen in politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Schlüsselpositionen an und werben diese in einem späteren Stadium des Kennverhältnisses auch an, um so – im besten Fall über einen langen Zeitraum hinweg – Informationen abzuschöpfen. Mögliche Hauptinteressen können hierbei Informationen zu Regierungsinterna eines anderen Staates, die Unterstützung ausgewählter politischer Strömungen oder Einflussnahme auf politische Geschehnisse sein.

Unter Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln spähen manche Nachrichtendienste zudem in Deutschland ansässige oppositionelle Personen und Organisationen aus oder versuchen, diese zu unterwandern und mundtot zu machen.

Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage



Ausländische Staaten haben ein großes Interesse an Know-how aus Deutschland. Daher zählt zum Aufgabenprofil fremder Nachrichtendienste auch das Ausforschen von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Dieses Vorgehen wird als Wirtschafts- beziehungsweise Wissenschafts- und Technologiespionage beschrieben.

Bei der Wirtschaftsspionage konzentrieren sich die Ausforschungsaktivitäten auf alle Entwicklungsstufen von der Forschung und Entwicklung bis hin zur Fertigung und Vermarktung neuer Produkte sowie von der Infrastruktur bis zum Management eines Unternehmens. Ziel von Wirtschaftsspionage ist es vor allem, die Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft zu unterstützen oder einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen.

Wissenschafts- und Technologiespionage konzentriert sich auf das Wissen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen, und hat zum Ziel, dem auftraggebenden Staat einen bedeutsamen Wissensvorsprung zu verschaffen.

Ausländische Direktinvestitionen (ADI)

ADI eröffnen fremden Mächten vielfältige Möglichkeiten: Der (Teil-)Erwerb eines Unternehmens gewährt neben Einfluss und Kontrolle auch den Zugriff auf Technologien, Know-how oder geistiges Eigentum. Somit können ausländische Staaten nicht nur einen Innovationsrückstand ausgleichen und einen technologischen Vorsprung erzielen, sondern auch Einfluss ausüben. Sie können wirtschaftliche Abhängigkeiten im Rahmen einer umfassenden geopolitischen Strategie nutzen, um politische Entscheidungen oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Darüber hinaus können ADI im Bereich sensibler Technologien oder Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) Risiken für die öffentliche Sicherheit in Deutschland bergen.

KRITIS sind Anlagen, Systeme und Organisationen, die eine wichtige Bedeutung für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionen haben. Deren Ausfall hätte unter anderem in Form von Versorgungsengpässen und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erhebliche Auswirkungen auf das Gemeinwesen. In Deutschland zählen Organisationen und Einrichtungen aus den Bereichen Energieversorgung, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Staat und Verwaltung sowie Medien und Kultur zu den **Kritischen Infrastrukturen**.

Einflussnahme

Staaten verfolgen ihre Interessen durch zulässige diplomatische Aktivitäten, doch einige Staaten betreiben darüber hinaus eine unzulässige Einflussnahme. Diese zielt darauf ab, im Verborgenen oder unter Vortäuschung falscher Tatsachen Einfluss auf Personen in Entscheidungs- und Leitungsfunktionen in anderen Staaten auszuüben, den offenen politischen Willensbildungsprozess – besonders vor Wahlen – zu manipulieren, das Vertrauen der Bevölkerung in

die Stabilität und Integrität der Institutionen und Mechanismen der Demokratie zu schwächen oder Werte und Bündnisse demokratischer Staaten zu untergraben. Dazu gehört es auch, die Rolle unabhängiger Medien in Frage zu stellen. Diese Form der unzulässigen Einflussnahme kann aber auch der Unterstützung strategischer und wirtschaftspolitischer Ziele, dem Propagieren der Überlegenheit des eigenen Gesellschaftsmodells oder dem Ausbau einer Machtposition dienen. Dazu setzen fremde Staaten auch ihre Nachrichtendienste ein.

Einflussnahme erfolgt – in Verbindung mit Desinformation – insbesondere im Informationsraum. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ab Februar 2022 hat sich das derartige Vorgehen deutlich verschärft und auch eine intensivere Aufmerksamkeit erfahren.



Bei **Desinformation** handelt es sich um die gezielte Verbreitung falscher oder irreführender Informationen. Das Ziel ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, um ein bestimmtes politisches Anliegen zu erreichen. Im Gegensatz zur Information ist **Desinformation** nach objektiven Maßstäben inhaltlich unzutreffend – und das ist Urheber von **Desinformation** bewusst.

Eine **Desinformationskampagne** ist eine über einen längeren Zeitraum mit einem definierten strategischen Ziel andauernde Aktion, die eine breite Wirkung beim Empfängerkreis entfalten soll. Urheber sind zumeist staatliche oder staatsnahe Akteure, die geplant und koordiniert zusammenwirken. Dabei kann eine Vielzahl offener oder verdeckter Mittel zum Einsatz kommen.

Sabotage

Sabotage ist die bewusste Beeinträchtigung militärischer oder politischer Prozesse beziehungsweise von Produktionsabläufen (zum Beispiel Supply-

Chain-Prozessen⁴⁷ oder anderen Abläufen). Dazu zählt auch die Beschädigung oder Zerstörung wichtiger Anlagen und Einrichtungen im KRITIS-Bereich. Cyberangriffe können der Vorbereitung oder Durchführung von Sabotagehandlungen dienen.

Staatsterrorismus

Staatsterrorismus ist der von Staaten ausgeübte oder gesteuerte Terrorismus zur Erreichung außen- oder innenpolitischer Ziele. Dabei nutzen staatsterroristische Akteure nahezu jedes Mittel. Sie begehen schwere Straftaten wie Entführungen, aber auch Totschlag oder Mord. Zudem können auch Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Verbrechen dienen (wie etwa Ausspähungen oder Einschüchterungsversuche), unter die Kategorie Staatsterrorismus fallen.

Maßgebliche staatsterroristische Ziele sind die Einschüchterung und Neutralisierung von Oppositionellen oder als „feindlich“ angesehener Kombattanten beziehungsweise die Bestrafung von Personen, die angeblich Verrat begangen haben oder übergelaufen sind. Vor diesem Hintergrund forschen einige ausländische Nachrichtendienste eventuelle Anschlagsmöglichkeiten gegen westliche Einrichtungen oder unliebsame Personen auch in Deutschland aus.

Proliferation

Proliferation ist die Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen), von Trägersystemen wie Raketen oder Drohnen sowie von Entwicklung und Produktionsmitteln. Dazu gehört auch die Weitergabe von diesbezüglichem Know-how in jeglicher Form. Zur Herstellung der Waffen dienen auch handelsübliche Maschinen, Messgeräte und Materialien, die im zivilen Bereich an zahlreichen Stellen eingesetzt werden. Diese werden als „Dual-Use-Güter“ bezeichnet. Sie sind sowohl für zivile An-



47 Bei einem Supply-Chain-Angriff wird zunächst nicht direkt das eigentliche Ziel attackiert, sondern ein schwächer geschütztes Element in der Liefer- oder Versorgungskette.

wendungen als auch für militärische Zwecke nutzbar und unterliegen besonderen Kontroll- und Ausfuhrbestimmungen. Auch ihre Weiterverbreitung fällt unter den Begriff der Proliferation. Die Beschaffung dieser Produkte erfolgt dabei häufig über Drittländer (sogenannte Umgehungsausfuhren) unter Einsatz von Tarnfirmen oder mit falschen Angaben über den Verwendungszweck. Der Finanztransfer läuft bei derartigen Geschäften über breit gefächerte Firmen- und Banknetzwerke, um den Ursprung der Käufer zu verschleiern.



Proliferation betreibende Staaten setzen auch Studierende und Forschende an deutschen Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und in Forschungsabteilungen der Wirtschaft zur Beschaffung von entsprechendem Wissen ein. Eine wachsende Bedeutung bei Proliferationsrisiken haben dabei Emerging Technologies (EMT) wie künstliche Intelligenz oder Quantencomputing.

Unter dem Begriff EMT versteht die Wissenschaft aufkommende Technologien, deren Entwicklung oder praktische Anwendung beziehungsweise beides weitestgehend noch nicht realisiert sind. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese neuen Technologien das geschäftliche und soziale Umfeld zukünftig wesentlich verändern werden. Sie können auch ein militärisches Potenzial besitzen, das in Zukunft für die Sicherheit Deutschlands und Europas ein erheblicher Faktor sein dürfte.

Daneben richten sich proliferationsrelevante Beschaffungstätigkeiten auch auf weltraumgestützte Technik und Systeme. Die deutsche Raumfahrtindustrie bündelt Hochtechnologiefelder in Elektronik, Robotik, Mess-, Steuer- und Regeltechnik sowie neuen Werkstoffen. Daher ist sie Ziel illegaler Beschaffungsaktivitäten von Staaten, die ihre eigenen Weltraumprogramme auch für militärische und nachrichtendienstliche Zwecke zum Nachteil deutscher oder europäischer Interessen einsetzen wollen.



Cyberangriffe

Cyberangriffe sind gezielt durchgeführte Angriffe gegen einen Computer oder ein Computernetzwerk, um so eine Störung von Betriebsabläufen, einen Abfluss von Informationen, eine Zugangsverweigerung oder eine Manipulation, Beschädigung oder Zerstörung von Hardware, Daten, Netzwerken oder technischen Systemen herbeizuführen. Neben der Spionage mit menschlichen Quellen und technischen Mitteln nutzen ausländische Nachrichtendienste Cyberangriffe als nachrichtendienstliches Mittel, um sich einen umfassenden Zugriff auf sensible Daten im Sinne des jeweiligen Aufklärungsinteresses verschaffen zu können. Cyberangriffe bieten anders als Spionage mit menschlichen Quellen für ausländische Nachrichtendienste eine Reihe von Vorteilen: Ihr Einsatz ist orts- und personenunabhängig und erfordert oft einen geringeren Aufwand. Zudem kann bereits ein einzelner gelungener Angriff den Zugriff auf enorme Datenmengen ermöglichen.

Angreifende nutzen einen sogenannten **Angriffsvektor**, um in ein System einzudringen und dort Schadsoftware zu installieren. Dessen Erfolg hängt von den im Opfersystem vorhandenen Sicherheitslücken ab. Der am häufigsten verwendete **Angriffsvektor** ist das **Spear-Phishing**: Hierbei erhalten Betroffene gezielt eine vermeintlich authentische E-Mail, die zum Beispiel ein Dokument als Anhang hat oder über einen Hyperlink auf eine Webseite verweist. Das Öffnen des Anhangs oder der Besuch der Webseite löst dann den ersten Schritt der Infektion mit einer Schadsoftware aus.



Um ihre Identität zu verschleiern, setzen ausländische Nachrichtendienste für ihre Angriffe im Cyberraum verschiedene Gruppierungen ein. Diese werden allgemein als **Advanced Persistent Threat (APT)** bezeichnet: Die konkreten Angriffe im Rahmen dieser Bedrohungen (threats) werden

aufwändig vorbereitet, sind hochentwickelt (advanced) und dauern lange an (persistent). Ein APT-Angriff soll nach Möglichkeit unentdeckt bleiben, um

vertrauliche Daten des kompromittierten Systems über einen längeren Zeitraum auszuspähen oder anderen Schaden zum Beispiel im KRITIS-Bereich zu verursachen. Sofern von einer Cyberangriffskampagne gesprochen wird, bezeichnet dies eine Angriffswelle beziehungsweise eine von einer APT-Gruppierung durchgeführte Operation.

Im nachrichtendienstlichen Kontext können Cyberangriffe aber auch zur Einflussnahme oder für Desinformationsaktivitäten im Rahmen von „Hack and Leak“- beziehungsweise „Hack and Publish“-Operationen dienen. Aufgrund ihrer Qualität und ihres Umfangs gehen von nachrichtendienstlich gesteuerten Cyberangriffen erhebliche Gefahren für die betroffenen IT-Infrastrukturen aus, da sie selbst von Personen mit ausgeprägtem Sicherheitsbewusstsein häufig nicht erkannt werden.

Bei „Hack and Leak“-Operationen kompromittieren die Angreifer zunächst das Computernetzwerk des Opfers und leiten erbeutete Daten aus. Im zweiten Schritt werden die gestohlenen Daten dann teilweise verfälscht und gezielt veröffentlicht, um die öffentliche Wahrnehmung im eigenen Sinne zu beeinflussen. Dabei wird häufig auf einen strategisch günstigen Zeitpunkt für die Veröffentlichung gewartet, beispielsweise im Vorfeld von Wahlen. Die Veröffentlichung erfolgt in der Regel nicht durch die Manipulierenden selbst, sondern über Dritte (zum Beispiel über Webseiten oder Akteure in sozialen Medien), um eine Zuordnung zu erschweren.

„Hack and Publish“-Operationen zeichnen sich dadurch aus, dass die Angreifer legitime Nachrichtenseiten kompromittieren, um anschließend darüber Falschinformationen zu verbreiten. Die auf den Seiten veröffentlichten Falschinformationen werden oft auch parallel über andere Verbreitungswege wie zum Beispiel Blogs, soziale Medien oder E-Mails an Medienunternehmen verbreitet und so weitläufig gestreut.

Die Arbeit der Spionage-, Cyber- und Proliferationsabwehr

Spionageabwehr

In Deutschland ist das BfV für die Spionageabwehr zuständig (vergleiche § 3 Absatz 1 Nummer 2 BVerfSchG); daneben unterhalten auch die LfV jeweils eine eigene Spionageabwehr. Im Rahmen des Verfassungsschutzverbundes arbeitet das BfV in seiner Rolle als Zentralstelle mit den LfV eng zusammen. Die wesentliche Aufgabe der Spionageabwehr ist es, bereits im Vorfeld mögliche Ausspähversuche fremder Nachrichtendienste gegen Deutschland zu detektieren, diese zu analysieren und in der Folge zu unterbinden beziehungsweise abzuwehren.



Unter anderem geht das BfV der Frage nach, wo nachrichtendienstliche Strukturen und entsprechendes Personal fremder Dienste untergebracht sein könnten, beobachtet Reiseaktivitäten fremder Nachrichtendienstoffiziere und analysiert Schwerpunkte des strategischen Aufklärungsinteresses fremder Nachrichtendienste. Es bewertet dann aufgrund dieser Indikatoren und anderer Hinweise die aktuelle Bedrohungslage durch Spionage. Die potenziellen Stützpunkte fremder Nachrichtendienste (beispielsweise Botschaften, Generalkonsulate, Nachrichtenagenturen und Luftfahrtgesellschaften), aber auch die Reisewege von Führungsoffizieren sowie deren Quellen dienen dabei als Anhaltspunkte. Das Ziel ist die Erkenntnis darüber, wie genau fremde Nachrichtendienste bei ihrer Informationsbeschaffung und -übermittlung vorgehen. Darauf aufbauend gewinnt die Spionageabwehr auf weiteren Wegen ergänzende Erkenntnisse. So sollen die Aufklärungsoperationen fremder Nachrichtendienste kontrolliert und abgewehrt werden können.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich daraus, dass fremde Nachrichtendienste häufig aus ihrem Herkunftsland heraus agieren und beispielsweise die Reisefreiheit innerhalb der EU ausnutzen. Daher hat bereits im Rahmen der Detektion von Spionageversuchen die Zusammenarbeit mit nationalen



und internationalen Partnern eine große Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielt auch der Informationsaustausch im GETZ eine wertvolle Rolle.

Haben sich die Erkenntnisse der Spionageabwehr verdichtet, kann das BfV den GBA darüber in Kenntnis setzen, damit dieser als Ermittlungsbehörde den Sachverhalt juristisch prüfen kann. Er leitet dann gegebenenfalls unter Einbeziehung des BKA oder eines Landeskriminalamtes (LKA) ein Ermittlungsverfahren ein.

Cyberabwehr

Das BfV beobachtet und analysiert gegen Deutschland gerichtete Aktivitäten fremder Staaten im Cyberraum, um gefährdete Stellen und Opfer von nachrichtendienstlich gesteuerten Angriffen zu identifizieren und zu unterstützen. Die Cyberabwehr kann auch dann aktiv werden, wenn beispielsweise eine in Deutschland gehostete Infrastruktur von fremden Akteuren für Cyberangriffe gegen Ziele im Ausland genutzt wird.

Konkret gibt es im Zusammenhang mit der Aufklärung von Cyberangriffen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund drei wesentliche Kernaufgaben, die in einem inneren Sachzusammenhang stehen und ineinandergreifen:

- die Detektion (Erkennung),
- die Attribution (Zuordnung) dieser zu einem Staat, einer APT-Gruppierung oder die Benennung beteiligter Personen an einem konkreten Cyberangriff sowie
- die Prävention (Vorbeugung) solcher Angriffe.

Um Cyberangriffe im Vorfeld abwehren oder verhindern zu können, sind Erkenntnisse über die jeweiligen Akteure von großer Bedeutung. Das BfV analysiert hierfür die Angriffe und ordnet sie ein. Die Attribution eines Cyberangriffs ist ein elementarer Bestandteil von Ermittlungsverfahren und dient darüber hinaus der Bundesregierung als Grundlage für politische Reaktionen.



Mit der Information über mögliche Angriffe und der Veröffentlichung technischer Indikatoren („Indicators of Compromise“ – IoC) ermöglicht das BfV gefährdeten Stellen, eine eigene Betroffenheit festzustellen und entsprechende Schutzmaßnahmen einzuleiten. Anlassbezogene Warnhinweise veröffentlicht das BfV unter anderem in Form von „Cyber-Briefen“, die auf

der Webseite abrufbar sind. Weitere präventive Maßnahmen sind Informationsveranstaltungen, Vorträge und Sensibilisierungsgespräche mit von Cyberangriffen betroffenen Einrichtungen und Personen.

Auch bei der Cyberabwehr spielt die Zusammenarbeit mit nationalen Behörden eine wichtige Rolle. Seit 2011 dient hierbei das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ) als Kooperations-, Kommunikations- und Koordinierungsplattform aller relevanten Behörden für Cybersicherheit. Gemeinsam werden hier unter Bündelung der jeweiligen Kompetenzen aktuelle und umfassende Lagebilder erstellt sowie Abwehrmaßnahmen koordiniert. Das BfV ist seit Gründung des Cyber-AZ maßgeblich daran beteiligt.



Proliferationsabwehr

Die Herstellung von Massenvernichtungswaffen und deren Verbreitung können zu einer erheblichen Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und stellen so eine ernsthafte Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens dar. Trotz eines teilweise erheblichen eigenen technologischen Know-hows bleiben Staaten, die nach Massenvernichtungswaffen streben, bei der Entwicklung und Herstellung solcher Waffen und Trägersysteme auf den Weltmarkt angewiesen.⁴⁸ So versuchen sie auch in Deutschland, notwendige Güter oder Wissen unter Umgehung der strengen deutschen und europäischen Exportkontrollbestimmungen zu beschaffen. Eine Aufgabe des Verfassungs-

⁴⁸ Dabei handelt es sich um Länder, von denen zu befürchten ist, dass von dort aus ABC-Waffen in einem bewaffneten Konflikt eingesetzt werden oder deren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele angedroht wird.

schutzverbundes ist es, diese illegale Beschaffung von Gütern, die Aneignung von Know-how sowie die Finanzierung aufzuklären und zu verhindern.

Hierbei arbeitet dieser eng zusammen und steht im Rahmen der Exportkontrolle auch im kontinuierlichen Austausch mit weiteren Sicherheitsbehörden sowie Behörden aus den Ressorts Wirtschaft und Finanzen. Sollten sich relevante Erkenntnisse verdichten, kann das BfV Sachverhalte aus der Proliferationsabwehr an die Strafverfolgungsbehörden übermitteln.

Zudem sensibilisiert der Verfassungsschutz auf Bundes- und Länderebene betroffene Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen über mögliche Risiken beim Export von proliferationsrelevanten Gütern und entsprechendem Know-how.

Prävention in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung

Der Schutz von Wirtschaft und Wissenschaft wie auch von Politik und Verwaltung ist Teil des gesetzlichen Präventionsauftrags des BfV. Ziel ist es, Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Behörden durch Information und Sensibilisierung dabei zu unterstützen, sich eigenverantwortlich effektiv gegen Spionage und Sabotage aber auch extremistische und terroristische Bedrohungen zu schützen.

Der Fokus der Präventionsarbeit des BfV liegt auf aktuellen Herausforderungen im Bereich strategisch bedeutsamer Wirtschaftsbereiche und Technologien. Mit den „**Informationsblättern zum Wirtschaftsschutz**“ beleuchtet der Präventionsbereich überblicksartig Themen, die für die Sicherheitsverantwortlichen in Unternehmen von dauernder Relevanz sind und zu denen regelmäßig Anfragen gestellt werden. Die Publikationsformate „**Sicherheitshinweis für die Wirtschaft**“ und „**Sicherheitshinweis für Politik & Verwaltung**“ werden lagebezogen und zielgruppengenaue über branchenspezifische Kontaktkanäle versendet sowie auf der Webseite veröffentlicht. Darin informiert das BfV über die **aktuelle Bedrohungslage für Unternehmen beziehungsweise Behörden** und gibt **Handlungsempfehlungen**. Mit dem SPOC⁴⁹-Ma-

49 Kurzform von „Single Point of Contact“.

gazin „Wirtschaft und Wissenschaft schützen“ schlägt das BfV mit zeitgemäß aufgearbeiteten Informationen eine Brücke in die **Zielgruppe Wirtschaft und Wissenschaft**. Übergeordnetes Ziel ist es hier, auf aktuelle Entwicklungen in der Sicherheitslandschaft hinzuweisen und als Verfassungsschutz eigene Themenschwerpunkte zu setzen.



**initiative
wirtschaftsschutz**

Gemeinsam. Werte. Schützen.

Seit vielen Jahren engagiert sich das BfV zudem in der durch das BMI koordinierten „Initiative Wirtschaftsschutz“. Deren Ziel ist es, die Resilienz des Standortes Deutschland gegenüber gegenwärtigen und künftigen Sicherheitsherausforderungen ganzheitlich zu betrachten und zu stärken.

Herausforderungen der Zukunft

Cyber- und Spionageabwehr werden weiterhin Strukturkenntnisse zu fremden Nachrichtendiensten erarbeiten, deren Mitarbeiter und ihre Aufträge enttarnen sowie die Kontaktpersonen und Quellen identifizieren. So können illegale nachrichtendienstliche Tätigkeiten kontrolliert, eingeeht oder unterbunden werden.

Dabei machen Cyber- und Spionageabwehr Risikopotenziale sichtbar, beobachten fortlaufend neue Entwicklungen und können so rechtzeitig mögliche Gefahren abwehren.



Fremde Nachrichtendienste werden auch zukünftig ihre Bemühungen fortsetzen, in Deutschland auf immer vielfältigere Weise zu spionieren, Cyberangriffe durchzuführen, Einflussnahmeaktivitäten auszuüben, Staatsterrorismus zu betreiben und sensitive Produkte und Technologien illegal zu erwerben. Die sich verändernden geopolitischen Gegebenheiten sowie grundlegende Entwicklungen im Bereich der EMT stellen die Cyber-, Spionage- und Proliferationsabwehr des BfV vor neue Herausforderungen.

Strukturen und Aufgaben ausländischer Nachrichtendienste

Russische Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation sind fester Bestandteil der staatlichen Sicherheitsarchitektur und mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet. Die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste in Deutschland bewegen sich seit vielen Jahren auf hohem Niveau. Die Spionageaktivitäten erstrecken sich mit unterschiedlicher Intensität auf die Zielbereiche Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik sowie Militär. Im Blickpunkt der russischen Nachrichtendienste stehen sämtliche Politikfelder, die einen möglichen Bezug zu Russland haben: Insbesondere die Bündnispolitik, aber auch Außen- und Wirtschaftspolitik sind wesentliche Aufklärungsfelder. Sie haben außerdem wichtige Funktionen bei den zentral gesteuerten Einflussnahme- und Desinformationsaktivitäten Russlands.

Schon vor Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 war die Cyber- und Spionageabwehr des BfV gefordert, das Agieren russischer Nachrichtendienste in und gegen Deutschland umfassend aufzuklären und abzuwehren. Die aufgrund des Angriffs verhängten westlichen Sanktionen sowie die Ausweisung von als Diplomaten getarnten Agenten führten zu einer Neuorientierung der russischen Aufklärungsbemühungen. Schwerpunkte wie Außenpolitik (insbesondere Bündnispolitik im Rahmen von EU und NATO) und Wirtschaftspolitik (Energie) rückten dabei stärker in den Fokus. In der Vorgehensweise handeln russische Nachrichtendienste mehr als bisher im Verborgenen. Mit Blick auf die deutsche Innenpolitik versuchen sie,

Informationen zum strategischen Handeln der Bundesregierung, aber auch zu parteipolitischen Entwicklungsprozessen zu erlangen.

SWR (Slushba Wneschnej Raswedki)⁵⁰

Der SWR ist der zivile Auslandsnachrichtendienst Russlands und beschäftigt mindestens 15.000 Personen (Stand 2022). Er ist für (Cyber-)Spionage in den Bereichen Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zuständig. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die Ausforschung von Zielen und Arbeitsmethoden westlicher Nachrichten- und Sicherheitsdienste sowie die elektronische Fernmeldeaufklärung. Der Dienst wirkt zudem an der Bekämpfung von Proliferation und Terrorismus mit.



GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije)⁵¹

Die GRU ist der militärische Auslandsnachrichtendienst Russlands und beschäftigt etwa 37.000 Personen, davon etwa 25.000 SpetsNaz⁵² (Stand 2022). Zu ihren Aufgaben gehört die Beschaffung von Informationen in den Bereichen Militär und Sicherheitspolitik. Zu den Zielobjekten ihrer (Cyber-)Spionage zählen die Bundeswehr, die NATO und andere westliche Verteidigungsstrukturen sowie organisationsübergreifend militärisch nutzbare Technologien.



FSB (Federalnaja Slushba Besopasnosti)⁵³

Der FSB ist der russische Inlandsnachrichtendienst und beschäftigt rund 350.000 Personen, davon mehr als 200.000 im Grenzschutzdienst (Stand 2022). Zu seinen Aufgaben gehören die Spionageabwehr, die Beobachtung oppositioneller Gruppierungen sowie die Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Organisierter Kriminalität, aber



50 „Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation“.

51 „Hauptverwaltung für Aufklärung“.

52 Militärische Spezialeinheit der GRU.

53 „Föderaler Dienst für Sicherheit“.

auch der Schutz der russischen Industrie vor Wirtschaftsspionage, der Schutz ausländischer Investoren vor Wirtschaftskriminalität sowie die Sicherung der Staatsgrenzen. Der FSB betreibt auch Gegenspionage im Ausland und ist in der Cyberspionage aktiv.

Volksrepublik China

Die Nachrichtendienste der Volksrepublik China sind mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet und dienen maßgeblich dem Machterhalt der herrschenden „Kommunistischen Partei Chinas“ (KPCh). Die Ziele der Staats- und Parteiführung sind der Ausbau von Macht und Einfluss, die Modernisierung der Armee, der Umbau der Volkswirtschaft zu einer führenden Industrienation mit mehr Unabhängigkeit von der Weltwirtschaft sowie die Markt- und Technologieführerschaft in strategisch relevanten Sektoren. Dabei sind die Nachrichtendienste von wesentlicher Bedeutung. Darüber hinaus beteiligen sie sich auch an Einflussnahmeaktivitäten, die die Narrative der KPCh verbreiten.

In Deutschland stehen Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie das Militär im Fokus der chinesischen Dienste; außerdem werden oppositionelle Gruppen überwacht und bekämpft. Für die Realisierung seiner ambitionierten Industriepolitik nutzt China (Cyber-)Spionage in Wirtschaft und Wissenschaft, unternimmt strategische Investitionen in deutsche Unternehmen der Spitzentechnologie und wirbt gezielt relevante Expertinnen und Experten an. Zugleich strebt China auch nach rüstungspolitischem Know-how aus Deutschland.

MSS (Ministry of State Security)⁵⁴

Das MSS ist der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst Chinas und ist sowohl mit Abwehraufgaben im Inland als auch offensiven Spionageaktivitäten im Ausland betraut. In Fragen der nationalen Sicherheit hat es eine zentrale Rolle unter den chinesischen Diensten. Das MSS ist für die Bekämpfung von Gefahren für die staatliche Ordnung und Sicherheit zuständig und dazu auch mit Polizeibefugnissen ausgestattet. In Deutschland bemüht es sich nachhaltig



54 „Ministerium für Staatssicherheit“.

um Informationen aus den Bereichen Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft und klärt außerdem oppositionelle chinesische Gruppierungen auf.

MID (Military Intelligence Directorate)⁵⁵

Das MID ist der militärische In- und Auslandsnachrichtendienst Chinas. Es ist weltweit tätig, entsendet Militärattachés und unterhält Verbindungen zu ausländischen Streitkräften. Das MID beschafft Informationen, die die äußere Sicherheit der Volksrepublik betreffen und hat den Auftrag, sich auf militärstrategische Aufklärungsziele wie Struktur, Stärke und Ausrüstung fremder Streitkräfte zu konzentrieren. Spionageziele sind daneben aber auch Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Technik mit militärischem Bezug.

NSD (Network Systems Department)⁵⁶

Das NSD ist der technische militärische Nachrichtendienst Chinas und untersteht als Teil der Volksbefreiungsarmee („People’s Liberation Army“ – PLA) der Teilstreitkraft „PLA Strategic Support Force“ (PLASSF – „Strategische Kampfunterstützungstruppe der Volksbefreiungsarmee“). Es betreibt weltweite Fernmeldeaufklärung und Cyberspionage und ist außerdem für Telekommunikationsüberwachung, IT-Sicherheit und Cyberabwehr im Militär zuständig.

MPS (Ministry of Public Security)⁵⁷

Das MPS ist zuständig für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und kann auf die Ordnungs- und Kriminalpolizei zurückgreifen. Ferner verfügt es über nachrichtendienstliche Einheiten, die auch verdeckt im Ausland tätig sind und deren Aufgaben sich teilweise mit dem MSS überschneiden. Überdies kontrolliert und zensiert das MPS die Medien und den Internetverkehr.



55 „Direktion des Militärgeheimdienstes“.

56 „Ressort für Netzwerksysteme“.

57 „Ministerium für Öffentliche Sicherheit“.

IDCPC (International Department of the Central Committee of the Communist Party of China)⁵⁸

Das IDCPC hat Ministeriumsrank und ist für den Dialog der KPCh mit ausländischen Parteien des gesamten politischen Spektrums zuständig. Darüber hinaus führt es verdeckte politische Einflussoperationen durch und nutzt auch nachrichtendienstliche Mittel zur Informationsbeschaffung.

Islamische Republik Iran

Die (geo-)politische Lage im Nahen und Mittleren Osten prägt die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Irans. Das Land versteht sich als Regionalmacht – mit ausgeprägten antiwestlichen sowie antiisraelischen Stoßrichtungen. Damit einhergehend ist das iranische Regime an Informationen über die Politik des Westens interessiert, so zum Beispiel über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Zusätzlich stehen insbesondere oppositionelle Strukturen, darunter Regimegegner, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, im Fokus seiner Nachrichtendienste. Iran betrachtet nicht nur die USA, sondern auch den Staat Israel und dessen Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Unterstützende als Feinde. Hierzu können auch führende Personen jüdischer Organisationen in der Diaspora gehören. Deshalb gehören Ausspähungsaktivitäten gegen (pro-) israelische sowie (pro-)jüdische Ziele auch in Deutschland zum Tätigkeitsfeld iranischer Nachrichtendienste.

Iran nutzt über seine Dienste auch Staatsterrorismus zur Durchsetzung seiner Ziele. Maßgebliche staatsterroristische Ziele sind die Einschüchterung und Neutralisierung von Oppositionellen wie auch die Bestrafungen von „Verrätern“ oder „Überläufern“.

VAJA/MOIS ⁵⁹ (Ministry of Intelligence)⁶⁰

VAJA/MOIS ist der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst Irans. Es ist wegen seiner Größe und Bedeutung für den Machterhalt der Regierung eines der

58 „Internationale Abteilung des ZK der KPCh.“

59 In Farsi: „Veazarat e Ettela'at-e Jomhuri-ye Eslami-ye Iran“ (VAJA – „Ministerium für Nachrichtenwesen der Islamischen Republik Iran“).

60 „Ministerium für Nachrichtenwesen“.

mächtigsten Ministerien des Landes. In seiner Funktion als Minister hat der Leiter des VAJA/MOIS einen Sitz im Kabinett. Kernaufgaben des Nachrichtendienstes sind die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Bewegungen im In- und Ausland – auch durch Staatsterrorismus. Darüber hinaus werden im westlichen Ausland Informationen aus den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wirtschaft und Wissenschaft beschafft.

IRGC-IO (Islamic Revolutionary Guard Corps Intelligence Organization)⁶¹

Die IRGC-IO ist der militärische In- und Auslandsnachrichtendienst der Iranischen Revolutionsgarden. Sie ist sowohl für Spionage im Ausland als auch für Abwehraufgaben im Inland zuständig.

Quds Force⁶² (auch: al-Quds-Einheit, Quds-Brigaden oder Sepah-Qods)

Diese militärische Spezialeinheit der Revolutionsgarden ist auf exterritoriale und verdeckte militärische Operationen (zum Beispiel in Nachbarstaaten sowie im gesamten Nahen Osten) sowie auf nachrichtendienstliche Ausspähungen spezialisiert.

Republik Türkei

Die Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden sind ein zentrales Element der türkischen Sicherheitsarchitektur. Sie dienen der Regierung, dem Staatspräsidenten und dessen Partei AKP zur Durchsetzung der Regierungspolitik, der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und nicht zuletzt der Informationsbeschaffung zur Vorbereitung politischer Entscheidungen.

Im Fokus türkischer Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden stehen alle Vereinigungen und Einzelpersonen, die in (tatsächlicher oder mutmaßlicher) Opposition zur Regierung stehen, vorrangige Ziele sind dabei die PKK und die Gülen-Bewegung. Weitere Aufklärungsziele bilden wirtschaftliche, politische,

61 In Farsi: „Sepah Pasdaran“ (Nachrichtendienst der „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“).

62 In Farsi: „Niru-ye Quds“ (diese Bezeichnung der Einheit wird von dem arabischen Namen für Jerusalem „al-Quds“ abgeleitet).

militärische und technologische Bereiche in Deutschland sowie die Politik Deutschlands in EU und NATO.

Nachrichtendienste sonstiger Staaten

Die Aufklärungs- und Abwehraktivitäten der Cyber- und Spionageabwehr richten sich gegen sämtliche nachrichtendienstliche Aktivitäten anderer Staaten gegen Deutschland. Dieser Rundumblick („360°-Blick“) führt dazu, dass das BfV tatsächliche Anhaltspunkte für unzulässige nachrichtendienstliche Aktivitäten in Deutschland prüft – egal, welchem Staat sie zuzuschreiben sind.

Dazu gehören die Bemühungen der Demokratischen Volksrepublik Korea. Die kommunistische Diktatur zählt zu den isoliertesten Staaten der Welt und das Hauptinteresse des herrschenden Regimes ist sein Machterhalt. Eine wichtige Säule dieses Systems besteht aus dessen verschiedenen Nachrichtendiensten: das als ziviler Nachrichten- und Sicherheitsdienst fungierende „Ministry of State Security“ (MSS – „Ministerium für Staatssicherheit“), das „United Front Department“ (UFD – „Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront“) als Nachrichtendienst der Staatspartei sowie der militärische Nachrichtendienst „Reconnaissance General Bureau“ (RGB – „Generalbüro für Aufklärung“).

Diese Nachrichtendienste agieren auch in Deutschland. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Gewährleistung der Sicherheit der nordkoreanischen Vertretungen im Ausland und die umfassende Überwachung nordkoreanischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger hierzulande. Hinzu kommen die nachrichtendienstliche Aufklärung Deutschlands mit Cyberangriffsgruppierungen sowie die Unterstützung der umfassenden Proliferationsaktivitäten des Regimes beziehungsweise die Beschaffung von Devisen hierfür.

Die illegalen nachrichtendienstlichen Aktivitäten zahlreicher weiterer Staaten in Deutschland werden durch Verurteilungen wegen Spionage beispielsweise für ägyptische, syrische, marokkanische, vietnamesische und indische Nachrichtendienste belegt. Nachrichtendienste aus anderen Staaten legen zum Teil einen sehr weiten Terrorismusbegriff an und versuchen, Oppositionelle in Deutschland im Sinne transnationaler Repression auszuspähen und einzuschüchtern, bis hin zu Bedrohungen für Leib und Leben.

Es besteht ebenso die Gefahr, dass außereuropäische Regionalkonflikte wie beispielsweise zwischen Indien und Pakistan oder die Lage im Nahen Osten angesichts des Gaza-Krieges nach dem Terrorangriff der islamistischen-terroristischen HAMAS auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln in Deutschland ausgetragen werden. Menschliche Quellen kommen dabei genauso zum Einsatz wie moderne technische Mittel. Zudem können Politik und Verwaltungshandeln in Deutschland von unterschiedlichen Beteiligten verdeckt beeinflusst werden.

„Scientology-Organisation“ (SO)

Die „Scientology Kirche“ hat sich 1954 in den USA gegründet und bezeichnet sich selbst als „neue religiöse Bewegung“. Ihr erklärtes Ziel ist es, eine scientologische Zivilisation zu errichten. Tatsächlich ist die SO aber eine international agierende Gemeinschaft mit zahlreichen Neben- und Tarnorganisationen, die maßgeblich **nach finanziellem Gewinn und der vollständigen Kontrolle über ihre Mitglieder strebt**. In Deutschland ist sie seit 1970 aktiv.



„Wahre Demokratie“ ist gemäß der Einschätzung des Organisationsgründers und ideologischen Leitfigur der Gemeinschaft Lafayette Ron Hubbard (1911–1986) nur in einer Nation von „Clears“ (den mittels scientologischer Technologie geformten Menschen) möglich; andere Personen werden dagegen nicht als gleichwertig betrachtet. Hubbard hat die von ihm entworfene Gesellschaftsform als Rechtsordnung beschrieben, in der unter anderem die Existenz des Einzelnen vom willkürlichen Ermessen der SO abhängt. **Die SO strebt eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen an und lehnt das demokratische Rechtssystem ab.** Grundrechte stehen demzufolge nur denjenigen Personen zu, die aus Sicht der Organisation zu den „Ehrlichen“ gehören. Mit ihrem totalitären Anspruch richtet sich die SO somit gegen maßgebliche Bestandteile der fdGO.

Um ihre Einflussmöglichkeiten auf die Gesellschaft zu vergrößern, ist die Organisation bemüht, auch die Wirtschaft zu unterwandern. Dafür verfügt die SO über das „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE), einen Zusammenschluss unternehmerisch tätiger Scientologinnen und Scientologen.

Der totalitäre Charakter der SO kommt auch darin zum Ausdruck, dass eine weitestgehende Kontrolle über alle ihre Mitglieder angestrebt wird. Sie hält diese beispielsweise regelmäßig dazu an, Verhaltensfehler anderer zu melden,

wozu auch das Verlassen der Organisation sowie „jegliche falsche Darstellung der Dianetik⁶³“ oder der SO selbst zählt.

Um den Anschein einer wohltätigen „religiösen Bewegung“ aufrechtzuerhalten, betreibt die Organisation verschiedene vermeintliche Hilfs- sowie Tarnorganisationen und lanciert diverse Kampagnen. Dazu gehören zum Beispiel

- der Verein „Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben“, der insbesondere Jugendliche über Drogenmissbrauch und -prävention aufklären soll,
- NARCONON, eine Anlaufstelle für Drogenabhängige,
- CRIMINON, eine Einrichtung, die Hilfeleistungen für Straftäterinnen und Straftäter anbietet,
- die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte Deutschland e.V.“, die angebliche Missbrauchshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie aufdecken und bekämpfen will,
- die Initiative „Jugend für Menschenrechte“, die sich vorrangig an junge Menschen und Heranwachsende wendet,
- die sogenannten Ehrenamtlichen Geistlichen, die vermeintliche Hilfsangebote in Krisen- und Katastrophengebieten für Öffentlichkeitsarbeit und lokale Vernetzungsbestrebungen nutzen,
- die Organisation „Der Weg zum Glückhsein“, welche über Broschüren, Flyer und diverse mediale Angebote ohne unmittelbar erkennbaren Bezug zur SO eine Kontaktaufnahme und Mitgliederwerbung herbeiführen möchte, oder



63 Unter „Dianetik“ versteht die SO eine von Lafayette Ron Hubbard entwickelte Theorie und Methode, mit der negative Auswirkungen der Seele auf den Körper beseitigt werden sollen.

- die anlässlich der Coronapandemie initiierte Kampagne „Wie man sich und andere gesund hält“ („How to stay well“), welche die Pandemie zur Mitgliederwerbung und Darstellung der eigenen vermeintlichen Beratungskompetenz in Gesundheitsfragen instrumentalisiert.



Diese Bemühungen adressieren überwiegend Menschen in schwierigen Lebensphasen, da diese nach Auffassung der SO leichter beeinflussbar sind. Durch die angebotenen Hilfeleistungen sollen Interessierte langfristig an die Organisation gebunden werden, da die Betroffenen für die diversen Dienstleistungen zum Teil hohe Geldbeträge aufbringen müssen.

Um mit potenziellen Mitgliedern in Kontakt zu kommen, setzt die Organisation unter anderem auf Infostände in Fußgängerzonen, den Versand von Werbematerial und das Angebot von Beratungskursen. Daneben spielen im Internet die Webseite der SO, deren Auftritte in sozialen Netzwerken sowie das sogenannte Scientology Network eine zentrale Rolle für die Kontaktaufnahme. Seit 2018 verbreitet die Organisation über das „Scientology Network“ als Streamingdienst eigens dafür erstelltes Videomaterial.

Abkürzungs- verzeichnis

AAD	Ansar al-Din (Unterstützer des Glaubens)
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
ADÜTDF	Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.)
AfD	Alternative für Deutschland (Verdachtsfall)
AGD	Anadolu Gençlik Derneği (Verein der Anatolischen Jugend)
AGEB	Avrupa Göçmen Emekçiler Birliği (Verband der Werk tätigen Migrant*Innen in Europa)
AGİF	Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e. V.)
AKB	Armeekorpsbezirk
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung oder Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
AMGT	Avrupa Millî Görüş Teşkilatı (Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.)
ANF	Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu (Föderation der Weltordnung in Europa)
APT	Advanced Persistent Threat (fortgeschrittene, andauernde Bedrohung)
AQAH	al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel
AQJ	al-Qaida im Jemen
AQM	al-Qaida im islamischen Maghreb
ATİB	Avrupa Türk İslam Kültür Dernekleri Birliği (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V.)
ATİF	Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.)
ATİK	Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa)
AvEG-Kon	Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa)

B & H	Blood & Honour (Blut & Ehre)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAMAD	Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst
BBP	Büyük Birlik Partisi (Partei der Großen Einheit)
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BKA	Bundeskriminalamt
BKG	Babbar Khalsa Germany
BKI	Babbar Khalsa International
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz (Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
C18	Combat 18 (sinngemäß Kampftruppe Adolf Hitler)
CEM	Council of European Muslims (Rat der europäischen Muslime)
Cyber-AZ	Kurzform von Nationales Cyber-Abwehrzentrum
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dev Genç	Kurzform von Devrimci Gençlik (Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei)
DHKP-C	Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLF	Deutsche Libanesische Familie e. V.
DMG	Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V.
DVU	Deutsche Volksunion
DWR	Die Wahre Religion
ECFR	European Council for Fatwa and Research (Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien)
EG	Ende Gelände
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EMT	Emerging Technologies (aufkommende Technologien)
EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.
ESAM	Ekonomik ve Sosyal Araştırmalar Merkezi (Zentrum für wirtschaftliche und soziale Studien)
EU	Europäische Union
FAU	Freie Arbeiter*innen-Union
FCDK-KAWA	Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyan (Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e. V.)
fdGO	freiheitliche demokratische Grundordnung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FED-DEM	Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyên li Bakûrê Almanya (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Norddeutschland e.V.)
FED-GEL	Federasyona Gelên Kurdistanî (Föderation der Völker Kurdistans e. V.)
FED-KURD	Federasyona Kurdistanîyên Azad li Rojhilatê Almanya (Freie Kurdistan Föderation Ostdeutschland)
FED-MED	Federasyona Civakên Azad yê Mezopotamya li NRW (Föderation der Freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e.V.)
FfW	Farben für Waisenkinder e.V.
FIOE	Federation of Islamic Organizations in Europe (Föderation Islamischer Organisationen in Europa)
FJP	Freedom and Justice Party (Partei für Freiheit und Gerechtigkeit)
FNS	Freies Netz Süd
FP	Fazilet Partisi (Tugendpartei)
FSB	Federalnaja Slushba Besopasnosti (Föderaler Dienst für Sicherheit)
G 10	Artikel 10-Gesetz (Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses)
GAR	Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus
GBA	Generalbundesanwalt
GdVuSt	Geeinte deutsche Völker und Stämme

Gestapo	Kurzform von Geheime Staatspolizei
GETZ	Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum
GG	Grundgesetz
GI	al-Gama'a al-Islamiya (Die Islamische Vereinigung)
GIA	Groupe Islamique Armé (Bewaffnete Islamische Gruppe)
GIZ	Gemeinsames Internetzentrum
GK	Gemeinwohlkasse
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (Hauptverwaltung für Aufklärung)
GSPC	Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf)
GTAZ	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum
HAMAS	Harakat al-Muqawama al-Islamiya (Islamische Widerstandsbewegung)
HIA	Hezb-e Islami-ye Afghanistan (Islamische Partei Afghanistans)
HIG	Hezb-e Islami Gulbuddin (Islamische Partei Gulbuddins)
HPG	Hêzên Parastina Gel (Volksverteidigungskräfte)
HPJ	Hêzên Parastina Jin (Frauenverteidigungskräfte)
HTS	Haî'at Tahrir al-Sham (Komitee zur Befreiung der Levante)
HÜDA PAR	(kurdisch für Partei Gottes), Kurzform von Hür Dava Partisi (türkisch für Partei der freien Sache)
HuT	Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung)
IAA	Internationale Automobilausstellung
IAC	İsmail Ağa Cemaati (İsmail-Ağa-Gemeinde)
IBD	Identitäre Bewegung Deutschland
ICCB	Islami Cemaatleri ve Cemiyetleri Birliği (Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.)
ICT	International Institute for Counter-Terrorism (Internationales Anti-Terror-Institut)
IDCPC	International Department of the Central Committee of the Communist Party of China (Internationale Abteilung des ZK der KPCh)
I-FAU	Initiative FAU (siehe FAU)
IfS	Institut für Staatspolitik

IGMG	Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.
IHRA	International Holocaust Remembrance Alliance (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken)
IIFJK	Internationale Islamische Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer
IKVI	Internationales Komitee der Vierten Internationale
IL	Interventionistische Linke
IoC	Indicators of Compromise (technische Indikatoren)
IS	Islamischer Staat
ISAF	International Security Assistance Force (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe)
ISIG	Islamischer Staat im Irak und Großsyrien
IRGC-IO	Islamic Revolutionary Guard Corps Intelligence Organization (Nachrichtendienst der Armee der Wächter der Islamischen Revolution)
IZH	Islamisches Zentrum Hamburg e. V.
JA	Junge Alternative für Deutschland
JaN	Jabhat al-Nusra (Unterstützungsfront für das levantinische Volk)
JI	al-Jihad al-Islami (Islamischer Dschihad in Palästina)
JNIM	Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime)
jW	junge Welt
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KADEK	Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans)
KCK	Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans)
KdN	Kampf der Nibelungen
KGÖ	Komünist Gençlik Örgütü (Kommunistische Jugendorganisation)
KKK	Koma Komalên Kurdistan (Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan)
KONGRA GEL	Kongra Gelê Kurdistan (Volkskongress Kurdistans)
KON-MED	Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanya (Konföde- ration der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V.)

KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KRD	Königreich Deutschland
KRITIS	Kurzform von Kritische Infrastrukturen
LfV	Landesbehörde(n) für Verfassungsschutz
LKA	Landeskriminalamt
LPG	Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e. G.
LuK	Lernen und Kämpfen
MB	Muslimbruderschaft (al-Ikhwan al-Muslimun)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Millî Görüş-Bewegung
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
MI5	Kurzform von Military Intelligence, Section 5 (Security Service – Sicherheitsbehörde)
MID	Military Intelligence Directorate (Direktion des Militärgeheimdienstes)
MINUSMA	Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali)
MLKP	Marksist Leninist Komünist Parti (Marxistische Leninistische Kommunistische Partei)
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MNP	Millî Nizam Partisi (Nationale Ordnungspartei)
MOIS	Ministry of Intelligence (Ministerium für Nachrichtenwesen)
MPS	Ministry of Public Security (Ministerium für Öffentliche Sicherheit)
MSP	Millî Selamet Partisi (Nationale Heilspartei)
MSS (China)	Ministry of State Security (Ministerium für Staatssicherheit)
MSS (Nordkorea)	Ministry of State Security (Ministerium für Staatssicherheit)
MUJAO	Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest (Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt-Organisation)

Neonazis	Kurzform von Neonationalsozialisten
NIAS	Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle
NIKA	Nationalismus ist keine Alternative
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (seit Juni 2023 unter neuem Namen „Die Heimat“)
NS	nationalsozialistisch/Nationalsozialismus
NSD	Network Systems Department (Ressort für Netzwerksysteme)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
NWO	New World Order (Neue Weltordnung)
OLG	Oberlandesgericht
OSS	Oldschool Society
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine (Volksfront für die Befreiung Palästinas)
PGI/MLM	Partizan Gençlik İnisiyatifi/Marksist-Leninist-Maoist (Jugendinitiative Partizan/Marxisten-Leninisten-Maoisten)
PIAS	Polizeiliche Informations- und Analysestelle
PK	Perspektive Kommunismus
PKGr	Parlamentarisches Kontrollgremium
PKGrG	Kontrollgremiumgesetz (Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes)
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
PLA	People's Liberation Army (Volksbefreiungsarmee)
PLASSF	People's Liberation Army Strategic Support Force (Strategi- sche Kampfunterstützungstruppe der Volksbefreiungsarmee)
PSG	Partei für Soziale Gerechtigkeit
RF	Rote Fahne
RGB	Reconnaissance General Bureau (Generalbüro für Aufklärung)
RH	Rote Hilfe e. V.
RHD	Rote Hilfe Deutschland
RKO	Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
RLK	Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
SA	Sturmabteilung der NSDAP

SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGP	Sozialistische Gleichheitspartei
SO	Scientology-Organisation
SP	Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit)
SPOC	Kurzform von Single Point of Contact
SRP	Sozialistische Reichspartei
StGB	Strafgesetzbuch
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz (Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes)
SWR	Slushba Wneschnej Raswedki (Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation)
TCŞ	Tevgera Ciwanên Şoreşger (Bewegung der revolutionären Jugend)
TH	Türkische Hizbullah/Hizbullah Cemaati (Partei Gottes/Gemeinschaft der Hizbullah)
THKP/C	Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (Türkische Volksbefreiungspartei/-Front)
TJ	Tablighi Jama‘at (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)
TKİH	Türkiye Komünist İşçi Hareketi (Kommunistische Arbeiterbewegung der Türkei)
TKP-ML	Türkiye Komünist Partisi-Marksist-Leninist (Türkische Kommunistische Partei-Marxisten-Leninisten)
TKP/ML	Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist (Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)
TKP/ML-H	Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist-Hareketi (Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten-Bewegung)
TQJ	Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Rafidain (al-Qaida im Irak)
UFD	United Front Department (Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront)
uG	...ums Ganze! – kommunistisches Bündnis

USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
uz	unsere zeit
VAJA	Vezerat e Ettela'at-e Jomhuri-ye Eslami-ye Iran (Ministerium für Nachrichtenwesen der Islamischen Republik Iran)
VereinsG	Vereinsgesetz
VHD	Vaterländischer Hilfsdienst
WISE	World Institute of Scientology Enterprises
WKP	Waisenkinderprojekt Libanon e. V.
YDG	Yeni Demokratik Gençlik (Neue Demokratische Jugend)
YS	Young Struggle
ZK	Zentralkomitee
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.

Register

A

ABC-Waffen	190, 196
Abstammungsgemeinschaft	42
Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP – Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung/Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)	166, 204
Adil Düzen (Gerechte Ordnung)	147
Advanced Persistent Threat (APT)	192 f., 195
Aktionsbündnis	92, 95
Aktionsfeld	77, 83, 86, 100, 103, 105, 113, 160
Akzelerationismus	27
al-Baghdadi, Abu Bakr	127, 129
al-Baghdadi, Abu Umar	126 f.
al-Banna, Hasan	144, 146
al-Gama'a al-Islamiya (GI – Die Islamische Vereinigung)	144
al-Hashimi al-Qurashi, Abu al-Hasan	129
al-Hashimi al-Qurashi, Abu Ibrahim	129
al-Husaini al-Qurashi, Abu al-Husai	129
al-Ikhwan al-Muslimun (Muslimbruderschaft – MB)	110, 117, 137, 139 144–146
al-Jihad al-Islami (JI – Islamischer Dschihad in Palästina)	118, 144
al-Khalaila, Ahmad Fadil Nazal (alias Abu Mus'ab al-Zarqawi)	126
Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu (ADÜTDF – Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.)	173 f.
Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (AGİF – Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e. V.)	168

Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu (ATİF – Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.)	170
al-Masri, Abu Ayyub	126
al-Muqawama al-Islamiya (Islamischer Widerstand)	133
al-Murabitun	122
al-Nabhani, Taqiaddin	142 f.
al-Qaida	17, 111, 113 f., 118–128
al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH)	114, 124 f.
al-Qaida im Irak (Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Rafidain – TQJ)	126
al-Qaida im islamischen Maghreb (AQM)	114, 121–123
al-Qaida im Jemen (AQJ)	124
al-Qaradawi, Yusuf	145
al-Quds-Tag	136, 179, 183
al-salaf al-salih (die frommen Altvorderen)	130
al-Shabab (Harakat al-Shabab al-Mujahidin – Bewegung der Mujahidin-Jugend)	114, 125 f.
Alternative für Deutschland (AfD, Verdachtsfall)	48 f., 97 f.
al-Zawahiri, Aiman	118–120, 125
Anadolu Gençlik Derneği (AGD – Verein der Anatolischen Jugend)	148
Anarchismus	77, 90, 94
Anarchisten/anarchistisch	77–79, 85, 88–90, 94 f., 99
Anarchosyndikalismus	99
Angriffskrieg	38, 76, 82, 86, 89, 189, 199
Ansar al-Din (AAD – Unterstützer des Glaubens)	122
Anschlussfähigkeit	36, 41, 47, 75, 82, 96
Antifa	25, 97
Antifaschismus/antifaschistisch	77, 80, 83, 92, 98, 100, 102 f.
Antiimperialismus/antiimperialistisch	98, 102 f., 177 f.

antiisraelisch/israelfeindlich	34, 136, 143, 177 f., 181–183, 203
Antikapitalismus/antikapitalistisch	94, 100, 105
Antimilitarismus/antimilitaristisch	86–88, 100, 102 f.
Antipluralismus	54
Antirepression	77, 87, 105
Antisemitismus/antisemitisch	21 f., 27, 29–35, 40, 43, 45, 54, 56, 64, 68, 72, 110, 141, 143, 157, 171 f., 177 f., 181–184
Antizionismus/antizionistisch	34, 136, 141, 183 f.
Arbeiterklasse	78 f., 90, 100 f., 160
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK – Partiya Karkerên Kurdistan).....	140, 158 f., 161–165, 173, 176, 204
Artikel 10-Gesetz (G 10).....	13
Atatürk, Kemal	153
Atsız, Nihal	171
Attentäter-Fanszene	28
Ausländische Direktinvestitionen (ADI)	188
Autonome/autonom	83 f., 89–93, 97
Avantgarde	78, 100 f., 116, 119
Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (AvEG-Kon – Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa).....	168
Avrupa Göçmen Emekçiler Birliği (AGEB – Verband der Werktätigen Migrant*Innen in Europa)	170
Avrupa Milli Görüş Teşkilatı (AMGT – Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.).....	152
Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu (ANF – Föderation der Weltordnung in Europa)	175 f.
Avrupa Türk İslam Kültür Dernekleri Birliği (ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V.).....	174
Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (ATİK – Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa)	170

Azzam, Abdallah	146
-----------------------	-----

B

Babbar Khalsa Germany (BKG).....	181
Babbar Khalsa International (BKI).....	181
BaFin.....	70
BAMAD (deutscher militärischer Nachrichtendienst).....	16
Belmokhtar, Mokhtar	122
Betätigungs-/Organisations-/Vereinsverbot	42, 55, 57, 60, 68 f., 107, 132, 136–139, 143, 153 f., 161, 163, 167, 179 f., 182
Bewaffnete Islamische Gruppe (Groupe Islamique Armé – GIA)	121
Bewegung der Mujahidin-Jugend (al-Shabab – Harakat al-Shabab al-Mujahidin).....	114, 125 f.
Bewegung der revolutionären Jugend (Tevgera Ciwanên Şoreşger – TCŞ).....	165
Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika (Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest – MUJAO)	122
BfV (deutscher Inlandsnachrichtendienst)	11, 13–16, 18–20, 71, 110, 186, 194–199, 205
Bin Ladin, Usama	118 f., 126
biologisch	34, 42 f., 48
Bismarcks Erben	67 f.
BKA.....	18, 195
Black Legion.....	61
Blockade.....	71, 82, 96
Blood & Honour Division Deutschland (B&H)	57
BND (deutscher Auslandsnachrichtendienst).....	16
Bölge	153, 163
Bozkurt/Bozkurtlar (Grauer Wolf/Graue Wölfe).....	159, 172

Breivik, Anders Behring.....	28
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	104
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)	15, 32, 57, 68, 132, 136 f., 139, 154, 161, 163, 167, 179, 198
Bundesverfassungsgericht (BVerfG)	12, 40, 100
Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG).....	11–13, 194
Bundesverwaltungsgericht (BVerwG).....	135, 137 f., 143, 179
Bundeszeughaus (Onlineshop).....	68
Bündnis	81, 89, 93, 95–99, 102, 118, 189, 199
Büyük Birlik Partisi (BBP – Partei der Großen Einheit)	175 f.

C

Çayır, Nusret.....	150
Chatgruppen	25, 27, 68, 74
chiffrierter Antisemitismus/Chiffren	32, 64
Ciwanên Azad (Freie Jugend).....	165
Combat 18 Deutschland	57
COMPACT.DerTag (Onlinenachrichtenformat)	52
COMPACT-Magazin GmbH	48, 51 f.
COMPACTTV (YouTube-Kanal).....	52
Coronapandemie	34, 47, 51, 60 f., 71–73, 76, 80, 83, 112, 132, 147, 209
Coronaschutzmaßnahmen	60, 72 f., 75
Council of European Muslims (CEM – Rat der europäischen Muslime)	145
Crew 38	57
CRIMINON	208
Cyberabwehr	195 f., 198 f., 202, 205
Cyberangriffe	186, 189 f., 192 f., 195 f., 199, 205
Cyber-AZ (Nationales Cyber-Abwehrzentrum).....	196

D

Da‘wa (Missionierung).....	115 f., 132
de.indymedia (Internetplattform)	82, 86–88, 91 f., 107 f.
Delegitimierer/delegitimieren	34, 47, 71 f., 74, 76
Delegitimierung	32, 48, 52, 71, 73, 75 f.
Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Norddeutschland e. V. (FED-DEM – Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyên li Bakûrê Almanya).....	164
Demonstrationen	24, 38, 43, 50, 52, 55 f., 59, 73, 75 f., 82 f., 85, 96, 102, 105, 136, 160, 165, 172, 178
Der III. Weg	42–44, 55
Der Flügel	48 f.
Der Weg zum Glücklichein	208
Desinformation	189, 193, 199
Deutsche Demokratische Republik (DDR)	9, 20, 72, 74, 100, 105 f.
Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	100–102
Deutsche Libanesische Familie e. V. (DLF)	137
Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG).....	117
Deutsche Stimme (Publikation).....	41, 48
Deutsche Volksunion (DVU).....	44
Deutsches/Drittes Reich.....	37, 39, 55, 63 f., 67
Devrimci Gençlik (Dev Genç – Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei).....	167
Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (DHKP-C – Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front).....	166 f.
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke).....	167
Devrimci Yol (Revolutionärer Weg)	167
Die Heimat (ehemals Nationaldemokratische Partei Deutschlands – NPD) ...	39–42, 46, 48

Die Islamische Vereinigung (al-Gama'a al-Islamiya – GI)	144
DIE RECHTE	44–46, 55
Die Wahre Religion (DWR)	132
Diktatur des Proletariats	78, 89, 102, 168
Doğan, Mazlum	162
dogmatische Linksextremisten/Prägung	78, 103, 162, 178
Donaldson, Ian Stuart	57
drei Halbmonde (Üç Hilal)	173
Droukdal, Abdelmalik	123
Dual-Use-Güter	190

E

Echokammer	27, 75
Ehrenamtliche Geistliche	208
Ein Prozent e. V.	52 f.
Einflussnahme	49, 89, 93, 110, 117, 131, 174, 186–189, 193, 199, 201, 203
Einzeltäter/einzelagierende Täter	24, 26, 28, 75, 112 f., 115, 120
Ekonomik ve Sosyal Araştırmalar Merkezi (ESAM – Zentrum für wirtschaftliche und soziale Studien)	148
Elsässer, Jürgen	51
Emerging Technologies (EMT)	191, 199
Engels, Friedrich	77, 100, 102, 168
Ende Gelände (EG, Kampagne)	81, 96, 99
Erbakan, Fatih	151
Erbakan, Necmettin	147–152
Erbakan-Stiftung (Erbakan Vakfı)	149, 151
Erbakan Vakfı (Erbakan-Stiftung)	149, 151

Erbakan Vakfı Avrupa Temsilciliği (Europavertretung der Erbakan-Stiftung)	151
Erdemir, Halit	151
Ergün, Kemal	152
Ethnopluralismus/ethnopluralistisch	28, 37, 50
EU	41, 134, 163, 167, 185, 194, 199, 205
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG)	152
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	115, 143
Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien (European Council for Fatwa and Research – ECFR)	145
Europavertretung der Erbakan-Stiftung (Erbakan Vakfı Avrupa Temsilciliği)	151
European Council for Fatwa and Research (ECFR – Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien)	145
Europol (Polizeibehörde der EU)	114
Ewiger Bund	67
Eyalet	163

F

Facebook (soziales Netzwerk)	114, 147, 176
Fantasiedokumente/-staaten	66
Farben für Waisenkinder e. V. (FfW)	136 f.
Fazilet Partisi (FP – Tugendpartei)	148
Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdîstaniyan (FCDK-KAWA – Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e. V.)	165
Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdîstaniyên li Bakûrê Almanyayê (FED-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Norddeutschland e. V.)	164

Federasyona Civakên Azad yên Mezopotamya li NRW (FED-MED – Föderation der Freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e. V.).....	164
Federasyona Gelên Kurdistanî (FED-GEL – Föderation der Völker Kurdistans e. V.).....	165
Federasyona Kurdistanîyên Azad li Rojhilatê Almanya (FED-KURD – Freie Kurdistan Föderation Ostdeutschland)	164
Federation of Islamic Organizations in Europe (FIOE – Föderation Islamischer Organisationen in Europa).....	145
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu – ATİF).....	170
Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e. V. (Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu – AGİF).....	168
Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e. V. (Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyan – FCDK-KAWA)	165
Föderation der Freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e. V. (Federasyona Civakên Azad yên Mezopotamya li NRW – FED-MED).....	164
Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei (Devrimci Gençlik – Dev Genç).....	167
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF)	173 f.
Föderation der Völker Kurdistans e. V. (Federasyona Gelên Kurdistanî – FED-GEL).....	165
Föderation der Weltordnung in Europa (Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu – ANF).....	175 f.
Föderation Islamischer Organisationen in Europa (Federation of Islamic Organizations in Europe – FIOE).....	145
Franz, Frank.....	40 f.
Frauenverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Jin – HPJ)	163
Freedom and Justice Party (FJP – Partei für Freiheit und Gerechtigkeit)....	144
Freie Arbeiter*innen-Union (FAU).....	99

Freie Arbeiter-Union Deutschland.....	99
Freie Deutsche Jugend (FDJ)	105
Freie Jugend (Ciwanên Azad).....	165
Freie Kurdistan Föderation Ostdeutschland (Federasyona Kurdistanîyên Azad li Rojhilatê Almanya – FED-KURD)	164
Freie Sachsen	46–48
Freies Netz Süd (FNS)	42
freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO).....	10, 12, 22, 35, 40, 42, 45, 54, 71, 78, 109, 111, 207
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê – KADEK)	161
Freiräume	84–86, 91 f.
fremdenfeindlich	22, 45
FSB (russischer Inlandsnachrichtendienst).....	200 f.
Führerprinzip	22, 42, 54
Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı (Furkan Stiftung für Bildung und Dienst)	145
Furkan Gemeinschaft	145–147
Furkan Kultur- und Bildungszentrum e. V.	145
Furkan Stiftung für Bildung und Dienst (Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı)	145

G

G20-Gipfel	96
Gates, Bill	33
Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdVuSt)	65, 68 f.
Gefährdungspotenzial	65, 79
Gegenkultur	53, 129

Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR).....	18
Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)	18, 195
Gemeinsames Internetzentrum (GIZ).....	17 f.
Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)	16–18
Gemeinschaft der Hizbullah (Hizbullah Cemaati).....	140
Gemeinschaft der Jugendlichen (Komalên Ciwan)	165
Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (Koma Komalên Kurdistan – KKK).....	162
Gemeinschaft der Verkündigung und Mission (Tablighi Jama'at – TJ)	111
Gemeinwohldörfer	70
Gemeinwohllasse (GK)	70
Generalbundesanwalt (GBA)	75, 195
Generation Islam	110, 143
Gerechte Ordnung (Adil Düzen).....	147
Gesamt-/Großdeutschland.....	39, 43
Geschichtsrevisionismus/geschichtsrevisionistisch.....	22, 37–40, 45, 63
Gestapo (Geheime Staatspolizei)	19 f.
Ghaly, Iyad Ag.....	123
Gib Frieden e. V.	137
Grauer Wolf/Graue Wölfe (Bozkurt/Bozkurtlar).....	159, 172
Great Reset.....	29, 52
Greifvogel Wear	61
Großer Austausch	29, 49
Groupe Islamique Armée (GIA – Bewaffnete Islamische Gruppe).....	121
Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC – Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf)	121
GRU (russischer militärischer Auslandsnachrichtendienst).....	200

Grundgesetz (GG).....	10–12, 35, 68, 109
Grup Yorum.....	167
Gruppe Freital	25
Gruppe für das Einheitsbekenntnis und den Jihad (Jama'at al-Tawhid wal-Jihad)	126
Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime (Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin – JNIM)	114, 122 f.
Gruppe S.....	25
gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	22, 28 f.
Guerilla	27, 50, 133, 158 f., 161–163, 165
Gümüş, Edip	140 f.
Gurdwara	181

H

Hack and Leak-Operationen.....	193
Hack and Publish-Operationen.....	193
Hai'at Tahrir al-Sham (HTS – Komitee zur Befreiung der Levante).....	127
Halk Cephesi (Volksfront).....	167
Halk Meclisi (Volksrat)	167
HAKK TV (TV-Sender)	153
HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung).....	111, 136–139, 144, 177, 179, 183, 206
Hammerskins	57
Hammerskin Nation	58
Haniya, Isma'il.....	139
Hartung, Stefan.....	46
Hausbesuche	73–75
Haverbeck-Wetzel, Ursula	46
Heise, Thorsten	42

Hekmatyar, Gulbuddin	155 f.
Heß, Rudolf	24
Hezb-e Islami Gulbuddin (HIG – Islamische Partei Gulbuddins)	155 f.
Hezb-e Islami-ye Afghanistan (HIA – Islamische Partei Afghanistans)	155 f.
Hêzên Parastina Gel (HPG – Volksverteidigungskräfte)	163
Hêzên Parastina Jin (HPJ – Frauenverteidigungskräfte)	163
Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)	153–155
HIRAK – Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany) .	178 f.
Hirak e. V.	179
Historischer Materialismus	77–79
Hitler, Adolf	8, 24, 37, 57
Hizb Allah (Partei Gottes)	111, 133–137, 140, 177
Hizb ut-Tahrir (HuT – Partei der Befreiung)	110, 117, 142 f.
Hizbullah Cemaati (Gemeinschaft der Hizbullah)	140
Holocaust	30, 34 f., 37, 46, 54
Hubbard, Lafayette Ron	207 f.
HÜDA PAR (Partei Gottes)	140
Hür Dava Partisi (Partei der freien Sache)	140
Hussein, Saddam	126

I

IDCPC (Internationale Abteilung des ZK der KPCh)	203
Idealisten-Bewegung (Ülkücü-Bewegung)	158 f., 171–176, 182–184
Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)	50 f.
Im Auftrag des Islam (Internetplattform)	155
Indicators of Compromise (IoC)	196
Informationsbeschaffung	186 f., 192, 194, 200, 202–204
Initiative Wirtschaftsschutz	198

INSPIRE (Onlinemagazin)	124
Institut für Staatspolitik (IfS)	53
Instrumentalisierung/instrumentalisieren	53, 76, 80, 169, 209
International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA – Internationale Allianz zum Holocaustgedenken)	30 f.
International Institute for Counter-Terrorism (ICT – Internationales Anti-Terror-Institut).....	135
Internationale Allianz zum Holocaustgedenken (International Holocaust Remembrance Alliance – IHRA)	30 f.
Internationale Automobilausstellung (IAA)	99
Internationale Islamische Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer (IIFJK)	118 f.
Internationales Anti-Terror-Institut (International Institute for Counter-Terrorism – ICT)	135
Internationales Komitee der Vierten Internationale (IKVI)	104
Interventionistische Linke (IL)	93–96
IRGC-IO (militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst der Iranischen Revolutionsgarden).....	204
ISAF (International Security Assistance Force).....	156
Islamfeindlichkeit/islamfeindlich	35 f., 49
Islami Cemaatleri ve Camiyetleri Birliği (ICCB – Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.)	153
Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG).....	149 f., 152
Islamische Partei Afghanistans (Hezb-e Islami-ye Afghanistan – HIA)....	155 f.
Islamische Partei Gulbuddins (Hezb-e Islami Gulbuddin – HIG).....	155 f.
Islamische Republik Iran	133, 139, 186, 203 f.
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS – Harakat al-Muqawama al-Islamiya)	111, 136–139, 144, 177, 179, 183, 206
Islamischer Dschihad in Palästina (al-Jihad al-Islami – JI).....	118, 144

Islamischer Staat (IS)	111, 113 f., 119, 122, 126–129, 132
Islamischer Staat im Irak und Großsyrien (ISIG)	127
Islamischer Widerstand (al-Muqawama al-Islamiya)	133
Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH)	110
islamistischer Terrorismus/islamistisch-terroristisch	17, 36, 111–113, 116, 119, 121 f., 124 f., 128, 131, 133–135, 138, 140, 156, 206
İsmail Ağa Cemaati (IAC – İsmail-Ağa-Gemeinde)	149 f.
İsmail-Ağa-Gemeinde (İsmail Ağa Cemaati – IAC)	149 f.
Israel/israelisch	31, 34 f., 43, 45, 111, 125, 133–139, 143 f., 146, 154, 176–179, 182 f., 203
Izz-al-Din-al-Qassam-Brigaden	138

J

Jabhat al-Nusra (JaN – Unterstützungsfront für das levantinische Volk)	127
Jama'at al-Tawhid wal-Jihad (Gruppe für das Einheitsbekenntnis und den Jihad)	126
Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (JNIM – Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime)	114, 122 f.
Jihad/Jihadismus	112–114, 118 f., 121, 124, 126 f., 131, 146, 154, 156
Jihadisten/jihadistisch	18, 109, 111–116, 119 f., 122, 125–129, 131, 143, 154
Jugend für Menschenrechte	208
Jugendinitiative Partizan/Marxisten-Leninisten-Maoisten (Partizan Gençlik İnisiyatifi/Marksist-Leninist-Maoist – PGİ/MLM)	170
Junge Alternative für Deutschland (JA)	49
junge Welt (jW, Tageszeitung)	105 f.

K

Kalaballık	85
Kalifat	113, 125–127, 129, 132, 142 f., 153

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	153–155
Kampf der Nibelungen (KdN)	60 f.
Kampfsport	56, 60–62, 81
Kapitalismus/kapitalistisch	43, 78 f., 81 f., 84, 87, 91 f., 95, 97–100, 102, 104, 107, 148
Kaplan, Cemaleddin	153
Kaplan, Metin	153 f.
Karzai, Hamid	156
Kaypakkaya, İbrahim	169 f.
Khalistan (Land der Reinen)	180 f.
Khomeini, Ruhollah	133, 136
Kılıç, Hasan	149
Klassenkampf/klassenkämpferisch	78, 90, 99 f., 162
Klein-/Kleinstgruppen	24 f., 56, 58, 67, 80, 83, 92 f., 112, 120, 176
Klimaproteste	81, 89, 98
Klimaschutz	81 f., 87, 169
Kohlmann, Martin	46
Koma Civakên Kurdistan (KCK – Union der Gemeinschaften Kurdistans)	162
Koma Komalên Kurdistan (KKK – Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan)	162
Komalên Ciwan (Gemeinschaft der Jugendlichen)	165
Komitee zur Befreiung der Levante (Hai'at Tahrir al-Sham – HTS)	127
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte Deutschland e. V.	208
Kommunismus	77 f., 98
Kommunisten/kommunistisch	8 f., 12, 77 f., 93 f., 97 f., 100–106, 158, 166–170, 205

Kommunistische Arbeiterbewegung der Türkei (Türkiye Komünist İşçi Hareketi – TKIH)	168
Kommunistische Jugendorganisation (Komünist Gençlik Örgütü – KGÖ)	169
Kommunistische Partei Chinas (KPCh)	201, 203
Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten-Bewegung (Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist-Hareketi – TKP/ML-H)	168
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).....	12, 100 f., 104, 106
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	102
Komünist Gençlik Örgütü (KGÖ – Kommunistische Jugendorganisation)	169
Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanyâ (KON-MED – Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V.)	164
Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa (Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu – ATİK)	170
Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V. (KON-MED – Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanyâ)	164
Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu – AvEG-Kon)	168
Kongra Gelê Kurdistan (KONGRA GEL – Volkskongress Kurdistans)	161
Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (KADEK – Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans)	161
Königreich Deutschland (KRD)	66, 69 f.
Kontrollgremiumgesetz (PKGrG)	13
Köpi-Wagenplatz	85
Köpping, Petra	73
Köse, Sedat	151
Kotku, Mehmet Zahid	150
Kritische Infrastrukturen (KRITIS).....	188, 190, 193
Kubitschek, Götz	53

kulturelle Autonomie	158, 161
kulturelle Hegemonie	53
Kulturrevolution	50
Kurdistan-solidarität	103
Kuytul, Alparslan	145 f.

L

Land der Reinen (Khalistan)	180 f.
Lauterbach, Karl	73, 75
Lenin, Wladimir Iljitsch	77 f., 100, 102, 168
Leninismus	98, 101, 158, 166, 168
Leninisten/leninistisch	100–102, 162, 166, 168–170, 176, 182
Lernen und Kämpfen (LuK, Publikation)	103
LfV (Landesbehörde(n) für Verfassungsschutz)	11 f., 14 f., 19, 194
Liebig34/Liebigstraße	85, 91
Liebknecht, Karl	101, 106
Lila-Rot-Kollektiv (Mor-Kızıl Kolektif)	170
Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e. G. (LPG)	105 f.
linksunten.indymedia (Internetplattform)	107
LKA	195
Lübcke, Walter	27
Luxemburg, Rosa	106

M

Maoismus/maoistisch	102, 158, 169 f.
Marksist Leninist Komünist Parti (MLKP – Marxistische Leninistische Kommunistische Partei)	168 f.
Märtyrer	24, 137, 167, 169, 181

Marx, Karl	77, 100–102, 168
Marxismus	89, 98, 101, 158, 162, 166, 168
Marxisten/marxistisch.....	77 f., 94 f., 100–102, 162, 166, 176, 182 f.
Marxistische Blätter (Publikation).....	101
Marxistische Leninistische Kommunistische Partei (MLKP – Marksist Leninist Komünist Parti)	168 f.
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	102 f., 177
marxistische linke e. V.	101
Mash'al, Khalid	139
Massenvernichtungswaffen	190, 196
Menschen für Menschen e. V.	137
Menschenfeindlichkeit/menschenfeindlich	22, 28 f.
Messengerdienst.....	25, 55, 68, 74
metapolitisch	49
Meuterei	85
MfS (In- und Auslandsnachrichtendienst der DDR)	20
MI5 (britischer Inlandsnachrichtendienst)	13
MID (chinesischer militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst)	202
Milieumanager	66
Militanz/militant	24, 83–85, 93, 96, 112, 131, 133, 155, 167
Millî Gazete (Publikation).....	148 f., 151
Millî Görüş (Nationale Sicht).....	147
Millî Görüş-Bewegung (MGB)	110, 147–152
Millî Nizam Partisi (MNP – Nationale Ordnungspartei)	148
Millî Selamet Partisi (MSP – Nationale Heilspartei)	148
Milliyetçi Hareket Partisi (MHP – Partei der Nationalistischen Bewegung)	173, 175
MINUSMA (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali)	123

Missionierung (Da'wa).....	115 f., 132
Mobilisierungspotenzial.....	30, 93, 114, 178 f., 183
MOIS (VAJA, iranischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst)	203 f.
Mor-Kızıl Kolektif (Lila-Rot-Kollektiv).....	170
Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest (MUJAO – Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika)	122
MPS (chinesisches Ministerium für Öffentliche Sicherheit).....	202
MSS (chinesischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst).....	201 f.
MSS (nordkoreanischer ziviler Nachrichten- und Sicherheitsdienst).....	205
Multikulturalismus/multikulturell	28, 50, 53
Muslim Interaktiv	145
Muslimbruderschaft (MB – al-Ikhwān al-Muslimūn)	110, 117, 137, 139 144–146
Muslimfeindlichkeit/muslimfeindlich	36, 49
Muslimische Jugend (Sāzmān-e Jawānān-e Musulmān)	155

N

Nachrichtendienst/nachrichtendienstlich.....	12–17, 76, 153, 185–187, 189–195, 198–206
Nakba-Tag	179, 183
NARCONON	208
Nasrallah, Hassan.....	134
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	39–42, 46, 48
Nationale Heilspartei (Millî Selamet Partisi – MSP)	148
ationale/Deutsche Identität	29, 42, 45, 53
Nationale Ordnungspartei (Millî Nizam Partisi – MNP)	148
Nationale Sicht (Millî Görüş).....	147
Nationalismus ist keine Alternative (NIKA, Kampagne)	97 f.
nationalrevolutionär	43 f.

Nationalsozialismus/nationalsozialistisch (NS)	8 f., 19 f., 22–24, 31, 34 f., 37–40, 45, 54–57, 62, 72, 74
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	8, 24, 42, 46, 62
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	24 f.
NATO	185, 199 f., 205
Naturrecht	63
Neonationalsozialisten/Neonazis	22, 42, 44 f., 54–56, 59, 61
neonationalsozialistisch/neonazistisch	24, 42, 45 f., 54–56, 62 f.
Neue Demokratische Jugend (Yeni Demokratik Gençlik – YDG)	170
Neue Frau (Yeni Kadın)	170
Neue Rechte/neurechts	28, 49–53, 61
Neue Weltordnung (New World Order – NWO)	34, 72 f.
NSD (chinesischer militärischer technischer Nachrichtendienst)	202
Nursi, Said	141 f.

O

Oberlandesgericht (OLG)	57, 75
Öcalan, Abdullah	161–163
Öffentlichkeitsarbeit	105, 164, 208
Oldschool Society (OSS)	25
Outings	98

P

Panturkismus	171
Parlamentarisches Kontrollgremium (PKGr)	15
Partei der Befreiung (Hizb ut-Tahrir – HuT)	110, 117, 142 f.
Partei der freien Sache (Hür Dava Partisi)	140
Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi – SP)	148, 150
Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi – BBP)	175 f.

Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi – MHP)	173, 175
Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Freedom and Justice Party – FJP)	144
Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung/Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi – AKP)	166, 204
Partei für Soziale Gerechtigkeit (PSG).....	104
Partei Gottes (Hizb Allah).....	111, 133–137, 140, 177
Partei Gottes (HÜDA PAR)	140
Partiya Karkerên Kurdistan (PKK – Arbeiterpartei Kurdistans).....	140, 158 f., 161–165, 173, 176, 204
Partizan Gençlik İnisiyatifi/Marksist-Leninist-Maoist (PGİ/MLM – Jugendinitiative Partizan/Marxisten-Leninisten-Maoisten)	170
People's Liberation Army (PLA – Volksbefreiungsarmee)	202
People's Liberation Army Strategic Support Force (PLASSF – Strategische Kampfunterstützungstruppe der Volksbefreiungsarmee)	202
Permanente Revolution	104
Personenpotenzial	22 f., 79, 120, 132, 157, 181
Perspektive Kommunismus (PK).....	98 f.
Polizei/polizeilich	7–9, 13 f., 16–19, 60, 65, 67, 72 f., 75, 82, 85, 89, 91, 96, 105, 125, 140, 157, 160, 163, 168, 179, 183, 201 f.
Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP – Volksfront für die Befreiung Palästinas).....	159, 176–178, 182 f.
Postautonome/postautonom	93
Prävention/präventiv	195–197
Preußen, Georg Friedrich Prinz von	67
Preußisches Institut	67
Pro Chemnitz.....	46
Proliferation	18, 186, 190 f., 196 f., 200, 205
Propaganda/propagandistisch	17, 30, 37, 43, 55, 68 f., 107, 113–116, 119–121, 124, 128, 130, 139, 142, 157, 160, 166 f., 169, 177, 179–183

Protest/protestieren	30, 46, 50, 71–75, 80, 82, 85, 93, 96, 99, 105, 181, 183
Punjab	180

Q

Quds Force (iranische militärische und nachrichtendienstliche Spezialeinheit)	204
Qutb, Sayyid	144, 146

R

Rabbani, Burhanuddin	155
Radikalisierung/radikalisieren	25–28, 58, 73, 75, 79–82, 89 f., 96, 113, 115 f.
Rassismus/rassistisch	21 f., 24, 31, 34, 37, 40, 45, 54–58, 80, 135, 148, 158, 171 f.
Rat der europäischen Muslime (Council of European Muslims – CEM)	145
Realität Islam	143
REBELL	103
rechtsextremistische Erlebniskultur	56, 60
rechtsextremistische Musik	24, 44, 56, 58–60
Rechtsterrorismus/rechtsterroristisch	18, 24–26
Refah Partisi (RP – Wohlfahrtspartei)	148
Reichsbürger	63–66, 68 f., 72, 75
Rekrutierung/rekrutieren	42, 58, 61, 69, 114, 121, 142 f., 157, 165
Republik Türkei	139–141, 147 f., 150 f., 153, 158 f., 166, 168–170, 174–176, 186, 204 f.
Revolution/revolutionär	8, 24, 42, 52, 77 f., 89–92, 94 f., 97–104, 133, 162, 168 f.
Revolutionäre Linke (Devrimci Sol)	167
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi – DHKP-C)	166 f.

Revolutionärer Weg (Devrimci Yol)	167
Revolutionärer Weg (Publikation)	103
RGB (nordkoreanischer militärischer Nachrichtendienst).....	205
Rigaer94/Rigaer Straße	84 f., 91
Rocket.Chat (Internetplattform).....	114
Rote Fahne (RF, Publikation)	103
Rote Flora	84
Rote Hilfe e. V. (RH).....	104 f.
Russland/Russische Föderation.....	186, 199 f.
Russland-Ukraine-Krieg/ russischer Angriffskrieg auf die Ukraine.....	47, 76, 82, 86, 89, 189, 199

S

Saadet Deutschland e. V. (Deutschlandvertretung der SP).....	150
SAADET Europa e. V.	150
Saadet Partisi (SP – Partei der Glückseligkeit).....	148, 150
Sabotage	14, 71, 79 f., 186, 189 f., 197
Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben	208
Saha	163
Said-i Nursi Moschee	142
Salafismus	111 f., 115, 129–132, 154
Salafisten/salafistisch	25, 111, 115 f., 122, 126, 129–132, 154
Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat – GSPC)	121
Samidoun – Palestinian Solidarity Network (Palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk)	177–180, 182 f.
Sāzmān-e Jawānān-e Musulmān (Muslimische Jugend)	155
Scharia.....	36, 114 f., 123, 141 f., 144, 149, 153, 155 f.
Scharnier/-funktion.....	94, 96

Schwesig, Manuela	73
Scientology Kirche	207
Scientology Network (Streamingdienst)	209
Scientology-Organisation (SO)	207–209
Selbstbezeichnung	25, 88, 107
Selbstverwalter/-verwaltung	63–66, 68, 72, 75
Severing, Carl	7
Sezession (Zeitschrift)	53
Sezession im Netz (Onlineblog)	53
Shahid-Stiftung	137
Sicherheitsbehörden/sicherheitsbehördlich	14, 16, 18, 25–27, 60, 65, 96, 105, 112, 122, 132, 166, 197, 204
Sicherheitsüberprüfung	13 f.
Siege-Ideologie	27
Sikhs	159, 180 f.
Sonboly, David	28
Soros, George	33
sozialdarwinistisch	34
soziale Medien/Social Media	48, 51 f., 116 f., 132, 135 f., 156, 172, 179 f., 183, 193
soziale/virtuelle Netzwerke	51, 55, 57, 67 f., 136, 143, 146 f., 154, 173, 176, 179, 184, 209
Sozialismus/sozialistisch	77 f., 98, 100, 102, 104, 106, 158, 162, 166
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	101 f.
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	100, 105
Sozialistische Gleichheitspartei (SGP)	104
Sozialistische Reichspartei (SRP)	12
Spear-Phishing	192

Spenden.....	53, 59, 103, 121, 132, 136 f., 139, 142, 153, 156, 161, 177, 179, 181
Spionage/spionieren	18, 20, 185–188, 192, 194 f., 197–205
SPOC-Magazin (Publikation)	197
Staatsterrorismus/staatsterroristisch.....	186, 190, 199, 203 f.
Stalin, Josef.....	77, 102, 168
Strategische Kampfunterstützungstruppe der Volksbefreiungsarmee (People's Liberation Army Strategic Support Force – PLASSF)	202
Subkultur/subkulturell	24, 55–61
SÜG (Sicherheitsüberprüfungsgesetz)	13
Sunna.....	111, 115, 141, 145, 153
SWR (russischer ziviler Auslandsnachrichtendienst).....	200
Syndikat	85
Syrien/syrisch	112 f., 127–129, 132 f., 139, 161, 176, 182, 205
Systemwechsel/-sturz	27, 41, 45, 74 f., 77, 81 f., 92, 94 f., 97, 104, 110, 141, 147, 159, 162, 166, 168–170
Szeneobjekt.....	84 f.

T

Tablighi Jama'at (TJ – Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)	111
Taleban.....	120, 155 f.
Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Rafidain (TQJ – al-Qaida im Irak)	126
Tarrant, Brenton	28
Telegram (Messengerdienst)	68, 74, 114
Temel, Abdussamet	150
Terrorangriff/-anschlag.....	17, 112, 119, 139, 156, 166, 168, 179 f., 183, 206
Terrororganisation	113, 118–120, 123, 126, 129, 144, 163, 167, 177
Tevgera Ciwanên Şoreşger (TCŞ – Bewegung der revolutionären Jugend).....	165
TikTok (Videoportal)	114, 116

TIWAZ – Kampf der freien Männer	61
Trotzki, Leo	77
trotzkistisch	98, 104
Tugendpartei (Fazilet Partisi – FP)	148
Turan/turanistisch	171, 174 f.
Türkische Hizbullah (TH)	111, 140–142
Türkische Kommunistische Partei-Marxisten-Leninisten (Türkiye Komünist Partisi-Marksist-Leninist – TKP-ML)	169 f.
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML – Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist)	169 f.
Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP/C – Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi)	167
Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (THKP/C – Türkische Volksbefreiungspartei/-Front)	167
Türkiye Komünist İşçi Hareketi (TKIH – Kommunistische Arbeiterbewegung der Türkei)	168
Türkiye Komünist Partisi-Marksist-Leninist (TKP-ML – Türkische Kommunistische Partei-Marxisten-Leninisten)	169 f.
Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist (TKP/ML – Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)	169 f.
Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist-Hareketi (TKP/ML-H – Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten-Bewegung)	168
TV 5 (TV-Sender)	148

U

...ums Ganze! – kommunistisches Bündnis	93, 97, 99
Üç Hilal (drei Halbmonde)	173
UFD (nordkoreanischer Nachrichtendienst der Staatspartei Partei der Arbeit Koreas)	205
Ukraine	47, 76, 82, 86, 89, 189, 199

Ülkücü-Bewegung (Idealisten-Bewegung).....	158 f., 171–176, 182–184
Umma.....	118, 142, 152
ÜMMET-I-MUHAMMED (Publikation).....	153
Union der Gemeinschaften Kurdistans (Koma Civakên Kurdistan – KCK)	162
Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (Avrupa Türk İslam Kültür Dernekleri Birliği – ATİB)	174
Union islamischer Gerichtshöfe	125
unsere Zeit (uz, Publikation).....	101
Unterstützer des Glaubens (Ansar al-Din – AAD)	122
Unterstützungsfront für das levantinische Volk (Jabhat al-Nusra – JaN) ...	127
Ustaosmanoğlu, Mahmud	149 f.

V

VAJA (zumeist abgekürzt MOIS, iranischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst).....	203 f.
Vaterländischer Hilfsdienst (VHD)	67 f.
Velioğlu, Hüseyin	140
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (İslami Cemaatleri ve Cemiyetleri Birliği – ICCB)	153
Verband der Werktätigen Migrant*Innen in Europa (Avrupa Göçmen Emekçiler Birliği – AGEB)	170
Verdachtsfall	48 f.
Verein der Anatolischen Jugend (Anadolu Gençlik Derneği – AGD)	148
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (Avrupa Millî Görüş Teşkilatı – AMGT)	152
Vereinsgesetz (VereinsG).....	57, 68
Verfassungsschutz	10–16, 18–20, 22, 75, 89, 109, 131, 194, 197 f.
Verlag 8. Mai GmbH.....	105

Vernetzung/vernetzen	46, 52, 58, 68, 93 f., 97 f., 136, 179, 208
Verschwörungsideologien/verschwörungsideologisch	27, 29, 32, 34, 49, 52, 63 f., 68, 71 f., 74 f., 83
VHD aktuell (Onlinenachrichtenformat)	68
Vielschreiberei	66
völkisch(-nationalistisch/-rassistisch)	21, 31, 42–44, 48, 52, 63
Volksbefreiungsarmee (People's Liberation Army – PLA)	202
Volksbegriff	42
Volksfront (Halk Cephesi)	167
Volksfront für die Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine – PFLP)	159, 176–178, 182 f.
Volksgemeinschaft	22, 40, 54
Volkskongress Kurdistans (Kongra Gelê Kurdistan – KONGRA GEL)	161
Volksrat (Halk Meclisi)	167
Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel – HPG)	163
Volksrepublik China	186, 201–203

W

Waffenaffinität	56, 65
waffenrechtliche Erlaubnisse	65
Wahhabismus/wahhabitisch	130 f., 146
Waisenkinderprojekt Libanon e. V. (WKP)	136 f.
WARDON	62
Weimarer Demokratie/Republik/Verfassung	7–9, 64
Widerstand	52, 64 f., 74 f., 80, 84, 86, 91, 96, 134 f., 144, 157
Wirtschaftsspionage	185–187, 199–204
Wirtschaftsunternehmen	87–89
Wissenschaftsspionage	186–188, 199–204

Wohlfahrtspartei (Refah Partisi – RP)	148
Wolfsgruß	172 f.
Worch, Christian	44
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	207

Y

Yasin, Ahmad	146
Yazıcıoğlu, Muhsin	175 f.
Yeni Demokratik Gençlik (YDG – Neue Demokratische Jugend)	170
Yeni Kadın (Neue Frau)	170
YouTube (Videoportal)	41, 52, 65, 68, 114
Young Struggle (YS)	169

Z

Zedong, Mao	77, 102
Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD)	174
Zentralstelle/Zentralstellenfunktion	11, 15, 194
Zentrum für wirtschaftliche und soziale Studien (Ekonomik ve Sosyal Araştırmalar Merkezi – ESAM)	148
Zeughaus Alter Fritz (Onlineshop)	68
ziviler Ungehorsam	81, 96
Zweiter Weltkrieg	8 f., 37 f., 55, 62

Bildnachweis

- 7 picture-alliance/ dpa / Maximilian Schönherr (oben)
picture-alliance / akg-images / akgimages (unten)
- 8 picture-alliance / dpa / Ullstein (oben)
picture-alliance/ dpa-infografik / dpainfografik (unten)
- 9 picture-alliance / akg-images / akgimages (oben)
picture-alliance / akg-images / akgimages (unten)
- 10 picture-alliance / dpa / dpa
- 12 picture alliance / Bildagentur-online/Schoening / Bildagentur-online/
Schoening
- 13 picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Victoria Jones
- 15 picture alliance / Geisler-Fotopress / Frederic Kern/Geisler-Fotopress
- 16 IMAGO / Future Image (oben links)
picture alliance / ZB | Z6944 Sascha Steinach (oben rechts)
picture alliance / SZ Photo | Mike Schmidt (unten)
- 19 Rowohlt Verlag
- 20 Ch. Links Verlag
- 21 picture alliance / Zoonar | Elmar Gubisch
- 24 picture-alliance/ dpa/dpaweb | DB Jörg Donecker
- 25 picture alliance / dpa | Inga Kjer
- 26 picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild / Hendrik Schmidt
- 27 Feuerkrieg Division
- 29 facebook.com/npd.brandenburg
- 30 picture alliance/dpa/Revierfoto / Revierfoto (oben)
der-dritte-weg.info (unten)
- 36 picture alliance / imageBROKER / Siegfried Grassegger
- 39 picture alliance / Sebastian Kahnert/dpa-Zentralbild/dpa / Sebastian
Kahnert
- 40 picture alliance/dpa/Revierfoto | Revierfoto
- 41 picture alliance / Bernd Wüstneck/dpa | Bernd Wüstneck
- 43 picture alliance / ZUMAPRESS.com / Sabelle Babbar
- 46 <https://die-rechte.net/>
- 47 picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Daniel Schäfer

- 51 <https://phalanx-europa.com/markenshops/identitaere-bewegung/>
54 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar
59 picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Daniel Schäfer
61 <https://tiwaz.me>
62 <https://t.me/s/AGkoerperundgeist>
64 twitter.com/BismarcksErben
65 picture alliance/dpa | Christoph Schmidt
66 picture alliance / Paul Zinken/dpa | Paul Zinken (oben)
picture alliance / dpa | Peter Endig (unten)
70 <https://koenigreichdeutschland.org>
71 picture alliance / Eventpress Hoensch | Eventpress Hoensch
72 picture alliance / Geisler-Fotopress | Christoph Hardt/Geisler-Fotopres
(oben)
picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar (unten)
74 picture alliance / Geisler-Fotopress | Christoph Hardt/Geisler-Fotopres
75 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar
76 picture alliance/dpa | Sebastian Willnow
77 picture alliance/dpa | Niels Babbel (oben)
picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Darko Vojinovic (unten)
79 picture alliance/dpa | Boris Roessler
80 <https://de.indymedia.org/>
82 picture alliance / NurPhoto | Alexander Pohl
83 picture alliance / Wolfram Steinberg | Wolfram Steinberg
84 picture alliance / PublicAd | Mirko Hannemann
85 picture alliance/dpa | Bernd Von Jutrczenka
87 <https://de.indymedia.org/>
90 picture alliance/dpa | Jonas Walzberg
91 picture alliance / Geisler-Fotopress | Ben Kriemann/Geisler-Fotopress
95 picture alliance / Jochen Tack | Jochen Tack
99 picture alliance/dpa | Peter Kneffel
100 picture alliance / Geisler-Fotopress | Christoph Hardt/Geisler-Fotopres
101 picture alliance / Jochen Tack | Jochen Tack
103 picture alliance/dpa/Revierfoto | Revierfoto
106 picture alliance / foto2press | Steffen Proessdorf
111 picture alliance / Winfried Rothermel | Winfried Rothermel
112 picture alliance / blickwinkel/fotototo | fotototo

- 114 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar
- 116 picture alliance / Swen Pförtner/dpa | Swen Pförtner
- 117 picture alliance/dpa | Annette Riedl
- 119 picture alliance / dpa-infografik | Globus Infografik (rechts)
picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Uncredited (links)
- 121 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | STR
- 123 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Uncreditet (oben)
picture alliance / ZUMAPRESS.com | Nicolas Remene (unten)
- 124 picture alliance / abaca | Van Der Hasselt Geoffroy/Pool/ABACAPRESS.
COM
- 128 picture alliance/AP Photo | Maya Alleruzzo
- 132 picture alliance / dpa | Boris Roessler
- 134 IMAGO / Pond5 Images
- 138 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Yousef Masoud
- 145 picture alliance/dpa | Oliver Berg
- 146 <https://furkanbewegung.com>
- 148 picture alliance / NurPhoto | Altan Gocher
- 152 picture alliance/dpa | Friso Gentsch
- 154 picture-alliance / dpa | Dpa
- 156 picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Mariam Zuhaib
- 160 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Michael Kuenne (oben)
picture alliance/dpa | Andreas Arnold (unten)
- 161 picture alliance / Wolfram Steinberg | Wolfram Steinberg
- 162 picture-alliance / dpa | epa AFP Barrak (oben)
picture alliance / dpa | ©yann Renoult/Wostok Press (unten)
- 163 picture alliance / dpa | ©yann Renoult/Wostok Press
- 171 <https://aze.media/great-turan>
- 172 picture alliance / dpa | Peter Kneffel
- 177 picture alliance / NurPhoto | Emmanuele Contini
- 179 picture alliance / Geisler-Fotopress / Bernd Elmenthaler/Geisler-Fotopr
- 180 picture alliance/AP Photo | Mary Altaffer
- 181 picture alliance / SULUPRESS.DE | Vladimir Menck/SULUPRESS.DE
- 182 picture alliance/REUTERS | Christian Mang
- 183 picture alliance / Pacific Press | Simone Kuhlmei
- 185 picture alliance / Bildagentur-online/Ohde | Bildagentur-online/Ohde
- 186 IMAGO / Jochen Tack

- 187 IMAGO / Shotshop
- 189 picture alliance / Zerbor/Shotshop | Zerbor
- 190 iStock / Sergey Shulgin
- 191 iStock / FatCamera (oben)
IMAGO / Panthermedia (unten)
- 192 iStock / shapecharge
- 194 iStock / ismagilov
- 196 iStock / Dilok Klaisataporn
- 198 iStock / BeeBright
- 208 scientology-ccduesseldorf.org
- 209 scientology.de

Impressum



Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz

Öffentlichkeitsarbeit

Merianstraße 100

50765 Köln

poststelle@bfv.bund.de

www.verfassungsschutz.de

Tel.: +49 (0) 228 - 99 / 792 - 0

Fax: +49 (0) 228 - 99 / 10 - 792 - 29 15

Layout & Produktion

Bundesamt für Verfassungsschutz

Mediengestaltung und Druck

im ServiceCenter I

Stand

März 2024 (B-0014)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden und Wahlhelfenden während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Haben Sie sich immer schon gefragt, was sich eigentlich genau hinter dem Begriff „Verfassungsschutz“ verbirgt?

Antworten auf diese und weitere spannende Fragen finden Sie in der Broschüre „Was macht eigentlich der Verfassungsschutz? Wissenswertes rund um den deutschen Inlandsnachrichtendienst“, die Sie kostenfrei als pdf-Datei oder in der Print-Version unter verfassungsschutz.de beziehen können.



Auf unserer Webseite finden Sie auch viele weitere interessante Publikationen und Informationen zu den vom BfV bearbeiteten Phänomenbereichen sowie ausgewählte Veröffentlichungen auch in englischer Sprache.

Schauen Sie sich doch einfach mal auf unseren Seiten um – aktuelle Berichtserstattungen und eine Vielzahl wissenswerter Daten und Fakten zum Thema Verfassungsschutz erwarten Sie dort!



Tom (25) und Miriam (27)

Arbeite gemeinsam mit uns

IM AUFTRAG DER DEMOKRATIE!

Bewirb dich und komm in unser Team.

Ob Ausbildung, Studium oder Direkteinstieg –
beim Verfassungsschutz erwarten dich vielfältige Einsatzmöglichkeiten.



Scannen für Jobangebote



Bundesamt für
Verfassungsschutz

WERDE VERFASSUNGSSCHÜTZER*IN.

Mehr Informationen unter
verfassungsschutz.de/karriere



www.verfassungsschutz.de